Heinrich Marx

∴

Handbuch der Revolution in Deutschland 1918–1919

1. Band

LIBRARY
UNIVERSITY OF CALIFORNIA
RIVERSIDE

Handbuch
der Revolution in Deutschland 1918–1919

Chronologische Darstellung der Vorgänge unter besonderer Berücksichtigung der Bewegung in Berlin und der Tätigkeit der Revolutionskörperschaften vom Vorabend der Revolution bis Mai 1919

Bearbeitet und herausgegeben

von

Heinrich Marx

Hilfsarbeiter im Ministerium

Berlin 1919

Alexander Grübel Nachf., Verlagsbuchhandlung

HD 2637390

Handbuch
der Revolution in Deutschland 1918–1919

Bearbeitet und herausgegeben

von

Heinrich Marx
Hilfsarbeiter im Ministerium

1. Band

Vorabend / 9.—15. November

Berlin 1919

Alexander Grübel Nachf., Verlagsbuchhandlung

DD248
M37

Spamersche Buchdruckerei in Leipzig

Erster Teil.

Einleitung.

Die Struktur in den am Kampfe beteiligten Ländern, und es waren $^4/_5$ der auf Zivilisation Anspruch erhebenden Völker darin verwickelt, hat sich bis heute nur wenig geändert. Noch herrscht überall die schwärzeste Reaktion. Die revolutionäre Welle in Rußland, Österreich-Ungarn, Deutschland hat zwar zeitweise die Völker und nicht bloß in diesen Ländern von den drückenden Ketten befreit, ihnen die Morgenröte künftigen Glückes gezeigt, aber das zählt heute schon zur Vergangenheit. Rußland seufzt unter der **Diktatur** von „**Volksbeglückern**", die ihren Zweck verfehlt haben, die dem Volke statt der ersehnten Freiheit wirtschaftliche und politische Tyrannei gebracht. Dort wie bei uns im Lande kämpfen mit den modernsten Mitteln der Technik Reaktion und rücksichtsloser Fortschritt um die Herrschaft miteinander. Zaristische Knechte, unterstützt von der „Freiheit verkündenden" Entente, von dieser nur auf materiellen Vorteil bedachten Gesellschaft, strengen alle ihre Kräfte an, um dem Volke die alten Sklavenketten wieder anzulegen. Noch ist nicht abzusehen wer „Sieger" bleibt. Aber so oder so, das Volk, das Individuum muß am Ende die Zeche zahlen.

Dasselbe gigantische Ringen wie in Rußland, sehen wir in Ungarn. Aber auch Judenprogrome und Massenmorde wechseln, die revolutionäre Bewegung schändend, miteinander ab. Die urteilslose Masse wird von politischen Abenteurern zu jeder Niederträchtigkeit mißbraucht. Alles droht in diesem Hexensabbat unterzugehen. Schon spricht man wieder davon, dem Volke einen „Herrscher" zu geben, in dem holden Wahn, es zu beruhigen. Der gewaltlüsterne Habsburger Joseph glaubte die Zeit für gekommen, um den Bürgerkönig zu kopieren, und unter Bruch seines Eides „seinem geliebten" Volke das Joch aufzulegen. Es war verfrüht. Die Antwort, die das ungarische Volk diesem Herrn gegeben, war nicht mißzuverstehen. Er ist vorläufig in der Versenkung verschwunden, wie lange? Doch nur eine bessere Zeit abwartend.

Und Deutschland? Hier herrscht die Ruhe vor dem Gewitter! Die „eiserne" Hand Noskes, oder besser, die ihm am Gangelband führende Offizierskamarilla, lastet schwer auf dem deutschen Volke. Die im November 1918 gigantisch eingesetzte revolutionäre Bewegung ist im Arbeiterblute erstickt. Im Friedrichhain und Friedrichsfelde liegt sie begraben. **Vorläufig!** Der deutsche Arbeiter, unterstützt von der revolutionären Intelligenz, ist zu zähe, um sich die wirtschaftlichen Vorteile, für die er unter Einsetzung seines Lebens gekämpft, für alle Zukunft entgehen zu lassen. Mögen auch dieses Mal noch Noskesche Maschinengewehre, Kanonen, Flam-

menwerfer zugunsten der politisch wirtschaftlichen Reaktion gesiegt haben, den siegenden Gedanken der Revolution, d. h. die Beseitigung der Unterdrückung des Menschen durch den Menschen vermögen sie nicht zu bewältigen. Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Dieser Ruf hat trotz Nationalismus, hat trotz Chauvinismus neues Leben bekommen. Neues Leben entwickelt sich, und damit auch neue Formen. Mit einer dem Deutschen eigenen Zähigkeit, mit Bedacht und Klugheit werden alte morsche Dinge abgebaut, und neue kampfesfreudige errichtet. Sind auch die verbürgten **„politischen Freiheiten"**, die ohnehin nur ein Wisch Papier sind, wenn die Arbeiterschaft nicht dafür ihre ganze Macht in die Wagschale wirft, unter dem glorreichen Regime der Genossen von der Mehrheitssozialisten vernichtet worden. An das Koalitionsrecht, an das Streikrecht kommen sie nicht heran. „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will." Die Bedeutung dieses Satzes ist jetzt mehr denn je der Arbeiterschaft ins Blut übergegangen.

Der heftige, zähe Kampf, den sie gegen die Ordnungsbestie geführt, läßt einen ungeheuer großen Vorrat revolutionärer Energie vermuten. Sie wird, sie muß aus den hinter uns liegenden Kampftagen die Lehre ziehen, daß nur Einheitlichkeit und Geschlossenheit den Erfolg verbürgen. Die Parole darf künftig nicht, wie bisher, hie Scheidemann, hie Haase, hie Liebknecht lauten, sondern der Kampfruf der Zukunft kann nur sein: **Gegen jede Tyrannei und Unterdrückung.** Dieses Losungswort wird alle diejenigen unter seine Fahne vereinen, die, gleichgültig ob Arbeiter in der Fabrik, im Kontor oder auf dem Lande, unter der Unterdrückung leiden. Der einheitliche Wille zur Aktion aber wird Noskes und seiner Offiziere **Mordinstrumente** zum unschuldigen Spielzeug machen.

Dazu soll nach Möglichkeit dieses Buch beitragen. Es soll jedem Wissensbedürftigen Auskunft geben; es soll aber auch den ungestümen Brauseköpfen Belehrung bringen, soll ihnen zeigen, wie sie es **nicht** machen dürfen.

Berlin, im September 1919.

Der Herausgeber.

Im Anschluß hieran gestatte ich mir dem Leser zwecks Vergleichs einen Schriftsatz vorzulegen, der einem Büchlein entnommen ist, das zu Unrecht längst vom Büchermarkt verschwunden, nur noch ein einsames Leben in den stillen Bibliotheken der Geschichtsforscher führt. Das Buch heißt der **Bürgerkrieg in Frankreich**, dritte deutsche Auflage, und im „Vorwärts-Verlag" erschienen. Kein Geringerer als **Friedrich Engels** hat die Einleitung dazu geschrieben. Hier ist sie:

Das geschah zum erstenmal 1848 (gemeint ist die Entwaffnung der Arbeiter. D. Herausgeber). Die liberalen Bourgeois der parlamentarischen Opposition hielten Reformbankette ab zur Durchsetzung der Wahlreform, die ihrer Partei die Herrschaft sichern sollte. Im Kampf mit der Regierung mehr und mehr gezwungen, ans Volk zu appellieren, mußten sie den radikalen und republikanischen Schichten der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums allmählich den Vortritt gestatten. Aber hinter diesen standen die revolutionären Arbeiter, und diese hatten seit 1830 weit mehr politische Selbständigkeit sich angeeignet, als die Bourgeois und selbst die Republikaner ahnten. Im Moment der Krisis zwischen Regierung und Opposition **eröffneten die Arbeiter den Straßenkampf**; Louis Philipp verschwand, die Wahlreform mit ihm, an ihrer Stelle erstand die Republik, und zwar eine,

von den siegreichen Arbeitern selbst als „soziale" bezeichnete Republik. Was unter dieser sozialen Republik zu verstehen sei, darüber war aber niemand im klaren, auch die Arbeiter selbst nicht. **Aber sie hatten jetzt Waffen** und waren **eine Macht im Staat.** Sobald daher die am Ruder befindlichen Bourgeoisrepublikaner einigermaßen festen Boden unter den Füßen spürten, war ihr erstes Ziel, die Arbeiter zu entwaffnen. **Dies geschah, indem man sie durch direkten Wortbruch, durch offnen Hohn und den Versuch, die Unbeschäftigten in eine entlegene Provinz zu verbannen,** in den Aufstand vom Juni 1848 hineinjagte. Die Regierung hatte für eine erdrückende Übermacht gesorgt. Nach fünftägigem, heroischem Kampf erlagen die Arbeiter. Und jetzt folgte ein Blutbad unter den wehrlosen Gefangenen, wie ein gleiches nicht gesehen worden seit den Tagen der Bürgerkriege, die den Untergang der römischen Republik einleiteten. Es war das erstemal, daß die Bourgeoisie zeigte, zu welcher wahnsinnigen Grausamkeit der Rache sie aufgestachelt wird, sobald das Proletariat es wagt, ihr gegenüber als aparte Klasse mit eigenen Interessen und Forderungen aufzutreten. Und doch war 1848 noch ein Kinderspiel gegen ihr Wüten von 1871.

Die Strafe folgte auf dem Fuße. Konnte das Proletariat noch nicht Frankreich regieren, so konnte die Bourgeoisie es schon nicht mehr. Wenigstens damals nicht, wo sie der Mehrzahl nach noch monarchisch gesinnt, und in drei dynastische Parteien und eine vierte republikanische gespalten war. Ihre inneren Zänkereien erlaubten dem Abenteurer Louis Bonaparte, alle Machtposten — Armee, Polizei, Verwaltungsmaschinerie — in Besitz zu nehmen und am 2. Dezember 1851 die letzte feste Burg der Bourgeoisie, die Nationalversammlung, zu sprengen. Das zweite Kaiserreich begann, die Ausbeutung Frankreichs durch eine Bande politischer und finanzieller Abenteurer, aber zugleich auch eine industrielle Entwicklung, wie sie unter dem engherzigen und ängstlichen System Louis Philipps, bei der ausschließlichen Herrschaft eines nur kleinen Teils der großen Bourgeoisie, nie möglich war. Louis Bonaparte nahm den Kapitalisten ihre politische Macht unter dem Vorwand, sie, die Bourgeois, gegen die Arbeiter zu schützen, und wiederum die Arbeiter gegen sie; aber dafür begünstigte seine Herrschaft die Spekulation und die industrielle Tätigkeit, kurz, den Aufschwung und die Bereicherung der gesamten Bourgeoisie in bisher erhörtem Maß. In noch weit größerem Maße allerdings entwickelte sich die Korruption und der Massendiebstahl, die sich um den kaiserlichen Hof gruppierten und von dieser Bereicherung starke Prozente zogen.

Aber das zweite Kaiserreich, das war der Appell an den französischen Chauvinismus, das war die Rückforderung der 1814 verlorenen Grenzen des ersten Kaiserreichs, mindestens derjenigen der ersten Republik. Ein französisches Kaiserreich in den Grenzen der alten Monarchie, ja sogar in den noch mehr beschnittenen von 1815, das war auf die Dauer eine Unmöglichkeit. Daher die Notwendigkeit zeitweiliger Kriege und Grenzerweiterungen. Aber keine Grenzerweiterung blendete so sehr die Phantasie französischer Chauvinisten, wie die des deutschen linken Rheinufers. Eine Quadratmeile am Rhein galt mehr bei ihnen, als zehn in den Alpen oder sonstwo. Gegeben das zweite Kaiserreich, war die Rückforderung des linken Rheinufers, auf einmal oder stückweise, nur eine Frage der Zeit. Diese Zeit kam mit dem preußisch-österreichischen Krieg von 1866; durch Bismarck und durch seine eigene überschlaue Zauderpolitik um die erwartete „Gebietsentschädigung" geprellt, **blieb dem Bonaparte nun nichts mehr als der Krieg, der 1870 ausbrach und ihn nach Sedan und von da nach Wilhelmshöhe verschlug.**

Die notwendige Folge war die Pariser Revolution vom 4. September 1870. Das Kaiserreich klappte zusammen wie ein Kartenhaus, die Republik wurde wieder proklamiert. Aber der Feind stand vor den Toren; die Armeen des Kaiserreichs waren entweder in Metz hoffnungslos eingeschlossen oder in Deutschland gefangen. In dieser Not erlaubte das Volk den Pariser Deputierten zum ehemaligen gesetzgebenden Körper, sich als „Regierung der nationalen Verteidigung" aufzutun. Man gab dies dies um so eher zu, als jetzt zum Zweck der Verteidigung alle waffenfähigen Pariser in die Nationalgarde eingetreten und bewaffnet waren, so daß nun die Arbeiter die große Mehrzahl bildeten. Aber schon bald kam der Gegensatz zwischen der fast nur aus Bourgeois bestehenden Regierung und dem bewaffneten Proletariat zum Ausbruch. Am 31. Oktober stürmten Arbeiterbataillone das Stadthaus und nahmen einen Teil der Regierungsmitglieder gefangen; Verrat, direkter Wortbruch der Regierung und die Dazwischenkunft einiger Spießbürgerbataillone befreiten sie wieder, und um nicht den Bürgerkrieg im Innern einer von fremder Kriegsmacht belagerten Stadt aufflammen zu machen, beließ man die bisherige Regierung im Amt.

Endlich, am 28. Januar 1871, kapitulierte das ausgehungerte Paris. Aber mit bisher in der Kriegsgeschichte unerhörten Ehren. Die Forts wurden übergeben, der Ringwall entwaffnet, die Waffen der Linie und Mobilgarde ausgeliefert, sie selbst als Kriegsgefangene betrachtet. **Aber die Nationalgarde behielt ihre Waffen und Kanonen,** und trat nur in Waffenstillstand gegen die Sieger. Und diese selbst wagten nicht, in Paris im Triumph einzuziehen. Nur ein kleines, obendrein teilweise aus öffentlichen Parks bestehendes Eckchen von Paris wagten sie zu besetzen, und auch dies nur für ein paar Tage! Und während dieser Zeit waren sie, die Paris 131 Tage lang umzingelt gehalten hatten, selbst umzingelt von den bewaffneten Pariser Arbeitern, die sorgsam wachten, daß kein „Preuße" die engen Grenzen des dem fremden Eroberer überlassenen Winkels überschritt. Solchen Respekt flößten die Pariser Arbeiter dem Heere ein, vor welchem sämtliche Armeen des Kaiserreichs die Waffen gestreckt; und die preußischen Junker, die hergekommen waren, um Rache zu nehmen am Herd der Revolution, mußten ehrerbietig stehenbleiben und salutieren vor eben dieser bewaffneten Revolution!

Während des Krieges hatten die Pariser Arbeiter sich darauf beschränkt, die energische Fortsetzung des Kampfes zu fordern. Aber jetzt, als nach der Kapitulation von Paris der Friede zustande kam, jetzt mußte Thiers, das neue Oberhaupt der Regierung, einsehen, daß die Herrschaft der besitzenden Klassen — großer Grundbesitzer und Kapitalisten — in steter Gefahr schwebe, solange die Pariser Arbeiter die Waffen in der Hand behielten. Sein erstes Werk war der **Versuch** ihrer **Entwaffnung**. Am 18. März sandte er Linientruppen mit dem Befehl, die der Nationalgarde gehörige, während der Belagerung von Paris angefertigte und durch öffentliche Subskription bezahlte **Artillerie zu rauben.** Der Versuch schlug fehl, Paris rüstete sich wie ein Mann zur Gegenwehr, und der Krieg zwischen Paris und der in Versailles sitzenden französischen Regierung war erklärt. Am 26. März wurde die Pariser Kommune erwählt und am 28. proklamiert. Das Zentralkomitee der Nationalgarde, das bisher die Regierung geführt, dankte in ihre Hände ab, nachdem es noch zuvor die Abschaffung der skandalösen Pariser „**Sittenpolizei**" dekretiert hatte. Am 30. schaffte die Kommune die **Konskription und die stehende Armee** ab, und erklärte die Nationalgarde, zu der alle waffenfähigen Bürger gehören sollten, für die einzige bewaffnete Macht; sie **erließ alle Wohnungsmietsbeträge**

vom Oktober 1870 bis zum April, unter Anrechnung der bereits bezahlten Beträge auf künftige Mietszeit, und stellte alle Verkäufe von **Pfändern im städtischen Leihhaus ein.** Am selben Tage wurden die in die **Kommune gewählten Ausländer in ihrem Amt bestätigt, da „die Fahne der Kommune die der Weltrepublik ist".** — Am 1. April beschlossen, das höchste Gehalt eines bei der Kommune Angestellten, also auch ihrer Mitglieder selbst, **dürfe 6000 Franken** (4800 M.) nicht übersteigen. **Am folgenden Tage wurde die Trennung der Kirche vom Staat und die Abschaffung aller staatlichen Zahlungen für religiöse Zwecke, sowie die Umwandlung aller geistlichen Güter in Nationaleigentum dekretiert;** infolge davon wurde am 8. April die Verbannung aller religiösen Symbole, Bilder, Dogmen, Gebete, kurz „alles dessen, was in den Bereich des Gewissens jedes einzelnen gehört", aus den **Schulen** befohlen und allmählich durchgeführt. — Am 5. wurde, gegenüber der täglich erneuerten Erschießung von gefangenen Kommunekämpfern durch die Versailler Truppen, ein Dekret wegen Verhaftung von Geiseln erlassen, aber nie durchgeführt. — Am 6. wurde die Guillotine durch das 137. Bataillon der Nationalgarde herausgeholt und unter lautem Volksjubel öffentlich verbrannt. — Am 12. beschloß die Kommune, die nach dem Krieg von 1809 von Napoleon aus eroberten Kanonen gegossene Siegessäule des Vendomeplatzes als Sinnbild des Chauvinismus und der Völkerverhetzung umzustürzen. Dies wurde am 16. Mai ausgeführt. — Am 16. April ordnete die Kommune eine statistische Aufstellung der von den Fabrikanten stillgesetzten Fabriken an, und die Ausarbeitung von Plänen für den Betrieb dieser Fabriken durch die bisher darin beschäftigten Arbeiter, sowie für eine Organisation dieser Genossenschaften zu einem großen Verband. — Am 20. schaffte sie die **Nachtarbeit der Bäcker** ab, wie auch den seit dem zweiten Kaiserreich durch polizeilich ernannte Subjekte — Arbeiterausbauter ersten Ranges — als Monopol betriebenen Arbeitsnachweis; dieser wurde den Mairien der zwanzig Pariser Arrondissements überwiesen. — Am 30. April befahl sie die Aufhebung der Pfandhäuser, welche eine Privatexploitation der Arbeiter seien und im Widerspruch ständen mit dem Recht der Arbeiter auf ihre Arbeitsinstrumente und auf Kredit. — Am 5. Mai beschloß sie die Schleifung der als Sühne für die Hinrichtung Ludwigs XVI. errichteten Bußkapelle.

So trat seit dem 18. März der bisher durch den Kampf gegen die fremde Invasion in den Hintergrund gedrängte Klassencharakter der Pariser Bewegung scharf und rein hervor. Wie in der Kommune fast nur Arbeiter oder anerkannte Arbeitervertreter saßen, so trugen auch ihre Beschlüsse einen entschieden proletarischen Charakter. Entweder dekretierten sie Reformen, die die republikanische Bourgeoisie nur aus Feigheit unterlassen hatte, die aber für die freie Aktion der Arbeiterklasse eine notwendige Grundlage bildeten, wie die Durchführung des Satzes, daß **dem Staat gegenüber** die Religion bloße Privatsache sei; oder sie erließ Beschlüsse direkt im Interesse der Arbeiterklasse, und teilweise tief einschneidend in die alte Gesellschaftsordnung. Alles das konnte aber, in einer belagerten Stadt, höchstens einen Anfang von Verwirklichung erhalten. Und von Anfang Mai an nahm der Kampf gegen die immer zahlreicher versammelten Heeresmassen der Versailler Regierung alle Kräfte in Anspruch.

Am 7. April hatten die Versailler sich des Überganges über die Seine bei Neuilly, auf der Westfront von Paris, bemächtigt; dagegen wurden sie am 11. bei einem Angriff auf die Südfront von General Eudes mit blutigen Köpfen zurückgeschlagen. Paris wurde fortwährend bombardiert, und zwar von denselben Leuten,

die das Bombardement derselben Stadt durch die Preußen als eine Heiligtumsschändung gebrandmarkt hatten. Dieselben Leute bettelten nun bei der preußischen Regierung um schleunige Rücksendung der gefangenen französischen Soldaten von Sedan und Metz, die ihnen Paris zurückerobern sollten. Das allmähliche Eintreffen dieser Truppen gab den Versaillern von Anfang Mai an entschiedenes Übergewicht. Dies zeigte sich schon, als am 23. April Thiers die Unterhandlungen abbrach wegen des von der Kommune angebotenen Austausches des Erzbischofs von Paris und einer ganzen Reihe anderer, als Geiseln in Paris festgehaltenen Pfaffen gegen den einzigen Blanqui, der zweimal in die Kommune gewählt, aber in Clairvaux gefangen war. Und noch mehr in der veränderten Sprache von Thiers; bisher hinhaltend und doppelzüngig, wurde er jetzt plötzlich frech, drohend, brutal. Auf der Südfront nahmen die Versailler am 3. Mai die Redoute von Moulin Saquet, am 9. das vollständig in Trümmer geschossene Fort von Issy, am 14. das von Vanves. Auf der Westfront rückten sie allmählich, die zahlreichen, bis an die Ringmauer sich erstreckenden Dörfer und Gebäude erobernd, bis an den Hauptwall selbst vor; am 11. gelang es ihnen, durch Verrat und infolge von Nachlässigkeit der hier aufgestellten Nationalgarde, in die Stadt einzudringen. Die Preußen, die die nördlichen und östlichen Forts besetzt hielten, erlaubten den Versaillern über das ihnen durch den Waffenstillstand verbotene Terrain im Norden der Stadt vorzudringen, und dadurch angreifend vorzugehen auf einer langen Front, die die Pariser durch den Waffenstillstand gedeckt glauben mußten, und daher nur schwach besetzt hielten. Infolge hiervon war der Widerstand in der westlichen Hälfte von Paris, in der eigentlichen Luxusstadt, nur schwach; er wurde heftiger und zäher, je mehr die eindringenden Truppen sich der Osthälfte, der eigentlichen Arbeiterstadt, näherten. Erst nach achttägigem Kampf erlagen die letzten Verteidiger der Kommune auf den Höhen von Belleville und Menilmontant, und nun erreichte **das Morden wehrloser Männer, Weiber und Kinder, das die ganze Woche hindurch in steigendem Maße gewütet, seinen Höhepunkt. Der Hinterlader tötete nicht mehr rasch genug, zu Hunderten wurden die Besiegten mit Mitrailleusen zusammengeschossen. Die „Mauer der Föderierten"** auf dem Kirchhof Père Lachaise, wo der letzte Massenmord vollzogen, steht noch heute, ein stummberedtes Zeugnis, **welcher Raserei die herrschende Klasse fähig ist, sobald das Proletariat es wagt, für sein Recht einzutreten.** Dann kamen die Massenverhaftungen, als die Abschlachtung aller sich als unmöglich erwies, die Erschießung von willkürlich aus den Reihen der Gefangenen herausgesuchten Schlachtopfern, die Abführung des Restes in große Lager, wo sie der Vorführung vor die Kriegsgerichte harrten. Die preußischen Truppen, die die Nordosthälfte von Paris umlagerten, hatten Befehl, keine Flüchtlinge durchzulassen, doch drückten die Offiziere oft ein Auge zu, wenn die Soldaten dem Gebot der Menschlichkeit mehr gehorchten als dem des Oberkommandos; namentlich aber gebührt dem sächsischen Armeekorps der Ruhm, daß es sehr human verfuhr und viele durchließ, deren Eigenschaft als Kommunekämpfer augenscheinlich war.

Paris zu entwaffnen, war erste Bedingung des Erfolges. Paris wurde daher von Thiers aufgefordert, seine Waffen niederzulegen. Dann wurde Paris aufgehetzt durch die tollen antirepublikanischen Demonstrationen der Krautjunkerversammlung und durch Thiers' eigene zweideutige Aussprüche über den rechtlichen Bestand der Republik; durch die Drohung, **Paris zu enthaupten und zu enthauptstadten** (décapiter et décapitaliser); die Ernennung orleanistischer Ge-

sandten; Dufaures Gesetze wegen der verfallenen Wechsel und Hausmieten, die den Handel und die Industrie von Paris mit dem Untergang bedrohten; Pouyer-Quertiers Steuer von 2 Cent auf jedes Exemplar jeder nur möglichen Druckschrift; **die Todesurteile gegen Blanqui und Flourens**; die Unterdrückung der republikanischen Blätter; **die Verlegung der Nationalversammlung nach Versailles**; die Erneuerung des von Palikao erklärten und durch den 4. September vernichteten Belagerungszustandes; die Ernennung des Dezemberhelden Vinoy zum Gouverneur, des Gendarmen Valentin zum Polizeipräfekten, und des Jesuitengenerals d'Aurelles de Paladine zum Oberkommandanten der Nationalgarde von Paris.

Schauen wir heute, nach zwanzig Jahren, zurück auf die Tätigkeit und die geschichtliche Bedeutung der Pariser Kommune von 1871, so werden wir finden, daß zu der im „Bürgerkrieg in Frankreich" gegebenen Darstellung noch einige Zusätze zu machen sind.

Die Mitglieder der Kommune spalteten sich in eine Majorität, die Blanquisten, die auch im Zentralkomitee der Nationalgarde vorgeherrscht hatten, und eine Minorität: die vorwiegend aus Anhängern der Proudhonschen sozialistischen Schule bestehenden Mitglieder der Internationalen Arbeiterassoziation. Die Blanquisten waren damals, der großen Masse nach, Sozialisten nur aus revolutionärem, proletarischem Instinkt; nur wenige waren durch Vaillant, der den deutschen wissenschaftlichen Sozialismus kannte, zu größerer prinzipieller Klarheit gelangt. So begreift es sich, daß in ökonomischer Beziehung manches unterlassen wurde, was nach unserer heutigen Anschauung hätte die Kommune tun müssen. **Am schwersten begreiflich ist allerdings der heilige Respekt, womit man vor den Toren der Bank von Frankreich ehrerbietig stehen blieb. Das war auch ein schwerer politischer Fehler. Die Bank in den Händen der Kommune — das war mehr wert als zehntausend Geiseln.** Das bedeutete den Druck der ganzen französischen Bourgeoisie auf die Versailler Regierung im Interesse des Friedens mit der Kommune. Was aber noch wunderbarer, das ist das viele Richtige, das trotzdem von der aus Blanquisten und Proudhonisten zusammengesetzten Kommune getan wurde. Selbstverständlich sind für die ökonomischen Dekrete der Kommune, für ihre rühmlichen wie für ihre unrühmlichen Seiten, in erster Linie die Proudhonisten verantwortlich, wie für ihre politischen Handlungen und Unterlassungen die Blanquisten. Und in beiden Fällen wollte es die Ironie der Geschichte — wie gewöhnlich, wenn Doktrinäre ans Ruder kommen —, daß die einen wie die andern das Gegenteil von dem taten, was ihre Schuldoktrin vorschrieb.

Proudhon, der Sozialist des Kleinbauern und des Handwerksmeisters, haßte die Assoziation mit einem positiven Haß. Er sagte von ihr, sie schließe mehr Schlimmes als Gutes ein, sie sei von Natur unfruchtbar, sogar schädlich, weil eine der Freiheit des Arbeiters angelegte Fessel; sie sei ein pures Dogma, unproduktiv und lästig, im Widerstreit so mit der Freiheit des Arbeiters, wie mit der Ersparung von Arbeit, und ihre Nachteile wüchsen rascher als ihre Vorteile; ihr gegenüber seien Konkurrenz, Arbeitsteilung, Privateigentum ökonomische Kräfte. Nur für die Ausnahmefälle — wie Proudhon sie nennt — der großen Industrie und der großen Betriebskörper, z. B. Eisenbahnen — sei die Assoziation der Arbeiter am Platz. (S. Idée générale de la Révolution, 3. étude.)

Und 1871 hatte die große Industrie selbst in Paris, dem Zentralsitz des Kunsthandwerks, schon so sehr aufgehört, ein Ausnahmefall zu sein, daß bei weitem das wichtigste Dekret der Kommune eine Organisation der großen Industrie und

sogar der Manufaktur anordnete, die nicht nur auf der Assoziation der Arbeiter in jeder Fabrik beruhen, sondern auch alle diese Genossenschaften zu einem großen Verband vereinigen sollte; kurz, eine Organisation, die, wie Marx im „Bürgerkrieg" ganz richtig sagt, schließlich auf den Kommunismus, also auf das direkte Gegenteil der Proudhonschen Lehre hinauslaufen mußte. Und daher war auch die Kommune das Grab der Proudhonschen Schule des Sozialismus. Diese Schule ist heute aus den französischen Arbeiterkreisen verschwunden; hier herrscht jetzt unbestritten, bei Possibilisten nicht minder als bei „Marxisten", die Marxsche Theorie. Nur unter der „radikalen" Bourgeoisie gibt es noch Proudhonisten.

Nicht besser erging es den Blanquisten. Großgezogen in der Schule der Verschwörung, zusammengehalten durch die ihr entsprechende straffe Disziplin, gingen sie von der Ansicht aus, daß eine verhältnismäßig kleine Zahl entschlossener, wohlorganisierter Männer imstande sei, in einem gegebenen günstigen Moment das Staatsruder nicht nur zu ergreifen, sondern auch durch Entfaltung großer, rücksichtsloser Energie so lange zu behaupten, bis es ihr gelungen, die Masse des Volks in die Revolution hineinzureißen und um die führende kleine Schar zu gruppieren. Dazu gehörte vor allen Dingen strengste, diktatorische Zentralisation aller Gewalt in der Hand der neuen **„revolutionären Regierung"**. Und was tat die Kommune, die der Mehrzahl nach aus eben diesen Blanquisten bestand? In allen ihren Proklamationen an die Franzosen der Provinz forderte sie diese auf zu einer freien Föderation aller französischen Kommunen mit Paris, zu einer nationalen Organisation, die zum erstenmal wirklich durch die Nation selbst geschaffen werden sollte. Gerade die unterdrückende Macht der bisherigen zentralisierten Regierung, Armee, politische Polizei, Bureaukratie, die Napoleon 1798 geschaffen und die seitdem jede neue Regierung als willkommenes Werkzeug übernommen und gegen ihre Gegner ausgenutzt hatte, gerade diese Macht sollte überall fallen, wie sie in Paris bereits gefallen war.

Die Kommune mußte gleich von vorn herein anerkennen, daß die Arbeiterklasse, einmal **zur Herrschaft gekommen,** nicht fortwirtschaften könne mit der alten Staatsmaschine; daß diese Arbeiterklasse, um nicht ihrer eigenen, erst eben eroberten Herrschaft wieder verlustig zu gehen, einerseits alle die alte, bisher gegen sie selbst ausgenutzte Unterdrückungsmaschinerie beseitigen, andererseits aber sich sichern müsse gegen ihre eigenen Abgeordneten und Beamten, indem sie diese, ohne alle Ausnahme, für jederzeit absetzbar erklärte. Worin bestand die charakteristische Eigenschaft des bisherigen Staats? Die Gesellschaft hatte zur Besorgung ihrer gemeinsamen Interessen, ursprünglich durch einfache Arbeitsteilung, sich eigene Organe geschaffen. Aber diese Organe, deren Spitze die Staatsgewalt, hatten sich mit der Zeit, im Dienst ihrer eigenen Sonderinteressen, **aus Dienern der Gesellschaft zu Herren über dieselbe verwandelt.** Wie dies z. B. nicht bloß in der erblichen Monarchie, sondern ebensogut in der demokratischen Republik zu sehen ist. Nirgends bilden die „Politiker" eine abgesondertere und mächtigere Abteilung der Nation, als gerade in Nordamerika. Hier wird jede der beiden großen Parteien, denen die Herrschaft abwechselnd zufällt, selbst wieder regiert von Leuten, die aus der Politik ein Geschäft machen, die auf Sitze in den gesetzgebenden Versammlungen des Bundes wie der Einzelstaaten spekulieren, oder die von der Agitation für ihre Partei leben und nach deren Sieg durch Stellen belohnt werden. Es ist bekannt, wie die Amerikaner seit 30 Jahren versuchen, dies unerträglich gewordene Joch abzuschütteln, und wie sie trotz alledem immer tiefer in diesen Sumpf der Korruption hineinsinken. Gerade in Amerika können wir am besten sehen, wie diese

Verselbständigung der Staatsmacht gegenüber der Gesellschaft, zu deren bloßem Werkzeug sie ursprünglich bestimmt war, vor sich geht. Hier existiert keine Dynastie, kein Adel, kein stehendes Heer, außer den paar Mann zur Bewachung der Indianer, keine Bureaukratie mit fester Anstellung oder Pensionsberechtigung. Und dennoch haben wir hier zwei große Banden von politischen Spekulanten, die abwechselnd die Staatsmacht in Besitz nehmen und mit den korruptesten Mitteln und zu den korruptesten Zwecken ausbeuten — und die Nation ist ohnmächtig gegen diese, angeblich in ihrem Dienst stehenden, in Wirklichkeit aber sie beherrschenden und plündernden zwei großen Kartelle von Politikern.

Gegen diese, in allen bisherigen Staaten unumgängliche Verwandlung des Staats und der Staatsorgane aus Dienern der Gesellschaft in Herren der Gesellschaft wandte die Kommune zwei unfehlbare Mittel an. Erstens besetzte sie alle Stellen, verwaltende, richtende, lehrende, durch Wahl nach allgemeinem Stimmrecht der Beteiligten, und zwar auf jederzeitigen Widerruf durch dieselben Beteiligten. Und zweitens zahlte sie für alle Dienste, hohe wie niedrige, nur den Lohn, den andere Arbeiter empfingen. Das höchste Gehalt, das sie überhaupt zahlte, war 6000 Franken. Damit war der Stellenjägerei und dem Strebertum ein sicherer Riegel vorgeschoben, auch ohne die gebundenen Mandate bei Delegierten zu Vertretungskörpern, die noch zum Überfluß hinzugefügt wurden.

Diese Sprengung der bisherigen Staatsmacht und ihre Ersetzung durch eine neue, in Wahrheit demokratische, ist im dritten Abschnitt des „Bürgerkriegs" eingehend geschildert. Es war aber nötig, hier nochmals kurz auf einige Züge derselben einzugehen, weil gerade in Deutschland der Aberglaube an den Staat aus der Philosophie sich in das allgemeine Bewußtsein der Bourgeoisie und selbst vieler Arbeiter übertragen hat. Nach der philosophischen Vorstellung ist der Staat die „Verwirklichung der Idee", oder das ins Philosophische übersetzte Reich Gottes auf Erden, das Gebiet, worauf die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit sich verwirklicht oder verwirklichen soll. Und daraus folgt dann eine abergläubische Verehrung des Staats und alles dessen, was mit dem Staat zusammenhängt, und die sich um so leichter einstellt, als man sich von Kindesbeinen daran gewöhnt hat, sich einzubilden, die der ganzen Gesellschaft gemeinsamen Geschäfte und Interessen könnten nicht anders besorgt werden, als wie sie bisher besorgt worden sind, nämlich durch den Staat und seine wohlbestallten Behörden. Und man glaubt schon einen ganz gewaltig kühnen Schritt getan zu haben, wenn man sich frei gemacht vom Glauben an die erbliche Monarchie und auf die demokratische Republik schwört. In Wirklichkeit aber ist der Staat nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie; und im besten Fall ein Übel, das dem im Kampf um die Klassenherrschaft siegreichen Proletariat vererbt wird, und dessen schlimmste Seiten es, ebensowenig wie die Kommune, umhin können wird, sofort möglichst zu beschneiden, bis ein in neuen, freien Gesellschaftszuständen herangewachsenes Geschlecht imstande sein wird, den ganzen Staatsplunder von sich abzutun.

Der deutsche Philister ist neuerdings wieder in heilsamen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats. Nun gut, ihr Herren, wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats.

Zweiter Teil.

Am Vorabend.

I. Österreich-Ungarn.

Durch die scharf ausgeübte Militärzensur in Deutschland war unser Land einige Tage von jeder Berichterstattung abgesperrt, so daß die angegebenen Daten, soweit es natürlich nur Österreich-Ungarn betrifft, nicht ganz zuverlässig sind. Seit Mitte Oktober vollzogen sich die Ereignisse mit lawinenartiger Schnelligkeit und Wucht. Hand in Hand mit dem Streben der fremdsprachigen Nationen nach Selbständigkeit ging nicht nur die politische Auflösung des Staates Österreich-Ungarn, sondern, was wichtiger ist, auch der wirtschaftliche Zusammenbruch der einzelnen Staaten vor sich. —

In der zweiten Oktoberhälfte gab im Ausschuß der ungarischen Delegation für auswärtige Angelegenheiten Graf Michael Karolyi folgende Erklärung ab:

„Ich bin gekommen, Cäsar zu begraben, nicht ihn zu feiern. Ich **mißachte die Delegation** und betrachte sie nur als Podium, das mir Gelegenheit bietet, **gegen die gemeinsame österreichisch-ungarische Regierung vor ganz Europa Anklage zu erheben.** Die Fehler, die die gemeinsame Regierung und die Delegation begangen haben, sind unverzeihlich. Graf Czernin und Graf Burian, der im Weltkrieg zweimal Minister war, haben absichtlich die Delegation nicht zusammenberufen, um nicht vor dem Richterstuhl erscheinen zu müssen. Die Tatsache, daß Graf Burian sie jetzt zusammenberuft, ist eine Verspottung des ungarischen Volkes. Graf Burian hätte die heutigen Einladungen mit einem Trauerrand absenden müssen. Die Achtundvierziger (Unabhängigkeits-) Partei ist seit jeher mit all ihrer ganzen Kraft gegen dieses unmögliche Instrument, die Delegation, aufgetreten. Ich klage das gemeinsame Ministerium und die Delegationen an, daß sie allein den Zusammenbruch der Monarchie verursachten, und so Ungarn in diese traurige Lage versetzt haben, in der es heute sich befindet. Die gemeinsame Regierung hat sich niemals um die Stimmung im Volke gekümmert, sondern auch in der ernsten Zeit immer kleinliche Intrigen betrieben."

In Agram soll als Gegenstück zur ungarischen Unabhängigkeitserklärung die **Proklamation eines selbständigen südslawischen Staates** geplant sein.

Die der **österreichischen** Delegation angehörigen **polnischen** Abgeordneten haben in der heutigen Sitzung der Delegation folgende Erklärung abgegeben:

„Die polnischen Mitglieder der Delegation erklären feierlich, daß die Gesamtheit der polnischen Reichstagsabgeordneten im vollsten Einvernehmen mit der öffentlichen Meinung und mit dem festen Willen aller Bevölkerungsschichten im Lande die am 2. Oktober 1918 im Abgeordnetenhause durch die polnischen Parteien abgegebene Erklärung als einzige politische Grundlage für die polnische Nation in der Monarchie, insbesondere in Galizien, ansehen und **sich von diesem Augenblick an auch als Zugehörige und Bürger des freien, vereinigten, unabhängigen polnischen Staates betrachten,** wobei sie sich sowohl auf die weltbekannte Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika sowie auf die Anerkennung durch die Zentralmächte berufen. Die polnischen Mitglieder der Delegation fordern die k. u. k. Regierung auf, unverzüglich alle notwendigen Schritte einzuleiten, die zur Verwirklichung der Grundsätze des Präsidenten Wilson führen und in klarer Weise **das Recht des polnischen Volkes zur Teilnahme an dem Friedenskongreß** zur Durchführung der **staatlichen Angrenzung und Anbahnung der notwendigen wirtschaftlichen Verträge zwischen dem souveränen polnischen Staat und den übrigen Teilen des österreichisch-ungarischen Staates** zur Geltung kommen lassen."

Ähnlich wie sich die Polen als unabhängig betrachten und der k. k. österreichisch-ungarischen Regierung nur die Aufgabe der formellen Liquidation Österreich-Ungarns zuschieben, erklären sich die Tschechen als selbständig. Sie haben gemeinsam mit den Südslawen an den Kriegsminister und den Minister des Äußeren folgende Anfragen gerichtet:

„1. Ist die k. u. k. Regierung bereit, endlich einmal den Weg zum Frieden zu öffnen, indem sie den Vertretern der Nationen, die sich zu **Nationalregierungen** konstituieren wollen, die Herbeiführung und Durchführung von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen ermöglicht? 2. Ist die gemeinsame Regierung bereit, **sofort alle südslawischen Regimenter in die Heimat zu versetzen?"**

Im Heeresausschusse der österreichischen Delegation verwies der tschechische Delegierte **Dr. Koerner** darauf, daß der **tschecho-slowakische Staat nunmehr ins Leben getreten sei.** Die nähere Durchführung des neuen Staates werde den Gegenstand internationaler Verhandlungen zu bilden haben. Jetzt bestehe nur ein Übergangsstadium bis zur Loslösung des neuen Staates von der österreichisch-ungarischen Monarchie. Deshalb nehme Redner an den Verhandlungen nur unter Verwahrung teil, ohne den Fortbestand der Verfassungsgesetze vom Jahre 1867 anzuerkennen.

Die Fiumaner Revolte.

Budapest, 24. Oktober. In Fiume hat das revoltierende 79. gemeinsame Infanterie-Regiment die Tabaktrafik besetzt, ist in das Gerichtsgebäude eingedrungen und hat den Fiumaner Leiter der Staatsanwaltschaft Balini gefangen genommen. Sodann wurden die Gefängnisse geöffnet und die Sträflinge befreit. Bei den Straßenkämpfen mit der Polizei wurden zwei Polizisten von Kroaten gefangen und angeblich zu Tode gepeinigt. Sodann wurde der Bahnhof besetzt und die Eisenbahnschienen bis Debnice aufgerissen.

Revolution in Kroatien und Slawonien.

In offener Parlamentssitzung ist das Kabinett Wekerle **gestürzt** worden. Eine neue Regierung ist in Bildung begriffen, der Graf **Karolyi**, wenn nicht als Ministerpräsident, so doch jedenfalls als führendes Mitglied angehören wird. Demokraten und Sozialdemokraten sollen in sie eintreten, und als Minister des Äußern ist Graf **Andrassy** in Aussicht genommen.

Der unmittelbare Anlaß zu dem plötzlichen Sturze Wekerles, der sich eben erst durch die enge Verbindung mit der Tisza-Partei gefestigt zu haben schien, war ein Telegramm aus **Fiume** an das Mitglied der Karolyi-Partei den Abgeordneten **Balla**. Darin wird von Tatsachen militärischer Natur sowie schweren Unruhen berichtet, die sich in Fiume sowie in ganz Kroatien und Slawonien zugetragen haben. Worum es sich handelt, erzählt die „Frankfurter Zeitung" in einem Budapester Telegramm:

> **In Kroatien hat die bisherige Ordnung aufgehört, und der Nationalrat der Slowaken, Kroaten und Serben hat die Zentralgewalt über Kroatien in die Hand genommen. Es kam zu großen Kundgebungen, auch für Wilson und Professor Masaryk. Die serbischen Kriegsgefangenen wurden für frei erklärt.**

Kurz nach der Verlesung dieses Telegramms gaben die Führer aller linksstehenden Parteien Erklärungen ab, in denen sie der Regierung das Vertrauen absprachen, in diesen kritischen Augenblicken die Geschicke des Landes weiter zu leiten. Graf Karolyi, der radikale Führer der Opposition, sagte:

> **„Alle Anzeichen der Zerrüttung liegen klar zutage, nur die Regierung sieht sie nicht. Ein jeder von uns halte sich bereit, sein Leben einzusetzen. Wir müssen binnen 24 Stunden einen Weg zur Entwirrung finden. Wenn bis dahin keine Lösung gefunden ist, so stellen wir uns beiseite, und dann mögen andere den Ausweg suchen."**

Das war die offene Drohung mit der **Revolution!**

Nach diesen Erklärungen wurde die **Entsendung einer Abordnung an den König** beschlossen, die ihn ersuchen soll, vor dem versammelten ungarischen Reichstag feierlich die volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit Ungarns zu erklären.

Sodann wurde die Sitzung unterbrochen; nach der Pause ergriff der Ministerpräsident Wekerle das Wort zu folgender Erklärung:

> **„Wir befinden uns unter den schwersten Verhältnissen. Nur die Vereinigung der gesamten Kräfte der Nation vermag einem drohenden Unheil zu steuern und die großen Ziele der Verteidigung und Integrität des Landes zu sichern. Unter diesen Umständen werde ich morgen vor dem Monarchen erscheinen und erklären, daß ich für die Leitung der Angelegenheiten keine Verantwortung mehr übernehmen kann. Es bestanden zwischen der Regierung und anderen Parteien in wesentlichen Fragen niemals Unterschiede, bloß in der Frage des Wahlrechtes. Auch diejenigen, die dessen Erweiterung nicht billigten, stimmen jetzt unter den neuen Verhältnissen zu.**
>
> **Unsere weitere Tätigkeit wird die Fortsetzung der Friedensbestrebungen sein. Wir müssen Wilson antworten, und ich werde, bis meinen Platz eine andere Regierung übernimmt, fortfahren, die Friedenssache zu fördern. Unsere nächste Pflicht ist, die Grenzen des Landes zu schützen und die unga-**

rischen Soldaten ins Land zurückzubringen. Es ist unsere Aufgabe, den Frieden unter allen Umständen und um jeden Preis zu sichern. Ich bitte um die Mitwirkung des Hauses. Die neue Regierung soll aus Vertretern aller parlamentarischen Parteien sowie aus außerhalb stehenden politischen Faktoren, die die Sache des Vaterlandes fördern wollen, gebildet werden."

Wer es aus der Tatsache, daß der pazifistisch gesinnte, politisch aber durchaus ententistisch orientierte Graf Michael Karolyi ungarischer Minister geworden ist, nicht schließen wollte, muß es sich von dem abgehenden Ministerpräsidenten Dr. Wekerle sagen lassen. Das Ziel der neuen ungarischen Regierung ist **der Frieden um jeden Preis und unter allen Umständen!**

Wie weit dieser Entschluß geeignet ist, die katastrophale Entwicklung der Dinge im südslawischen Sprachgebiete zurückzudämmen und welche Nachwirkung diese sensationellen Vorgänge auf die Operationen der noch verbündeten Truppen in Serbien und Albanien haben werden, steht dahin.

Auch in **Österreich** macht die Auflösung weitere Fortschritte, wenn auch die letzten Tage durch keine so sensationellen Ereignisse kennzeichnete, wie in Budapest. Über die augenblickliche Lage berichtet folgendes Privattelegramm unseres Wiener Korrespondenten:

Wien, 24. Oktober. Die Konstituierung der nationalen Staaten aufdem Boden Österreichs macht immer weitere Fortschritte. Die wichtigste Frage ist zunächst die der Übernahme der Verwaltung durch die Nationen. Hier wird das Meiste nicht durch juristische Übergabe aller Behörden, sondern durch den tatsächlichen Übergang der Gewalt aus den Händen der staatlichen Behörden an die lokalen und autonomen Körperschaften bewirkt. Diese Entwicklung vollzieht sich bei Tschechen und Deutschen ähnlich, wenn auch in graduell verschiedener Weise. Bei den Deutschen allmählicher, bei jenen rascher, da die Vorbereitungen im tschechischen Sprachgebiet weiter vorgeschritten sind. Das Hauptinteresse konzentriert sich jetzt auf Böhmen, wo seit jeher der Angelpunkt des ganzen staatlichen Problems liegt.

Bei der gestrigen Besprechung der Deutsch-Böhmen wurde ein Ausschuß gewählt. Unter zwölf Mitgliedern sind drei Sozialdemokraten. Der Ausschuß soll Vorschläge über die Organisation Deutsch-Böhmens erstatten. Die Schwierigkeiten liegen in der Gestaltung des deutsch-böhmischen Staatsgebietes. Nur der Norden und Westen bilden ein zusammenhängendes Territorium. Von ihm ist der von Deutschen bewohnte Teil Südböhmens, der zu den Donauländern gravitiert, durch einen tschechischen Riegel sprachlich getrennt. Eine exponierte Stellung nimmt auch der von Deutschen bewohnte Teil Österreichisch-Schlesiens ein.

Andere große Schwierigkeiten liegen im Ernährungswesen des nordböhmischen Industriegebiets, das durch die passive Resistenz des tschechischen Böhmens schwer gefährdet ist. Damit hängt die Entsendung einer Abordnung deutsch-österreichischer Abgeordneter nach Berlin zusammen. Ihr gehören an die Herren Dr. Renner, Schreitter, Friedmann, Fink, Dr. v. Langenhahn, Baron Pantz. Die Tschechen möchten die Zurückhaltung von Lebensmitteln als Pressionsmittel für territoriale Zugeständnisse benützen, erklären aber, über Lieferung von Lebensmitteln von Volk zu Volk verhandeln zu wollen.

2

Das tschechische Verlangen nach Übergabe der gesamten Verwaltung Böhmens widerspricht aber einigermaßen dieser Erklärung, da sie damit auch die Verwaltung Deutsch-Böhmens erhalten würden. Der Minister des Äußern, Burian, legte heute dem Delegationsausschuß für Äußeres die Vorschläge zur Beantwortung der Wilsonnote vor, worüber eine vertrauliche Beratung stattfand.

Über die Stellung der Tschechen unterrichtet ein Artikel des Vizepräsidenten Tusar in dem Wiener tschechischen Arbeiterblatt:

Wien, 24. Oktober. Die Blätter entnehmen der „Delnicke Listy" einen Artikel des tschechischen Sozialdemokraten Vizepräsidenten **Tusar** über den Standpunkt der Tschechen, worin ausgeführt wird: Der tschechische unabhängige Staat existiert rechtlich. Es handelt sich bloß um die faktische Konstituierung. **Die tschechische Regierung, welche den Anspruch auf Deutsch-Böhmen und die Slowakei aufgeben würde, wäre undenkbar.** Die Frage Nordböhmens als Grenzregelungsfrage zwischen dem tschechischen Staate und Deutschland werde auf einer **Konferenz zwischen Prag und Berlin** in beiderseitigem Interesse zu lösen sein. Tusar verlangt schließlich die **Abberufung des fremden Militärs aus Böhmen und Mähren.**

Am Mittwoch erschien das **Präsidium der ukrainischen Konstituante** — es ist hier natürlich nur von der Nationalversammlung der den Nordosten Galiziens, der Bukowina und Ungarns bewohnenden Ukrainer oder Ruthenen die Rede — beim Ministerpräsidenten Dr. v. Hussarek und erklärte ihm, daß sich der ukrainische Staat konstituiert habe und sich über alle ethnographisch-ukrainischen Gebiete der Monarchie erstrecke. Es ist für die Situation bezeichnend, daß der Ministerpräsident diese Erklärung „zur Kenntnis" nahm.

Deutsch-österreichische Abordnung in Berlin.

Österreichischer oder deutscher Bundesstaat?

Eine Abordnung des in Bildung begriffenen deutsch-österreichischen Staates ist gestern in Berlin eingetroffen. Sie wird von einem der drei Präsidenten des Vollzugsausschusses der deutsch-österreichischen Nationalversammlung, Abg. Fink, geführt, dem Abg. Genosse Karl Renner beigegeben ist. Weiter gehören ihr fünf Mitglieder des Ernährungsausschusses und ein Vertreter der Stadt Wien als Mitglieder an.

Die Abordnung besuchte gestern den Reichstag, wo ihre verschiedenen Parteigruppen mit den ihnen entsprechenden Parteien Fühlung nahmen. Morgen wird sie mit den politischen Staatssekretären und mit den Parteiführern offiziell in Verbindung treten.

Der Besuch hat nicht den Zweck, staatsrechtliche Bindungen zu vollziehen oder vorzubereiten. Soweit ist die Sache noch nicht. Die Deutsch-Österreicher wollen zunächst mit den anderen Nationalstaaten des alten Österreich verhandeln und sind bereit, mit ihnen einen demokratischen Bundesstaat zu bilden, der den nationalen und wirtschaftlichen Interessen aller Beteiligten gerecht wird. Wenn die anderen Völker das nicht wollen, dann allerdings würden sie tatkräftig beweisen, daß sie dem Deutschen Reich als Bundesstaat beizutreten wünschen.

Die tschechischen Emigranten für die Republik.

Genf, 24. Oktober. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts".) Der tschechische Geschäftsträger in Rom, **Borsky**, sagte dem Pariser Korrespondenten des „Corriere de la Sera", daß der tschechische Staat **nur Republik** sein könne, da eine eigene Dynastie nicht existiere und man keine Fremden im Hause haben wolle. Auch sei die Unabhängigkeit des tschechischen Staates den demokratischen Parteien zu verdanken. Das Bildungsniveau des Volkes verspreche der republikanischen Staatsform Erfolg.

Was ist Deutschösterreich?

Von Dr. Karl Renner,

Mitglied des Vollzugsausschusses der deutsch-österreichischen Nationalversammlung.

Diesen Artikel Karl Renners, des nachmaligen Staatskanzlers, glaube ich der Öffentlichkeit erhalten zu müssen, weil er uns durch des Verfassers Mund die Stellungnahme der Deutsch-österreichischen Sozialdemokratie zur Bewegung kundgibt.

Ein neuer Staat ist erstanden, er nennt sich **Deutschösterreich**. Nicht nur die weite Welt, wohl auch die nächsten Nachbarn sind durch den Schritt der deutschen Reichsratsabgeordneten Österreichs — sie sind auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts gewählte wirkliche Vertreter ihres Volkes — höchlichst überrascht worden. Woher dieser rasche Entschluß? Wieso dieses sofortige Verständnis und Einverständnis des ganzen Volkes ohne alle Ausnahmen?

Was Aristoteles sagt, trifft hier buchstäblich zu: Staaten entstehen des Lebens halber, aus des Lebens Notdurft. Eines Tages blieb uns Deutschen der Donaumonarchie kein anderer Ausweg übrig, als **selbst die öffentliche Gewalt zu ergreifen**, die bis dahin eine „landesfürstliche" und ihrer Zusammensetzung nach „internationale" Bureaukratie ausgeübt hatte. Sie verwaltete die deutschen, slawischen und romanischen Gebiete, aber die nichtdeutschen Gebiete versagten ihr eines Tages den Gehorsam: Die tschechischen und polnischen Bezirkshauptleute hörten auf, Nahrungsmittel nach den Weisungen der Behörden abzustellen, tschechische Eisenbahner hielten auf Geheiß des tschechischen Nationalrats die Bahnwagen mit Getreide, Kartoffeln und Kohlen auf — das deutsche Gebiet war der **Aushungerung** preisgegeben. Da die vielnationale, überdies durch Gesetze und tausend Rücksichten gebundene Bureaukratie gegen diese Eigenmacht ohnmächtig war, da überdies die slawischen **Ämter** sich beinahe unverhüllt den **slawischen Nationalräten** unterstellten und so im kalten Wege der Tatsachen slawische Staatsgewalten herstellten, blieb uns Deutschen gar nichts übrig, als die solidarische Selbsthilfe zu verkünden und auch selbst als deren einzig gebotenes Mittel den eigenen Staat aufzurichten. Das war der letzte Anstoß und dieser treibt uns unaufhaltsam weiter. —

Die zweite Zwangslage war eine **rechtlich-moralische**. Die österreichische Staatsgewalt war bis dahin landesfürstliches, habsburgisches Patrimonium, nicht etwa deutsches Volksgut. Die herrschende Schicht der Deutschen hatte an ihm denselben Anteil, wie etwa das Karossenpferd am Silbergeschirr, und genoß auch die erhöhte Haferration des Karossenpferds — den deutschen Volksmassen erwuchsen nur Nachteile aus diesem Verhältnisse. Den anstürmenden **Slawen** bot es seit fünfzig Jahren Gelegenheit, von der Dynastie Zuwendungen teils durch Knechtseligkeit zu erlisten, teils durch Abfalldrohung zu erpressen. Sowohl der

Byzantinismus wie der Hochverrat der anderen wurde gewohnheitsmäßig aus deutschem Gut und Blut bezahlt.

Das hat die Deutschen Österreichs gezwungen, von dem vielnationalen landesfürstlichen ihr deutsches Gemeinwesen abzulösen, gleichsam die zwei zusammengemischten Kassen wieder auseinanderzulegen. Denn gerade jetzt stiegen die Forderungen aller Nationen ins Unermeßliche, und so gebot die Vorsicht, unser Gut in Sicherheit zu bringen.

Drittens aber stand die politische Maschine still, weil die Tschechen erklärten, mit der Wiener Regierung überhaupt nicht mehr zu verhandeln, weil sie **so auf** die wirksamste Weise die Gemeinschaft stillsetzten. **Aber das menschliche Gemeinschaftsleben kann niemals stille stehen** — nicht im Frieden und noch weniger im Kriege! Wir müssen unsere Hungernden verpflegen und können das nicht ohne öffentliche Gewalt. Wir wollen unsere Soldaten demobilisieren und können es nicht ohne öffentliche Gewalt. Versagt die eine, so muß die andere geschaffen werden. Die Tschechen können einer dynastischen Regierung alles Verhandeln ablehnen, aber sie können das nicht einem Volke, das rings um sie und mitten unter ihnen wohnt. Verhandeln aber kann nur, wer eigenen Rechtes ist, und nur auf Grund seines vorher gesicherten unbestreitbaren Besitztums.

Es blieb nichts übrig — Deutschösterreich mußte **ein eigener Staat** werden. Er ist es durch den einmütigen Beschluß seiner Vertreter schon geworden, und binnen kurzer Zeit wird der Vollzugsausschuß in aller Form die Regierungsgewalt ergreifen, wenn auch mit einer Einschränkung.

Was will Deutschösterreich? Es hat unverhohlen und klar der Dynastie, der bisherigen Regierung und den anderen Nationen der Donaumonarchie ein Dilemma gestellt:

Entweder erklären die übrigen Nationen sich bereit, mit Deutschösterreich einen Bundesstaat zu bilden, und dies unter Bedingungen, die den nationalen und wirtschaftlichen Interessen Deutschösterreichs entsprechen — dann sind auch wir bereit, in einen solchen Bund einzutreten, oder sie wollen einen Bund nicht oder nur unter unannehmbaren Bedingungen — dann wird Deutschösterreich als Bundesstaat dem Deutschen Reiche beitreten.

Beide Glieder des Dilemmas sind gleich ernst gemeint, das erste ist nicht als zeitlicher Vorwand, das letztere nicht als leere Drohung zu fassen! Vor solchem Irrtum sei Feind und Freund gewarnt! Ernstlich bleibt die erste Möglichkeit den anderen Nationen offen. Deutschösterreich ist mit den anderen Nationen wirtschaftlich so eng verwachsen, daß die Trennung bei allen Trennstücken furchtbare Wunden zurückläßt. Dieses Opfer wollen wir ernsthaft uns selbst wie den anderen ersparen, wenn diese das verstehen und zu würdigen wissen. Aber es liegt uns ganz fern, irgend jemand zum Verständnis und zur Liebe zwingen zu wollen, am Ende haben wir es satt, den unverstandenen Lehrmeister und den ungebetenen Vormund zu spielen, und **keine überlieferte Macht,** weder Dynastie noch Kirche noch Bureaukratie, wird uns mehr eine Rolle aufnötigen, die gegen unsere Würde ist. **Wir bestellen unser eigenes Haus** — mögen die anderen für sich selber denken und sorgen. Und **diese Politik** kann und wird die deutschösterreichische Sozialdemokratie, die den Imperialismus der deutschen Bourgeoisie stets bekämpft hat, gerne mitmachen und aktiv mitführen, bis das eigene Heim fertig dasteht.

Das ist, das will Deutschösterreich und das ist unser Anteil als Sozialdemokraten an ihm.

Die Krise in Österreich-Ungarn.

Die neue Regierung in Ungarn.

Die kritische Zuspitzung der Lage in Österreich und in Ungarn hat sich weltpolitisch noch nicht ausgewirkt. Das hängt in erster Linie wohl damit zusammen, daß das neue ungarische Kabinett noch nicht gebildet ist. Einige Meldungen sprechen von einem Koalitionskabinett, dem auch Wekerle, Apponyi und Tisza beitreten würden. Andere berichten von einem Kabinett, das im wesentlichen aus Anhängern Karolyis, Sozialdemokraten und Vertretern der Nationalitäten sich zusammensetzen würde. Ein solches Ministerium sollte natürlich versinnbildlichen, daß die Slowaken, Rumänen und Südslawen für ein Linsengericht ihr Erstgeburtsrecht preisgeben werden. Höchstens könnte es gelingen, einige Renegaten als Aushängeschild für ein solches Ministerium zu gewinnen

Die Revolte von Fiume.

Die Ungarische Telegraphenagentur berichtet, daß die Rebellion in Fiume niedergeschlagen sei und die Meuterer aus der Stadt gedrängt wurden. Doch ist damit natürlich noch keine Beruhigung im südslawischen Gebiet geschaffen. Der Wiener Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" sieht die Dinge recht skeptisch an und erwartet in absehbarer Zeit die Kapitulation Österreichs:

Wien, 25. Oktober. Im Heeresausschuß der österreichischen Delegation erklärte **Kriegsminister von Stoeger-Steiner:** Am 23. früh sind Demonstranten von Susak nach Fiume gezogen, **durchbrachen** den bei der Brücke von Susak aufgestellten Grenzpolizeikordon, zogen in Fiume vor das Gerichtsgebäude und **befreiten die dort befindlichen Arrestanten** und hißten auf diesem Gebäude und auf dem Gouvernementsgebäude die kroatische Fahne. Dieser Demonstration hat sich eine **Wachkompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 79** angeschlossen. Durch die Gegenmaßnahmen der lokalen Behörden wurde um 4 Uhr nachmittags in Fiume die Ordnung wiederhergestellt. In den Abendstunden haben sich die Demonstrationen wiederholt und **schärfere Formen** angenommen. Die Wachkompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 79 hat sich **in einer Kaserne verbarrikadiert.** Laut den soeben eingelaufenen Meldungen hat diese Wachkompagnie heute um 6,30 Uhr früh die Fahne spontan von dem Gebäude entfernt und hat sich ohne Blutvergießen **ergeben.** Momentan herrscht in Fiume Ruhe und Ordnung. Der Banus von Kroatien und der südslawische Nationalrat haben gestern Aufrufe, die zur Ruhe und Ordnung mahnen, an die Bevölkerung erlassen. Dieser Aufforderung ist die Bevölkerung willig gefolgt, und es herrscht derzeit in Agram und im Lande überhaupt Ruhe.

Die nächste Tagung der deutschen Nationalversammlung.

Wien, 25. Oktober. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts".) Die Vorgänge in Fiume haben die ungarische Krise akut werden lassen und den Rücktritt Wekerles herbeigeführt. Wahrscheinlich wird man, um Ungarns Bestrebungen nach Unabhängigkeit für die Krone zu gewinnen, dem Grafen Karolyi die Regierung übertragen, was **das Ende der oligarchischen Herrschaft Tiszas** und eine Wendung zur Demokratie bedeuten würde. Im übrigen erwartet man von Karolyis ententistischen Sympathien auch einen guten Eindruck im Auslande. Karolyi wird auch Sozialdemokraten in die Regierung aufnehmen, wodurch die Wendung zur

Demokratie gesichert und äußerlich dokumentiert werde. Vielleicht wird auch versucht werden, Vertreter der Nationalitäten zum Eintritt zu bewegen, um die gegenwärtigen Grenzen Ungarns zu erhalten. Aber es ist ausgeschlossen, daß Slowaken, Rumänen oder gar Serben darauf eingehen, da eine solche Politik die Anerkennung des ungarischen Staates und den Verzicht auf eigene Selbständigkeit bedeutete. Übrigens treten **auch die Anhänger Karolyis** bei all ihren demokratischen Neigungen **für die Vorherrschaft der magyarischen Nation** ein. Der Rücktritt Burians und die Berufung Andrassys soll ebenfalls das Entgegenkommen des Hofes gegen die Ungarn dokumentieren. Für Österreich ist dieser Ministerwechsel bedeutungslos, da die Nationen eine gemeinsame Vertretung in der äußeren Politik nicht mehr anerkennen, sondern die Regelung der auswärtigen Beziehungen den nationalen Regierungen übertragen sehen wollen.

Mittwoch tritt die **deutsche Nationalversammlung** zu ihrer zweiten Sitzung zusammen. Die Tagesordnung umfaßt die gesamte innere und äußere Politik des neuen Staates, die hier mehr noch als sonst zusammenhängen. Die Konstituierung des Staates und die Übernahme der Verwaltung bedeutet zugleich die Abgrenzung gegenüber den Nachbarvölkern, die sich als Ausland darstellen. **Der Vollzugsausschuß,** der die Aufgaben einer Regierung erfüllt, tagt ganztägig, um alle in Betracht kommenden Angelegenheiten zu erledigen.

Die Abgrenzung des deutsch-österreichischen gegenüber dem tschechischen Staate ist bei gutem Willen leicht. In den Sudetenländern leben 3,5 Millionen Deutsche, die gegen ihren Willen dem tschechischen Staate nicht einverleibt werden können. Wenn sie aber mit Gewalt unter dieses Joch gezwungen werden sollten, so werden sie in dem tschechischen Staate ein dauerndes Element der Unruhe darstellen und eine Gefahr für den europäischen Frieden bilden. In dem deutschen Siedelungsgebiete finden sich relativ nur wenige nationale Minderheiten. Die Deutschen sind bereit, **eine Volksabstimmung unter internationaler Kontrolle** vorzunehmen. Da Wilson erklärt, nur gegen die Regierungen, nicht aber gegen das deutsche Volk Krieg zu führen, so wird die Entente nur sehr schwer über das eindeutige Recht Deutsch-Böhmens, Deutsch-Schlesiens und Deutsch-Mährens hinwegkommen. Einige Schwierigkeiten wird die Frage der eingesprengten Sprachinseln bieten. Da sich aber solche sowohl in deutschem wie in tschechischem Gebiete befinden, liegt ein **Ausgleich im gegenseitigen Interesse,** wobei von beiden Seiten für die Minderheiten ein besonderer Schutz ausbedungen werden kann.

Zugeständnisse an die Ungarn.

Budapest, 24. Oktober. (Meldung des Ungar. Tel. Korr. Bureaus.) Der König hat die Vorschläge des Kabinetts Wekerle, welche die **Selbständigkeit** und **Unabhängigkeit Ungarns** sowohl bezüglich der auswärtigen Angelegenheiten als auch bezüglich des Heeres sowie in den sämtlichen wirtschaftlichen Fragen vollkommen sicherstellen, genehmigt und deren Unterbreitung im Parlament bewilligt.

Übernahme der staatlichen Verwaltung durch die Nationen.

Wien, 26. Oktober. Die Blätter melden aus Graz: Der Statthalter in Steiermark, Graf Clary, hat demissioniert; die gesamte politische und wirtschaftliche Verwaltung der Statthalterei wird von dem Wirtschaftskommissar übernommen, welcher aus einem bereits seit einigen Tagen in Graz bestehenden

Wohlfahrtsausschuß nach Beratung einer Abordnung dieses Wohlfahrtsausschusses und steirischer Abgeordneten mit dem Ministerpräsidenten eingesetzt wurde. Der Wirtschaftskommissar in Steiermark ist Wutte von der deutschbürgerlichen Partei, sein Stellvertreter Dr. Eisler, Sozialdemokrat.

Österreich-Ungarn erbittet Sonderfrieden.

Der Minister des Äußeren Graf **Andrassy** hat am Sonntag den österreichisch-ungarischen Gesandten in Stockholm beauftragt, die Königlich Schwedische Regierung zu ersuchen, der Regierung der Vereinigten Staaten nachstehende Antwort auf deren Note vom 18 d. M. zu übermitteln.

In Beantwortung der an die österreichisch-ungarische Regierung gerichteten Note des Herrn Präsidenten Wilson vom 18. d. M. und im Sinne des Entschlusses des Herrn Präsidenten, mit Österreich-Ungarn abgesondert über die Frage des Waffenstillstandes und des Friedens zu sprechen, beehrt sich die österreichisch-ungarische Regierung zu erklären, daß sie ebenso wie den früheren Kundgebungen des Herrn Präsidenten auch seiner in der letzten Note enthaltenen Auffassung über die Rechte der Völker in Österreich-Ungarn, speziell über jene der Tschechoslowaken und der Jugoslowaken, zustimmt.

Da sonach Österreich-Ungarn sämtliche Bedingungen angenommen hat, von denen der Herr Präsident den Eintritt in die Verhandlungen über den Waffenstillstand und den Frieden abhängig gemacht hat, steht nach Ansicht der österreichisch-ungarischen Regierung dem Beginn dieser Verhandlungen nichts mehr im Wege. Die österreichisch-ungarische Regierung erklärt sich daher bereit,

ohne das Ergebnis anderer Verhandlungen abzuwarten,

in Verhandlungen über einen Frieden zwischen Österreich-Ungarn und den gegnerischen Staaten und über einen sofortigen Waffenstillstand an allen Fronten Österreich-Ungarns einzutreten, und bittet den Herrn Präsidenten Wilson, die diesfälligen Einleitungen treffen zu wollen.

Nibelungentreue — Nibelungennot! Wie in grauer Vorzeit der Recken hochgemute Schar an der Theiß von dem Schwert und Dolch der Hunnen gefällt wurde, so verblutete sich des neuen Deutschlands blühende Jugend und beste Mannschaft zur Rettung des Donaureiches, dessen innere Schwierigkeiten und Halbheiten den Stein ins Rollen gebracht haben.

Die Bitte um den Sonderfrieden ohne Rücksicht auf „das Ergebnis anderer Verhandlungen" stellt die k. u. k. Regierung, die heute für niemanden mehr spricht als für die **Dynastie**. Die **Deutschösterreicher** haben die Absendung einer eigenen Note an Wilson beschlossen, die **Tschechen** haben bereits eine Friedensdelegation in die Schweiz entsendet, die nach neueren Meldungen ein Häuschen weiter gegangen, nämlich nach Paris gereist sein soll; die **Südslawen** werden von Dr. Trumbic bei der Entente repräsentiert; die **Polen** haben sich schon längst über Genf und Lausanne ins feindliche Lager laufende Verbindungen geschaffen; und die **Magyaren** verlangen stürmisch die Auflösung aller „Gemeinsamkeiten", um sich eine eigene Vertretung bei der Friedenskonferenz zu schaffen. Die k. u. k. Regierung spricht also, um diesen gewichtigen Tatbestand festzuhalten, nur für die Dynastie; in **ihrem** Namen ist die Kapitulation angetragen worden, ist um den Waffenstillstand gebeten

worden, ohne das Ergebnis der deutschen Verhandlungen abzuwarten. Kein **Wunder**, daß die ganze Welt glauben wird, die k. u. k. Regierung habe sich mit einem Fußtritt gegen einen sterbenden Löwen einen gnädigen Frieden erkaufen wollen.

Dieser Frieden wird — das sagt die Note deutlich genug — die Wünsche der Tschechen und Südslawen voll befriedigen. Im Namen des Selbstbestimmungsrechtes haben diese Völker ihre Klagen vor den Gerichtshof der Welt getragen. Kaum zur Macht gelangt, pfeifen sie auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker in allen Tonarten und werden nicht müde, neue Ansprüche auf Grund der Siedlungsverhältnisse der Völkerwanderung zu stellen. So wenden sich die **„Narodni Listy"** scharf gegen eine Angliederung Deutschböhmens an das Deutsche Reich. Das Blatt sagt: Wir gestatten nicht, daß auch nur eine Spanne Bodens von dem tschechoslowakischen Staat losgelöst werde. Die Tschechen werden den deutschen Bürgern alle Gerechtigkeit widerfahren lassen. **Hochverräter** kann der tschechische Staat aber nicht dulden. Wer nicht **loyaler Bürger** sein kann, soll Grund und Boden verkaufen und hingehen, wohin er will. Das agrarische Abendblatt **„Vecer"** fordert sogar die Einbeziehung Niederösterreichs bis zur Donau **einschließlich Wiens** in den tschechischen Staat mit der Begründung, daß die Tschechen in Niederösterreich keine Insel bilden können, weil das jetzige Niederösterreich früher böhmisches Gebiet gewesen sei und die Mehrzahl der Bewohner Wiens direkt oder durch ihre Eltern aus Böhmen und Mähren stammen. Desgleichen fordert das Blatt den Anschluß Preußisch-Schlesiens als untrennbaren Teil des nationalen Programms.

Vor wenigen Monaten noch verherrlichte die tschechische Presse den Hochverrat. Heute erklärt sie die Berufung der Deutschösterreicher auf das nationale Selbstbestimmungsrecht gegen den noch gar nicht bestehenden tschechischen Staat als Hochverrat! Diese brutalen Drohungen zeigen, was von den Schwüren zu halten ist, die die Tschechen jetzt zehnmal am Tage leisten: daß sie die Rechte der deutschen Minderheit heilig halten werden. Das ist das Lied des Wolfes, der das Schaf fressen will.

Der von der k. u. k. Regierung vorgeschlagene Sonderfrieden will bewußt die Deutschösterreicher den Tschechen opfern, um dadurch zugleich die Tschechen festzuhalten und die Entente durch das Opfer eines völlig slawisierten Österreichs gnädig zu stimmen.

Deutschland und Deutschösterreich werden nicht untergehen. Deutschland hat die Schrecken des Dreißigjährigen Krieges überstanden und die Demütigungen der langen Zeit überwunden, in der es ein geographischer Begriff war. Die Tschechen selbst sind das beste Beispiel, daß die Völker ewig sind, sich immer von neuem siegreich erheben und die blutigsten Verfolgungen überstehen. Die Hussitenkriege, die Reformation, die verneuerten Landesordnungen, die Verfolgungen noch dieses Krieges haben ihre Renaissance nicht verhindert. Und sie wollen das deutsche Siebzigmillionenvolk in Stücke reißen? Arme Toren! Sie selbst werden die Balkanisierung Österreichs, die Verstümmelung des nationalen Selbstbestimmungsrechts, um das sie eben noch mit zäher Tapferkeit gerungen, bitter bereuen!

Aber noch ist es nicht soweit. Die Tschechen sind von drei Seiten von Deutschen umgeben, die sie nicht von der Landkarte blasen können. Innige wirtschaftliche Beziehungen gehen herüber und hinüber. Viel kann geholfen werden, wenn die Tschechen in **Berlin** einen vorurteilsfreien, verhandlungsbereiten Partner finden, der ihren Staat als vollendete Tatsache innerhalb seines ethnographischen Rahmens anerkennt und frei von allem provinziellen Geiste in ihrem Gedeihen seinen eigenen

Nutzen findet. Und genau so ist die Deutsche Regierung aller Rücksichten in der Herstellung eines neuen besseren und gesünderen Verhältnisses zu dem **Südslawenstaat** und besonders **Italien** ledig. Die deutsche Politik kann auf neuer Grundlage mit diesen Völkern neue freundliche Beziehungen suchen — wenn sie selbst die Ideale respektieren, um die sie so lange und schmerzlich gerungen haben, gerungen auch gegen den Widerstand der ehemals in Deutschland herrschenden und nun abgedankten Klassen.

Das neue Kabinett.

Hofrat **Lammasch** ist zum Ministerpräsidenten ernannt worden. In weiteren Handschreiben werden Geheimrat Paul **von Vittorelli** zum Justizminister, Sektionschef Richard Edler von **Hampe** zum Unterrichtsminister, Universitätsprofessor Dr. Ignaz **Seipel** zum Minister für soziale Fürsorge, Professor an der Technischen Hochschule Dr. Josef **Redlich** zum Finanzminister ernannt, und der Sektionschef Dr. Friedrich Freiherr **von Lehne** mit der Leitung des Landesverteidigungsministeriums betraut. Die übrigen Mitglieder des Kabinetts Hussarek behalten ihre Portefeuilles.

Aufhebung der Vorzensur.

Der österreichische Minister des Innern hat unter dem 28. Oktober die politischen Landesstellen beauftragt, die Verordnung, wonach das dem Sinne des § 17 des Pressegesetzes entsprechend vorzulegende Pflichtexemplar eine bestimmte Frist vor Ausgabe der Druckschrift bei einer Behörde zu hinterlegen ist, umgehend außer Wirksamkeit zu setzen. Die periodischen sowie auch alle anderen Druckschriften werden nun einer Vorzensur vor ihrer Ausgabe in Hinkunft nicht mehr unterzogen werden.

Deutsch-tschechische Zusammenarbeit.

Brünner Blätter melden: Angesichts der Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung durch den staatlichen Ernährungsdienst beschlossen die deutschen und tschechischen Parteien Mährens die Einsetzung eines Volksernährungsdirektoriums aus Mitgliedern aller Parteien.

Noch keine Lösung der ungarischen Ministerkrise.

Wie die Blätter melden, verhandelte **Graf Michael Karolyi** Sonntag in Wien mit dem designierten österreichischen Ministerpräsidenten **Lammasch**, doch konnte keine Übereinstimmung erzielt werden. Auch soll angeblich Minister des Äußern Graf Andrassy Bedenken gegen die Betrauung Karolyis als ungarischen Ministerpräsidenten erhoben haben, weshalb die Ernennung Karolyis unterblieben ist. Graf Karolyi wurde gestern am Bahnhof von einer **großen Menschenmenge** empfangen und bis zu dem Klub der Karolyipartei geleitet, wo er eine Ansprache an das Volk hielt. Er erklärte, er habe Seiner Majestät sein Programm unterbreitet, doch sei dieses nicht genehmigt worden, weshalb seine Ernennung zum Ministerpräsidenten nicht erfolgt sei.

Der Kaiser hat Erzherzog Josef zum Homo Regius (Königlichen Vertrauensmann) ernannt und den Erzherzog damit betraut, mit den führenden Männern des politischen Lebens in Fühlung zu treten, um über den Weg zu verhandeln, welcher die Lösung der Krise ermöglicht.

Auch die Türkei sucht Sonderfrieden!

Konstantinopel, 28. Oktober. (WTB. Von einem Privatkorrespondenten.) Akscham meldete gestern von berufener Seite, daß offizielle Verhandlungen der Türkei mit der Entente begonnen hätten. Delegierte seien mit General Townshend abgereist. Die Nachricht beschäftigt die heutige Presse und wird meist in anerkennendem Sinne besprochen. Viele geben sogar schon die Bedingungen bekannt. Tanin erklärt dagegen alle derartigen Nachrichten, auch aus offiziöser Quelle, als reine Vermutungen. Es ist anzunehmen, daß eine amtliche Persönlichkeit derartige Meldungen gegeben hatte, um das aufgeregte Publikum zu beruhigen.

Wahr scheint zu sein, daß Verhandlungen inoffiziell eingeleitet sind. Eine feindliche Gegenäußerung ist gestern eingelaufen. Tanin erklärt, man könne nur versichern, daß

die offiziellen Kreise hoffnungsvoll gestimmt

seien. Einige versichern, daß die feindlichen Bedingungen günstig seien und ein Abschluß bevorstehe. Andere erwarten tagelange Verhandlungen und glauben, daß die Bedingungen schwer seien. Nach vorliegenden Äußerungen scheint man zu wünschen, daß die Meerengen geöffnet werden und die Flotte einfahre, ohne, bis auf eine kleine Abteilung zur Überwachung der Demobilisation, eine Landung zu unternehmen.

„Seman" nennt die Bedingung der Bildung eines Gendarmeriekorps zur Sicherheit sowie der Bestrafung gewisser Personen eine ungebührliche Einmischung in türkische Angelegenheiten. „Sabah" erwartet ein Weiterkämpfen Deutschlands und begrüßt es, daß die Türkei ihr Schicksal von dem Deutschlands getrennt habe. Das Blatt verlangt gehässig ein sofortiges Ausschalten des deutschen Militärs aus dem türkischen Heere, da die Feinde sonst nicht an die Ehrlichkeit des türkischen Friedenswillens glaubten. „Ikdam" spricht für eine Loslösung von dem Zentralkomitee und eine Neuorientierung der Komiteepolitik.

Die Entwicklung Deutschösterreichs.

Wien, 29. Oktober. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts".) Mit der Verfassung, die heute der Vollzugsausschuß beschlossen hat und die morgen von der Nationalversammlung genehmigt wird, ist die Grundlage für den deutschösterreichischen Staat geschaffen. Der Verfassungsentwurf ist selbstverständlich ein Kompromiß zwischen den Parteien, von denen in der ersten Sitzung der Nationalversammlung die **Sozialisten für die demokratische Republik**, die Christlich-Sozialen für die Dynastie und die Deutsch-Nationalen für die konstitutionelle Monarchie eingetreten sind. Der Verfassungsentwurf **vermeidet das Wort Republik auszusprechen**, steht aber durchaus auf dem Boden demokratischer Volkssouveränität. Die gesetzgebende Gewalt wird von der Nationalversammlung, die Regierungs- und Vollzugsgewalt von einem Staatsrat ausgeübt, der die Staatssekretäre wählt. Dieser stellt die eigentliche Regierung dar. Da bis zur vollständigen Übernahme der Verwaltung Verhandlungen mit der derzeitigen Regierung nötig sind, wurden **ebensoviele Staatssekretäre als österreichische Minister** bestellt. Von zwanzig Mitgliedern des Staatsrates sind vier den Sozialdemokraten vorbehalten, so daß diese,

da auch die gewählten Präsidenten der Nationalversammlung dazu gehören, durch fünf Mitglieder vertreten sind. Die Staatssekretäre sind noch nicht bestimmt, werden aber in der morgigen Klubsitzung von den Parteien vorgeschlagen werden. Die oberste Gewalt wird in Deutschösterreich bis zum Zusammentritt der Konstituante von der provisorischen Nationalversammlung ausgeübt. Der Konstituante bleibt selbstverständlich die Wahl der definitiven Staatsform vorbehalten.

Die **Note an Wilson** ist von den drei Präsidenten, darunter auch von Seitz unterschrieben. Nach der Wahl der Regierung und der Absendung der Note an Wilson ist die erste Periode der Konstituierung beendet. Nun steht die Anknüpfung von Verhandlungen mit dem Auslande und mit den anderen Nationen bevor. Diese haben inzwischen ihre Selbständigkeit erklärt.

Die Tschechen haben in Prag und Brünn von den alten Behörden die Gewalt übernommen. Der tatsächliche Zustand in Österreich ist der, daß die Nationen tatsächlich vollständig selbständig sind. Auch Deutschösterreich wird nun von den alten Behörden die Übertragung der Regierungsgewalt verlangen und auch ohne Widerstand erhalten. **Verhandlungen mit den andern Nationen sind eingeleitet, wenn auch inoffiziell.**

Deutschland und die Deutschösterreicher.

Der Vollzugsausschuß der deutsch-österreichischen Nationalversammlung wird zwecks Wahrnehmung der Interessen der Deutschösterreicher einen ständigen Vertreter nach Berlin entsenden, der die Fühlungnahme mit den Parlamentariern des Deutschen Reiches und der Reichsregierung wahrnehmen bzw. aufrecht erhalten soll. Die Vertretung, die einem Parlamentarier Deutschösterreichs übertragen werden wird, soll schon in den allernächsten Tagen mit ihrer Tätigkeit beginnen.

Die „Neue Freie Presse" berichtet, daß die deutsche Reichsregierung bereits die Verpflegung Deutschösterreichs mit Mehl für 90 Tage zusichern wollte, als im letzten Augenblick die Antwortnote der Monarchie an Wilson bekannt wurde. Die Stimmung in Berlin sei völlig umgeschlagen, trotzdem habe sich die deutsche Reichsregierung bereit erklärt, vorläufig die Mehllieferung auf neun Tage zu übernehmen und habe ein weiteres Verhalten in der Frage der Lebensmittelaushilfe an Deutschösterreich von der Stellungnahme der deutsch-österreichischen Nationalversammlung zur Antwortnote an Wilson und zur Bündnisfrage abhängig gemacht.

Deutsch-Böhmen als Provinz Deutschösterreichs.

Die deutsch-böhmischen Abgeordneten versammelten sich am Dienstag im niederösterreichischen Landhause zur **Konstituierung Deutsch-Böhmens.** Vorsitzender **Pacher** stellte in der Eröffnungsansprache fest, daß Deutsch-Böhmen zum Staate Deutsch-Österreich gehöre und niemand das Recht habe, ein Gelöbnis auf den tschechischen Staat zu verlangen. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, in der **gegen die Annexionsabsichten durch die Tschechen** Protest erhoben wird, und beschloß bis zur Regelung der Verfassung und Verwaltung Deutsch-Österreichs auf demokratischer Grundlage eine vorläufige Verfassung für Deutsch-Böhmen, worin festgestellt wird, daß der Provinz Deutsch-Böhmen im

Verhältnis zum Staate Deutsch-Österreich alle Rechte und Pflichten zukommen, welche für das Königreich Böhmen im Verhältnis zu den übrigen im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern in der böhmischen Landesordnung und in dem österreichischen Verfassungsgesetz niedergelegt sind. **Die Versammlung aller jetzigen deutschen Reichsratsabgeordneten Böhmens** bildet den vorläufigen Landtag der Provinz Deutsch-Böhmen. Der vorläufige Sitz der Landesvertretung ist die Stadt **Reichenberg.** Der vorläufige Landtag bestellt aus seiner Mitte einen **Landesausschuß** und eine **Landesregierung** mit dem **Landeshauptmann** an der Spitze. Die Verfassung sieht die Errichtung einer **Volkswehr** für Deutsch-Böhmen vor. Zum Landeshauptmann wird Pacher gewählt. Der Landeshauptmann wird beauftragt, sich unverzüglich mit dem deutsch-österreichischen Vollzugsausschuß ins Einvernehmen zu setzen, **um die Verwaltungsgeschäfte** der bisherigen Behörden der böhmischen Landesverwaltungskommission für das Gebiet Deutsch-Böhmen **zu übernehmen.** Bezüglich der gemischt-nationalen Gemeinden des Landes möge der Landeshauptmann sich über die Errichtung einer besonderen Verwaltung daselbst bis zur endgültigen Ordnung der Verhältnisse mit den Vertretern des tschechischen Volkes ins Einvernehmen setzen. Der Landeshauptmann wird ermächtigt, **ein Darlehen bis zu 100 Millionen Kronen** aufzunehmen.

Eine schamhafte Irreführung.

Das K. K. Telegraphen-Korr.-Bureau meldet: Gegenüber den von verschiedenen inländischen Blättern gebrachten Mitteilungen, von denen sich eine auf eine Unterredung mit dem hiesigen **deutschen Botschafter** beruft, sind wir ermächtigt, nachstehendes festzustellen: Die kaiserlich deutsche Regierung war durch wiederholte Mitteilungen der maßgebenden Stellen Österreich-Ungarns seit längerem in Kenntnis, daß die Monarchie den Krieg höchstens bis zu einem bestimmten Zeitpunkt werde fortführen können. Unmittelbar nach dem Amtsantritt des Grafen **Andrassy,** am 26. Oktober, hat der Kaiser dem Deutschen Kaiser in einem freundschaftlichen Telegramm in unzweideutiger Weise mitgeteilt, daß Österreich-Ungarn nunmehr veranlaßt sei, den entscheidenden Schritt zu unternehmen. In einer Unterredung zwischen dem Minister des Äußeren und dem kaiserlich deutschen Botschafter in Wien am gleichen Tage war letzterer gleichfalls auf den bevorstehenden Schritt der Monarchie vorbereitet worden. Noch vor der Absendung der Note an den Präsidenten der Vereinigten Staaten fand am 27. Oktober eine hierauf bezügliche Unterredung zwischen dem Grafen Andrassy und dem Grafen Wedel statt.

Dazu bemerkt WTB: Durch das Friedensangebot an Präsident Wilson war dem Wunsche der österreichisch-ungarischen Regierung auf einen baldigen Friedensschluß in vollem Umfange Rechnung getragen worden. Der Schwerpunkt der Demarche des Grafen Andrassy aber liegt in dem Angebot eines **„Separatfriedens“.** Daß ein solches Angebot **„innerhalb 24 Stunden“** beabsichtigt sei, hat Kaiser Karl dem Deutschen Kaiser am 26. Oktober als einen **„unabänderlichen Entschluß“** mitgeteilt. Die kaiserliche Regierung wurde damit vor eine **vollendet, unabänderliche Tatsache** gestellt, ohne daß ihr die Möglichkeit geboten worden war, dazu Stellung zu nehmen. Die Darstellung des K. K. Telegraphen-Korr.-Bureaus muß daher als **irreführend** zurückgewiesen werden.

Die „Neue Freie Presse“ stellt fest, daß die K. u. K. Regierung über die Antwortnote an Wilson, welche die Bereitwilligkeit zum Sonderfrieden aussprach,

mit Deutschland kein Einvernehmen gepflogen hat, und sagt: **Die Note hat die Lage Deutschlands in den mit den Feinden schwebenden Verhandlungen geändert.** Diese Politik der gemeinsamen Regierung mußte einen Rückschlag auf Deutschland ausüben. Die gemeinsame Regierung hätte daher die Rücksicht haben müssen, Deutschland in einer Zeit von dieser Absicht zu verständigen, in welcher es die Möglichkeit gehabt hätte, sich den veränderten Verhältnissen militärisch und politisch anzupassen. Das waren wir den Verbündeten, das sind wir unserem eigenen Ansehen und unserem eigenen Worte unter allen Verhältnissen schuldig.

Die ersten Regierungshandlungen im tschechischen Staat.

Das tschechoslowakische Preßbureau meldet: In der heutigen Vollsitzung des Nationalausschusses berichtete der Vorsitzende Svehla über die gestrigen Ereignisse und über die Verhandlungen mit den politischen, Gerichts-, Eisenbahn- und Postbehörden sowie über die Maßnahmen des Nationalrates zur Sicherung einer regelmäßigen Amtstätigkeit dieser Behörden. Stribrny berichtete über Verhandlungen mit den Militär- und Polizeibehörden. Scheiner über die nationale Verteidigung und die gesamte militärische Lage. Auf Antrag von Modracek wurde ein Ausschuß für Landesverteidigung eingesetzt.

Das tschechoslowakische Preßbureau veröffentlicht ferner einen Aufruf an das tschechische Volk, am morgigen Tage überall **die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen.** Ein weiterer Aufruf an das Eisenbahn- und Postpersonal ermahnt, Ruhe und Ordnung sowie die Sicherheit im Eisenbahn- und Postbetrieb zu bewahren und die Opferwilligkeit und Leistungsfähigkeit, die sich im Kriege so glänzend bewährt habe, nun auch dem neuen Staate zu widmen.

Zwischen der mährischen Statthalterei und dem tschechoslowakischen Nationalausschuß als Repräsentanten der tschechoslowakischen staatlichen Oberhoheit, wurde ein Übereinkommen über die **gemeinsame Führung der Verwaltung** getroffen. Zur Mitführung der Geschäfte der Statthalterei wurde vom Nationalausschuß eine Verwaltungskommission eingesetzt, in der **den Deutschen eine angemessene Vertretung** eingeräumt wurde. Hinsichtlich der Personalverhältnisse bleibt die bisherige Verwaltung unverändert.

Der Statthalter Freiherr von Heinold hat einen Urlaub angetreten.

Das tschechoslowakische Pressebureau teilt die Einsetzung einer **provisorischen Kommission für auswärtige Angelegenheiten** mit, die den Vertretern der fremden Mächte im Bereiche des tschechoslowakischen Staates die Übernahme der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten durch den Nationalausschuß notifizierte.

Die Übergabe der Regierungsgewalt.

Wie die Wiener Blätter melden, vollzog sich die Übergabe der staatlichen Behörden an die tschechoslowakischen Nationalausschüsse in Böhmen und Mähren in allen Ressorts **ohne Zwischenfall und ohne Reibungen.** Die Freudenkundgebungen dauern fort, ohne daß es zu einem Zwischenfall gekommen wäre, auch der Streik der Arbeiterschaft in Prag vor der Feier der Neuordnung des tschechischen Staates verlief ruhig. Am Mittwoch ist die Arbeit überall wieder aufgenommen.

Auch eine Volksrede.

Der „Continent Times“ wird aus Wien gemeldet: Vor dem Ministerium des Äußern auf dem Ballplatz in Wien fand eine von der radikal-demokratischen

Partei veranstaltete Massendemonstration statt. Nach dem Abgeordneten **Zenker,** der zunächst zu den Massen über die politische Situation sprach, ergriff der Minister des Äußern, Graf **Andrassy,** zu einer Ansprache das Wort. Er führte aus: Meine verehrten Wiener! Dank, daß Ihr erschienen seid! Ich kann und will in schicksalsschwerer Stunde nicht lange Reden halten. Ich verspreche Euch einen den Umständen angemessenen guten, vor allem schnellen Frieden. Es lebe der Friedenskaiser! Es lebe das deutsche Volk! Es leben die Wiener!

Von anderer Seite wird gemeldet, daß bei dieser Kundgebung Polizisten die Hauptrolle gespielt haben.

Die deutsche Nationalversammlung über Habsburgs Treubruch.

Wien, 30. Oktober. Die Nationalversammlung beriet zunächst die an den Präsidenten Wilson zu entsendende Note. Sämtliche Redner protestierten gegen die letzte Note des Ministers des Äußern Graf Andrassy an Wilson, wodurch **die Gefahr eines unheilbaren Risses zwischen Deutschösterreich und Deutschland** entstand. Sie wandten sich dagegen, daß diese Note ohne Einvernehmen mit der deutschösterreichischen Nationalversammlung abgesandt wurde, und protestierte gegen die beabsichtigte Annexion deutscher Gebiete durch den tschechoslowakischen Staat. Der Sozialdemokrat **Ellenbogen** bezeichnete den Abfall von Deutschland als **schmählichen Treubruch,** die einzige Sicherung des deutschen Volkes gegen die Preisgabe seiner Interessen sei die Konstituierung des deutschösterreichischen Staates als Republik. Abg. **Wolf** betonte die Notwendigkeit, daß die Nationalversammlung rasch die **Exekutive** übernehme. Eine **Entschließung** besagt: Die provisorische Nationalversammlung Deutschösterreichs protestiert gegen das Vorgehen des Ministers des Äußeren, der die Note an Wilson verfaßt und abgesandt hat, ohne mit den Vertretern der deutschen Regierung in Österreich das Einvernehmen gepflogen zu haben, um so mehr, als die Nation, der der gegenwärtige Minister des Äußern angehöre, **jede Gemeinsamkeit ausdrücklich ablehnt.** Die Nationalversammlung erklärt, daß einzig und allein sie und ihre Organe befugt sind, das deutsch-österreichische Volk in der äußeren Politik, insbesondere bei den Friedensverhandlungen, zu vertreten. Die Nationalversammlung nahm hierauf nach kurzer Debatte einstimmig den provisorischen Verfassungsentwurf für Deutschösterreich an.

Im Laufe der Debatte erklärte der Berichterstatter, Sozialdemokrat Dr. **Renner:** Die Frage der Dynastie sei vom Vollzugsausschuß absichtlich nicht zur Erörterung gebracht worden. Der Vollzugsausschuß sei der Anschauung, daß die Dynastie, der Hofstaat und alles, was staatsrechtlich dazu gehöre, zu jenen Angelegenheiten gehört, **die allen anderen Nationen mit uns gemeinsam sind.** Die Entscheidung über diese Gemeinsamkeiten liege nicht in der Hand des deutschösterreichischen Volkes allein, sondern aller Völker.

Der deutschnationale Abgeordnete **Hummer** (Unabhängigkeitspartei) beantragte, sich an das Deutsche Reich zum Schutz des deutschösterreichischen Staates zu wenden, sowie daß von heute ab alle Angehörigen der Wehrmacht, welche aus dem Gebiet des deutschösterreichischen Staates stammen oder sich als seine Bürger bekennen, **ausschließlich der Befehlsgewalt des deutschösterreichischen Staates** und seiner Beauftragten unterstellt werden. Der erste Antrag wird als nicht zum Gegenstand der Verhandlungen gehörig, als selbständiger Antrag behandelt. Der zweite Antrag wird dem Vollzugsausschuß zugewiesen. Sodann werden die Prä-

sidenten und die Mitglieder des Staatsrats und deren Ersatzmänner, sowie der Staatsgerichtshof gewählt. Zu Präsidenten werden gewählt **Dr. Dinghofer** (deutschnational), **Hauser** (christlichsozial) und **Seitz** (Sozialdemokrat).

Im Laufe der Debatte machte Abgeordneter Freißler Mitteilung von der Konstituierung der deutschösterreichischen Provinz **Sudetenland**, bestehend aus Deutsch-Nordmähren und Deutsch-Nordschlesien.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben werden.

Bildung der Konstituante der Österreichisch-Rumänen.

Am 28. Oktober fand die Bildung der Konstituante der Österreichisch-Rumänen statt. In ihren Leitsätzen fordert die Konstituante Vereinigung der Bukowina mit Siebenbürgen und den rumänischen Territorien Ungarns zu einem unabhängigen Staate, wobei, wenn es auch nicht ausdrücklich erklärt wird, für diesen unabhängigen Staat als Rahmen die österreichisch-ungarische Monarchie gedacht wird. Die Konstituante verlangt die Vertretung bei der Friedenskonferenz durch einen eigenen Nationalrat und räumt niemand das Recht ein, über das rumänische Volk zu beschließen oder zu verhandeln.

Die Sturmtage in Wien und Budapest.

Die ungarische Republik ausgerufen. — Kaiser Karls Flucht aus Wien.

Einige österreichische Berichterstatter Berliner Blätter berichten in längeren Stimmungsbildern über die letzten Vorgänge in Wien und Budapest. Wir entnehmen ihnen u. a. folgendes:

Wien, 30. Oktober. Die **Republik** ist auf dem Marsch. Die Ereignisse überstürzen sich seit heute morgen derart, daß niemand sagen kann, was die nächsten Tage bringen werden. Die Bewegung hat heute vormittag mit einer großen **Kundgebung der Wiener Studentenschaft,** zu der sich aber auch Arbeiter gesellt hatten, eingesetzt. Unter dem brausenden Beifall der Menge feiert der Abgeordnete Renner, auf der Rampe des Parlaments stehend, die Einigkeit von Bürger und Soldat, von Arbeiter und Bauer. Im Namen des Nationalrats teilt Präsident Dinghofer mit, daß die Nationalregierung morgen die gesamte Verwaltung übernimmt. **„Ohne Habsburg!"** tönt es durch die Menge. Der Abgeordnete Malik betritt die Rampe in Offiziersuniform. Mit lautem Jubel folgen die zahlreichen Offiziere und Soldaten seiner Aufforderung, über die kaiserliche Kokarde die nationale Trikolore zu stecken. „Verdecken wir die Schmach, die wir auf unseren Kappen tragen, mit dem, was in unserem Herzen lebt", ruft er unter dem Beifall der Menge. Dann werden auf Geheiß des Präsidenten des Abgeordnetenhauses Exzellenz Groß die kaiserlich **schwarzgelben Fahnen auf den Masten vor dem Parlamentsgebäude eingezogen.** Um 3 Uhr nachmittags tritt die Nationalversammlung zusammen.

In dem feuchten Oktobernebel umlagern zehntausend Menschen das Landhaus zwischen dem Ballhausplatz und der Freiung. Mit lautem Jubel wird die mächtige rote Fahne begrüßt, die die Arbeiter der Vororte Wiens vor dem Landhaus entfalten. Tosender Beifall begleitet die Reden der sozialistischen Abgeordneten, die vom Balkon des Landhauses **die republikanische Idee** feiern. Vergebens bemüht sich auch der christlich-soziale Bürgermeister von Wien, Weißkirchner, zum Wort zu gelangen. Die Pfuirufe der Menge verschlingen seine Rede.

Inzwischen hat die Nationalversammlung die gemeldete Note an Wilson und den vorgelegten Verfassungsentwurf angenommen. In dieser Verfassung ist juristisch **kein Platz mehr für die Krone.** Die oberste und die gesetzgebende Gewalt hat die Nationalversammlung. In die vollziehende Gewalt teilen sich Staatsrat und Staatsregierung. Um 7 Uhr ist die Wahl der zwanzig Staatsratsmitglieder beendet. Sie werden noch heute nacht die Staatsregierung durch Ernennung von Beauftragten bilden. Voraussichtlich wird der allgemein verehrte Sozialist Viktor Adler Staatssekretär des Äußern, der Sozialist Leutner Staatssekretär des Krieges, der Sozialdemokrat Renner Staatssekretär für soziale Fürsorge, der Freisinnige Ofner Staatssekretär der Justiz werden. Um 8 Uhr abends tritt eine überraschende Wendung ein, vor dem Landhaus erscheint ein nach Tausenden zählender Zug von Soldaten und Offizieren. Zugleich umlagern viele tausende Soldaten und Arbeiter das Kriegsministerium. Eine Deputation von Soldaten und Offizieren begibt sich zum Nationalrat, stellt sich dem Nationalrat zur Verfügung und fordert die **Bildung eines Soldatenrates** zur Durchführung der Demobilisierung und zur Aufhebung der Kasernierung. Es wird beschlossen, ein provisorisches Soldaten- und Offizierskomitee zu bilden, das morgen vormittag zu einer Beratung mit den Vertretern des Nationalrates zusammentreten soll. Mit lauten Hochrufen nehmen die Soldaten auf der Straße die Mitteilung von diesen Vereinbarungen auf. Dann begibt sich ein Mitglied des Nationalrates mit einem Offizier und einem Soldaten auf Ersuchen des Militärkommandos vor das Kriegsministerium, um die Menge zum Verlassen des Platzes zu bewegen.

In den späten Abendstunden kommt es in der Stadt zu verschiedenen Zwischenfällen. Kleine Rotten zwingen die Offiziere, die **kaiserliche Kokarde von der Kappe zu reißen.** Vor den Toren Wiens steht der Hunger, und von der Front trifft eine Hiobsbotschaft nach der anderen ein. In Pola soll sich nach ungarischen Berichten die Mannschaft **der Kriegsschiffe bemächtigt** haben, um sie dem südslawischen, dem ungarischen und dem deutschen Nationalrat zur Verfügung zu stellen. **In Triest erwartet man das Einlaufen eines amerikanisch-anglo-französischen Geschwaders.** Im Etappenraum an der italienischen und serbischen Front greift nach sicheren Nachrichten, die ich erhalte, die Auflösung um sich. Sengend und plündernd ziehen bereits einzelne Soldatentrupps durch Südtirol und Kroatien nach Norden. Auch einzelne Morde an der Bevölkerung kommen vor. In verschiedenen Divisionen haben die Truppen **den Gehorsam verweigert.** Auch zu vereinzelten Zusammenstößen zwischen Soldaten verschiedener Nationalität ist es gekommen. Niemand kümmert sich mehr um die gemeinsame Regierung oder das Ministerium Lammasch. Graf Andrassy kann jede Stunde fallen. Der Kaiser soll sich in Gödölö befinden. Er hat achtzehn Waggons Einrichtungsgegenstände und, wie es heißt, auch die Juwelen der Schatzkammer mitgenommen. Für die nächsten Tage wird die **Amnestie Friedrich Adlers** erwartet

Budapest, 30. Oktober. In Budapest hat der Militärrat die Herrschaft übernommen und **die Republik ausgerufen.** Der ungarische Nationalrat wird sich, gewillt oder nicht gewillt, der Diktatur zu fügen haben. Heute abend versammelte sich eine vieltausendköpfige Menge auf dem Giselaplatz vor dem ungarischen Nationalrat. In geschlossenen Kolonnen zogen vier Regimenter Soldaten unter Führung ihrer Offiziere heran und schworen dort dem Nationalrat die Treue. Unter unbeschreiblicher Begeisterung durchzogen die Demonstranten die Straßen der Hauptstadt.

Hierbei kam es dazu, daß zwei Mitglieder des Militärrats verhaftet wurden. Es waren zwei junge Offiziere. Sie wurden abgeführt, der eine wurde jedoch schon nach einigen Schritten von der Menge befreit. Den anderen brachte man zum Platzkommando. Die Menge stürmte nach und die Wache wurde an die Gewehre gerufen. Wie ein Mann stand dann die Bereitschaft des Platzkommandos zur Stelle, aber nicht, um sich gegen die Menge zu wenden, sondern um sich bewaffnet an die Spitze der Demonstranten zu stellen. Der Zug bewegte sich sodann in einer der Vorstädte, wo **das Militärgefängnis gestürmt** wurde und sämtliche dort in Haft befindlichen militärischen Sträflinge und wegen politischer und militärischer Vergehen verhafteten Personen und Soldaten befreit wurden. Unter beispiellosem Jubel durchziehen die Soldaten unter Anführung von Offizieren mit gezogenem Säbel die Straßen der Stadt. Hochrufe auf die Republik erschallen.

Zum Zeichen des Einverständnisses mit der republikanischen Idee rissen sie die Kokarden von der Kopfbedeckung und vertauschen sie gegen nationale Abzeichen. Dieselben Vorgänge haben sich heute nachmittag in Wien abgespielt.

Die revolutionären Truppen haben sich auch des Budapester Ostbahnhofs bemächtigt. Dort wurden zwei abfahrtbereite Züge mit Marschbataillonen, die für die Front bestimmt waren, angehalten.

Die Truppen schlossen sich sofort den Revolutionären an. In der Stadt sind auch Zivilpersonen bewaffnet worden. Die Aufständischen besitzen Maschinengewehre und feuern Freudensalven ab. Sie haben ferner ungeheure Mengen Munition und Waffen, da sie die ungarische Waffenfabrik ausgeplündert haben.

Fünf ungarisch-slowakische Komitate haben ihre Loslösung von Ungarn und ihren Eintritt in den tschecho-slowakischen Staat erklärt.

In Budapest dauern die Kundgebungen um Mitternacht in den Straßen fort. Auch Offiziere reißen vielfach ihre Mützenkokarden ab oder werden dazu gezwungen.

Nach Mitternacht wird gemeldet, das Budapester Hausregiment 32 hat seinen Befehlshabern den Gehorsam verweigert und sich einmütig in den Dienst der Republik gestellt. Der Kommandant von Budapest soll sich in den Händen ungarischer Soldaten befinden.

Die Hafenstadt Fiume, die gestern in den Händen der Kroaten war, hat ihren Anschluß an Italien erklärt. Die italienische Flotte wird jede Stunde in Fiume erwartet.

Wien, 30. Oktober. Die Blätter bringen über die gestrigen Vorgänge in Prag noch folgende Einzelheiten: Vormittags fand eine **sozialdemokratische Versammlung** statt, in der radikale antidynastische Forderungen gestellt wurden, unter anderen die Entfernung des Kaiser-Franz-Denkmals am Kai. Die Ferdinandstraße wurde in Masarykstraße, der Franzenskai in Straße der tschecho-slowakischen Legion, die Franzensbrücke in Wilsonbrücke umgetauft. Inzwischen dauerten die Freudenkundgebungen in der Stadt ununterbrochen fort. Unter Absingung von Nationalliedern wurden Massenumzüge veranstaltet. wobei Offiziere und Soldaten mit tschechisch-slowakischen Fahnen den Vortritt hatten. Abends waren zahlreiche Fenster illuminiert und Bilder von Wilson und Massaryk ausgestellt. Die Ruhe wurde nirgends gestört und die Ordnung von Polizisten und Mitgliedern der Sokolvereine aufrechterhalten.

Auf der Prager Burg war vormittags eine **tschechische Fahne gehißt zum Zeichen, daß die Burg in die Verwaltung des Nationalausschusses übergegangen sei.**

Das agrarische Blatt „Venkow" veröffentlicht die Generalstabsberichte der Entente unter der Überschrift: **Kriegsberichte unserer Bundesgenossen,** den österreichischen und deutschen Heeresbericht unter dem Titel: **Berichte des feindlichen Generalstabes.**

Die letzte Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 31. Oktober. **(Eigene Drahtmeldung der „Täglichen Rundschau".)** Die gestrige Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses dauerte eine Minute, es wurde nur die Vertagung bis zum 12. November mitgeteilt. Es geschah zum ersten Male in der österreichischen Geschichte, daß ein neuernanntes Kabinett sich dem Parlamente nicht vorstellen und sein Programm nicht entwickeln konnte. Politische Kreise erklären, daß die gestrige Sitzung der Abgeordneten **die letzte gewesen** ist.

Rot-weiß-rot. — Soldatenräte. — Lammasch tritt die Geschäftsführung ab.

Wien, 31. Oktober (Drahtbericht).

Das Wiener Korrespondenz-Bureau meldet:

Der **deutsch-österreichische Staatsrat** verlautbart folgende Mitteilungen: Der Nationalrat hat in seiner heutigen Nachmittagssitzung eingehend über die Bildung der **nationalen Armee Deutschösterreichs** beraten. Es wurde beschlossen, dem neuernannten Staatssekretär für das Heerwesen einen Unterstaatssekretär beizugeben. Dafür wurde Artillerieleutnant Dr. Julius Deutsch bestellt. Weiter wurde beschlossen, an die Frontsoldaten folgenden **Aufruf** zu erlassen:

„Die Nationalversammlung, bestehend aus allen Abgeordneten Deutschösterreichs, hat heute die Regierung übernommen; sie will sofort Frieden schließen. Sie will euch und eure Lieben schützen. Ihr sollt fortan vollberechtigte Staatsbürger sein. Helft uns die große Aufgabe zu erfüllen, und darum haltet Ordnung und Manneszucht. Verhindert Plünderungen und Gewalttätigkeiten. Leistet euren bisherigen Vorgesetzten Gehorsam. Die ordnungsmäßige Demobilisierung wird unverzüglich in Angriff genommen. Bald seid ihr mit uns vereint in friedlicher Arbeit. Das Volk steht auf euch. Jetzt gilt es, Opfer für euch selbst zu bringen!"

An die Soldaten der **Wiener Garnison** wurde ein gleichlautender Aufruf berichtet, dem noch folgendes hinzugefügt ist:

„Im Laufe des morgigen Tages werden Abgesandte des Staatsrats zu euch in die Kasernen kommen, denen ihr geloben werdet, daß ihr treu zu den von der Volksregierung beschlossenen Gesetzen steht, und daß ihr entschlossen seid, die Schutzwehr eurer Mitbürger in den kommenden schweren Zeiten zu sein.

Am Sonntag, den 3. November, werden in allen Kasernen Wiens im Beisein von Abgeordneten des Staatsrats in freier und geheimer Wahl aus ihrer Mitte Soldatenräte gebildet werden. Sie werden auch als Beschwerdekommissionen dienen und in ständiger Fühlung mit der Volksvertretung bleiben. Kameraden! Die Kraft und die Selbstzucht, die ihr im Kriege bewiesen habt, ist uns auch jetzt noch notwendig. Nur wenn ihr treu zu den freigewählten Vertretern des Volkes steht, kommen wir schnell zum Frieden und bauen uns einen neuen wahren Volksstaat auf."

Der deutschösterreichische Staatsrat trat zur Fortsetzung seiner Beratungen um 3 Uhr nachmittags zusammen. Es wurden zunächst in eingehender Weise die Einzelheiten der gegenwärtigen militärischen Situation und die Organisation des deutschösterreichischen Nationalheeres durchberaten, und die Erlassung des Aufrufes an die Truppen der Front und des Hinterlandes, ferner die Einsetzung von Offiziers- und Soldatenräten beschlossen. Sodann beschäftigte sich der Staatsrat mit den Verhältnissen in den einzelnen Teilen Deutschösterreichs, namentlich Deutschböhmens. Nach 4 Uhr wurde die Sitzung des Staatsrates unterbrochen, da die Präsidenten des Staatsrates mit dem im Hause erschienenen Ministerpräsidenten **Lammasch** zu einer engeren **Besprechung** zusammentraten. Ministerpräsident Lammasch erklärte, er sei ermächtigt, die **Geschäfte der Regierung**, soweit sie sich auf deutsche Siedelungsgebiete beziehen, an den deutschösterreichischen **Staatsrat zu übergeben.** Die Modalitäten wurden sodann in eingehender Weise erörtert.

Sonntag vormittag soll in Wien die **Wahl von Offiziers-** und **Soldatenräten** vorgenommen werden. Der Modus soll derartig sein, daß jedes Regiment, jedes Bataillon jede Anstalt und jeder Truppenkörper für sein Offizierkorps je zwei Offiziere und jede Mannschaftsabteilung je zwei Mann in diese Körperschaften entsenden wird. Die Wahl wird in Gegenwart von Vertretern des Staatsrats vorgenommen werden. Sie soll geheim und frei sein. Der Wiener Soldatenrat dürfte etwa aus 200 Personen bestehen. Der Soldatenrat soll eine Beschwerdekommission darstellen. Analog dem Wiener Soldaten- und Offizierrat werden in allen Garnisonen Deutschösterreichs derartige Körperschaften gewählt werden.

Der Staatsrat hat als **Staatsfarbe** für **Deutschösterreich** die alte Babenberger Farbe: rot-weiß-rot angenommen. Für Siegel und Embleme hat der Staatsrat, da die Hauptklasse dieses Staates Bürger, Bauern und Arbeiter deutscher Nationalität sind, folgendes Sinnbild beschlossen: Ein auf einem Untergrund auf schwarzen Quadern aufgeführtes Stadttor, zwei gekreuzte goldene Hämmer mit einem goldenen Kranz aus Roggenähren mit der Umschrift „Deutschösterreich". Die Akademie der bildenden Künste in Wien wurde ersucht, Zeichnungen für dieses Emblem dem Staatsrat vorzulegen.

Wie die **Blätter** melden, verlautet in parlamentarischen Kreisen, daß eine **allgemeine politische Amnestie bevorstehe,** welche ihren Weg über die Nationalregierungen nehmen soll. Nach Meldungen des Budapester Vertreters des „Neuen Wiener Tagblatts" werde in kürzester Zeit die **Enthebung** des Kabinettsdirektors **Seidler** erfolgen.

Die Mitteilung von der **Übergabe** der **Flotte** wurde in der gestrigen Sitzung der deutschen Nationalversammlung von alldeutscher Seite zur Kenntnis der deutschen Abgeordneten gebracht und von der Versammlung mit Ausrufen **peinlicher Überraschung** aufgenommen.

Die Korrespondenz Wilhelm meldet: Das Tragen von **Kokarden** in **Nationalfarben** auf oder neben der Kappenrosette seitens Militärpersonen aller Grade ist erlaubt.

* *
*

An der obigen Meldung ist vielleicht das Bemerkenswerteste, daß sich das Wiener Korrespondenzbureau zum ersten Male nicht mehr als „K. K." bezeichnet. Für das Aufhören der österreichisch-ungarischen Monarchie ist dies das äußerlich sichtbare Sinnbild.

Eine Rote Garde in Wien.

Wien, 1. November. („Korr.-Bureau.") Der heutige Tag verlief im allgemeinen ruhig. Für 3 Uhr nachmittags war zum Deutschmeisterdenkmal eine Versammlung der **Roten Garde** einberufen worden. Etwa 500 Personen, Offiziere und Mannschaften mit roten Abzeichen, zuweilen aber auch mit schwarzrotgoldenem Abzeichen, nahmen an der Versammlung teil. Korporal Haller hielt eine Ansprache, in der er sagte, daß sich die Rote Garde vorläufig dem Nationalrate unterwerfe. Er bemängelte die Zusammensetzung des Staatsrates, weil er zu wenig Sozialisten aufweise. Andere Redner, darunter auch Deutschnationale, polemisierten mit dem Redner. Sodann wurde zum Parlament gezogen, wo die Rote Garde eine Abordnung zur Vorbringung ihrer Wünsche zum Staatsrate entsenden wollte. Der Zug war mittlerweile auf mehrere tausend Personen angewachsen. Vor dem Parlament hielten die einzelnen Soldaten Reden, in denen sich die verschiedensten Richtungen geltend machten. Die einzelnen Parteien gerieten wiederholt hart aneinander. Als eine Abordnung mit Korporal Haller längere Zeit im Parlamentsgebäude verblieb, waren die auf der Straße befindlichen Soldaten beunruhigt. Doch erschien Haller schließlich, worauf die Teilnehmer abmarschierten und in Ordnung und Ruhe in ihre Bezirke abströmten.

Wien, 1. November. Einer Lokalkorrespondenz zufolge versammelten sich nachmittags in der Aula der Universität eine Anzahl von Hochschülern, darunter viele Offiziere aller Truppengattungen, um zur **Bildung einer Studentengarde** Stellung zu nehmen. Die Versammlung stimmte einer Entschließung zu, in der die Versammelten sich bereit erklären, den Hochschulausschuß in seinen Bemühungen um die Aufrechterhaltung der Ordnung zu unterstützen und sich dem Staatsrate zur Verfügung zu stellen.

Kaiser Karl gibt das Kommando ab.

Aus unterrichteter Wiener Quelle erfahren wir: „Kaiser Karl fand die Waffenstillstandsbedingungen, insbesondere soweit sie sich auf das deutschtiroler Gebiet beziehen, so drückend hart und beschämend, daß er seinen Namen nicht unter das Abkommen setzen wollte. Er teilte daher den Generalen und den Mitgliedern der Regierung mit, daß er **fortab die oberste militärische Gewalt nicht mehr ausüben werde.** Da General **Kövesz,** dem als dem Höchstkommandierenden in erster Linie die Aufgabe der Unterzeichnung zufiele, mit seiner Heeresgruppe sich nach Ungarn zurückgezogen hat, übernimmt es der Chef des Generalstabes v. Arz, die Waffenstillstandsurkunde zu unterzeichnen.

Wien, 3. November. (Meldung des „Wiener Tel.-Korr.-Bureaus".) Der **heutige Tag ist ruhig verlaufen.** Die Straßen boten ein lebhaftes, friedliches Sonntagsbild. In den Straßen sah man viele Trupps kriegsgefangener Russen und Italiener, die ihr Lager verließen und sich hier auf der Durchreise befinden. Die Polizeibehörde ist im Einvernehmen mit dem Staatsrat bemüht, Wien von Kriegsgefangenen zu säubern. Die Kriegsgefangenen erhalten hier Unterkunft und Verpflegung und werden dann unverzüglich nach den Grenzen gebracht. Die Russen kommen an die Grenze des tschecho-slowakischen Staates, die Italiener an die Grenze des südslawischen Staates, von wo aus sie ihre Heimat erreichen können.

Rücktritt Kaiser Karls.

Wien, 11. November.

Der Kaiser hat folgende Kundgebung erlassen:

„Seit meiner Thronbesteigung war ich unablässig bemüht, meine Völker aus den Schrecknissen des Krieges herauszuführen, an dessen Ausbruch ich keinerlei Schuld trage. Ich habe nicht gezögert, das verfassungsmäßige Leben wiederherzustellen und habe den Völkern den Weg zu ihrer selbständigen Entwicklung eröffnet. Nach wie vor von unwandelbarer Liebe für alle meine Völker erfüllt, will ich **ihrer freien Entfaltung meine Person nicht als Hindernis entgegenstellen.** Im voraus erkenne ich die Entscheidung an, die Deutschösterreich über seine künftige Staatsform trifft. Das Volk hat durch seine Vertreter die Regierung übernommen. **Ich verzichte auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften.** Gleichzeitig enthebe ich meine österreichische Regierung ihres Amtes. Möge das Volk von Deutschösterreich in Eintracht und Versöhnlichkeit die Neuordnung schaffen und befestigen. Das Glück meiner Völker war von Anbeginn das Ziel meiner heißesten Wünsche. Nur der innere Friede kann die Wunden dieses Krieges heilen."

Karl m. p. Lammasch m. p.

* * *

Der Deutschösterreichische Staatsrat hat in seiner heutigen Sitzung um 11 Uhr vormittags den Beschluß gefaßt, der morgen zusammentretenden Provisorischen Nationalversammlung den folgenden **Antrag zur Beschlußfassung** vorzulegen:

Gesetz über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich.

Artikel 1. Deutschösterreich ist eine demokratische Republik. Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volke eingesetzt.

Artikel 2. Deutschösterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik. Besondere Gesetze regeln die Teilnahme Deutschösterreichs an der Gesetzgebung und Verwaltung der deutschen Republik, sowie die Ausdehnung des Geltungsbereichs von Gesetz und Einrichtungen der deutschen Republik auf Deutschösterreich.

Artikel 3. Alle Rechte, welche nach der Verfassung der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder dem Kaiser zustanden, gehen einstweilen, bis die konstituierende Nationalversammlung die endgültige Verfassung festgelegt hat, auf den Deutschösterreichischen Staat über.

Artikel 4. Die k. u. k. **Ministerien** und die k. k. Ministerien **werden aufgelöst.** Ihre Aufträge und Vollmachten auf dem Staatsgebiet von Deutschösterreich gehen auf die deutschösterreichischen Staatsämter über. Den anderen Nationalstaaten, die auf dem Boden der österreichisch-ungarischen Monarchie entstanden sind, bleiben ihre Ansprüche an die erwähnten Ministerien wie auf das von diesen verwaltete Staatsvermögen gewahrt. Die Liquidierung dieser Ansprüche ist völkerrechtlichen Vereinbarungen durch Kommissionen vorbehalten, die aus Bevollmächtigten aller beteiligten Nationalregierungen zu bilden sind. Bis zum Zusammentreten dieser Kommissionen

haben die deutschösterreichischen Staatsämter das Gemeinschaftsgut, soweit es sich auf dem Staatsgebiete der Republik Deutschösterreich befindet, als Treuhänder aller beteiligter Nationen zu verwalten.

Artikel 5. Alle Geschäfte und Gesetzesbestimmungen, durch die dem Kaiser und den Mitgliedern des kaiserlichen Hauses Vorrechte zugestanden werden, sind aufgehoben.

Artikel 6. Die Beamten, Offiziere und Soldaten sind des dem Kaiser geleisteten Treueides entbunden.

Artikel 7. Die Übernahme der Krongüter wird durch ein Gesetz durchgeführt.

Artikel 8. Alle politischen Vorrechte sind aufgehoben. Die Delegation des Herrenhauses und die bisherigen Landtage sind abgeschafft.

Artikel 9. Die Konstituierende Nationalversammlung wird im Januar 1919 gewählt. Die Wahlordnung wird noch vor der provisorischen Nationalversammlung beschlossen. Sie beruht auf der Verhältniswahl und auf dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Stimmrecht aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts.

Artikel 10. Nach den gleichen Grundsätzen ist das Wahlrecht und das Wahlverfahren der Landeskreise, Bezirke und Gemeindevertretungen zu ordnen. Die Gemeindewahlordnung wird noch durch die provisorische Nationalversammlung festgesetzt. Die Neuwahl der Gemeindevertretungen erfolgt binnen 3 Monaten. Bis zu den Neuwahlen sind die bestehenden Gemeindevertretungen nach den Anleitungen des Staatsrates durch eine angemessene Zahl von Vertretern der Arbeiterschaft zu ergänzen.

Artikel 11. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Kundmachung in Kraft

Dinghofer m. p., Hauser m. p., Seitz m. p., Präsidenten.

Sylvester m. p., Staatsnotar Renner m. p., Staatskanzler.

Abram, Bodirsky, Ellenbogen, Fink, Freisser, Gruber, Guggenberg, Iro, Verzabek, Luksch, Miklas, Ofner, Prisching, Seliger, Teufel, Waldner, Wolf, Mitglieder des Staatsrates.

König Karl verzichtet auf den ungarischen Thron.

Der Präsident des Magnatenhauses, Baron Julius Wlassics, hat heute dem Ministerpräsidenten Michael Karolyi folgendes Handschreiben übergeben:

„Seit meiner Thronbesteigung war ich stets bestrebt, meine Völker ehebaldigst von den Schrecknissen des Krieges zu befreien, an dessen Entstehen ich keinen Anteil hatte. Ich will nicht, daß meine Person der Entwicklung der ungarischen Nation im Wege stehe, für welche ich von unabänderlicher Liebe durchdrungen bin; infolgedessen verzichte ich auf jeden Anteil an der Führung der Staatsgeschäfte und erkenne schon im voraus jene Entscheidung an, mit welcher Ungarn seine zukünftige Staatsform feststellen wird.

Gegeben zu Eckartsau, am 13. November 1918.

Karl m. p.“

II. Deutschland.

Vorbemerkung:

Das in diesem Abschnitt veröffentlichte Material gibt dem Leser die Möglichkeit, sich ein klares Bild von der vorrevolutionären Zeit zu machen, sich selbst unbeeinflußt von Dritten einen Weg zu bahnen aus dem Labyrinth gegenseitiger Beschuldigungen über den Zusammenbruch von Heer und Heimat. Er findet hier Aufzeichnungen, die sich mit der Person des gewesenen Kaisers befassen, darunter das von der Entente zusammengetragene Material, welches der Kommission zur Erhebung der Anklage gegen die am Weltkrieg Schuldigen als Unterlage dienen soll. In diesem Abschnitt sind auch die revolutionären Vorgänge im Reiche bis zum 9. November, also dem Beginn der Bewegung in Berlin nach den Berichten der Berliner Presse verzeichnet.

Hier kommen die beiden führenden Staatsmänner der vorrevolutionären Zeit, der Österreicher Graf Czernin und der Reichskanzler Max, Prinz von Baden, mit ihren Publikationen zum Wort.

Ebenso werden hier aus dem jüngst veröffentlichten **„Neuen Weißbuch"** die Dokumente und Protokolle der denkwürdigen Sitzungen der Reichsregierung mit der Obersten Heeresleitung, deren unmittelbares Ergebnis zum Abschluß des Waffenstillstandes führte, veröffentlicht.

Der Herausgeber.

Das neue deutsche Weißbuch.

Auszug aus der **„Vossischen Zeitung"**.

Der Weg zum Waffenstillstand.

Weimar, 31. Juli.

Ein Weißbuch über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes ist heute in Weimar durch die Regierung zur Ausgabe gelangt. Das Weißbuch enthält alle Aktenstücke aus der Zeit vom 14. August bis 11. November 1918, soweit sie sich auf das Friedensangebot vom 3. Oktober und auf das Waffenstillstandsabkommen vom 11. November beziehen.

Das Weißbuch gibt die Beratungen und Verhandlungen wieder, die zwischen der Reichsregierung und der Obersten Heeresleitung stattgefunden haben, nachdem man auf Grund des militärischen Umschwungs im Juli und August 1918 zu dem Schluß gekommen war, daß der Feind trotz der gewaltigen Leistungen der deutschen Heere durch einen Sieg nicht mehr zum Frieden genötigt werden konnte. „Die Veröffentlichung ist", wie es in einer Vorbemerkung heißt, „notwendig geworden, um der Legendenbildung entgegenzutreten." Viele Kräfte seien an der Arbeit gewesen, die Wahrheit zu entstellen. Zum Teil könne man ihnen den guten Glauben nicht mehr zusprechen, zum Teil sei Unkenntnis die Ursache der Entstellungen. Daher soll über die Verhandlungen dieser Wochen vollständige Klarheit verbreitet werden, denn das Volk will die Wahrheit, und alle Beteiligten haben Anspruch darauf. Die Urkunden sollen ein objektives Urteil ermöglichen über die Verhandlungen zwischen der Obersten Heeresleitung und der politischen Reichsleitung während der Liquidation des Krieges. Es ist in das Weißbuch alles auf-

genommen worden, was an Äußerungen der Obersten Heeresleitung und der Reichsleitung in den Akten enthalten ist.

Die Kaisersitzung in Spa.

Der Ausgangspunkt der ganzen Friedensaktion war die Kaisersitzung in Spa am 14. August 1918. Während General Ludendorff noch Mitte Juli mit Bestimmtheit erklärt hatte, daß die Offensive den Feind endgültig und entscheidend besiegen werde, wurde jetzt angenommen, daß es nicht mehr möglich sei, den Krieg militärisch zu gewinnen und daß daher an eine Verständigung mit dem Feinde, und zwar durch neutrale Vermittlung gedacht werden müsse. Es wurde aber, wie das Weißbuch hervorhebt, nicht etwa der Auftrag gegeben, die Anknüpfung sofort vorzunehmen, sondern der Entschluß des Kaisers lautete: „Es müsse auf einen geeigneten Zeitpunkt geachtet werden, wo wir uns mit dem Feinde zu verständigen hätten", und der **Reichskanzler** faßte die Beratung vom 14. August dahin zusammen:

„Diplomatisch müssen Fäden betreffs einer Verständigung mit dem Feinde im geeigneten Moment angesponnen werden. Ein solcher Moment böte sich nach dem nächsten Erfolge im Westen." Und Generalfeldmarschall v. Hindenburg führte aus, „daß es gelingen werde, auf französischem Boden stehen zu bleiben und dadurch schließlich dem Feinde unseren Willen aufzuzwingen". Ferner hatte Reichskanzler Graf Hertling in einer Sitzung des preußischen Staatsministeriums vom 3. September 1918 ein sofortiges Friedensangebot abgelehnt, und die weitergehenden österreichischen Wünsche eines direkten Appells an alle kriegführenden Länder waren nicht gebilligt worden.

Die deutsche Anschauung, daß eine neutrale Vermittlung vorzuziehen und daß für diese ein günstiger Zeitpunkt, namentlich die Konsolidierung der deutschen Front, abzuwarten sei, wurde bis zum 10. September in zahlreichen Verhandlungen den Österreichern gegenüber vertreten, um sie von ihrem offenen Appell zurückzuhalten.

Am 10. September trat eine teilweise Änderung ein. Generalfeldmarschall v. Hindenburg sprach sich zwar nochmals gegen einen Appell an alle kriegführenden Länder aus, erklärte sich aber mit der Vermittlung einer neutralen Macht zur Herbeiführung einer **Aussprache „ohne Aufschub"** einverstanden. Der Widerspruch Österreichs, das an seinem Vorschlag festhielt und der neutralen Vermittlung widersprach, führte zu weiteren Verhandlungen mit Österreich. Als die Österreicher trotz des deutschen Widerspruchs ihren Appell hinausgehen ließen, entschloß man sich auch von deutscher Seite, die neutrale Vermittlung nebenher zu suchen. Der Versuch führte aber nicht zum Ziel. Inzwischen verschärfte Bulgariens Zusammenbruch die Lage wesentlich.

Am 21. September taucht in den Aktenstücken zum ersten Male der Gedanke auf, zur Einleitung von Friedensverhandlungen direkt an **Amerika** heranzutreten. Am 29. und 30. September ist Staatssekretär von Hintze wieder im Großen Hauptquartier. Er berichtet als Ergebnis der Beratungen an das Auswärtige Amt in Berlin:

„Bitte auf Grund Befehl Sr. Majestät und Zustimmung des Herrn Reichskanzlers in Wien und Konstantinopel vertraulich mitteilen, daß ich vorschlage, Präsident Wilson Frieden anzubieten auf Grund seiner vierzehn Punkte und ihn einzuladen, Friedenskonferenz nach Washington zu berufen, nach Auffor-

derung zu sofortigem Waffenstillstand ... Wenn unsere Verbündeten zustimmen, würde die in Bildung begriffene neue Reichsregierung den Vorschlag auf geeignetem Wege an Präsident Wilson gelangen lassen, so daß der Vorschlag erst von ihr ausgehen würde.“

Noch am selben Tage gehen Telegramme nach Wien und Konstantinopel ab. Die Übereinstimmung mit Wien wurde herbeigeführt.

Mit diesem Tage trat die Aktion in ein ganz neues Stadium. Während ursprünglich die Oberste Heeresleitung von der Einleitung von Friedensschritten **vor einer Konsolidierung** der militärischen Lage ganz absehen wollte und späterhin Vorsicht empfohlen hatte, bat sie jetzt auf das dringendste, das **Friedensangebot gerade wegen der akuten Gefährdung** der militärischen Lage **sofort** hinausgehen zu lassen. Am 1. Oktober langte eine ganze Reihe von Telegrammen und Telephongesprächen aus dem Großen Hauptquartier mit folgendem Inhalt nach Berlin: **„Heute halten die Truppen; was morgen geschehen könne, sei nicht vorauszusehen.“**

Man soll das Friedensangebot „sofort hinausgehen lassen und damit nicht erst bis zur Bildung der neuen Regierung warten, die sich verzögern könne. Heute hielten die Truppen noch, und wir seien in einer würdigen Lage. Es könne aber **jeden Augenblick ein Durchbruch** erfolgen, und dann käme unser Angebot in dem allerungünstigsten Moment“.

Und spät abends: „General Ludendorff erklärte, daß unser Angebot von Bern aus sofort nach Washington weitergehen müsse. **48 Stunden könne die Armee nicht noch warten.** Der General betonte, daß alles darauf ankäme, daß das Angebot spätestens Mittwoch nacht oder Donnerstag früh in den Händen der Entente sei.“

Am selben Tage ließ Hindenburg dem Vizekanzler von Payer mitteilen: Wenn bis heute 7 bis 8 Uhr Sicherheit vorhanden sei, daß Prinz Max die Regierung bilde, könne bis zum nächsten Morgen gewartet werden. Sollte dagegen die Bildung der Regierung irgendwie zweifelhaft sein, so halte er die Ausgabe der Erklärung heute Nacht für geboten.

In einem Vortrage, den der Vertreter der Obersten Heeresleitung am 2. Oktober vor den Parteiführern im Reichstage hielt, kam auch in diesem größeren Kreis die drängende Lage zum Ausdruck. **Prinz Max sträubte sich** aber auf das heftigste gegen die gewünschte Friedensaktion, weil sie in dieser Form und in diesem Augenblick einer militärischen Zwangslage die deutsche Situation für die Friedensverhandlungen sehr ungünstig gestalten würde. Er berichtete hierüber nach dem Weißbuch am 11. Oktober: Am Abend des ersten Oktober sei ihm der Reichskanzlerposten angeboten worden, mit dem gleichzeitigen Verlangen, **sofort die Friedensvermittlung Wilsons nachzusuchen.** Er habe sich dagegen gesträubt und mindestens acht Tage warten wollen, um die neue Regierung zu konsolidieren und nicht den Eindruck hervorzurufen, als handelten wir bei unserer Bitte um Friedensvermittlung unter dem Druck eines militärischen Zusammenbruchs. **Am 2. Oktober** bat General Ludendorff um den Entwurf der Note an Amerika und ließ am Nachmittag eine Fassung telephonieren, die im wesentlichen mit dem späteren Wortlaut übereinstimmte.

Prinz Max hielt seine Bedenken aber aufrecht. Am 3. Oktober stellte er schriftlich eine Reihe von Vorfragen, darunter die Frage: „Ist die Oberste Heeresleitung sich bewußt, daß die Einleitung einer Friedensaktion unter dem Druck der mili-

tärischen Zwangslage **zum Verlust deutscher Kolonien und deutschen Gebietes,** namentlich Elsaß-Lothringens und rein polnischer Kreise der Ostprovinzen führen kann?" Am gleichen Tage übersandte Hindenburg, der sich gerade in Berlin aufhielt, dem Reichskanzler schriftlich eine Erklärung, „daß die Oberste Heeresleitung auf ihrer Forderung der **sofortigen Absendung des Friedensangebotes** bestehen bleibt".

Nach eingehenden Besprechungen mit den Staatssekretären ging unter diesem Drucke der Obersten Heeresleitung, wie das Weißbuch hervorhebt, in der Nacht vom 3. zum 4. **Oktober die Note an Amerika** hinaus.

In der Zeit bis zum Eintreffen der Antwort erklärte der **Reichskanzler** am 6. Oktober: „Ich habe gegen die Note gekämpft, erstens, weil ich den Moment für verfrüht hielt, zweitens, weil ich an den Feind im allgemeinen mich wenden wollte. Jetzt müssen wir alle Konsequenzen in Ruhe überlegen. Jetzt muß die Lage an der Front festgestellt werden, und zwar durch gewiegte Offiziere. Armeeführer müssen gehört werden." Die Staatssekretäre sprechen sich im gleichen Sinne aus. Ihr Gedanke ist offenbar der, daß Ludendorff die militärische Lage auf Grund eines Zusammenbruchs der Nerven zu schlecht beurteilt haben könnte.

Der Konflikt mit der Heeresleitung.

Nunmehr entsteht ein Konflikt, der sich durch die ganzen weiteren Verhandlungen bis zum 26. Oktober hindurchzieht: General Ludendorff sah in der Befragung anderer Generale ein Mißtrauen und ließ für diesen Fall mit seinem Abschied rechnen. Wenigstens stellt das Weißbuch es so dar. Der von **Walther Rathenau** in der „Vossischen Zeitung" veröffentlichte Plan einer Levé en masse wurde erörtert, aber fallen gelassen, weil die militärischen Stellen, insbesondere Ludendorff, sich von ihr nichts versprachen.

Wilsons Antwort datiert vom 5. Oktober und verlangt eine nähere Festlegung auf die Punkte des Präsidenten in dem Sinne, daß beim Eintritt in die Diskussion nur noch eine Verständigung über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung stattfinden sollte. Ferner wurde die Räumung der von Deutschland besetzten Gebiete gefordert und drittens eine Frage nach den in Deutschland maßgebenden Gewalten gestellt.

Am 9. Oktober findet eine mündliche Verhandlung mit Ludendorff statt, in der dieser einen kurzen Rückblick über die ganze Kriegsgeschichte gibt (Nr. 38). In dieser Verhandlung erklärt Oberst Heye wiederum: „Es wäre **Hasardspiel der Obersten Heeresleitung,** wenn sie den Friedensschritt nicht beschleunigte, es kann sein, daß wir bis zum Frühjahr halten, es kann aber auch jeden Tag eine Wendung kommen. **Gestern hing es an einem Faden, ob Durchbruch gelang.** Truppe hat keine Ruhe mehr. Unberechenbar, ob Truppe hält oder nicht. Jeden Tag neue Überraschung. Ich fürchte nicht eine Katastrophe, sondern möchte Armee retten, damit wir während der Friedensverhandlungen sie noch als Druckmittel haben."

Dieser Gedanke wurde wiederholt auch von der Obersten Heeresleitung geäußert. Ludendorff vertrat den Standpunkt, daß Deutschland nicht gezwungen sei, alle Forderungen anzunehmen, daß insbesondere eine etwaige Forderung auf Preisgabe deutscher Festsetzungen abgelehnt werden müsse.

Aber die Antworten auf die Frage, wie lange noch Widerstand geleistet werden könne, lauteten wechselnd und unsicher. So antwortete Ludendorff dem Staats-

sekretär Dr. Solf auf die Frage, ob die Front noch drei Monate gehalten werden könne, verneinend, und auf die Frage des Prinzen Max: „Kann beim Scheitern der gegenwärtigen Friedensaktion trotz des Abfalls eines der beiden uns noch verbliebenen Bundesgenossen der Krieg allein von uns noch fortgeführt werden?" antwortete Ludendorff: „Wenn eine Kampfpause im Westen eintritt, ja."

Die deutsche Erwiderung auf Wilsons Note erging **in vollem Einvernehmen mit der Obersten Heeresleitung.** Auf Wunsch des Generalfeldmarschalls von Hindenburg wurde ausdrücklich ausgesprochen, daß Deutschland von der Annahme ausgehe, daß auch die mit den Vereinigten Staaten verbundenen Mächte sich auf den Boden der Grundsätze des Präsidenten Wilson stellen würden.

Die **zweite Note des Präsidenten Wilson** vom 15. Oktober war wesentlich schärfer. Sie trennte zum ersten Male den Frieden vom Waffenstillstande, dessen Bedingungen „dem Urteil und dem Rate der militärischen Berater" überlassen werden sollten, sprach von ungesetzlichen und unmenschlichen Praktiken der deutschen Streitkräfte und erklärte, daß die ganze Konferenz des Friedens „von der Bestimmtheit dem befriedigenden Charakter der Bürgschaften abhänge", die in den grundlegenden Fragen der inneren Gewalten gegeben werden müßten. Österreich erhielt eine besondere Antwort.

Die Bestürzung über diese Note in ganz Deutschland und namentlich ihre **Wirkung auf das Heer,** war, wie das Weißbuch hervorhebt, groß, und der Widerspruch regte sich überall, der Stolz bäumte sich auf, und die Oberste Heeresleitung wollte wiederzurück. Aber es war die Frage, ob man noch zurückkonnte. Denn die Offenbarung der schlechten Lage nach vierjähriger Behauptung des sicheren Sieges hatte inzwischen nach dem Weißbuch im Auslande und Inlande ihre Wirkung getan.

Das Verhältnis zwischen der Obersten Heeresleitung und der Reichsregierung wurde nun ein anderes. Die Oberste Heeresleitung fragte, ob die deutschen Männer noch einmal in dem **Kampf bis zum Äußersten** mitkämpfen würden, oder ob die moralische Widerstandskraft des deutschen Volkes nun erschöpft sei.

In dieser Frage sah Staatssekretär Dr. **Solf** eine **Verschiebung der Verantwortlichkeit.** Warum sei denn die Stimmung so gedrückt? Weil die militärische Macht zusammengebrochen sei. Jetzt aber sagt man: „Die militärische Macht wird zusammenbrechen, wenn die Stimmung nicht durchhält." Diese Verschiebung dürfe man **nicht zulassen.** Sie paßt schlecht zu den eigenen Worten Ludendorffs, der mit dem Kriegsminister einig gewesen sei, daß eine „Levé en masse" **nicht möglich** ist."

Umschwung bei Ludendorff.

Am 17. Oktober fanden drei Sitzungen statt. Über die zweite Sitzung veröffentlicht das Weißbuch ein besonders ausführliches Protokoll. In dieser Sitzung äußerte sich Ludendorff **wesentlich hoffnungsvoller** als zwei Wochen vorher über die Möglichkeit, die nächsten Wochen hindurch standzuhalten. Er sagte:

„Der Krieg ist kein Rechenexempel. Es gibt im Kriege eine Menge Wahrscheinlichkeiten und Unwahrscheinlichkeiten. Was schließlich eintrifft, weiß kein Mensch. Als wir im August 1914 nach Ostpreußen kamen und mit Hilfe meines treuen Mitarbeiters Hoffmann die Befehle zur Schlacht von Tannenberg ausgegeben wurden, da wußte man auch nicht, wie es gehen würde,

ob Rennenkampf marschieren würde oder nicht. Er ist nicht marschiert und die Schlacht wurde gewonnen. Es gehört zum Krieg **Soldatenglück**, vielleicht bekommt Deutschland doch auch wieder einmal Soldatenglück."

Auf die zusammenfassende Frage, ob die Westfront bei Überführung der Kräfte aus dem Osten — deren Möglichkeit noch zweifelhaft ist — **nach drei Monaten noch stehen** werde, antwortet Ludendorff: „Ich habe schon dem Herrn Reichskanzler gesagt, ich halte einen Durchbruch für möglich, aber nicht für wahrscheinlich. Innerlich wahrscheinlich halte ich den Durchbruch nicht. Wenn Sie mich auf mein Gewissen fragen, kann ich nur antworten: Ich fürchte ihn nicht." Zu seinen eigenen früheren Erklärungen sagt Ludendorff: „Es ist auch heute so, **daß wir jeden Tag eingedrückt und geschlagen werden können.** Vorgestern ist es gut gegangen; es kann auch schlecht gehen."

Die Möglichkeit einer Auffüllung der Truppen im Westen durch Räumung Weißrußlands und der Ukraine, das Aushalten mit Materialien und mit Produkten, namentlich mit dem nur noch für wenige Monate reichenden Öl wird ausführlich erörtert. Es ergeben sich viele ungünstige Faktoren. Man berechnet, wieviel Mannschaften aus dem Innern bei schärfster Auskämmung freigemacht werden können. Zum Schlusse dieser Berechnungen sagt der **Reichskanzler**: „Also wir können bis nächstes Frühjahr 600000 bis 700000 Mann Ersatz aufstellen, die Feinde 1100000 Mann, wenn ich nur die Amerikaner berechne; dazu kommen dann vielleicht die Italiener. Wird sich also zum Frühjahr unsere Lage verschlechtern oder verbessern?"

General **Ludendorff** antwortet: „Nach den Zahlen ist es keine Verschlechterung. Aber dazu kommt die Rückwirkung der Räumung auf unsere wirtschaftliche Lage; wenn wir zurückgehen, wird die Lage unserer Kriegsindustrie in höchstem Maße verschlechtert. Das konnte man ja immer voraussehen, wenn wir aus dem Kriege mit unseren jetzigen Grenzen herauskommen, wir militärpolitisch und industriell viel schlechter stehen als früher. Das wird sich auch jetzt bei einer Räumung zeigen."

Am Ende der Sitzung tritt der Gedankengang des Reichskanzlers klar hervor. Er weist darauf hin, daß auch nach den weitestgehenden — von dem Prinzen selbst anscheinend nicht geteilten — Hoffnungen Ludendorffs der Krieg nur auf beschränkte Zeit fortgeführt werden kann, daß inzwischen mit dem Abfall der beiden noch übrigbleibenden Verbündeten bestimmt zu rechnen ist und daß sich nunmehr die Frage erhebt: Steht man am Schlusse besser oder schlechter als heute? Ludendorff ist der Auffassung, daß es **keine schlechteren Bedingungen gibt.**

Ludendorff: „Ich habe den Eindruck, ehe wir durch diese Note Bedingungen auf uns nehmen, die zu hart sind, müßten wir dem Feinde sagen: Erkämpft euch solche Bedingungen."

Der Reichskanzler: „Und wenn er sie erkämpft hat, wird er uns dann nicht noch schlechtere stellen?"

Ludendorff: „Schlechtere gibt es nicht."

Der Reichskanzler: „O ja, sie brechen in Deutschland ein und verwüsten das Land."

Ludendorff: „So weit sind wir noch nicht."

Der letzte Satz weicht aus, denn die Möglichkeit der Abwehr ist auch nach Ludendorffs jetziger Ansicht zum mindesten ungewiß, und die Frage war gerade die, wie die politische Lage sich nach weiterem vergeblichen Widerstande gestalten würde. Die Reichsleitung zieht offenbar dreierlei in Betracht. Erstens, daß im Falle der Kapitulation die politische Lage schlechter sein würde. Zwar stellt die letzte Note

des Präsidenten Wilson scharfe und kränkende Modalitäten des Waffenstillstandes in Aussicht. Auch diese Note hält aber für den eigentlichen Friedensvertrag an den bekannten Punkten des Präsidenten fest.

Wenn es wirklich gelänge, den Krieg noch einige Monate fortzusetzen, so würde man im Falle des schlechten Ausgangs diesen Boden nicht mehr unter den Füßen haben. Daneben steht ein zweiter Gedanke. Es war zwar schon damals, besonders nach dem Tone der letzten Note zu befürchten, daß Wilson später seine Grundsätze verletzen oder die Verletzung dulden würde. Aber da die Note selbst eine klare Verletzung noch nicht enthielt, hätte man sich im Falle des Abbruchs der Verhandlungen auf einen klaren Wortbruch nicht berufen können. Daher wäre ein Aufruf zum Endkampf nach der Auffassung der Reichsleitung, auch wenn man sich dazu entschließen wollte, auf die Dauer ohne Kraft gewesen.

Das Verlangen auf Räumung und auf Einstellung des U-Bootkrieges, die allgemein gehaltenen Forderungen auf Demokratisierung waren nach der Ansicht des Reichskanzlers bei aller Schwere keine Gründe, die, nachdem einmal die Verhandlungen über einen Wilson-Frieden eröffnet waren, das deutsche Volk, das zum größten Teil Demokratisierungen in mehr oder weniger entschiedenem Umfange selbst wünschte, zu dem furchtbaren letzten Kampf auf die Dauer erheben konnten. Dazu kamen drittens allgemeine Erwägungen. Durch den auch nach der jetzigen Meinung Ludendorffs wenig aussichtsvollen Kampf würde mit Sicherheit Tod und Elend weiter schrecklich gewütet haben. Die Zahl der unglücklichen, schwer Kriegsverletzten hätte sich nutzlos vermehrt.

Die Zerstörung Belgiens und Nordfrankreichs durch die Kämpfe und durch einzelne, auch bei Milderung der zuletzt geübten Praxis unvermeidlich bleibende Eingriffe auf dem Rückzug würde fortgesetzt und die Verwüstung in das eigene Land getragen sein. Die materielle Last hätte sich ins unendliche gesteigert. Übrigens mußten auch Frankreich und Belgien die mit dem Vormarsch in jedem Falle verbundenen weiteren Zerstörungen scheuen. Darin erblickte die Reichsleitung eine **Stärke** der momentanen politischen Lage; denn diese Gegner hatten dadurch auch ihrerseits ein Interesse an sofortigem Waffenstillstand, mehr als etwa nach dem Erreichen der deutschen Grenze.

Die weiteren Schriftstücke behandeln die dritte Note Wilsons vom 23. Oktober 1918 und die deutsche Antwort.

Am 28. Oktober treffen die Generale v. Mudra und v. Gallwitz ein (Nr. 86). Sie äußern sich in dem Sinne, daß man noch die letzten Mittel zeigen müsse, um zu beweisen, daß es noch nicht zu schlecht stehe. Die ihnen während der Sitzung eröffnete Mitteilung von dem Sonderschritt Österreichs ruft allerdings schwere Besorgnis und Zweifel an der Möglichkeit eines ernsteren Widerstandes hervor.

Ein vergeblicher Austausch von Telegrammen mit Wien zur Verhinderung des Sonderfriedens und die Mitteilung von dem Waffenstillstand der Türkei folgen (Nr. 87—92). Am 5. November erstattet der neue Erste Generalquartiermeister Generalleutnant Gröner ein ausführliches Gutachten (Nr. 100). Inzwischen erlebt die ruhige Politik der konsequenten Fortführung des am 3. Oktober unwiderruflich eingeleiteten Schrittes noch einen wichtigen Erfolg: Die Lansingsche Note trifft ein, in der ausdrücklich mitgeteilt wird, daß die alliierten Regierungen für den endgültigen Friedensvertrag die Wilsonschen Punkte mit zwei bestimmt bezeichneten Ausnahmen ebenfalls angenommen haben (Nr. 101).

Wenn Deutschland nicht unterzeichnet hätte.

Rom, 30. Juli.

Von gut unterrichteter Seite erfahre ich soeben, daß die Alliierten sich bereits grundsätzlich über die Maßnahmen geeinigt hatten, die für den Fall zu ergreifen waren, daß Deutschland den Friedensvertrag nicht unterzeichnen würde. Der erste Artikel des neuen Friedensvertrages, der Deutschland dann vorgelegt worden wäre, hätte folgendermaßen gelautet: „Das Deutsche Reich hat aufgehört zu bestehen." Die Alliierten hätten Deutschland dann in einzelne Staaten aufgeteilt, die sich ohne die Zustimmung der Entente nicht wieder von neuem hätten zusammenschließen dürfen.

Die Frage des Verzweiflungskampfes.

Aus dem Auszug im Abendblatt vom 19. Juli 1919, der den Hauptinhalt des deutschen Weißbuches wiedergibt, ging bereits die besondere Bedeutung der drei Sitzungen vom 17. Oktober hervor. Sie fanden unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und unter Beteiligung des Generals Ludendorff statt, der vierzehn Tage zuvor mit allen Mitteln die Beschleunigung des Waffenstillstandsangebotes betrieben hatte. Inzwischen hatte die zweite Note des Präsidenten Wilson vom 15. Oktober den ganzen Ernst der Lage offenbart und die Frage nach der Möglichkeit eines Verzweiflungskampfes aufgerollt. Unter den Dokumenten des deutschen Weißbuches ist die genaue Wiedergabe der zweiten Sitzung vielleicht das Erschütterndste, weil sie die handelnden Personen persönlich nahebringt.

Große Sitzung vom 17. Oktober 1918.

Anwesend: der **Reichskanzler**, der **Vizekanzler**, der **Kriegsminister**, die **Staatssekretäre** des Auswärtigen Amts, des Reichsschatzamts, des Kriegsernährungsamts, des Reichsmarineamts, der **Chef des Admiralstabs der Marine**, der **Vizepräsident des Preuß. Staatsministeriums**, die Staatssekretäre **Groeber**, **Haußmann**, **Scheidemann**, Unterstaatssekretär **Göppert**, Unterstaatssekretär **von Stumm**, Unterstaatssekretär **Wahnschaffe**, Ministerialdirektor **Deutelmoser**, General **Ludendorff**, General **Hoffmann**, Oberst **Heye**.

Der **Reichskanzler**: Die Lage, in der wir uns befinden, ist die Folge des Schrittes, den wir am 5. Oktober getan haben. Damals war es der dringende Wunsch der Obersten Heeresleitung, daß wir die Friedensnote und das Waffenstillstandsersuchen an den Präsidenten Wilson gerichtet haben. Es kam die Rückfrage, die wir beantwortet haben. Jetzt liegt eine neue Note vor, die eine **Steigerung der Forderungen** Wilsons enthält, und über die wir uns schlüssig machen müssen. Wilson ist offenbar durch die amerikanischen Chauvinisten und durch den Druck Frankreichs und Englands in eine schwierige Lage geraten und, wie ich hoffe, hofft er selbst, daß wir ihm die Möglichkeit geben, mit uns weiter zu verhandeln und den Widerstand der Kriegstreiber zu überwinden. So stelle ich mir die Lage vor. Es würde nun, ehe wir die Note an Wilson abgehen lassen, klarzustellen sein, was die militärische Lage Deutschlands fordert. Zu diesem Zweck haben wir Euere Exzellenz gebeten, herzukommen und uns Auskunft zu geben. Wir haben Euerer Exzellenz eine Anzahl formulierter Fragen vorgelegt, über die wir erwarten, Aus-

kunft zu erhalten. Euere Exzellenz haben andere Fragen an uns gestellt, die wir im Laufe der Erörterung beantworten werden. Die erste Frage ist die, ob dadurch, daß die Divisionen vom Osten herübergezogen werden, die Front im Westen so gestärkt werden kann, daß man auf ein längeres Durchhalten rechnen darf. Die zweite Frage geht dahin, ob durch stärkere Zuführung von Truppenmaterial aus der Heimat erreicht werden kann, daß die Armee eine Kräftigung zum weiteren Durchhalten erfährt.

General **Ludendorff:** Es wurden schon früher eine Reihe von Fragen an mich gestellt, die präzise zu beantworten ganz ausgeschlossen ist. Der Krieg ist kein Rechenexempel. Es gibt im Krieg eine Menge Wahrscheinlichkeiten und Unwahrscheinlichkeiten. Was schließlich eintrifft, weiß kein Mensch. Als wir im August 1914 nach Ostpreußen kamen und mit Hilfe meines treuen Mitarbeiters Hoffmann die Befehle zur Schlacht von Tannenberg ausgegeben wurden, da wußte man auch nicht, wie es gehen würde, ob Rennenkampf marschieren würde, oder nicht. Er ist nicht marschiert und die Schlacht wurde gewonnen. **Es gehört zum Krieg Soldatenglück,** vielleicht bekommt Deutschland doch auch wieder einmal Soldatenglück. Ich kann Ihnen nur meine Überzeugung sagen. Die Verantwortung dafür, was ich sage, trage ich und habe sie getragen vier lange, schwere Jahre. Wenn man mich fragt, ob die Ostdivisionen einen Umschwung herbeiführen werden, so frage ich dagegen, was können wir aus dem Osten wegführen. Ich habe darüber mit Hoffmann gesprochen. Wir haben jetzt drei Divisionen locker gemacht durch Räumung Weißrußlands; aber das geht nur langsam. Wir haben in dem Gebiet noch große Haferbestände. Hafer wird uns im nächsten Jahr besonders fehlen; das ist zu bedenken. Also drei Divisionen kommen. Einen Umschwung kann man mit drei Divisionen nicht herbeiführen; aber der Soldat muß alles zusammenziehen, was er kriegen kann. Früher konnten wir das nicht, weil wir die weite Grenze gegen die Bolschewiken schützen mußten, bis wir das Geld bekamen. Wieviel haben wir denn jetzt im Osten?

Oberst **Heye:** Noch 24 Divisionen. Oberost hat davon noch 7.

General **Hoffmann:** 7 hat Oberost, 5 stehen in der Ukraine, 12 in Rumänien.

General **Ludendorff:** Dazu kommt die Frage, können wir die Ukraine aufgeben, oder nicht? Die Oberste Heeresleitung ist im Einverständnis mit der Reichsleitung in die Ukraine einmarschiert, weil wir das Land für die Ergänzung unserer Wirtschaft brauchten, und weil wir die Ostfront der Feinde sprengen mußten. Können wir auf die Ukrainewirtschaft verzichten, und können wir die Gefahr auf uns nehmen, daß die Ukraine bolschewistisch wird, so können wir auch die Divisionen herausholen.

Wirtschaftlich glaube ich, daß wir die Ukraine unbedingt brauchen, auch militärisch. Wir könnten den Krieg im Westen nicht ohne die Pferde in der Ukraine führen; ob unsere Landwirtschaft noch so viel liefern kann, weiß ich nicht. Ich müßte dann um eine andere Direktive für die Behandlung der Ostfragen bitten, als sie mir im März gegeben worden ist.

Der **Reichskanzler:** Würde die Wegziehung der Osttruppen die Westfront so stärken, daß sie halten kann?

General **Ludendorff:** Das ist jedenfalls in gewissem Maße der Fall. Es fragt sich nur, ob die wirtschaftlichen und politischen Nachteile und die Gefahr im Innern nicht schwerer wiegen.

Der Reichskanzler: Würden die neuen Truppen unserem Westheer eine solche Stoßkraft geben, daß die Feinde an den Verhandlungstisch gebracht würden?

General **Ludendorff:** Nein, Stoßkraft haben diese Truppen nicht mehr. Wir haben alles Gute schon herausgenommen. Sie haben keine Stoßkraft mehr, aber eine gewisse Abwehrkraft. Es darf nicht unterschätzt werden, daß die Truppen im Osten nicht mehr den Geist haben, wie die im Westen; darüber spricht vielleicht General Hoffmann.

Der **Reichskanzler:** Noch eine Frage vorher. Es würde also durch die Zuziehung der Truppen aus dem Osten nur der Zeitpunkt hinausgeschoben werden, den wir Anfang Oktober gekommen glaubten, und dann die Lage wieder eintreten, die uns gezwungen hat, den Friedensschritt zu tun?

General **Ludendorff:** Es kommt darauf an, was uns die Heimat noch gibt. Es ist eine Menschenfrage.

Der **Reichskanzler:** Ich bitte General Hoffmann, das Wort zu nehmen.

General **Hoffmann:** Die Divisionen im Osten bestehen aus Leuten zwischen 35 und 45 Jahren. Die weiten Gebiete, die sie besetzt halten, die Versuchungen, die an sie herantreten und denen sie häufig unterliegen, sei es durch Bestechung der ostjüdischen Händler, sei es durch bolschewistische Propaganda, haben die Truppen recht leiden lassen. Vor Abgabe der letzten Formationen hatten wir in Litauen auf ungefähr 10 Quadratkilometer einen Soldaten. Die Truppe steht seit Monaten zerstreut in einzelnen Postierungen, wenig beaufsichtigt, und die bolschewistischen Ideen verbunden mit der Bestechung haben sehr überhand genommen. — Abgeben können wir nur 10 Divisionen, denn wir brauchen zwei Divisionen und die Kavallerie, um die Grenze nach der Ukraine zu sperren. — Daß die Divisionen zu einem Angriff nicht mehr brauchbar sind, möchte ich wiederholen. Defensiv haben sie noch Kraft. Ihre Ostaufgabe erfüllen sie glänzend. Ich würde mich sogar anheischig machen, im Osten noch einmal mit ihnen anzugreifen. Aber gegen die Machtmittel der Feinde im Westen sind sie nicht mehr zu verwenden.

Der **Reichskanzler:** Sie würden also die Wegnahme an sich für möglich halten?

General **Hoffmann:** Wenn wir wegziehen wollen, ist es sehr hohe Zeit. Ich brauche drei Monate, um die Truppen aus der Ukraine herauszubringen. Wir können dort nur zwei bis drei Züge täglich laufen lassen, von denen bei dem Mangel an Schmieröl noch manche ausfallen. Dabei ist mit Sabotage, ja mit Aufflammen einer Revolution zu rechnen, wenn die Bahnen von Ukrainern bedient werden. Schon jetzt würde das Bereitstellen der Truppen, wenn ich das ganze Material liegen lassen wollte, besonders auch die gesammelte Ernte, drei Tage bis zur Schmalspurbahn, sechs Tage bis zur Normalspurbahn in Anspruch nehmen. Diese Zeiten sind aber so errechnet, daß wir keine Vorräte mitnehmen können, die sind dann verloren. Der Truppenchef in Minsk sagt mir, daß er, um die Ernte fortzuschaffen, 500 Züge brauche; die haben wir natürlich nicht. Wir müßten dann die Truppen marschieren lassen.

General **Ludendorff:** Bis jetzt ist ungefähr eine Million Menschen aus dem Ostgebiet ernährt worden. Diese fallen nun der Heimat zur Last. Der Viehbezug aus der Ukraine hat die Viehbestände der Heimat sehr geschont. Wie gespannt die Lage der Viehversorgung in Deutschland ist, weiß man. Müssen wir auf das Ostvieh verzichten, so käme die Heimat nach Ansicht des Generalquartiermeisters in die größten Schwierigkeiten. Ich habe gebeten, das auch durch die Reichsleitung

feststellen zu lassen. Wir haben bei der Obersten Heeresleitung gerade die Viehfrage für ausschlaggebend gehalten. Aus der Ukraine allein haben wir 140 000 Pferde geholt.

Der **Reichskanzler:** Wie steht es mit der bolschewistischen Armee, wird sie stärker, kann sie uns bedrohen?

General **Hoffmann:** Nein, rein militärisch betrachtet wird sie uns in absehbarer Zeit nichts antun können, da haben wir nichts zu fürchten, aber die geistige Bedrohung.

General **Ludendorff:** Und diese Gefahr ist groß. Der Kordon ist so schwach, daß wir nicht imstande sind, sie von der Heimat fernzuhalten.

Der **Reichskanzler:** Also der Westen wird durch die Osttruppen keine neue Stoßkraft erhalten; aber die verfügbaren 12 Divisionen würden für die Verteidigung wertvoll sein. Um sie herbeizuführen, würde man drei Monate brauchen. Dabei würden wir die Hafervorräte verlieren, außerdem würde eine große Anzahl von Menschen, die bis jetzt von drüben ernährt worden sind, hier ernährt werden müssen. Euere Exzellenz stellen jetzt die Gegenfrage, welchen Wert hat die Ukraine in den Augen der Reichsleitung für die Ernährung Deutschlands.

General **Ludendorff:** Ja. Wir haben anderthalb Millionen Tonnen aufgekauftes Getreide, das schon zu . . . beginnt.

Der **Reichskanzler:** Ich eröffne hierüber die Debatte.

Graf **Roedern:** Die beiden Staatssekretäre des Reichswirtschaftsamts und des Kriegsernährungsamts sind nicht anwesend. Es besteht Meinungsverschiedenheit zwischen ihnen. Das Kriegsernährungsamt wünscht die Ukraine weiter zu benutzen, das Reichswirtschaftsamt ist sehr skeptisch. Soweit ich die Lage aus dem mir mitgeteilten Schriftwechsel übersehen kann, scheint mir die Ansicht des Herrn Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamts die begründetere. Jedenfalls ist, was wir für die Zivilbevölkerung aus der Ukraine bekommen haben, außerordentlich geringfügig, sehr viel höher der Wert dessen, was für das Heer geleistet worden ist und jetzt aus der Heimat beschafft werden muß. Hat das Heer noch Viehbestände aus der Ukraine bekommen?

General **Ludendorff:** Einen Unterschied zwischen Heer und Zivil kann man nicht machen. Es ist ein großer Wirtschaftstopf, und ob das Vieh aus der Ukraine für das Heer oder für das Zivil gebraucht wird, ist gleichgültig. Wir müssen das Vieh haben; woher wir es bekommen, darüber kann ich mir nicht den Kopf zerbrechen. Übrigens kommt noch die Kriegsrohstoffrage dazu. Wir verlieren jetzt auch das Kupferbergwerk Bor, weil die Serben es wieder nehmen; wenn wir auch Belgien räumen, so wird die Wirtschaftslage so gespannt, daß wir gar nicht wissen, wie wir den Krieg weiterführen wollen. Gehen wir also gleichzeitig im Osten und im Westen zurück, so brechen wir zusammen.

Staatssekretär **Solf:** Der Vertreter des Auswärtigen Amts in der Ukraine hat mir gestern Vortrag gehalten über die dortigen Verhältnisse. Dem wirtschaftlichen Teil seines Berichts möchte ich entnehmen, daß der Wert der Ukraine für die Verpflegung des Heeres ein ganz immenser ist, und da können wir keinen Unterschied machen, wer diese Vorräte zuerst verbraucht. Der wirtschaftliche Wert des Landes ist in jedem Fall sehr beträchtlich. — Ich habe dann Herrn von Mumm gefragt, was in der Ukraine geschehen würde, wenn wir die deutschen Truppen weg nehmen. Er war ganz sicher, daß dann die Bolschewiken in der wildesten fürchterlichsten Weise hausen würden. Alle Reichen würden geköpft werden.

General **Ludendorff:** Auch das müssen wir in Kauf nehmen. Ist die Räumung nötig oder nicht nötig für Deutschland? Wenn ja, muß sie gemacht werden trotz aller schauderhaften Folgen.

Graf **Roedern:** Die Frage kann nur nach den jetzt vorliegenden Ernteschätzungen beantwortet werden. Dazu brauchen wir den Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes.

Scheidemann: Wenn wir alle diese Fragen der Ernährung und des Bolschewismus beiseite setzen, so bleibt immer noch die Frage, ob die Westfront nach drei Monaten noch stehen wird oder bis dahin ein Durchbruch erfolgt?

General **Ludendorff:** Ich habe schon dem Herrn Reichskanzler gesagt, ich halte einen Durchbruch für möglich, aber nicht für wahrscheinlich. Innerlich wahrscheinlich halte ich den Durchbruch nicht. Wenn Sie mich auf mein Gewissen fragen, kann ich nur antworten, ich fürchte ihn nicht.

Der **Reichskanzler:** Ich gehe auf die zweite Frage über: Ist die Heimat bereit, der Obersten Heeresleitung das nötige Menschenmaterial zur Verfügung zu stellen? Wir müssen aber auch vorher wissen, ob es technisch möglich ist, das nötige Material auszuheben.

General **Ludendorff:** Das übersehe ich nicht. Damit habe ich mich seit 1916 redlich bemüht; es ist kaum ein Monat vergangen, daß ich nicht gedrängt habe. Ob die Verstärkungen rechtzeitig kommen? Verstärkungen kommen immer rechtzeitig. Man kann nie wissen im Kriege wie lange eine Aktion dauert. Wie oft habe ich Reserven geschickt, wenn man meinte, sie kämen zu spät, und sie kamen doch nur zur Zeit. Man muß sie schicken und das übrige dem Schicksal überlassen.

Der **Reichskanzler:** Ich bitte den Herrn Kriegsminister, sich dazu zu äußern.

Kriegsminister **Scheüch:** Es kommen zwei Maßnahmen in Betracht. Die normale allgemeine Ergänzung oder eine starke einmalige, unter Beeinträchtigung der normalen. Für die erste Maßnahme gilt folgendes: Der normale Nachschub an Ersatz für das Feldheer ergibt nach den neuesten Berechnungen für Preußen und die anderen Staaten zusammen monatlich 190 000 Mann. Sie können gestellt werden ohne sehr fühlbare Eingriffe in die Heimatwirtschaft. Die einzelnen Zahlen brauche ich hier wohl nicht anzugeben. Soll das Heer einen einmaligen starken Nachschub erhalten, so berechne ich den auf rund 600 000 Mann. Dabei rechne ich nicht hoch. Die Einzelberechnungen ergeben sogar 637 000 Mann. In diesem Falle würde der Eingriff schon fühlbar werden. Ich glaubte nicht, daß eine erhebliche Minderproduktion an Kriegsgerät eintreten würde, aber die Heimatwirtschaft würde gestört. Die Nachweisung im einzelnen würde man in engeren Kreisen durchgehen können und dann auch in Betracht ziehen, was man an unausgebildeten Leuten erhält. So z. B. den Rest des Jahrgangs 1900, von denen noch 50 000 Köpfe in den Betrieben stecken. Das andere ist schon ausgebildet, zum größten Teil in den Depots, zu einem Drittel in der Heimat. Das ist allerdings dann auch der letzte. Eine Ausbildung ist ja doch nötig für die anderen. Nun ist aber zu bedenken: wenn wir die 600 000 in die Front hereinbekommen, ist **weiterer Ersatz nötig.** Dann können wir im Monat nicht mehr rund 190 000, sondern nur rund 100 000 Mann für das nächste halbe Jahr sicherstellen. Den weiteren Ersatz bis zum Herbst 1919 könnte man dann wieder auf 150 000 Mann monatlich ausschlagen, wenn der Jahrgang 1901 früher eingestellt würde. Das Reservoir des nächsten Jahres wäre also gegen Ende September erschöpft.

General **Ludendorff**: Ich bin unbedingt für den zweiten Fall. Hätten wir diese günstigen Zahlen schon jetzt gehabt, so hätten wir die Krise an der Westfront nicht bekommen. Und wenn ich die Leute bekomme, sehe ich vertrauensvoll in die Zukunft. Ich muß aber die Leute bekommen, und zwar bald bekommen, dann können wir wieder hoffnungsfreudig sein.

Kriegsminister **Scheüch**: Ich möchte die Versicherung geben, daß ich meine ganze Kraft einsetze, daß diese Zahl eingehalten wird. Dann wollen wir aber nach dieser Richtung auch keinen Tag versäumen.

General **Ludendorff**: Ich möchte den Herren **ein Bild der Lage** geben. Vorgestern war die Schlacht bei Ypern. Engländer und Franzosen griffen mit sehr starken Kräften an. Wir mußten das. Wir wollten standhalten. Wir sahen die Gefahr kommen. Es war eine schwere Lage, sich zu sagen, wir werden zurückgedrängt und müssen doch standhalten. Wir sind zurückgedrängt worden, aber es ist gut abgelaufen. Zwar sind Löcher von vier Kilometer Breite in der Front entstanden, aber der Feind hat nicht durchgestoßen, und wir haben die Front gehalten. Was hätten da die Ergänzungen aus der Heimat für eine Bedeutung für uns gehabt. Die **Anspannung des einzelnen Mannes hat einen Grad erreicht, der nicht mehr überboten werden darf.** Mann und Offizier haben das Gefühl der **Vereinsamung.** Wenn der Offizier weggeht, sagen die Leute: „Wohin gehen Sie, Herr Leutnant?" und dann laufen sie weg. Können wir die Löcher zustopfen, so behaupten wir den Einbruch. Können wir der Front sagen, ihr bekommt Leute, dann gewinnt sie Vertrauen, und auch wir dürfen vertrauensvoll sein.

Kriegsminister **Scheüch**: Wenn ich Exzellenz Ludendorff recht verstehe, so sagt er: erhalten wir den einmaligen Zuwachs, so wird sich die Lage wesentlich ändern.

General **Ludendorff**: Ja.

Kriegsminister **Scheüch**: Ist dabei bedacht, daß die Amerikaner immer noch mehr Ergänzungen bekommen wie wir?

General **Ludendorff**: Man darf die Amerikaner nicht überschätzen. Sie sind wohl schlimm, aber wir haben sie bisher abgeschlagen. Allerdings verschieben sich die Verhältniszahlen; aber unsere Leute haben keine Sorge vor den Amerikanern, wohl vor den Engländern. Man muß unserer Truppe nur das Gefühl der Vereinsamung nehmen.

Oberst **Heye**: In welchem Zeitraum kann der zweite Plan mit den 600 000 Mann durchgeführt werden?

Kriegsminister **Scheüch**: Ich möchte nicht eine zu kurze Zeit angeben. Wir müssen ja aus der Industrie und Landwirtschaft schneller Menschen herausholen als wir anfangs glaubten. Schneller geht die Verwendung des Heimatheeres. Aus der preußischen Heimat werden z. B. 75 000 Mann kommen. Dahin habe ich den Druck gerichtet; darin dürfen wir nicht zu ängstlich sein. Dazu kommen dann noch etwa 25 000 von den andern Staaten. Zunächst haben wir etwa 50 000 Unausgebildete und 250 000 Ausgebildete; aber auch deren Verwendung zieht sich noch durch Wochen hin. Das wird auch der Obersten Heeresleitung recht sein.

General **Ludendorff**: Lieber wäre es uns schon, sie kämen alle gleich. Denn was das Niederziehende für die Armee ist, die Stärken werden immer geringer und geringer.

Kriegsminister **Scheüch**: Schwierigkeiten machen auch die heimatlichen Transportverhältnisse. Kürzlich standen bei einem Generalkommando 6000 Mann bereit

zum Abtransport an die Westfront. Sie konnten aber nicht geschickt werden, weil das rollende Material fehlte. Das kann sich wiederholen.

General **Ludendorff:** Auch bei uns war durch die Räumung eine große Transportkrise ausgebrochen, die sich auf die Heimat fortpflanzte. Die ist aber jetzt behoben. Ich bin nur dankbar, wenn nach der Richtung in der Heimat das Menschenmögliche geschieht. — Ich komme noch auf einen anderen Punkt, der nicht auf dem Fragebogen steht: die Stimmung im Heer. Er ist sehr wichtig. Exzellenz Scheüch hat neulich auf die 41. Division hingewiesen und einen Befehl an sie angeführt. Ich habe leider zugeben müssen, daß der Befehl richtig war. **Die Division hat am 8. August völlig versagt. Das war der schwarze Tag in Deutschlands Geschichte. Jetzt schlägt sich dieselbe Division glänzend auf dem Ostufer der Maas.** Das ist Stimmungssache. Die Stimmung war damals schlecht. Die Division hatte Grippe gehabt, es fehlten ihr Kartoffeln. Die Stimmung, die die Leute aus der Heimat mitbrachten, war auch nicht gut. Die Transporte kamen heraus, in einer Form, die der Zucht und Ordnung nicht mehr entsprach. Es kamen grobe Widersetzlichkeiten vor. Ich pflege mit den ankommenden Offizieren und Truppen zu sprechen. Damals sagte mir ein Herr, ein solcher Transport, wie er ihn aus dem Bezirk des VII. Armeekorps der 13. Division geholt hätte, wäre ihm noch nicht vorgekommen. Er hätte nicht geglaubt, deutsche Soldaten, sondern russische Bolschewisten unter sich zu haben. — Diese Stimmung ist **aus der Heimat** ins Heer gekommen, und ich bin mir wohl bewußt, daß jetzt umgekehrt die Stimmung, **die die Urlauber nach der Heimat** bringen, recht schlecht ist. Ich habe mich sehr bemüht, sie zu heben, ich muß aber dringend bitten, nicht nur für Menschen, sondern auch für die Stimmung zu sorgen. — Was halten sich zum Beispiel für Drückeberger in Maubeuge auf. Wir haben ja in unserer großen Armee mit Helden zu tun, und mit recht, recht schwachen Menschen. Auch auf die müssen wir uns einstellen. Auffrischung der Heimat. Ich richte die dringende Bitte an alle Stäbe, dafür zu sorgen, daß die Stimmung in der Heimat gehoben wird, und daß der Soldat in Belgien weiß, er verteidigt deutsche Erde. Von manchen Seiten, so aus der Armee Gallwitz, ist uns berichtet, daß diese Waffenstillstandsverhandlungen sehr böse Folgen haben. In Belgien sagen die Leute, was sollen wir uns hier noch schlagen, wenn wir doch räumen müssen, und vor Verdun heißt es, was nützen unsere Opfer, wenn die Franzosen doch Elsaß-Lothringen kriegen. Menschen mit schlechter Stimmung können wir nicht brauchen. Ein Divisionsstab sagte mir neulich, sie hätten ihre Leute aus dem Osten wieder weggeschickt, sie seien im Westen nicht mehr zu gebrauchen. Man muß mit dem Geiste der Heimat arbeiten.

Der **Reichskanzler:** Da Seine Exzellenz, der General Ludendorff, die Frage der Stimmung angeschnitten hat, so halte ich es für notwendig, an die drei parlamentarischen Staatssekretäre die Bitte zu richten, ihre Auffassung über die Stimmung in der Heimat mitzuteilen und sich über die Vorschläge zu äußern, die man gemacht hat.

Staatssekretär **Groeber:** Die **Stimmung im Lande** ist im Sommer dieses Jahres eine recht schlechte gewesen. Ich habe mich davon auf einer Reise nach Süddeutschland persönlich überzeugt. Das haben gerade Urlauber veranlaßt, die zu Hause allerlei Schauergeschichten erzählt haben. Viel falsche, aber auch manche richtige. Solche Sachen werden, je länger der Krieg dauert, um so schwerer empfunden. In einer großen Armee kommt natürlich manches Gewalttätige in der Behandlung der Leute vor, da kann noch viel gebessert werden. Vor allem die

Verpflegung für Mannschaften und Offiziere. Besonders die Offizierskantinen, da kann sich der Offizier mit Nahrungs- und Genußmitteln versehen, wenn der Soldat kommt, heißt es, das ist nicht für dich. In gewöhnlichen Zeiten läßt sich das ertragen; aber in solchen Zeiten, wie diese, stellt sich der Gedanke ein: Was müssen wir aushalten und wie leben die Offiziere. Läßt sich dieser Gegensatz nicht beseitigen?

General **Ludendorff:** Ich stehe durchaus auf dem Standpunkt, daß der Offizier mit der Truppe die **gleiche Lebensweise** zu führen hat. Ich bin dem Vorwurf nachgegangen und habe durch den Generalintendanten festgestellt: es gibt nur eine Kantine, sie verkauft gleichmäßig an Offiziere und Mannschaften. Auch im Preis wird kein Unterschied gemacht. Ein Unterschied bestand: die großen Kantinen ergänzen ihre Bestände aus den kleinen Kantinen. Die großen liefern an die kleinen zu geringerem Preis, damit die kleinen verdienen. Nun hatten einige höchste Stäbe keine Truppenkantine, sondern bezogen ihre Bedürfnisse sogleich aus der großen Kantine, und zwar zu dem billigeren Preis. Sobald ich das festgestellt hatte, habe ich es untersagt und die Stabsbetriebe veranlaßt, aus den großen Kantinen zum gleichen Preise wie aus den kleinen zu beziehen. Im Schützengraben essen ja Mann und Offizier aus derselben Feldküche. Daß der Stab sich die Sachen besser zubereiten läßt, ist doch zu verstehen, man wird uns nicht zumuten, aus der Feldküche zu essen. Aber, was recht und billig ist, drücken wir durch. Das Schlimme ist, es gehen Gerüchte um, die einem Ehre und Reputation abschneiden können, und man kann nichts dagegen machen. Geben Sie mir Einzelheiten, dann werde ich dahintergreifen, aber seien Sie überzeugt, die Verhältnisse liegen nicht so kraß, wie man behauptet. Im ganzen ist alles in Ordnung.

Der **Reichskanzler:** Ich bitte, nicht in Details zu gehen, dazu fehlt uns die Zeit. Wie beurteilen die Herren Staatssekretäre die Stimmung in Deutschland in Verbindung mit den Maßregeln, die der Herr Kriegsminister vorschlägt?

Staatssekretär **Scheidemann:** Ich glaube gern, daß man noch Hunderttausende für das Heer mobilmachen kann, aber man täuscht sich, wenn man glaubt, daß diese Hunderttausende die Stimmung im Heer verbessern würden. Das Gegenteil ist meine feste Überzeugung. Schon die Dauer des Krieges zermürbt das Volk, und dazu die Enttäuschungen. Der U-Bootkrieg hat enttäuscht, die technische Überlegenheit der Gegner, der Abfall der Bundesgenossen oder doch ihr vollständiger Bankerott, dazu die sich steigernde Not im Innern. Nun tritt die Wechselwirkung ein. Aus dem Heer kommen die Urlauber mit schlechten Geschichten, aus der Heimat bringen sie schlechte Nachrichten in das Heer zurück. Dieser Austausch drückt die Stimmung. Wir würden uns täuschen, wenn wir das beschönigen wollten. Die Arbeiter kommen mehr und mehr dazu, zu sagen, lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.

General **Ludendorff:** Wird es Euerer Exzellenz nicht gelingen, die Stimmung in den Massen zu heben?

Staatssekretär **Scheidemann:** Das ist eine Kartoffelfrage. Fleisch haben wir nicht mehr. Kartoffeln können wir nicht liefern, weil uns jeden Tag 4000 Wagen fehlen. Fett haben wir überhaupt nicht mehr. Die Not ist zu groß, daß man vor einem völligen Rätsel steht, wenn man sich fragt, wovon lebt Berlin-Nord und wovon lebt Berlin-Ost. Solange man diese Rätsel nicht lösen kann, ist es ausgeschlossen, die Stimmung zu bessern. Es wäre eine Unehrlichkeit ersten Ranges, wenn wir darüber irgendeinen Menschen einen Zweifel ließen.

Staatssekretär **Haußmann:** Wenn wir auf die Stimmung abstellen, so stellen wir auf einen sehr labilen Faktor ab. Kein Zweifel ist, daß das Parlament den Appell an das Volk in der allerstärksten Weise ergehen lassen wird und auch eine starke Wirkung erzielen kann. Wie lange, wieviel Wochen, wieviel Tage hängt von dem Verlauf der nächsten Ereignisse ab. Die Bevölkerung ist nämlich erst durch den **scharfen Ton der Wilsonnote vor den ganzen Ernst der Lage gestellt worden. Daraus ergibt sich ein großer Widerspruch der Stimmung.** Man könnte sie haben, wenn unverschämte Forderungen, die in der Note zwischen den Zeilen zu lesen sind, deutlich hervorträten. Wieviel Tage haben wir nach dem Bedürfnis der Armee noch frei zum Führen der Verhandlungen, davon hängt der Ton der Verhandlungen ab.

General **Ludendorff:** Wenn die Armee über die nächsten vier Wochen hinüberkommt und es in den Winter geht, so sind wir „fein heraus". Wenn es gelingt, die Stimmung während dieser vier Wochen zu heben, würde das von außerordentlichem militärischen Werte sein. Ich werde alles tun, was ich kann, um die Verpflegung der Heimat zu bessern. Ich werde das gleich mit dem Eisenbahnchef besprechen. Wie weit es möglich ist, übersehe ich nicht.

Staatssekretär **Scheidemann:** Der Mangel an Wagen wurde uns neulich sehr eindringlich durch Herrn von Waldow zu Gemüte geführt. Er sagte dabei, sehr bald würden wir nicht einmal mehr das kleine Quantum Kartoffeln haben, das jetzt noch verteilt wird.

General **Ludendorff:** Ich werde das Nötige veranlassen.

Vizekanzler **von Payer:** Ich sehe nicht so schwarz wie Exzellenz Scheidemann. Man muß da unterscheiden. Ich erinnere an die Stimmung des Sommers. Kein Mensch hat da gezweifelt, daß wir schließlich als Sieger aus dem Kriege herausgehen, aber der Krieg war dem Volke sehr verleidet, und die Stimmung war deshalb schlecht. Trotzdem dachte niemand daran, daß wir zugrunde gehen könnten. Als wir die erste Note schickten, haben sich die Leute gefragt, was ist los? Es scheint doch nicht so gut zu sein. Bald wurde die Stimmung unsicher. Als nun die zweite Wilsonnote kam, da ist die Stimmung zusammengeklappt, und man hat gesehen, daß es uns ans Leben geht, aber auch diese Stimmung schlug wieder um: bei der Erkenntnis, daß wir als Nation, vor allem auch **wirtschaftlich zugrunde gerichtet** werden sollen, überlegte sich jeder: **Müssen wir das erdulden oder gibt es noch eine Möglichkeit, das abzuwenden?** Wenn wir den Leuten sagen: **Es gibt noch eine Möglichkeit, das abzuwenden, wenn ihr nur durchhaltet.** Wenn ihr aber nicht noch ein paar Wochen halten könnt, dann müßt ihr damit rechnen, daß Deutschland halb und halb aus dem Kreise der Nationen ausgestrichen wird. Ihr müßt mit einer **Belastung durch Entschädigungen** rechnen, die uns erdrücken wird — dann könnte man sie noch einmal hoch bekommen.

Wenn es gelingt, die Note so zu fassen, daß die Bevölkerung die Sicherheit entnimmt, wir sind **zwar in einer schweren Lage, aber wir werfen die Flinte nicht ins Korn, — dann ist noch nicht alles verloren.**

General **Ludendorff:** Der Vizekanzler hat mir aus der Seele gesprochen Es fragt sich nur: Wie schaffen wir's? Dann kann ich nur die Bitte wiederholen: Packen Sie das Volk, reißen Sie es hoch. Kann das nicht Herr Ebert tun? Es muß gelingen.

Vizepräsident **Friedberg:** Jedenfalls muß sehr schnell gehandelt werden. In der letzten Zeit war die Lage sehr schwierig. Wir haben die Oberpräsidenten

hier versammelt gesehen. Die sämtlichen Pastoren von Berlin traten zusammen. Die Parteien halten Fraktionssitzungen — kein Mensch weiß, woran er ist, und alle fassen sich an den Kopf, wie man plötzlich vor einer solchen Katastrophe stehen kann. Wir werden aufgefordert zu sagen: stellt die Lage ernst dar, aber noch nicht verzweifelt. Damit bekommt man keine Hochstimmung.

General **Ludendorff:** In keiner Weise.

Vizepräsident **Friedberg:** Jetzt hören wir, daß die Sache wesentlich anders liegt. Da stimme ich mit Exzellenz von Payer darin überein, daß wir rasch aus der Note an Wilson herausholen sollten, was herausgeholt werden kann.

Der **Reichskanzler:** Eure Exzellenz meinen, daß vier Wochen guter Stimmung nötig sind?

General **Ludendorff:** Wenn es mehr sind, ist es mir lieber. Jedenfalls wird nach dieser Frist die Krise an der Westfront zu Ende sein, wenn wir auch noch zurückgehen müssen. Man hat das so im Gefühl. Die Angriffskraft war in den letzten Tagen nur noch gering.

Der **Reichskanzler:** Aber innerhalb von 8—10 Tagen kommt wieder eine neue Welle, wie Eure Exzellenz damals im Gespräch mit mir selbst gesagt haben.

General **Ludendorff:** Die kommt. Ein neuer Angriff ist bei der 10. Armee schon in Gang; wie es da steht, weiß ich nicht. Morgen kommt wieder einer bei der 5. Armee, das hört nicht auf.

Der **Reichskanzler:** Es kommt nun darauf an, daß die Maßregeln, die Sie empfehlen, den Angriffen einen solchen Riegel vorschieben, daß man politisch wieder frei arbeiten kann. Eure Exzellenz wissen, daß ich damals **nicht für die Friedensnote** war, aber es wurde mir gesagt, **jede Stunde kostet uns soundso viele Tausend Mann und jeder Augenblick könne eine Katastrophe herbeiführen. Exzellenz v. Hintze ist mein Zeuge.**

Exzellenz **v. Hintze:** Das ist so, Eure Großherzogliche Hoheit.

General **Ludendorff:** Es ist auch heute so, daß wir jeden Tag eingedrückt und geschlagen werden können. **Vorgestern ist es gut gegangen; es kann auch schlecht gehen.**

Der **Reichskanzler:** Wenn Sie sagen, daß wir nach vier Wochen besser stehen, so sagen die Engländer, wenn es noch sechs Wochen dauert, so haben wir nicht mehr nötig, mit den Deutschen zu verhandeln. Jedenfalls tut die Entente alles, was sie kann, um unsere Verhandlungen mit Wilson in die Länge zu ziehen.

General **Ludendorff:** Die Verhandlungen in Berlin sind der Entente zu Ohren gekommen und haben die Angriffslust gewaltig erhöht. Aber das meine ich doch: jede militärische Stärkung der Front stärkt auch die Stellung Eurer Großherzoglichen Hoheit für den Friedensschluß.

Der **Reichskanzler:** Das ist richtig.

General **Ludendorff:** Ob die Stärkung rechtzeitig kommt oder nicht, kann ich nicht sagen. Ich wiederhole, was kommt, kommt rechtzeitig.

Der **Reichskanzler:** Wie stark ist das Westheer?

Oberst **Heye:** Die Westfront zählt jetzt 91 Divisionen, davon 4 Österreicher und 7 aus dem Osten. Sie sind sehr verschieden an Stärke. **28 Divisionen haben nur Bataillonsstärken von ungefähr 200—300 Mann.** Die übrigen stehen sich ungefähr auf 400—500.

General **Ludendorff:** Hätten wir da vollkräftige Bataillone, so wäre die Lage gerettet.

Der **Reichskanzler:** Durch die bisherige Aussprache sind die Fragen 1—8, die wir zu stellen hatten, erledigt. Ich komme nun zur neunten Frage: Wird durch eine Entblößung der Ostgebiete die Ölzufuhr für Heer und Heimat so in Frage gestellt, daß wir zum vorzeitigen Friedensschluß oder zur Einstellung des U-Bootkrieges gezwungen werden?

General **Ludendorff:** Das wird der Herr Kriegsminister beantworten.

Kriegsminister **Scheüch:** Dieser Punkt ist allerdings von größter Bedeutung. Wenn Rumänien uns nicht mehr zur Verfügung steht, können wir den Krieg noch anderthalb Monate weiterführen. Wir haben früher mit zwei Monaten gerechnet; das hat sich aber nicht bewahrheitet, da die Transportmittel geringer geworden sind und der Verbrauch sich erhöht hat. Wie lange der U-Bootkrieg beim Wegfallen der Ölzufuhr Rumäniens weitergeführt werden kann, weiß die Heeresverwaltung nicht, weil wir den Verbrauch der Marine nicht kennen. Die Ziffern der Marinebehörden über den Verbrauch durch die Automobile sind uns gestern zugekommen und noch nicht verarbeitet. Es ist unbedingt nötig, daß die Ölbewirtschaftung bei Heer und Marine gemeinsam erfolgt. Wir müssen gemeinsam erwägen. nicht nur, wie teilen wir? sondern auch, wie strecken wir? Das ist jetzt unklar. Ich bitte möglichst bald, wenn irgend tunlich, heute nachmittag, in Verhandlung hierüber einzutreten. Vielleicht wird auch die Oberste Heeresleitung und der Admiralstab beizuziehen sein. Wir gehen auch in bezug auf die Heimatwirtschaft ganz bedenklichen Verhältnissen entgegen. Wir sind nur noch für wenige Monate eingedeckt. Gestern ist im Reichswirtschaftsamt über die Frage verhandelt worden: wie können wir die Leuchtölmittel für die Heimat kürzen? Jede Kürzung wird natürlich sehr bedenklich sein, denn es gibt kaum noch Ersatz. In vielen Betrieben wird also die Beleuchtung einfach aufhören. Aber auch hierüber kann ich nur ein klares Bild geben nach Einblick in die Verbrauchsziffern, Bestände, Deckungsmöglichkeiten und Streckungsmöglichkeiten der Marine.

Admiral **Scheer:** Bisher hat die Marine ihre Bestände selbst verwaltet. Erfolg: wir können den U-Bootkrieg noch 8 Monate durchführen, auch ohne rumänische Bestände. Aber ich stehe nicht an, einzuräumen, daß die Vorräte so verwaltet werden müssen, daß das Heer nicht eher zu Ende ist als die Marine. Wir müssen beide zusammen den Krieg zu einem glücklichen Ende bringen. Ich bin ganz bereit mitzuarbeiten, daß der eine Teil nicht der beatus posedens ist, wenn es beim anderen schon zu Ende geht.

Staatssekretär **v. Mann:** Ich bin ganz derselben Meinung. Ob und wie es zum Ziele führen kann, besondere Petroleumvorräte für die Zivilbevölkerung zu schaffen, weiß ich nicht. Vielleicht könnte man etwa 10 Prozent der Bestände dazu verwenden; aber darüber fehlt mir das Urteil.

Der **Reichskanzler:** Auch ich weiß nicht, wie groß der Verbrauch des Heeres, der Marine, der Landwirtschaft, im Verhältnis zueinander ist.

Unterstaatssekretär **Göppert:** Ich bitte auch die Zivilbevölkerung in die Bewirtschaftung einzubeziehen. 10 000 Tonnen monatlich hat man der Zivilbevölkerung versprochen, das ist das Minimum. Wenn man die Bevölkerung im Winter leidlich ruhig halten will, muß das so bleiben. Als man im vorigen Winter 12 000 monatlich gab, lag die Beleuchtungswirtschaft auch schon in den letzten Zügen.

Der **Reichskanzler:** Wie lange kann die Armee, die Marine und die Heimat aushalten in dem Moment, wo die Ölversorgung aus Rumänien ausfällt? Die

Antwort auf diese Frage würde ich sehr gern in kürzester Frist haben. Wann kann ich sie bekommen?

Kriegsminister **Scheüch**: Heute nachmittag werden die Feststellungen getroffen.

Der **Reichskanzler**: Wenn man mir sagt: die Heimat kann noch ein paar Monate, das Heer noch anderthalb Monate, die Marine noch acht Monate auskommen, so habe ich kein Bild. Das muß auf den gleichen Nenner gebracht werden. Ich möchte die Gelegenheit benutzen, um an Exzellenz Göppert noch eine Frage über die Wichtigkeit der Ukraine für die Versorgung zu richten. Ist angesichts der Lage an der Westfront die weitere Besetzung der Ukraine durch 12 deutsche Divisionen durch das Bedürfnis der deutschen Versorgung zu rechtfertigen?

Vizekanzler **v. Payer**: Der Herr Staatssekretär des Kriegsernährungsamts ist soeben eingetroffen:

Der **Reichskanzler**: Ich bitte den Herrn Staatssekretär, die Frage zu beantworten.

Staatssekretär **v. Waldow**: Wenn die Frage so gestellt ist, kann ich sie glatt verneinen. Wir haben die Lebens- und Futtermittel der Ukraine in unseren Wirtschaftsplan nur eingestellt als Notbehelf und zur Verbesserung der Lage. Handelt es sich aber darum, ob der Verzweiflungskampf aufgenommen werden muß, so können wir auch auf die Ukraine verzichten und werden dann versuchen, durch Schmuggel unsere Bestände zu vermehren.

Der **Reichskanzler**: Das Auswärtige Amt hat Schritte getan, um uns Rumänien zu sichern, aber es ist möglich, daß Rumänien vorzieht, unsere Zerschmetterung abzuwarten. Will man Rumänien im Notfall zwingen?

General **Ludendorff**: Mit dem Auswärtigen Amt haben wir die Gefahr erkannt und ihre Haltung erörtert. Am 10. Oktober schlugen wir vor, Rumänien gemeinsam mit Österreich zu zwingen. Österreich wollte nicht. An sich hatten wir genug Truppen, einige kommen langsam aus Ungarn heran, dazu zwei Divisionen Österreicher und eine Kavalleriedivision aus der Ukraine, die General von Arz herangezogen hat. Die rumänische Armee allein wird nicht losschlagen, nur wenn Ententetruppen in größerer Zahl zu ihr stoßen. Solche Truppenbewegungen sind jetzt im Gange. Eine wird jetzt über Nisch in Richtung auf Belgrad angesetzt, eine andere, wie es scheint, über die Marizzamündung gegen Konstantinopel. Soweit ich die Lage nach den eingegangenen Nachrichten überhaupt einschätzen kann, ist für die nächste Woche nichts zu besorgen.

Der **Reichskanzler**: Ich bitte das Auswärtige Amt, sich dazu zu äußern.

Staatssekretär **Solf**: Ich bin nicht orientiert.

Graf **Roedern**: Kann die Donaufront forciert werden?

General **Ludendorff**: Wenn Konstantinopel fällt, kommt die englische Flotte ins Schwarze Meer und dann ist Rumänien nicht zu halten. Es ist aber doch vom Auswärtigen Amt alles getan, um Rumänien bei der Stange zu halten?

Unterstaatssekretär **v. Stumm**: Sobald die Entente militärisch an Rumänien herankommt, können wir es nicht mehr halten.

General **Ludendorff**: Das ist auch meine Ansicht.

Der **Reichskanzler**: Ich komme nun zu einer weiteren Frage: Wie steht es mit den Reserven der Entente?

Oberst **Heye**: Vorige Woche hatten die Franzosen 40, die Engländer 25, die Amerikaner 18, die Italiener 1, dazu kommen noch Portugiesen, Polen und andere

Hilfstruppen, im ganzen 87 Divisionen Reserven von der Gesamtstärke von 220 Divisionen.

General **Ludendorff:** Wir haben 191 Divisionen an der Westfront, die Zahlen der Divisionen sind also nicht einmal so sehr verschieden, wohl aber die Stärken. Die französische Division ist auch nur schwach, nicht wesentlich höher wie unsere, die englische ist stärker und die 40 amerikanischen sind recht stark. Die Überlegenheit an Menschen, über die die Entente gegen uns verfügt, drückt sich also in den Zahlen der Divisionen nicht hinreichend aus.

Der **Reichskanzler:** Die elfte Frage lautet: Wie lange ist noch mit Großangriffen an der Westfront zu rechnen?

General **Ludendorff:** Das kann weitergehen, kann aber aufhören, ich weiß es nicht.

Der **Reichskanzler:** Besteht die Wahrscheinlichkeit einer Überführung weiterer Italiener an die Westfront?

General **Ludendorff:** Die Möglichkeit, aber nicht die Wahrscheinlichkeit. Die Kriegsmüdigkeit in Italien ist sehr groß.

Graf **Roedern:** Ist ein Angriff der Italiener über Österreich gegen Deutschland ausgeschlossen?

General **Ludendorff:** Physisch unmöglich ist er nicht; sie können durch Tirol, aber wir brauchen jetzt nicht damit zu rechnen. Sonst machen wir uns noch mehr Angst. Wenn Italiener gegen Deutsche fechten, so wird das wohl nur an der Westfront geschehen.

Der **Reichskanzler:** Müssen wir eine neue Ostfront bilden?

General **Ludendorff:** In Serbien stehen drei Divisionen und zwei österreichische, dazu sind die (?) Truppen an die Donau gekommen. Augenblicklich ist keine Gefahr. Nach acht Tagen kann es anders sein.

Der **Reichskanzler:** Ich denke an die Ostfront gegen Rußland.

General **Ludendorff:** General Hoffmann meint, eine kampffähige Truppe wird uns da nicht mehr gegenübertreten; aber wir müssen die Grenzen sperren und uns gegen Banden wehren. Vielleicht schwillt nun, wenn wir die Ukraine räumen, den Bolschewiken der Kamm, so daß sie uns den Krieg erklären. Aber an eine kampffähige Rote Armee glaube ich nicht.

Der **Reichskanzler:** Die Sperre ist aber nicht dicht, es kommen doch Hunderte durch.

General **Hoffmann:** Ja, mit und ohne Paß, mit richtigen und falschen.

Der **Reichskanzler:** Aber ein militärischer Durchbruch ist nicht zu befürchten?

General **Ludendorff:** Nein, militärisch glaube ich nicht daran.

Der **Reichskanzler:** Eine weitere Frage: Wie viele Amerikaner kommen monatlich nach Frankreich?

Oberst **Heye:** Nach dem Durchschnitt der letzten Monate: 250 000.

General **Ludendorff:** Im April, Mai und Juni waren es 350 000.

Der **Reichskanzler:** Hat ihre Zahl seitdem nicht mehr zugenommen?

Oberst **Heye:** Im Anfang des Jahres war die Zahl viel geringer, etwa 85 000 monatlich, dann kam der starke Aufstieg bis zum Hochsommer, seitdem sind es jedenfalls nicht mehr geworden.

Der **Reichskanzler:** Wie groß wird die Stärke des amerikanischen Heeres im nächsten Frühjahr sein?

Oberst **Heye:** Die amerikanische Heeresleitung berechnet die Truppenzahl jetzt auf 1 200 000, für das nächste Frühjahr rechnen sie mit 2 300 000 Kämpfern

Der **Reichskanzler:** Und ist das entsprechende Material da?

Oberst **Heye:** Ja, wenn es so weitergeht wie bisher, kann man damit rechnen **Die Amerikaner sind in ihren Angaben immer wahr gewesen.**

Der **Reichskanzler:** Auf wie hoch darf man die Frontstärke der Feinde im Westen jetzt schätzen?

Oberst **Heye:** Bei den Franzosen ist sie stark verringert, bei den Engländern wird sie sich auf derselben Höhe halten, weil sie vorläufig noch Ersatztruppen aufstellen können, bei den Amerikanern wird sie sich vermehren.

General **Ludendorff:** Die Ersatzfrage ist sehr schwer zu beurteilen. Voriges Jahr hatten die englischen Divisionen noch 12 Bataillone, heute nur noch 9. Es hängt sehr davon ab, wie die wirtschaftlichen Interessen liegen. Nach der Niederlage im März mußte z. B. England die Kohlenarbeiter einziehen; zieht es jetzt wegen der Kohlennot die Leute wieder heraus, so schwächt das natürlich die Front. Auch politische Momente spielen mit; bis jetzt können sie die Irländer nicht einstellen, das Wehrgesetz geht da zunächst nicht durch.

Der **Reichskanzler:** Also wir können bis nächstes Frühjahr 600 000 Mann Ersatz aufstellen, die Feinde 1 100 000 Mann, **wenn ich nur die Amerikaner berechne;** dazu kommen dann vielleicht die Italiener. Wird sich also zum Frühjahr unsere Lage verschlechtern oder verbessern?

General **Ludendorff:** Nach den Zahlen ist es keine Verschlechterung. Aber dazu kommt die Rückwirkung der Räumung auf unsere wirtschaftliche Lage; wenn wir zurückgehen, wird die Lage unserer Kriegsindustrie im höchsten Maße verschlechtert. Das konnte man ja immer voraussehen, daß, wenn wir aus dem Kriege mit unseren jetzigen Grenzen herauskommen, wir militärpolitisch und industriell viel schlechter stehen als früher. Das wird sich auch jetzt bei einer Räumung zeigen.

Der **Reichskanzler:** Eure Exzellenz haben bis jetzt nur die Zahlen der Menschen erwähnt; aber es ist auch das Material zu bedenken, **Flugzeuge, Tanks** und anderes.

General **Ludendorff:** Die Flieger der beiden Heere verhalten sich schon jetzt wie 1 : 3. Trotzdem ist die Überlegenheit bei uns. Die Angaben über Feindverluste, die wir machen, bleiben weit hinter der Wirklichkeit zurück, wie wir später oft an den feindlichen Nachrichten feststellen können. Alles das schreckt mich nicht.

Der **Reichskanzler:** Und die Tanks nächstes Frühjahr?

General **Ludendorff:** Ich hoffe, daß, wenn unsere Infanterie wieder zu Kräften kommt, auch der Tankschrecken, der schon einmal überwunden war, und wiedergekommen ist, nochmals überwunden wird. Er kam mit aller Kraft wieder am 8. August durch den Nebel und wer weiß was sonst. Ist aber die Stimmung der Truppen wieder hergestellt, so machen sich Teile von ihnen, so die Jägerbataillone und die Gardeschützen, geradezu einen Sport daraus, die Tanks abzuschießen. Es lockt auch aus materiellen Gründen, denn in den Tanks gibt es immer gute Verpflegung. Wir konnten nur nicht Schritt halten in dem Bau von Tanks, weil wir zuerst Lastautos bauen mußten; aber bis nächstes Frühjahr werden wir darin weiter sein.

Graf **Roedern:** Ich nehme an, daß, wenn wir eine gewisse Ruhepause haben, die Lage sich bessert, oder ist auch das Urteil des Generals Ludendorff auch dann gültig, wenn wir in den nächsten zwei bis drei Monaten kämpfend von unserer Linie auf der Westfront zurückgehen müssen?

General **Ludendorff**: Das kommt auf das Tempo an; jeder Rückzug kostet um so mehr Gefangene und Material, je rascher er vor sich geht. Bei dem langsamen Zurückgehen der 3., 1., 7. und 18. Armee sind so gut wie keine Einbußen an Menschen und Material gewesen; wenn wir aber ausweichen müssen, wie bei der 17. und 2. Armee, dann ist es eine erhebliche Schwächung. Wir verkürzen uns außerordentlich, aber die Lebensbedingungen der Armee, das was sie zum Handeln braucht, Munition usw., das wird erheblich verschlechtert, weil wir unser Industriegebiet den feindlichen Fliegern aussetzen. Sollten die Waffenstillstandsverhandlungen kommen, so bedeutet schon die Zusage der Räumung an sich eine wesentliche Verschlimmerung der militärischen Lage.

Kriegsminister **Scheüch**: Daß die Zurückführung des Heeres auf den heimatlichen Boden eine außerordentliche Schwächung des Heeres bedeutet, ist zuzugeben, nicht nur wegen der geringeren Möglichkeit der Herstellung alles dessen, was das Heer zum Kampf nötig hat, sondern auch im Hinblick auf die Stimmung und den Gehalt der Truppe. Eine enge Verbindung mit der Heimatsbevölkerung, die niedergedrückt ist durch die starke Belegung, drückt auch das Heer nieder. Es würden an der ganzen Grenze dieselben Bedingungen eintreten wie jetzt im Elsaß und noch schlechtere. Auch die Lebenshaltung der Bevölkerung selbst würde sehr herabgedrückt.

Admiral **Scheer**: Ich habe schon gestern gemeldet, wie der Stand bei der Marine ist, muß aber wohl auch hier ein Bild von den Verhältnissen der Flotte geben, weil es darauf ankommt, ob man den Waffenstillstand unter den Bedingungen bekommen soll, die Wilson stellt. In den beiden letzten Jahren hat sich die Flotte nur in den Dienst des U-Bootkrieges gestellt und sich dabei völlig gefechtsbereit gehalten. Wenn uns die Arbeiterverhältnisse verbessert werden, können wir den Bau der Unterseeboote auf das Doppelte, ja Dreifache erhöhen. Nun geht die Forderung Wilsons dahin, daß wir den U-Bootkrieg einstellen sollen. Wenn wir dem nachgeben, würde ein ganz erhebliches Druckmittel preisgegeben und eine Gegenleistung für die Annahme des Waffenstillstandes bei der jetzigen Stellung. Denn da ist doch die Lage so, daß das Heer standhalten kann. Deshalb brauchen wir auf die zweite Wilsonsche Bedingung nicht einzugehen.

Der **Reichskanzler**: Damals sprachen Eure Exzellenz von 40 000 Arbeitern, die nötig wären. Können Sie die bekommen, wenn der Kriegsminister 600 000 Mann aufbietet?

Admiral **Scheer**: Bis zum 1. Dezmber brauchen wir nur 15 000—16 000 Mann.

Der **Reichskanzler**: Und bis wann brauchen Sie die 40 000?

Admiral **Scheer**: Erst bis in den Sommer. Wir können schon mit den ersten 16 000 Mann, die monatliche Ablaufziffer von 10 auf 16 steigern.

Der **Reichskanzler**: Als letztes Wort möchte ich mir folgende Frage erlauben: Wenn alle Maßnahmen getroffen werden, die Eure Exzellenz vorgeschlagen haben, wenn die Front für die nächsten Monate hält, sind dann Eure Exzellenz der Anschauung, daß wir im Laufe des nächsten Jahres eine Lage geschaffen haben werden, die besser ist als die, in der wir uns augenblicklich befinden? Wir müssen uns darüber klar sein, daß jede Kraftanstrengung, die wir jetzt machen und die sich nicht am Ende bezahlt macht, eine Kraftverschwendung bedeutet und eine Lage schaffen würde, deren Verantwortung wir tragen und der wir fest ins Auge sehen müssen. Können wir im nächsten Jahre den Krieg unter besseren Bedingungen beenden als jetzt?

General **Ludendorff: Jede Kraftanstrengung, die wir augenblicklich machen, verbessert unsere Lage.**

Admiral **Scheer:** Man steht wohl allgemein unter dem Eindruck, daß der Feind den U-Bootkrieg sehr erheblich spürt, namentlich Italien. Das wird sich in nächster Zeit noch steigern, besonders auch gegenüber Amerika. Wenn wir aber die Bedingungen annehmen, die uns gestellt worden sind, geben wir das alles aus der Hand.

Der **Reichskanzler:** Das ist keine Antwort auf die Frage, die ich gestellt habe: Werden wir den Krieg unter besseren Bedingungen beenden, wenn wir den Wünschen der Obersten Heeresleitung nachgeben? Es handelt sich jetzt noch nicht um die Beantwortung der Note Wilsons.

Admiral **Scheer:** Unsere Lage wird sich bessern, weil die der Gegner sich verschlechtern wird. Deshalb wollen ja die Gegner gerade in diesem Herbst fertig werden.

Graf **Roedern:** Es ist schon so oft gesagt worden, daß sich die Lebenshaltung unserer Feinde verschlechtert hat, aber wir haben wenig davon gemerkt, daß das den Krieg beeinflußt hat. Wird das jetzt so viel anders sein? Wird dabei berücksichtigt, daß für uns die flandrische Küste wegfällt, daß Österreich jetzt zum Frieden kommt und wir damit die U-Bootbasis im Mittelmeer verlieren? Kann die Steigerung der U-Bootserzeugung das ausgleichen?

Admiral **Scheer:** Der Ausfall der beiden U-Bootbasen in Flandern und im Mittelmeer hat auf unseren U-Bootkrieg nach meiner Auffassung und der meiner Mitarbeiter keinen Einfluß. Im Gegenteil, je mehr wir uns auf die Umgebung der Britischen Inseln konzentrieren, desto wirksamer ist der Krieg. Bisher haben wir, wenn auch nur unter großen Anstrengungen, die Fahrt nach England offen gehalten. Ich kann freilich nicht sagen, in der und der Zeit ist der Gegner zusammengebrochen. Es kommt darauf an, die Wirkungen, die schon vorliegen, zu verstärken und den Gegner dauernd unter Druck zu halten, dann wird sich die politische Wirkung schon bemerkbar machen.

Graf **Roedern:** Man hat der Marineleitung, gewiß mißverständlich, nachgesagt, daß sie bestimmte Zusagen wegen der Wirkung des U-Bootkrieges gemacht habe, aber eine Zusage ist sicher gemacht worden, nämlich darüber, daß man die Zufuhr amerikanischer Truppen verhindern könne. Gerade diese Zusage ist nicht gehalten worden. Der damalige Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts beantwortete die Frage danach ungefähr dahin: die amerikanischen Truppen sollen nur kommen, sie bilden willkommene Angriffspunkte für uns. Das hat sich doch als durchaus irrtümlich erwiesen. Sind dann die Einwirkungen auf die englische Wirtschaft noch so hoch zu bewerten? Sobald die Amerikaner sich entschließen, statt 250 000 Mann nur noch 150 000 Mann monatlich zu schicken, wird die Versorgung Englands erheblich erleichtert. Es muß da eine Fehlerquelle liegen. Liegt sie vielleicht darin, daß das Tempo des amerikanischen Schiffbaues unterschätzt worden ist?

Admiral **Scheer:** Ich kenne die Erklärung des Staatssekretärs nur aus den Zeitungen. Ich weiß nur, daß er die amerikanischen Truppen nicht hoch eingeschätzt hat, wahrscheinlich, weil er ihre Unterhaltung auf französischem Boden für schwierig ansah. Man kann die U-Boote nicht nur auf Transportschiffe ansetzen, sie müssen ihre Torpedos da brauchen, wo sie den meisten Schiffsraum vernichten.

(Der Reichskanzler übergibt den Vorsitz an den Vizekanzler.)

Vizekanzler **v. Payer:** Der Eindruck der militärischen Lage ist doch heute wesentlich günstiger als zu Anfang des Monats. Liegen die Gründe dafür auf militärischem Gebiet?

General **Ludendorff**: An der Front ist es der nicht gelungene Angriff des Feindes von gestern und vorgestern. Der Feind hat nicht ordentlich angebissen. Hätte er alles getan, was er konnte, so wären wir geschlagen worden. An dieser Stelle hat sich die Kampffront der Entente nicht auf der Höhe gezeigt wie bisher. Dazu kommt, daß die Amerikaner **starke Grippe** haben. Allerdings fängt sie auch bei uns an zu grassieren, und zwar in einer sehr bösen Form. Unsere Truppe ist müde, und der müde Mensch erliegt der Seuche leichter als der frische.

(Der Reichskanzler übernimmt den Vorsitz wieder.)

Der **Reichskanzler**: Die Lage ist also nicht mehr dieselbe wie sie am 5. Oktober war, als wir veranlaßt wurden, den Friedensschritt bei Wilson zu tun.

General **Ludendorff**: Ich habe den Eindruck, ehe wir durch diese Note **Bedingungen auf uns nehmen, die zu hart sind**, müßten wir dem Feinde sagen: Erkämpft Euch solche Bedingungen.

Der **Reichskanzler**: Und wenn er sie erkämpft hat, wird er uns dann nicht noch schlechtere stellen?

General **Ludendorff**: Schlechtere gibt es nicht.

Der **Reichskanzler**: O ja, sie brechen in Deutschland ein und verwüsten das Land.

General **Ludendorff**: So weit sind wir noch nicht.

Graf **Roedern**: Es ist bisher nur von Sieg oder Niederlage gesprochen worden. Es gibt noch eine dritte Möglichkeit: wir gehen langsam zurück. Das ist das Wahrscheinlichste, wenn wir einen Durchbruch der Feinde nicht zu befürchten haben. Ich halte auch nicht für wahrscheinlich, daß wir die Feinde zurückwerfen. Also angenommen, wir gehen zurück, wir füllen auf, unsere Widerstandskraft wird gestärkt: wird dann Amerika veranlaßt, uns bessere Bedingungen zu stellen. Amerika weiß, daß wir unsere letzten Reserven verbrauchen; es wird seine Zeit abwarten.

General **Ludendorff**: Wie sieht es denn in den anderen Ländern aus? Ich habe eine Agentenmeldung, daß in England und Frankreich ernste Befürchtungen auftreten, der Krieg könnte den Monat überdauern, Deutschland wird die Entente noch auf feindlichem Boden zum Stehen bringen. Die Furcht vor einem Umschlag der Lage ist dort sehr groß.

Staatssekretär **Solf**: Ich habe den Reichskanzler verantwortlich zu beraten, wie die Note, die wir an Wilson zu richten haben, nach Ton und Inhalt zu fassen ist. Für diese Aufgabe bin ich durch die Ausführungen von Exzellenz Ludendorff nicht wesentlich besser vorbereitet als vorher. Zu Anfang des Monats ist die politische Leitung des Reiches von der Obersten Heeresleitung gedrängt worden, die Gegner um Waffenstillstand zu bitten und Frieden vorzuschlagen. Gegen den Willen und gegen die Auffassung des Reichskanzlers hat er sich entschließen müssen, diesen Schritt mit seiner Verantwortlichkeit zu decken. Dann kam die Gegenfrage, und auch damals ist an der Auffassung festgehalten worden, daß in unserer Antwort an den von uns vorgeschlagenen Bedingungen einfach festzuhalten sei. Jetzt ist die Antwort Wilsons gekommen, die uns vor schwere Entschlüsse stellt und sofort ändert sich das Bild, so daß wir die Lage noch halten können, ja, daß, wenn wir die nächsten vier Wochen überdauern, wir sogar viel besser dastehen als bisher. Davor stehe ich wie vor einem Rätsel. Was ist der wirkliche Grund, weshalb geht jetzt, was vorher für unmöglich gehalten worden war?

General **Ludendorff**: Ich habe immer den **Menschenmangel** als das Wichtigste dargestellt. Heute höre ich, daß der Mangel nicht so groß ist, wie ich angenom-

men hatte. Heute höre ich, daß ich in absehbarer Zeit 600 000 Mann bekommen kann. Weshalb ich sie nicht früher bekommen konnte, darüber will ich nicht sprechen. Kann ich sie jetzt bekommen, so hört **die Vereinsamung der Armee** auf. Trotz der unglücklichen Ereignisse ändert sich die Lage, weil zugleich die Kampfkraft des Feindes nachläßt. Nach wie vor glaube ich, daß wir die Waffenstillstandsverhandlungen, wenn es irgend geht, erreichen müssen. Aber nur solche Waffenstillstandsverhandlungen dürfen wir annehmen, die eine geregelte Räumung des Landes gestatten, also mindestens zwei bis drei Monate Frist. Und dann dürften wir keine Bedingungen auf uns nehmen, die eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten unmöglich erscheinen lassen. Daß dies die Absicht ist, muß man aber nach der Note annehmen. Die Bedingungen sollen uns außer Gefecht setzen. Bevor wir uns auf weitere einlassen, muß der Feind einmal sagen, was denn eigentlich seine Bedingungen sind. **Nicht kurzer Hand mit Wilson abbrechen.** Im Gegenteil: „Sagt doch mal, was sollen wir eigentlich tun? Wenn du etwas gegen unsere nationale Ehre verlangst, uns kampfunfähig machen willst, dann heißt es allerdings nein." Damit verlasse ich den bisherigen Boden nicht. Ich bitte nur, die Maßnahme, die der Kriegsminister vorgeschlagen hat, rasch durchzuführen.

Staatssekretär **Solf**: Diese Maßnahme war doch auch damals schon in Aussicht genommen.

General **Ludendorff**: Seit dem April und viel länger noch kämpfe ich um Menschen. Sie sind mir nicht gegeben worden. Es ist doch eine Tatsache, daß wir 70 000 Mann monatlich zu wenig bekommen. Hört dieses Defizit auf, und die Kampfkraft des Feindes läßt nach, so braucht man nicht alle Bedingungen anzunehmen.

Czernin kennzeichnet die deutsche Militärpolitik als Ursache der Katastrophe.

Wien, 11. Dezember. Der ehemalige Minister des Äußern Graf **Czernin** hielt vor einem aus Politikern und Pressevertretern bestehenden Publikum einen Vortrag über seine Politik während des Weltkrieges, worin er zunächst konstatierte, daß seit dem Eintritt Italiens und Rumäniens in den Krieg, und vor allem seit dem Eintritt Amerikas in den Krieg der **„Siegfrieden"** der Mittelmächte nach seiner Ansicht **eine Utopie** geworden war, welche leider **durch die deutschen Militärs** immer genährt wurde und daß Österreich-Ungarn niemals ein Friedensangebot von der Entente erhalten habe. Wohl fanden wiederholt Fühlungnahmen zwischen den österreichisch-ungarischen und Ententevertretern statt, ohne daß sich diese Fühlungnahme leider jemals zu konkreten Bedingungen verdichtet hätten. Im Prinzip wären nur **zwei Möglichkeiten** für die Beendigung des Krieges gewesen. **Entweder ein allgemeiner Friede, also gemeinsam mit Deutschland, oder ein Separatfrieden.** Czernin bekannte offen, daß er niemals einen Separatfrieden geschlossen hätte; erklärte aber, daß er wiederholt den Gedanken ventilierte, Kaiser Karl vorzuschlagen, einen jener Männer an seiner Stelle zu ernennen, welche in der **Trennung von Deutschland** das Heil erblickten. Stets sei er von diesem Entschluß abgekommen, weil ein **Separatfrieden** nach seiner festen Überzeugung **eine physische Unmöglichkeit** war. Deutschland hätte, wie dies nachträglich der separatistische Schritt Andrassys bewies, sofort **einige Divisionen nach Böhmen und Tirol geworfen** und Österreich-Ungarn das gleiche Schicksal bereitet, wie seinerzeit Rumänien. Die Monarchie wäre augenblicklich zum **Kriegsschauplatz** ge

worden. Im Innern der Reiche hätte solcher Schritt sofort den **Bürgerkrieg** entfacht.

Czernin schilderte hierauf die **Schwierigkeiten** des zweiten Weges, nämlich **den Frieden gemeinsam mit Deutschland** zu machen. Der Redner wies zunächst auf die große **Abhängigkeit Österreich-Ungarns** von Deutschland in militärischer Hinsicht sowie hinsichtlich des vollständig desorganisierten **Ernährungswesens** der Monarchie hin. Immer war die Situation, sagte der Redner, daß wir **in dem denkbar günstigsten militärischen Moment** einen Frieden hätten vorschlagen können, welcher, mit **bedeutenden Opfern verbunden,** vielleicht die Hoffnung gehabt hätte, von den Feinden angenommen zu werden. **Die deutschen Militärs aber wurden, je glänzender ihre Erfolge waren, desto anspruchsvoller,** und es war **unmöglich,** sie zu solcher **Verzichtpolitik zu bewegen.** Die Zukunft werde beweisen, welche **übermenschlichen Anstrengungen** Österreich-Ungarn gemacht habe, um **Deutschland zur Nachgiebigkeit zu veranlassen.** Wenn sie alle mißlangen, lag die Schuld nicht am deutschen Volke, auch nach Ansicht Czernins nicht an dem deutschen Kaiser, **sondern die Schuld lag bei den führenden deutschen Militärs,** die eine **Machtfülle** an sich gerissen hatten, wie sie in der Geschichte **beispiellos** ist und deren markanteste **Persönlichkeit Ludendorff** war, der ein politisches Gegengewicht gebraucht hätte, wie es Moltke seinerzeit in Bismarck besessen habe, das aber **in der Berliner Wilhelmstraße nicht vorhanden** war.

Czernin verlas das **Exposé,** welches er im April 1917 Kaiser Karl unterbreitete. In diesem Exposé führte Czernin aus, daß im Spätsommer oder Herbst 1917 mit Rücksicht auf das zur Neige gehende Rohmaterial zur Munitionserzeugung, auf das **vollständig erschöpfte Menschenmaterial** und die dumpfe Verzweiflung der unterernährten Volksschichten **um jeden Preis Schluß gemacht** werden müsse, und daß an die Entente im Augenblick herangetreten werden müsse, wo ihr die ersterbende Kraft der Feinde **noch nicht zum vollen Bewußtsein** gekommen sei. Czernin bezeichnete die großen Hoffnungen Deutschlands auf den **Unterseebootkrieg** im Exposé als **trügerisch** und wies darauf hin, daß er den Auftrag Kaiser Karls, Deutschland wissen zu lassen, daß es auf Österreich-Ungarn **über den Spätsommer hinaus nicht mehr werde rechnen können,** ausgeführt habe. Auf dies vom 12. April datierte Exposé traf die vom 9. Mai datierte Antwort ein, in welcher die deutsche Regierung neuerdings **das absolute Vertrauen in das Gelingen des Unterseebootkrieges** betonte, die prinzipielle Bereitwilligkeit zu Friedensschritten zwar aussprach, jedoch vor Schritten warnte, welche **als Schwäche gedeutet** werden könnten. An territoriale Opfer Deutschlands war **nicht zu denken.**

Österreich-Ungarn beschränkte sich aber nicht auf Worte allein, es erklärte in Berlin im Jahre 1917, daß Kaiser Karl bereit sei, **Galizien mit Polen vereinigen zu lassen,** sowie für eine Angliederung Polens an Deutschland alles zu tun, falls Deutschland **durch territoriale Konzessionen im Westen** den Frieden ermögliche.

Österreich-Ungarn stieß auf ein „Non possumus“ (Wir können nicht) und die Antwort Deutschlands, **territoriale Konzessionen an Frankreich seien ausgeschlossen.** Czernin schilderte weiter seine Bemühungen zur Durchsetzung der bekannten **Friedensresolution im Deutschen Reichstage,** ferner ausführlich den Gang der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk, wo das Prinzip „keine Annexion“ durchgedrungen wäre, wenn die Entente damals zu einem **allgemeinen Frieden** bereitgewesen wäre, wo aber Czernin in volle Abhängigkeit von den

deutschen Unterhändlern dadurch geriet, daß er während dieser Verhandlungen gezwungen war, die Hilfe Deutschlands zur Behebung der besonders akut gewordenen **Ernährungsschwierigkeiten** in Österreich-Ungarn zu erbitten. Den deutschen Unterhändlern gegenüber konnte der Gedanke, daß Österreich-Ungarn gegebenenfalls mit Rußland einen Separatfrieden schließen würde, nicht ausgespielt werden, wollte man nicht die deutsche Lebensmittelhilfe gefährden, um so weniger als der Vertreter der deutschen Obersten Heeresleitung damals erklärte, **es sei gleichgültig, ob Österreich-Ungarn Frieden mache oder nicht, Deutschland werde unter allen Umständen nach Petersburg marschieren, falls die russische Regierung nicht nachgäbe.**

Czernin führte weiter aus, daß die in Brest angeknüpften Kompromißverhandlungen daran scheiterten, daß **Kühlmann von der deutschen Obersten Heeresleitung zu raschem Vorgehen gezwungen** wurde. **Ludendorff erklärte, die Verhandlungen mit Rußland** müßten **binnen drei Tagen zu Ende sein.** Kühlmann erhielt den **strikten Auftrag,** sich nicht nur mit den bisher von ihm verlangten Abtretungen zu begnügen, **sondern auch noch Abtretungen des unbesetzten Gebietes Livlands und Estlands zu verlangen.**

Der Redner erörterte schließlich die Ursachen, die Österreich-Ungarn zwangen, den **unglückseligen U-Bootkrieg** mitzumachen, und konstatierte, daß Bethmann Hollweg sich lange ablehnend verhielt und mit allen Mitteln und Argumenten sich dem U-Bootkrieg widersetzte, schließlich jedoch unterlag, **wie in diesem Kriege alle Politiker den Militärs unterlegen sind.** Die deutsche Motivierung des U-Bootkriegs ging nicht so sehr darauf hinaus, England durch Hunger zu besiegen, sondern gipfelte darin, daß **die Westfront nicht zu halten** sei, wenn die amerikanischen Munitionstransporte nicht versenkt würden, daß also ein **rein technisch-militärisches Moment** in den Vordergrund geschoben wurde. Da die Verweigerung des U-Bootkrieges die Regierung Österreich-Ungarns zu einem direkten Konflikt mit Deutschland geführt hätte, gab es mit schwerem Herzen seine Einwilligung, nicht gewonnen durch Argumente, aber bezwungen durch die Ohnmacht, anders handeln zu können.

Der „Vorwärts" sagt dazu:

Mag sein, daß Czernins Anklage dem Bedürfnis entsprungen ist, sich selbst zu rechtfertigen. Sicher ist die Rechtfertigung nur halb gelungen, denn auf Czernin lastet derselbe Vorwurf wie auf Bethmann Hollweg, der Vorwurf **unheilvoller Schwäche** gegenüber der militärischen Neben- oder vielmehr Hauptregierung. Aber ziehen wir in seinen Darlegungen alles ab, was auf Konto dieses Zwecks zu setzen ist, dann bleiben die Ausführungen Czernins noch immer **eine furchtbare, eine zerschmetternde Anklage gegen Ludendorff und die militärische Diktatur.** In voller **Voraussicht des Zusammenbruchs Österreich-Ungarns** haben diese vom Größenwahn verblendeten Gewaltmenschen die **Fortsetzung des Krieges** im Bunde mit den Alldeutschen erzwungen und den Friedensschluß im Augenblick des militärischen Erfolgs vereitelt. So kam es denn schließlich zum Frieden angesichts der militärischen **Niederlage.** Jetzt wird vielleicht erst manchem klar, welchen **furchtbaren Kampf** die deutsche **Sozialdemokratie** im Jahre 1917 gegen die alldeutsche Militärpolitik zu führen hatte. Die Dinge öffentlich auszusprechen war durch die **Zensur** fast unmöglich gemacht; die alldeutsche Presse durfte dagegen täglich über uns als „Flaumacher" und „Mießmacher" höhnen, wenn wir auch nur von ferne die Dinge anzudeuten suchten, die niemand besser wußte als

Ludendorff selber. Alles hat damals die Sozialdemokratie darangesetzt, um einen **billigen Vergleichsfrieden** herbeizuführen, den Deutschland zu diesem Zeitpunkt ohne Niederlage hätte haben können. Die größenwahnsinnigen Generale und ihre siegestrunkene Gefolgschaft von alldeutschen Professoren, Landräten, Junkern, pensionierten Offizieren hat es verhindert. **Sie trifft die furchtbare Verantwortung für die Niederlage und die jetzige Zerschmetterung Deutschlands.** Sie haben die Gefahr mit offenen Augen herankommen sehen und das Volk weiter in den Krieg gehetzt. Der Hauptschuldige ist nach Schweden geflüchtet; er hat sich **feige** der Verantwortung für seine **an Landesverrat grenzende Politik** entzogen. **Aber es sind noch Mitschuldige genug in Deutschland, die vor Gericht gestellt werden müssen und deren Verbrechen nach Sühne und Genugtuung schreit.**

Prinz Max zur Vorgeschichte.

(Nach dem **„Vorwärts"**, Nr. **316**.)

Der frühere Reichskanzler Prinz Max von Baden hatte die Absicht, in der Ersten Badischen Kammer, deren Vorsitzender er war, über seine Führung der Reichsgeschäfte Rechenschaft abzulegen. Da der Landtag nicht mehr einberufen wurde, konnte der Prinz die Rede nicht mehr halten. Sie wird soeben von der Redaktion der „Preußischen Jahrbücher" als Flugschrift veröffentlicht.

Prinz Max erklärt, er sei sich bei Übernahme des Reichskanzleramts dessen bewußt gewesen, daß **der Krieg verloren** war. Er habe Deutschland, soweit dies noch möglich war, durch demokratische Umgestaltung und Völkerbundpolitik zu retten versucht, habe aber dieses Ziel nicht erreichen können. Den Hauptgrund dieses Mißerfolges gibt er folgendermaßen an:

„Meine Friedenspolitik wurde entscheidend gestört durch das **Waffenstillstandsangebot,** das mir fertig vorgelegt wurde, als ich in Berlin eintraf. Ich habe es bekämpft aus Gründen der praktischen Politik. Es schien mir **ein schwerer Fehler,** den ersten Friedensschritt der neuen Regierung durch ein so überraschendes Eingeständnis deutscher Schwäche zu begleiten. Weder das eigene Volk, noch das feindliche Ausland schätzte unsere militärische Lage damals so ein, daß ein derartiger Verzweiflungsschritt notwendig wäre.

Ich machte den Gegenvorschlag, die Regierung sollte als ihre erste Handlung ein detailliertes Kriegszielprogramm aufstellen, das vor aller Welt unsere Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Präsidenten Wilson deutlich machte und unsere Bereitwilligkeit, diesen Grundsätzen auch schwere nationale Opfer zu bringen.

Die militärischen Autoritäten erwiderten mir darauf, auf die Wirkung einer solchen Kundgebung könne nicht mehr gewartet werden; die Lage an der Front erfordere binnen 24 Stunden ein Waffenstillstandsangebot. Wenn ich es nicht abgäbe, so müßte es die alte Regierung herausbringen. Darauf entschloß ich mich, die neue Regierung zu bilden und das nunmehr unvermeidlich gewordene Waffenstillstandsangebot mit dem Namen der neuen, unbelasteten Regierung zu unterstützen. Nach einer Woche eröffneten mir die militärischen Autoritäten, daß sie sich in der Einschätzung der Lage an der Front am 1. Oktober **getäuscht** hätten."

Prinz Max schildert nun die Wirkung des Waffenstillstandsangebots. Bei der Entente wurde der Siegesübermut gestärkt, die Sonderaktionen der Verbün-

deten wurden beschleunigt, weiterer Widerstand bot keine Aussicht auf Erfolg, es mußte nur vor den Feinden die Möglichkeit aufrechterhalten bleiben, daß es bestimmte Grenzen gab, gegen die Deutschland selbst einen hoffnungslosen Kampf aufnehmen würde.

Prinz Max geht dann auf die Ursachen des Zusammenbruchs in der inneren Politik ein. Die Ausschaltung aller Nebenregierungen war im besten Gange, bei dem ersten Konflikt gab **Ludendorff** nach, bei dem zweiten nahm er seinen Abschied. Da kam die Aufrollung der **Abdankungsfrage** durch Präsident Wilson. Der Prinz habe den Kaiser dauernd orientiert, dessen freiwilliger Entschluß das Reich vor schweren Erschütterungen bewahren konnte. Man dürfe das Zögern des Kaisers nicht falsch verstehen, es seien gewichtige Einflüsse am Werk, die ihn davon überzeugten, daß seine Abdankung das Signal zur Auflösung der Front wäre. Dann fährt Prinz Max wörtlich fort:

„Als ich nach den Kieler Vorgängen die Gefahr des **Bürgerkrieges** immer näherrücken sah, suchte ich am Donnerstag eine Unterredung mit dem Abgeordneten **Ebert** und teilte ihm mit, daß ich noch am gleichen Abend ins Hauptquartier reisen wollte. Er versprach mir, das Seinige dazu zu tun, damit seine Partei und die Massen das Ergebnis meines Besuches **abwarteten.** Am Nachmittag desselben Tages aber überbrachten mir Herr Scheidemann und Ebert das Ultimatum der Sozialdemokratie, das mich zwang, **meine Entlassung** einzureichen, denn es bedeutete den Zusammenbruch meiner Politik, nicht zu vergewaltigen, sondern zu überzeugen.

Sie werden es mir ersparen über die Schritte zu sprechen, die ich nach meinem Entlassungsgesuch unternommen habe. Sie hatten nur den einen Zweck, den unvermeidlich gewordenen Umsturz sich **ohne einen Bruderkampf** vollziehen zu lassen. Ich will mit denen, die den Umsturz herbeigeführt haben und ihn unterstützten, nicht rechten. Ich glaube noch heute, daß sich der Volkswille **ohne** Gewalt hätte durchsetzen können auf dem Wege der gesetzgebenden Versammlung, die nach dem Zerfall Österreichs eine Ehrenpflicht geworden war. Ich kann den Gedanken nicht loswerden, daß vielleicht doch unsere Arbeiter und Soldaten noch 24 Stunden Geduld gehabt hätten, wenn Führer aus ihrer Mitte ihnen die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Heimatfront so deutlich gemacht hätten, wie den Soldaten an der Front es deutlich war, daß die Schlachtfront halten mußte. Dann wäre nicht der Zusammenbruch gekommen einen Tag vor der Waffenruhe.

Der Umsturz hat sich unwiderruflich vollzogen. In die Hände der neuen Regierung ist eine ungeheure Verantwortung gelegt. **Sie kann uns als Nation retten,** und sie kann uns als Nation zerstören.

Ich habe den **Reichskanzler Ebert** als einen Mann kennen gelernt, der **reinen Willens** ist und dem es Überzeugungssache ist, daß Deutschland nur seinen internationalen Pflichten genügen kann, wenn es sich **als Volkseinheit** erhält. Die Regierung kann uns vor dem Bürgerkrieg bewahren, wenn sie demokratisch regiert, und ihre erste, nicht aufzuschiebende Pflicht ist es, sich durch **eine verfassunggebende Nationalversammlung** die Rechtsgrundlage für ihre Macht geben zu lassen. **Usurpierte Macht erträgt das neue befreite deutsche Volk nicht. Es hat sich durch die Bildung der Volksregierung am 3. Oktober von der Diktatur Ludendorff befreit; es wird keine andere Diktatur einer Minderheitsgruppe ertragen.** Aber eine Schande wäre es für Deutschland, wenn **uns die Feinde,** die nur mit

einer rechtmäßigen deutschen Regierung unterhandeln wollen, erst die Einberufung einer konstituierenden Versammlung **anbefehlen** müßten.

Hier darf die Regierung sich nicht die Initiative nehmen lassen; wenn sie demokratisch handelt, dann kann sie sicher sein, daß ihr die freiwilligen Kräfte aus allen Lagern zuströmen werden, um ihr bei der übermenschlichen Aufgabe zu dienen."

Der frühere Reichskanzler sagt dann weiter, daß militärischer Widerstand unmöglich sei, aber moralischer geleistet werden müsse. Der uns zugedachte Friede sei viel schlimmer, als der „wahrlich nicht nachahmenswerte" Frieden von Brest-Litowsk. Würden die Waffenstillstandsbedingungen bleiben wie sie sind, so sei der Völkerbund tot vor seiner Geburt. Kein Volk aber dürfe in Ketten an den Verhandlungstisch geführt werden. Der Prinz schließt mit den Worten eines Soldatenbriefes: „Gebe der Himmel, daß Deutschland **nicht charakterlos** aus diesem Kriege hervorgeht."

Die Hauptbedeutung dieser Schrift des Kanzlers der zwischenrevolutionären Epoche liegt in der Klarlegung der Umstände, unter denen das Waffenstillstandsangebot zustandegekommen ist. Die alldeutsche Lüge, die Politik der demokratischen Regierung hätte dem gerühmten Militarismus das Rückgrat gebrochen, wird schonungslos enthüllt. Der Militarismus ist in sich selbst zusammengebrochen, Ludendorff hat zum Abschluß des Waffenstillstands und damit zum **Frieden um jeden Preis** gedrängt.

Wilson für Waffenstillstand.

Washington, 23. Oktober. Der Staatssekretär gibt folgendes bekannt:

Vom Staatssekretär ist an den Geschäftsträger der Schweiz, der zeitweilig mit der Wahrnehmung der deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten beauftragt ist, nachstehende Mitteilung gerichtet worden:

Staatsdepartement, den 23. Oktober 1918.

Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Note vom 23. d. M. zu bestätigen, mit der Sie eine Mitteilung der deutschen Regierung vom 20. d. M. übermittelten. Der Präsident hat mich mit der folgenden Antwort beauftragt:

Nachdem der Präsident der Vereinigten Staaten die feierliche und ausdrückliche Versicherung der deutschen Regierung erhalten hat, daß sie die Friedensbedingungen in seiner Ansprache an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar 1918 und die Grundlagen der Friedensordnung in seinen späteren Ansprachen, insbesondere der vom 27. September, rückhaltlos annimmt, und daß sie in Erörterungen über die Einzelheiten ihrer Anwendung einzutreten wünscht, ferner, daß dieser Wunsch und Zweck nicht von denen ausgehen, die bisher die deutsche Politik diktiert und den gegenwärtigen Krieg für Deutschland geführt haben, sondern von Ministern, die für die Reichstagsmehrheit und die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes sprechen; und nachdem er ebenfalls das ausdrückliche Versprechen der gegenwärtigen deutschen Regierung erhalten hat, daß die deutschen Land- und Seestreitkräfte die Gesetze der Menschlichkeit und einer zivilisierten Kriegführung beobachten werden, glaubt der Präsident der Vereinigten Staaten es nicht ablehnen zu können, mit den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten verbündet ist, die Frage eines Waffenstillstandes aufzunehmen.

Er hält es aber für seine Pflicht zu wiederholen, daß der einzige Waffenstillstand, den er sich berechtigt fühlen würde der Erwägung zu unterbreiten, nur ein solcher sein könnte, der die Vereinigten Staaten und die mit ihnen verbundenen Mächte in der Lage beließe, jede zu treffende Vereinbarung zu erzwingen und eine Erneuerung der Feindseligkeiten deutscherseits unmöglich zu machen. Der Präsident hat deshalb seinen Notenwechsel mit den gegenwärtigen deutschen leitenden Stellen den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten als kriegführende Macht verbunden ist, übermittelt mit dem Anheimstellen, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten zu ersuchen, den gegen Deutschland verbundenen Regierungen die nötigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker in vollem Maße wahrt und den verbundenen Regierungen die unbeschränkte Macht sichert, die Einzelheiten des von der deutschen Regierung angenommenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen, wofern sie einen solchen Waffenstillstand vom militärischen Standpunkt für möglich halten. Sollten solche Waffenstillstandsverhandlungen vorgeschlagen werden, so wird ihre Annahme durch Deutschland den besten und bündigsten Beweis dafür liefern, daß es die Grundbedingungen und Grundsätze der ganzen Friedensaktion unzweideutig annimmt.

Der Präsident würde der Aufrichtigkeit nicht zu genügen glauben, wenn er nicht so freimütig wie möglich den Grund dafür angäbe, daß außerordentliche Sicherheiten verlangt werden müssen. So bedeutungsvoll und wichtig auch die Verfassungsänderungen zu sein scheinen, von denen der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in seiner Note vom 20. Oktober spricht, so geht daraus doch nicht hervor, daß der Grundsatz einer dem deutschen Volke verantwortlichen Regierung bereits völlig durchgeführt ist oder daß irgend welche Bürgschaften dafür vorhanden sind oder erwogen werden, daß die jetzt teilweise vereinbarte grundsätzliche und praktische Reform von Dauer sein wird.

Auch hat es nicht den Anschein, als ob der Kernpunkt der gegenwärtigen Schwierigkeiten erreicht ist. Künftige Kriege sind jetzt vielleicht der Entscheidung des deutschen Volkes unterworfen, nicht aber der gegenwärtige, und mit dem gegenwärtigen haben wir es gerade zu tun. Es liegt auf der Hand, daß das deutsche Volk keine Mittel hat, die Unterwerfung der Militärbehörden des Reichs unter den Volkswillen zu erzwingen; daß der beherrschende Einfluß des Königs von Preußen auf die Reichspolitik ungeschwächt ist; daß die entscheidende Initiative noch immer bei denen liegt, die bis jetzt die Herren von Deutschland gewesen sind.

In der Überzeugung, daß der ganze Weltfriede jetzt von offener Sprache und geradem Handeln abhängt, hält es der Präsident für seine Pflicht, ohne alle Versuche das, was schroff klingt, zu mildern, auszusprechen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen in die Worte derjenigen setzen und setzen können, die bisher die Herren der deutschen Politik gewesen sind, und zu wiederholen, daß beim Friedensschluß und bei dem Unternehmen, die unendlichen Gewalttaten und Ungerechtigkeit dieses Krieges wieder gutzumachen, die Vereinigten Staaten einzig und allein mit den echten Vertretern des deutschen Volkes ver-

handeln können, die als wirkliche Beherrscher Deutschlands eine wahre verfassungsmäßige Stellung zugesichert erhalten haben. Wenn die Vereinigten Staaten jetzt mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten verhandeln sollen, oder wenn es wahrscheinlich ist, daß sie später mit ihnen über die völkerrechtlichen Verpflichtungen des Deutschen Reiches zu verhandeln haben würden, müssen sie nicht Friedensverhandlungen, sondern Übergabe verlangen. Es kann nichts dadurch gewonnen werden, daß diese grundlegenden Dinge unausgesprochen bleiben.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochschätzung.

(gez.) Robert Lansing.

Der Reichstag und die Wilson-Note.

Eine erregte Geschäftsordnungs-Aussprache. — „Das Pronunziamento der Generale.“ — Eine weitere Polendebatte.

Bericht des **„Berl. Tageblatts“.**

196. Sitzung, Freitag, 25. Oktober.

Am Tische des Bundesrats: **Trimborn, Erzberger, Haußmann, Scheidemann.**

Präsident **Fehrenbach** eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten.

Anfragen.

Die Abgg. **Meier** (Soz.) und **Koßmann** (Zentr.) fordern **höhere Bezüge für Alters-, Invaliden- und Unfallrentner.**

Geheimrat **Würmeling** erklärt, daß über die Erhöhung Verhandlungen schweben.

Abg. **Haase** (U. Soz.) führt Beschwerde über das **Verbot einer Frauenversammlung** in Berlin.

Unterstaatssekretär Dr. **Lewald** teilt mit, daß **neue Bestimmungen** über die Zulassung von Versammlungen in allernächster Zeit ergehen werden. Bis dahin sind die Behörden angewiesen, Verbote nur dann eintreten zu lassen, wenn **dringende Gefahr für die Sicherheit des Staates** besteht.

Abg. **Haase** (U. Soz.) führt weiter Klage über die **Auflösung einer Wählerversammlung in Berlin I.**

Unterstaatssekretär Dr. **Lewald** erwidert, daß der Reichskanzler und der Minister des Innern der Ansicht sind, daß die **Auflösung zu Unrecht erfolgt** ist.

Abg. **Davidsohn** (Soz.) bedauert die **Verzögerung** der Auszahlung der **Zusatzrenten.**

General **v. Langermann** weist auf die große Zahl der Versorgungsberechtigten hin, wodurch die Verzögerung entstanden sei. Es seien Abhilfemaßnahmen getroffen.

Abg. **Hoch** (Soz.) bedauert, daß in den Orten, die von der **Grippe** erfaßt sind, die nötigen Nährmittel, z. B. Haferflocken, für die Kranken nicht zur Verfügung stehen.

Unterstaatssekretär Freiherr **v. Braun** erklärt, daß nach Möglichkeit solche Zuwendungen erfolgen.

Abg. **Held** (Natl.) weist darauf hin, daß große Mengen von Sohlenleder in den Gerbereien lagern. Man solle dieses Sohlenleder der Zivilbevölkerung überlassen.

Unterstaatssekretär Dr. **Müller** erwidert, daß Leder, soweit es nicht für militärische Zwecke gebraucht wird, **freigegeben** wird.

Abg. **Ledebour** (U. Soz.) führt wiederholt Beschwerde, weil dem **Metallarbeiterverband** in Berlin nicht ermöglicht werde, seine Generalversammlung abzuhalten.

General **v. Wrisberg:** Die Frage wird geprüft werden, sobald ein Antrag auf Zulassung dieser Generalversammlung gestellt ist.

Abg. **Fischbeck** (Fortschr. Vp.) teilt mit, daß die Mehrheitsparteien **weitere Anträge auf Änderung der Verfassung vorbereiten.** Er stelle deshalb den Antrag, den Gesetzentwurf zur **Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung** heute noch von der Tagesordnung **abzusetzen** und erst morgen mit den neuen Anträgen gemeinsam zu beraten.

Der Antrag wird **angenommen.**

Eine Geschäftsordnungsaussprache über die Wilson-Note.

Präsident **Fehrenbach:** Im **Ältestenrat** ist die Frage aufgeworfen worden, ob es zulässig sein soll, jetzt in der allgemeinen Aussprache zur dritten Lesung auch **die neueste Note des Präsidenten Wilson zur Verhandlung zu stellen.** Der Ältestenrat hat sich in seiner Mehrheit dafür ausgesprochen, daß das **nicht angängig** sei, und zwar aus zwei Gründen. Der eine Grund ist der **formale,** daß die allgemeine Aussprache in der dritten Lesung keinen weiteren Umfang annehmen darf wie bei der ersten Lesung. Bei der allgemeinen Aussprache zur ersten Lesung lag die Note noch nicht vor, sie konnte also nicht Gegenstand der Erörterung sein. Da nun der Umfang der allgemeinen Aussprache bei der dritten Lesung durch den der ersten Lesung bedingt ist, kann aus diesem formalen Grunde die Note jetzt nicht besprochen werden. Der zweite Grund ist der, daß **der amtliche Text der Note noch nicht vorliegt.** Er ist unserem Auswärtigen Amte noch nicht bekannt. Wir haben bei den früheren Noten daran festgehalten, daß eine Antwort unsererseits erst erfolgen kann, wenn der amtliche Text bekannt ist. Infolge dieser Auffassung ist der Ältestenrat der Meinung, daß auch diesmal von der Hereinziehung der Note vor ihrer Übergabe an das Auswärtige Amt nicht die Rede sein kann. Ich bitte die Herren, sich an diesen Beschluß zu halten.

Abg. Graf **Westarp** (Kons.): Wir können uns mit dieser Entscheidung **nicht einverstanden** erklären. Wir sind nicht der Meinung, daß es über den Rahmen der bisher geführten Aussprache hinausgehen würde, wenn jetzt über die neue Antwort Wilsons gesprochen werden würde. Wir haben in der bisherigen Aussprache uns über die Friedensaktion ausgesprochen und über alles, was damit zusammenhängt, über alle Möglichkeiten, und daß unser Volk unter Umständen darauf vorbereitet sein muß, den letzten Kampf um Dasein und Ehre zu führen. Darüber ist schon gesprochen worden und kann auch diesmal gesprochen werden. Dabei muß auch das inzwischen eingetretene entscheidende Ereignis, nämlich die **Antwort Wilsons,** behandelt werden. (Sehr richtig! rechts.) **Dieses Ereignis entscheidet über das Schicksal jedes einzelnen und des deutschen Volkes.** Da empfinden meine Freunde und ich es als eine Gewissenspflicht, unsere Stimme zu erheben. Wenn die anderen Parteien der Meinung sind, daß das heute nicht geschehen soll, so bitte ich zu erwägen, daß **uns** nicht die Wege offen stehen, die Entscheidung der maßgebenden Stellen zu beeinflussen, wie das bei den anderen Parteien der Fall ist, deren Angehörige **Staatssekretäre** sind. (Sehr richtig!

rechts.) Um so unabwendbarer erscheint uns die Pflicht, unsere Stimme da zu erheben, wo wir vermöge der Verfassung und der Wahl dazu berufen sind. (Sehr richtig! rechts.) Der zweite Grund, daß der Text nicht vorliegt, erscheint mir nicht durchschlagend. Reuter hat den englischen Text gegeben, **eine amtliche Übersetzung** ist durch **Wolff** verbreitet worden. Diese Antwort ist also **mit Zustimmung unserer Regierung der Öffentlichkeit unterbreitet** worden. Sie kann eine **Wirkung** ausüben, die von den **verhängnisvollsten Folgen** begleitet sein kann, wenn dadurch der Entschluß und der Wille zum Kampf im Volke ertötet wird. Das Volk lechzt jetzt geradezu danach, daß von diesem Orte hier **ein Wort gesprochen wird, wie sich uns die Lage darstellt.** (Sehr richtig! rechts. Lachen bei der Mehrheit.) Das **Heer** hat auch einen Anspruch darauf, unsere Antwort zu hören. (Sehr richtig! rechts. Lachen bei der Mehrheit.) Es kann nicht 24 oder 48 Stunden warten, bis Aufklärung gegeben wird, ob hier die **Kapitulation unseres tapferen Heeres** gefordert wird. (Sehr richtig! rechts.) Zu diesen Fragen müssen wir hier **Stellung nehmen** können. Auch das **Ausland** muß wissen, daß es im deutschen Volke noch Männer gibt. (Sehr richtig! rechts. **Stürmische Unruhe bei der Mehrheit, erregte Zwischenrufe** der Sozialdemokraten.)

Präsident **Fehrenbach:** Das gehört nicht mehr zur **Geschäftsordnung.**

Abg. Graf **Westarp** (Kons.): Herr Präsident, als Sie Ihr Amt übernahmen, erklärten Sie, daß die Tribüne des Reichstags eine Stätte des freien Wortes sein sollte. Wir bitten dringend, **uns dieses freie Wort nicht zu beschränken.** (Sehr richtig! rechts, **lebhafte Unruhe** bei der Mehrheit.)

Präsident **Fehrenbach** (mit erhobener Stimme): Ich bitte, mir den Fall zu nennen, wo ich in meiner Amtsführung dem bei Übernahme des Amtes ausgesprochenen Gedanken zuwidergehandelt hätte. (Abg. **v. Graefe** [Kons.]: **Jetzt!** — Lebhafte **Entrüstungsrufe** bei der Mehrheit. Zuruf: **Unverschämtheit! Frecher Lump!**) Die Ausführungen des Grafen Westarp waren **nicht mehr im Rahmen der Geschäftsordnung. Ich werde niemals die Freiheit des Wortes beschränken.** Hier handelt es sich um ein großes Palladium. Den geringsten Zweifel aber, als ob ich hier anders handeln würde, werde ich immer mit aller Entschiedenheit **zurückweisen.** (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. **Ledebour** (U. Soz.): Auch wir glauben, daß es ganz unmöglich ist, die neueste Wilson-Note aus der Besprechung auszuschalten. Eine Besprechung muß schon deshalb stattfinden, damit die Note eine richtige Deutung erfährt. So wird sie von verschiedenen Seiten dahin gedeutet, daß in ihr **das Verlangen nach Beseitigung unserer Heerführer** enthalten ist. (Unruhe.)

Präsident **Fehrenbach:** Ich muß auch Sie bitten, auf den sachlichen Inhalt der Note nicht einzugehen.

Abg. **Ledebour:** Das Volk lechzt nach ganz etwas anderem, als Graf Westarp gesagt hat, **es will sich nicht weiter abschlachten lassen.** (Lärm.)

Präsident **Fehrenbach:** Das sind wieder Ausführungen zur Sache selbst.

Abg. **Ledebour:** Gerade diese Beschränkung der Besprechung zur Geschäftsordnung beweist, wie notwendig eine freie sachliche Aussprache ist. Graf **Westarp** hat mit seinen Ausführungen wohl ein **Pronunziamento der Generale vorbereiten wollen.** (Lärm rechts.)

Abg. **Fischbeck** (Fortschr. Vp.): Von einer Mundtotmachung des Grafen Westarp kann gar keine Rede sein. Graf **Westarp** kann genau so wie jeder andere Abgeordnete der Regierung mündlich und schriftlich seine Ratschläge unter-

breiten, und die Regierung wird sie sicher ernstlich prüfen. (Lachen rechts.) Aber die Note Wilsons liegt doch nun einmal **amtlich** noch nicht vor und infolgedessen können wir hier an verantwortlicher Stelle nicht darüber sprechen. Im übrigen kann ich zu der Bemerkung des Grafen Westarp von der **Gewissenspflicht** in aller Ruhe nur sagen, daß diese Gewissenspflicht **bei uns genau so besteht wie bei ihm!** (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Wir lassen uns hierin in keiner Weise von dem Grafen Westarp übertreffen, uns beseelt dieselbe bange Sorge um das Schicksal unseres Volkes. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Aber wir sind der Meinung, daß es auch eine Pflicht der Abgeordneten ist, die Lage ernst zu prüfen, und daß es nicht richtig ist, diese Dinge **in agitatorischer Weise** von der Tribüne des Reichstags aus zu behandeln. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit. — **Großer Lärm rechts.** — Abg. **v. Graefe:** Unerhört!)

Abg. Graf **Westarp:** Gegen diesen Vorwurf lege ich mit aller Entschiedenheit **Verwahrung** ein. (Beifall rechts.) Wenn der Abgeordnete **Fischbeck** sich erlaubt hat, in dieser Stunde uns einen solchen Vorwurf zu machen. (Abg. **v. Graefe:** Das sagt ein Minister!), so hat der Mann gar keine Ahnung, wie heute ein Patriot über diese Dinge denkt. (**Stürmisches Bravo!** rechts. — **Unruhe** und **Zurufe** bei der Mehrheit. — Abg. **v. Graefe:** Unerhört! Ein Minister sagt so etwas! Zur Ordnung!)

Präsident **Fehrenbach:** Herr Abgeordneter v. Graefe, die Handhabung der Geschäfte in diesem Saale liegt **mir** ob, und **ich empfinde Ihr Auftreten als unerhört.** (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. **Ebert** (Soz.): Auch wir hätten das Bedürfnis, schon jetzt über die Antwort des Präsidenten Wilson zu sprechen. Aber die Lage ist ernst, **die Dinge stehen auf des Messers Spitze. Die Fraktionen** haben **noch nicht Stellung nehmen können,** obwohl man sich gerade bei dieser Sache besonders gewissenhaft prüfen muß. (Sehr richtig! bei der Mehrheit.) Noch in den heutigen Vormittagsstunden ist wegen der **richtigen Übersetzung** einzelner Teile der Note ernstlich **gestritten** worden. Es wäre geradezu unverantwortlich, würden wir **unvorbereitet** in die Besprechung eintreten. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Wenn Graf **Westarp** hierbei von seiner Gewissenspflicht und von der patriotischen Pflicht dem Lande gegenüber gesprochen hat, so ist das **nicht seine ehrliche innere Überzeugung, sondern ist aufgeputzt und aufgemacht nach außen, um in das Volk Beunruhigung hineinzutragen.** (Beifall bei der Mehrheit. **Große Unruhe** rechts.) Wir haben wahrlich oft genug gezeigt, daß wir die Pflichten unserem Lande gegenüber erfüllen wollen. Jetzt aber halten wir den richtigen Zeitpunkt noch nicht für gekommen, die Note zu besprechen. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. **Prinz Schönaich-Carolath** (Natl.): Auch wir schließen uns dem Vorschlage des Präsidenten an. Wir halten es für unsere patriotische Pflicht, **die Note des Präsidenten der Vereinigten Staaten noch nicht zu erörtern,** solange sie im amtlichen Wortlaut noch nicht vorliegt. Es wird niemandem verwehrt werden, seine Ansichten über die Note zu äußern. Schon in den nächsten Tagen wird das der Fall sein. Heute aber, wo wir den amtlichen Text noch nicht haben, können wir das unter keinen Umständen tun. Wir glauben, dem Vaterlande einen Dienst zu erweisen, **wenn wir heute schweigen,** und alles, was wir auf dem Herzen haben, bei späterer Gelegenheit zum Ausdruck bringen. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. **Ledebour:** Eine Ausschaltung ist ja gar nicht möglich, weil die letzte Note Wilsons weiter nichts ist als eine Fortsetzung der voraufgegangenen Noten,

die zur Besprechung stehen. Soll nun der Präsident auf der Lauer liegen, um ständig aufzupassen, ob der Satz eines Redners sich auf die früheren oder auf die letzte Note bezieht. Wir wollen den Präsidenten vor dieser unmöglichen Aufgabe bewahren. (Heiterkeit.) Der Abgeordnete **Ebert** entwickelt sich, seitdem seine Freunde **in die Regierung eingetreten** sind, immer mehr zum **freiwilligen Regierungskommissar.** (Lachen bei der Mehrheit.)

Abg. **Mayer**-Kaufbeuren (Zentr.): Wir teilen die Auffassung des Präsidenten. Das Wohl des Vaterlandes muß stets vorangehen. Das Wohl des Vaterlandes erfordert aber, daß wir jetzt nichts tun, was **die Stellung unserer Regierung in einer für das Volk unangenehmen Weise festlegen** könnte. Dafür hat **das Volk volles Verständnis.** (Sehr richtig! bei der Mehrheit.)

Abg. Graf **Westarp:** Wir haben unsere Gewissenspflicht vorgetragen, in keiner Weise aber anderen Parteien aus ihrer anderen Auffassung einen Vorwurf gemacht. (Widerspruch bei der Mehrheit.) Deshalb empfinden wir es als einen **beleidigenden Anwurf,** wenn uns nachgesagt wird, wir hätten unsere Empfindungen um des Eindruckes nach außen willen aufgeputzt vorgetragen. Eine solche Beleidigung reicht nicht an mich heran. (Bravo rechts.)

Abg. **Bruhn** (D. Fr.): Auch wir halten es nicht angebracht, heute in eine Erörterung einzutreten.

Gegen die Stimmen der Konservativen und Unabhängigen Sozialdemokraten wird die **Entscheidung des Ältestenrates bestätigt.**

Präsident **Fehrenbach:** Ich werde, so schwer es mir fällt, es einzurichten wissen, daß die neueste Wilson-Note nicht besprochen wird. (Heiterkeit.)

Damit wurde in die **dritte Lesung der Verfassungsvorlagen** eingetreten.

Abg. **Korfanty** (Pole): Die letzten Reichstagsdebatten werden uns ein Wegweiser in der Zukunft des polnischen Volkes sein, von der wir wünschen, daß sie glücklicher sei als die Zeiten, denen das deutsche Volk von seinen Machthabern entgegengeführt worden ist. Im Gegensatz zum Abgeordneten **Kreth** würden wir das **sterbende preußische System** nicht mit einem **Löwen** vergleichen; es ist übrigens nicht unsere Art, einem sterbenden Löwen Fußtritte zu versetzen. Herr Kreth vertritt das Deutschland der Militärs und der Bureaukraten, das andere Deutschland kämpft um seine Freiheit und nationale Einheit. **Das alte preußische System verachten wir, das deutsche Volk achten und schätzen wir.** Wir kennen seine großen Leistungen, trotzdem uns **dieses verdammte preußische System die Sprache Goethes und Schillers verekelt** hat. Aber das deutsche Volk war **allzu gefügig** gegen die, die ein eisernes Band von Haß um das deutsche Volk geschmiedet haben; es war bisher der Lohnsklave der nationalen Industrie Preußens, und diese Industrie war bisher der Krieg. (Unruhe rechts.) Wir **beglückwünschen** das deutsche Volk zu seiner Befreiung und wünschen ihm darin den größten Erfolg.

Das Verbrechen an der Majestät der polnischen Nation durch die **drei Teilungsmonarchien** hat jetzt seine **Sühne** gefunden. Das Gespenst des gemarterten Polens ging durch die ganze Welt. In allen Revolutionen der Welt **floß polnisches Blut** mit dem der Völker, die für ihre Freiheit kämpften, auch 1848 in Berlin, in Dresden und Baden. Mit **schändlichen Ausnahmegesetzen** hat Preußen uns verfolgt, und noch im Juli 1918 haben die Mehrheitsparteien des preußischen Abgeordnetenhauses **die Verewigung dieser verruchten Unterdrückungspolitik** gefordert. Unser Volk, das stets allen Verfolgten Unterkunft gewährt hat, wird kein anderes je unterdrücken. Trotz der Annahme des Wilson-Programms durch

die Regierung laufen höchst undemokratische Gemeindevertretungen Posens Sturm dagegen. **Wir verlangen keinen Fuß deutschen Bodens, sondern das geeinte Polen mit einem freien, gesicherten Zugang zum Meer, das heißt, mit der von unzweifelhaft polnischer Bevölkerung bewohnten Meeresküste.** Als Vertreter dieser Bevölkerung sitzt der Abg. **v. Laszewski** hier im Reichstag. **Danzig** ist eine **unzweifelhaft deutsche Stadt. Sollte es, wie wir hoffen, zu Polen geschlagen werden, so teilt es das Schicksal der vielen Enklaven,** die es in Europa geben wird. Übrigens war Danzig glücklich, als es zu Polen gehörte, es wollte nicht wieder zu Preußen. **Zu Polen gehören die polnischen Bezirke Schlesiens, Posens, Westpreußens und Ostpreußens.** (Unruhe.)

Präsident **Fehrenbach:** Ich glaube, **Sie verwechseln den deutschen Reichstag mit dem künftigen Friedenskongreß.** Sie sollten ein **Empfinden** dafür haben, **daß es im deutschen Reichstag nicht angeht, von dieser Tribüne aus die Losreißung deutscher Gebiete zu verlangen.** Wenn Sie ein Verständnis für das Empfinden Deutscher haben, so **müssen Sie dafür einen Sinn besitzen.** Ich erlaube mir, Sie darauf aufmerksam zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Korfanty:** Ich will niemanden verletzen, ich glaube, deutsche Gefühle können nicht verletzt werden, **wenn polnisches Land für Polen gefordert wird:** das gehört nicht zu Deutschland. Im übrigen haben wir, seitdem wir in den **Reichstag** eingetreten sind, **uns stets als Delegation der polnischen Nation betrachtet.** Vor dem Andenken derer, die ihr Leben in Polen hingegeben haben, beugen wir in Ehrfurcht unser Haupt, aber wir bestreiten mit aller Entschiedenheit, daß mit ihrer Hilfe die Befreiung Polens von Rußland beabsichtigt war. Um die **polnische Beute** stritten sich Preußen und Österreich jahrelang. Die bolschewistische „Prawda" hat einen **Telegrammwechsel vom 19. September 1918 zwischen v. Hintze und Ludendorff** veröffentlicht. Hintze berichtet Ludendorff über seine **Verhandlungen mit dem Grafen Ronikier,** wonach **Wilna** mit dem Zwischengebiet **an Polen fallen** sollte. Hintze sagt darin, daß er das polnische Kohlengebiet abtreten wollte. **Ludendorff** fordert **feste Garantien für ein festes Bündnis zwischen Polen und Deutschland, der Transport nach der Ukraine dürfe nicht erschwert werden, die Wälder von Bjalowjesch müßten preußisch werden,** von dem **Versprechen des Reichskanzlers,** Wilna den Litauern zu geben, **könnte man sich im Wege des Konflikts mit dem Landtage befreien.** (Lebh. Hört, hört! bei den Polen und links.) Weiter telegraphiert **Ludendorff:** Am besten würde es sein, **Litauen zu Deutschland oder noch besser zu Preußen zu schlagen;** man könne dann zwar **einen Aufruhr erwarten,** man müsse aber rechtzeitig **die nötigen militärischen Kräfte bereitstellen,** bevor die Bevölkerung den Umschwung **merke: Ostrolenka, Lomscha und Ossowjez müßten wir behalten!** Wenn diese Grenzen zustandegekommen wären, dann hätte das von Deutschland geschaffene Polen gerade den Warschauer Kreis umfaßt. Ich rede nicht von der **Wegführung unserer Maschinen, von der Zerschlagung unserer Industrie.** Ein **hoher Beamter** erklärte unseren Industriellen lächelnd: „Meine Herren! Was brauchen Sie eine Industrie, Sie können es ja von uns billiger haben!" In **Chemnitz** allein hat die **Kriegsrohstoffabteilung für acht Millionen Teppiche und andere Waren aus Polen verkauft. 700 000 arme polnische Leute** hat man **nach Deutschland geführt,** wo sie das Leben entrechteter Sklaven geführt haben. **Pilsudski,** dem die polnische Nation heute das Kriegsministerium anvertraut, sitzt trotz aller Gesuche noch auf der Festung Magdeburg. Für alle diese Verfolgungen klagen wir

nicht das deutsche Volk an, sondern den deutschen Militarismus. **Undankbar** sind nur **die Machthaber gegenüber dem polnischen Volk, das allein die Fortführung des Krieges Deutschland so lange ermöglicht hat.** Für die Moral, die für ein von den Russen niedergebranntes Dorf vierzig polnische oder litauische **niederbrennen** wollte, die sich darüber freute, daß **Lodz hungerte,** haben wir kein Verständnis. Abg. **Ledebour** hat die **Sprache** als Kennzeichen der Nationalität angeführt. Nun wir haben doch hier gesehen, daß die **Elsaß-Lothringer,** trotzdem sie Deutsche sind, die Selbstbestimmung verlangen, weil sie sich innerlich als Franzosen fühlen. Deutsche und Polen sind aufeinander angewiesen, wir **strecken dem deutschen Volke die Hand zur Versöhnung** und zum gemeinsamen Wohle hin.

Abg. **Schultze**-Bromberg (D. Fr.): Die Abtretung deutschen Gebiets wird hier im Deutschen Reichstag mit einer Selbstverständlichkeit verlangt, die die Angehörigen der Ostmark **nicht verstehen.** Der Abgeordnete **Korfanty** hat heute in einer anderen Tonart gesprochen, als wir es sonst bei ihm gewohnt sind. Bezeichnend für ihn ist, daß er die unzweifelhaft deutsche Stadt **Danzig** für sich in Anspruch nimmt. Aber auch Mitglieder von Parteien, von denen wir häufig genug Loyalitätserklärungen gehört haben, halten jetzt, mit dem elsässischen Redner zu sprechen, diese Erklärungen durch den Gang der Ereignisse für überholt und streben offen **fort vom Deutschen Reich.** Als Angehöriger der Ostmark muß ich im Namen aller Deutschen dort ohne Unterschied **flammenden Protest einlegen** gegen den Versuch, auch nur **ein** Stück dieser Landesteile vom Deutschen Reiche abzutrennen. Unsere Warnungen und Mahnungen werden von den maßgebenden Stellen des Reiches immer in den Wind geschlagen. Durch die Zweikaiserproklamation wurde den Polen in den Sattel geholfen. Auf das Programm Wilsons können wir ruhig eingehen. Es gibt keinen unzweifelhaft polnischen Gebietsteil innerhalb unseres Reiches. Wir im Osten sind Deutsche und wollen deutsch bleiben. (Beifall rechts.)

Der **Gesetzentwurf für Elsaß-Lothringen,** wonach auch in Elsaß-Lothringen Parlamentarier Staatssekretäre werden können, ohne ihr Mandat zu verlieren, wird mit der Aussprache verbunden.

Abg. **Gothein** (Fortschr. Vp.): Den Kundgebungen der kleinen Nationen stehen wir mit **tiefem Schmerz** gegenüber. Am schmerzlichsten war für uns die **Erklärung der Elsaß-Lothringer,** der Bewohner eines Landes, das zu 90 Prozent von Deutschen bewohnt ist. **Wir stehen vor einem Scherbenhaufen.** Dieses traurige Ergebnis danken wir einer **unsinnigen und wahnsinnigen Politik** in Elsaß-Lothringen. Jahraus jahrein haben wir die **Autonomie** gefordert. Wir haben die Elsaß-Lothringer als deutsche Brüder an unserem Herzen gehegt. Dann kam die infame Glacistheorie auf. Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Für uns ist diese Sache eine Herzenssache. **Wir empfinden es mit tiefer Bewegung, wenn dieses Land von uns scheidet.** Auch die **Polen** waren nicht mit dem Herzen bei uns. Auch da **hat uns eine blöde und unsinnige Politik alle Gemüter entfremdet** und das Verständnis für deutsches Wesen austrocknen lassen. Die polnische Erklärung über den Punkt 13 der Wilsonschen Bedingungen ist unzweifelhaft eine Fälschung, denn dort wird nur von den Gebieten gesprochen, die von **unzweifelhaft** polnischer Bevölkerung bewohnt werden. Ginge alles nach geographischen Rücksichten und wäre das Kriterium in erster Linie die **Sprache,** dann müßten wir auch verlangen, daß die Gebiete, wo die deutsche Zunge klingt, unserem Staatswesen angegliedert werden. Diese Forderung haben wir nie gestellt. **Wilson aber müßte, wenn er konsequent bleiben wollte, dafür sorgen, daß Elsaß-**

Lothringen bei uns bliebe und die deutsche Schweiz und Deutsch-Österreich zu uns käme. Auch das eigentliche Kongreßpolen ist mit vielen kleinen Nationalitäten durchsetzt und die eigentlichen Polen machen nur einen Teil der Bevölkerung aus. **Die polnische Forderung nach Oberschlesien ist in keiner Weise berechtigt.** Alles, was dort geschaffen ist, hat deutsche Kultur geleistet. **Die Polen sind erst viel später gekommen.** Wie denkt sich denn Herr Korfanty die praktische Durchführung eines polnischen Danzig? Soll da längs der Weichsel sich ein polnischer Strich durch Westpreußen ziehen, der die östlich liegenden Gebiete vom übrigen Deutschland abschneidet? So kann man doch nicht vorgehen. Das sind doch **Unmöglichkeiten.** Die Polen selbst haben ein Interesse daran, einen Staat zu erhalten, der im deutschen Herzen keine Verbitterung zurückläßt. Selbst wenn es den Polen gelingen sollte, alle ihre Forderungen durchzusetzen, was ich für ganz ausgeschlossen halte, werden sie **die wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland nicht aufheben.** Gerade weil wir den brennenden Wunsch haben, mit dem neuen polnischen Staatswesen in Freundschaft und Frieden zu leben, gerade weil wir die Schaffung eines unabhängigen Polens vom ersten Kriegstage an für notwendig erklärt haben, gerade darum bitten wir die Polen, **sich mit dem abzufinden, was ihnen ein großes Geschick ohne ihr Zutun in den Schoß geworfen hat.** (Zustimmung bei der Mehrheit.) **Wir haben es erkämpft mit unserem Blute.** Das müssen die Polen selbst zugeben. Sie sollten uns nicht vorhalten, was **Ludendorff** gefordert hat. Er hat die Sache immer nur vom **militärischen Standpunkt** angesehen, von dem sich das deutsche Volk mit aller Entschiedenheit losgesagt hat. Wir stehen auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Aber das heißt natürlich nicht, daß nun jedes einzelne Dorf über sein Schicksal entscheiden kann.

Der „Vorwärts" über die Tätigkeit der Mehrheitsparteien im Reichstag.

Dem Reichstag liegt zur **Abänderung der Verfassung** folgender **neuer** Antrag der Mehrheitsparteien vor, der schon heute zur Beratung gelangen wird:

Die Reichsverfassung wird wie folgt abgeändert:

1. Im Artikel 11 werden die Absätze 2 und 3 durch folgende Bestimmungen ersetzt:

Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs ist die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags erforderlich.

Friedensverträge sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags.

2. Im Artikel 15 werden folgende Absätze hinzugefügt:

Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstags.

Der Reichskanzler trägt die Verantwortung für alle Handlungen von politischer Bedeutung, die der Kaiser in Ausübung der ihm nach der Reichsverfassung zustehenden Befugnisse vornimmt.

Der Reichskanzler und seine Stellvertreter sind für ihre Amtsführung dem Bundesrat und dem Reichstag verantwortlich.

3. Im Artikel 17 werden die Worte gestrichen:

„welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt".

4. Im Artikel 53 Abs. 1 wird folgender Satz hinzugefügt:

Die Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere und Beamten der Marine erfolgt unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers.

5. Im Artikel 64 Abs. 2 werden im ersten Satz hinter dem Worte „Kaiser" die Worte eingeschaltet:

„unter Gegenzeichnung des Reichskanzlers".

6. Im Artikel 66 werden folgende Absätze 3 und 4 hinzugefügt:

Die Ernennung, Versetzung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere und Militärbeamten eines Kontingents erfolgt unter Gegenzeichnung des Kriegsministers des Kontingents. Die Kriegsminister sind dem Bundesrat und dem Reichstag für die Verwaltung ihres Kontingents verantwortlich.

Der Sinn dieser Änderungen ist klar. Durch sie wird die ganze eigentliche Regierungsgewalt in die Hand der verantwortlichen Regierung gelegt. Dazu gehört auch die Ernennung, Beförderung und Verabschiedung der Offiziere bis zu den höchsten Graden.

Zu dem Antrag ist ferner folgendes zu bemerken: Erstens, er ist schon seit acht Tagen in Vorbereitung, also durch die neueste Note Wilsons nicht veranlaßt, und entspricht den Wünschen, die schon in früherer Zeit von der Mehrheit und besonders von der Sozialdemokratie geäußert worden sind. Zweitens, Ereignisse allerletzter Zeit haben diese Verfassungsänderung **besonders dringend** werden lassen. Denn ein Staat darf sich nicht einmal von siegreichen Generalen seine Politik vorschreiben lassen, noch weniger von solchen, die nicht in allen Lagen die erforderliche Einsicht ihres Amtes bekundet haben.

Wir erwarten zuversichtlich, daß der Entwurf binnen allerkürzester Frist Gesetz sein wird.

Der Reichstag hat gestern in dritter Lesung die freiheitliche Änderung der Reichsverfassung, entsprechend dem gestern hier wiedergegebenen Mehrheitsantrag, beschlossen.

General Ludendorff hat seinen Abschied eingereicht, der bewilligt worden ist.

Die Verfassungsänderung Gesetz!

Der Bundesrat hat dem Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Reichsverfassung in der vom Reichstage beschlossenen Fassung zugestimmt.

Gegen frivole Pläne.

Der „**Vorwärts**" teilt mit:

Von zuverlässigster Seite geht uns die Nachricht zu, daß eine gewisse Richtung innerhalb der „Unabhängigen" darauf ausgeht, um jeden Preis **Konflikte** zu schaffen, die die besonneneren Führer der Unabhängigen selbst nicht wollen. Sie will die Parole für sich erzwingen, daß „die Volksregierung auf das Volk schießen läßt", und hofft, daß dann die Dinge von selbst weitertreiben würden. Wohin, das wissen die Herrschaften wohl selber nicht ganz genau.

Der große Kampf der Zeit geht darauf hinaus, der in der Volksvertretung verankerten demokratischen Zivilgewalt die volle Herrschaft zu sichern, das, was

das Ausland mit Recht als Militarismus gebrandmarkt hat, zu brechen, und den **Frieden,** nach dem sich alle Welt sehnt, herbeizuführen.

In diesem Kampf gibt es nur ein Hüben und Drüben. Das hat die große Masse der Arbeiterschaft begriffen, und sie hat sich entschlossen **hinter die Sozialdemokratie** gestellt, die in die Regierung eingetreten ist, nicht um die früheren Machthaber zu schützen, sondern um ihren unheilvollen Einfluß zu beseitigen.

Jede vernünftige Arbeiterpolitik muß darauf ausgehen, die Macht der Volksvertretung zu stärken, denn dieser Machtzuwachs wird ja auch der künftigen Vertretung zugute kommen, die unmittelbar nach Kriegsschluß vom Volke gewählt werden wird. **Minderheiten,** mögen sie nun aus adligen Generalen oder aus Bolschewiki bestehen, kommt nicht das Recht zu, den Volkswillen zu terrorisieren.

Wir haben heute die berechtigte Hoffnung, aber keineswegs die unbedingte Gewißheit, daß sich der notwendige Übergang zur vollen **Demokratie** wie bisher weiter in ruhigen Bahnen vollziehen wird. Für alle kommenden Möglichkeiten muß sich die Arbeiterklasse **einig und geschlossen** halten. Bei jedem Versuch der früheren Machthaber, sich wieder in den Sattel zu setzen, würde sie die ungeheure Volksmehrheit hinter sich und damit die Sicherheit des Erfolges in der Hand haben. Darum ist es ein **Verbrechen an der Arbeiterklasse,** ihre Einigkeit durch sinnlose **putschistische Treibereien** zu stören.

Alle Arbeiter, mögen sie sich zur alten Partei oder zu den Unabhängigen rechnen, müssen sich heute ihrer geschichtlichen Verantwortung bewußt sein und müssen es **ablehnen,** sich von geheimnisvollen Drahtziehern für ihre verworrenen Absichten mißbrauchen zu lassen!

Die Vorgeschichte der Revolution.

Unter der Überschrift „Wie es kam" erzählt der „Vorwärts" folgendes über den **Ursprung der Revolution:**

„Gewöhnlich rechnet man als Beginn der Revolution den 5. November, den Tag ihres Sieges **in Kiel.** Das ist aber nicht richtig. In Wirklichkeit hat sie **schon eine volle Woche früher eingesetzt.** Kiel war der **zweite,** nicht der **erste Akt** der Revolution.

Dieser erste spielte sich **auf der gesamten Hochseeflotte ab und war die Notwehr von 80 000 Menschen gegen einen alldeutschen Schurkenstreich.** Um den Zusammenhang zu verstehen, muß man sich der fieberhaften Propaganda erinnern, die Ende Oktober von den Alldeutschen für den „nationalen Verzweiflungskampf" getrieben wurde. Um sich noch eine Galgenfrist zu erkaufen, suchten sie das Volk in ein letztes aussichtsloses Ringen hineinzuhetzen, das nur den völligen Untergang zur Folge haben konnte. Das Blut von Hunderttausenden, die noch sterben sollten, rührte diese Gewaltmenschen nicht, in deren Rechnungen Menschenblut noch nie eine Rolle gespielt hat. Ihre Offiziersehrbegriffe sollten für das ganze Volk gelten: dieses hatte nach ihrer Anschauung die Pflicht, sich eher **ausrotten** zu lassen, als die „Schmach" der Niederlage hinzunehmen.

Aber den Alldeutschen fehlte die Macht, diesen Volksausrottungsplan in die Tat umzusetzen. Das Volk ließ sich von ihren ungezählten Flugblättern nicht betrunken machen. Der Putschversuch am Eisernen Hindenburg mißlang kläglich, statt der erwarteten Massen kamen nur wenige Hunderte. Im Reichstag bildeten die Alldeutschen ein isoliertes Häuflein, die Regierung bestand aus ihren schärfsten

Gegnern, und Ludendorffs Sturz versinnbildlichte die Ausschaltung der unverantwortlichen Nebenregierung.

In ihrer Not verfielen die Alldeutschen auf das Heer, das sie durch die Hand des gleichgesinnten Offizierkorps immer noch zu beherrschen glaubten. Von der revolutionären Stimmung der Truppen ahnten sie nichts, oder aber ihr an Machtanbetung gewohntes Denken hielt die eingedrillte Disziplin auch jetzt noch für das stärkere.

Ein teuflischer Plan wurde ausgeheckt: Die Flotte sollte auslaufen und sich im Kampf gegen den übermächtigen Feind **bis zum letzten Schiff opfern.** Das hätte wohl 80 000 Menschen das Leben gekostet, aber wäre nach dem Glauben der Alldeutschen ein Ereignis gewesen, um das Volk noch einmal mit der Stimmung der Augusttage 1914 zu erfüllen. So etwas ließ man sich — oder vielmehr andere — schon einiges Blut kosten.

Dieser Plan ist keine Phantasie. Er ist vielmehr durch zuverlässige Aussagen von Matrosen erwiesen. Tatsächlich erhielt am 28. Oktober die Schlachtflotte den Befehl zum Auslaufen. Den Matrosen wurde gesagt, es handle sich um ein **Manöver.**

Aber der durch vier- bis siebenjährige Dienstzeit geschulte Geist der Seeleute entdeckte bald eine Reihe größerer und kleinerer Anzeichen in den Vorbereitungen, die durchaus gegen den Plan eines Manövers und für den einer beabsichtigten **Seeschlacht** sprachen. **Abschiedsbriefe von Offizieren** wurden aufgefangen, die mit aller Klarheit aussprachen: Wir wollen lieber **untergehen,** als den Engländern die Flotte ausliefern. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Kunde von Mund zu Mund, von Bord zu Bord: Im letzten Augenblick des Krieges will man uns sämtlich noch hinmorden.

Die Flotte meuterte. Die Matrosen widersetzten sich der Ausfahrt. Ansprachen der Offiziere, Beruhigungsreden, Verhandlungen — nichts half. Der Versuch der Ausfahrt wurde wiederholt, er mißlang wieder, er mißlang ein drittes Mal. Auf den Geheimbefehl „Vorhaben ist unbedingt auszuführen" kam jedesmal die Antwort: „Vorhaben ist nicht ausführbar."

Es muß eine schwere Zeit für die Matrosen gewesen sein. Denn hinter ihrer Aktion stand einstweilen nichts als ihr Solidaritätsgefühl. Schwere Zuchthausstrafen drohten den „Meuterern", sobald man ans Land kam. Tatsächlich wurden alsbald **in Wilhelmshaven an tausend Matrosen abgeführt und gefangen gesetzt.** Aber was abschreckend wirken und die Unterwerfung fördern sollte, weckte in den entschlossenen Köpfen gerade den Entschluß zum **äußersten Widerstand:** Sind wir so weit gegangen, sagten sie sich, so müssen wir noch weiter gehen. — Hier winkte das Zuchthaus, dort die Freiheit; die Wahl war nicht schwer; sie fiel auf die Revolution.

Was dann folgte, die Vorgänge in Kiel und an der Wasserkante, ist bekannt. Wie eine blutige Ironie der Weltgeschichte bleibt die Tatsache bestehen, daß die **Alldeutschen selber** mit ihrem Verzweiflungsplan den Stein ins Rollen gebracht haben. Ihre letzte und gemeinste Bosheit am deutschen Volk hat ihren Untergang besiegelt."

Die Revolution im Großen Hauptquartier.

Robert Henseling berichtet als Augenzeuge darüber folgendes:

In der Nacht vom 10. zum 11. November 1918 standen im Generalstabsgebäude des Großen Hauptquartiers zwei kleine Gruppen einander gegenüber. Auf der einen

Seite waren drei Generalstabsoffiziere als Mittelspersonen und Stellvertreter des Generalquartiermeisters und des Generalfeldmarschalls. In ihnen stellte sich die gesamte Befehlsgewalt der deutschen Heere dar, die Willensquelle, von der aus die mächtigste und an glanzvollen Taten reichste menschliche Gewaltorganisation, die je auf Erden war, den Antrieb erhielt. Mit angehaltenem Atem blickten vier Jahre höchster Nervenspannung die Völker auf diesen Punkt. Ein Wort hier, und Millionen Menschen marschierten, zehntausend Geschütze brüllten ihr Wehe.

Auf der anderen Seite waren ein paar Männer aus dem Volk, in Soldatenröcken. Ein paar von denen, deren Lebensinhalt von jener Gewaltorganisation in ein einziges Wort gepreßt worden war: Gehorchen! Vier Jahre lang. Nicht fragen dürfen, nicht wollen dürfen. Gehorchen! Ein Diener, ein Friseur, ein Handlungsgehilfe, ein paar Beamte. Menschen ohne Namen, ohne Leistung. Volk. Vorgestern kannte sie niemand. Sie waren Tropfen im Strom. Heute sind sie die Vertrauensmänner der Mannschaft im Hauptquartier, der zwei oder drei Dutzend oberster Dienststellen: der Formationen Generalquartiermeister, Seekriegsleitung, Chef des Nachrichtenwesens, Chef des Feldeisenbahnwesens ... Wohl 15 000 Mann stehen unsichtbar hinter ihnen. Der ehemalige Diener ist Sprecher, erster Vorsitzender dieses Siebenerausschusses. Treppenwitz der Weltgeschichte.

Der Oberstleutnant: „Sie können doch nicht mit einemmal den ganzen Befehlsorganismus lahmlegen, ausschalten wollen!?" — Der Diener: „Das wollen wir nicht. Aber sagen Sie selbst, Herr Oberstleutnant, haben Sie irgendeine Gewähr, daß **ohne uns** die Befehle der Obersten Heeresleitung künftig mehr sind als Papier, als Luft?" — Der Oberstleutnant: „Sie haben recht. Was wollen Sie, daß geschehen soll? ..."

In derselben Nacht werden die Grundsätze des Soldatenrats von der Obersten Heeresleitung angenommen. Der Soldatenrat teilt der Bevölkerung mit, daß er den Sicherheitsdienst übernommen habe. Der Siebenerausschuß bezieht Geschäftszimmer im Generalstabsgebäude. Auf den Tischen steht: Militärpolitische Abteilung. Treppenwitz ...

Wie es kam? Derselbe Hintergrund wie überall. Seit Wochen die Gewitterschwüle. Wie lange schon war das Verlogene unserer Lage ins Grelle, Unerträgliche gesteigert! Jeder fühlte, wußte: Es geht über die Kraft. Nur, scheinbar, ein kleiner Kreis nicht. Der, dem dies Wissen am bittersten nottat. Der die Ziele der Leitung in ein lächerliches Mißverhältnis zum Maß des Möglichen geraten ließ, den Deutschen vor der Welt zum Vergewaltigungstölpel stempelte.

Die Vielen — auch in einem Hauptquartier gehören die meisten zu den vielen — tummeln ihren Weg dahin; aber die politischen Diskutierklubs mehren sich, es ist viel Intelligenz beisammen hier. —

Der Waffenstillstand wird geschlossen — **dieser** „Waffenstillstand"! Die Heeresleitung will ihn. Sie schließt die Augen und nimmt ihn, wie er ist. Ein Blick wirft fürchterliches Licht in das gewitterschwarze Land! Und noch immer versteht er die Zeichen der Zeit nicht zu lesen. Er, der ebenso Unglückliche wie Schuldige. Er, dem jetzt der Augenblick zur glückhaftesten Initiative seines Lebens gekommen wäre ... Das Verhängnis gipfelt sich weiter empor. Kiel, Marineaufstand! Gerüchte sind auf allen Lippen. An der Front Revolten? In der Heimat erste Funken entbrennenden Bürgerkrieges?

Auch die Belgier — das Hauptquartier ist in Spa — werden unruhig. „Madame Germeau, geben Sie mir ein Stück rotes Tuch — die Arbeiter- und Soldaten-

räte daheim machen kurzen Prozeß, wie es heißt. Und wenn Fronttruppen heranfluten sollten, wie stellen **die** sich zu uns, in denen sie Etappenschweine hassen? Ich will mir eine Armbinde machen; morgen früh pack ich das Wichtigste in den Affen und ziehe los — in drei Stunden über die Grenze. Bis Bonn oder Wiesbaden komm ich schon, wenn die Bahnen wirklich versagen, zu Fuß. Da bin ich daheim, kann unterschlüpfen. ‚Oben' scheint man den Kopf verloren zu haben. Seit Wochen ‚soll' das Hauptquartier umsiedeln. Quartiermacher sind im Homburger Land. Befehle, Gegenbefehle . . ."

Es heißt, eine Marinedivision sei im Anmarsch. „Verläßliche" Sturmbataillone rücken an, an allen Einmarschstraßen zum Spa(a) sind Maschinengewehre in Stellung. Eine Kavalleriebrigade soll in den Ortschaften ringsum verteilt sein: jeder einzelne als Leibgardist vereidigt. Morgen ist Waffenappell, Patronenausgabe . . . Unerhörtes für unseren, einer angestrengten wissenschaftlichen Arbeit gewidmeten Dienstbetrieb! Wir sollen eingesetzt werden, wenn Marine-, wenn „Rätetruppen" kommen!!? Gedanken, Empfindungen wollen sich verwirren. Nein! **Auf Volksgenossen nicht schießen. Nie. Auch wenn sie verblendet wären.**

Am Abend des 8. November sind zahlreiche Angehörige der Formation gesellig beisammen. Gruppenweis heftig besorgtes Raten. Einer wird Mittelpunkt, er steht im Ruf, Freund Eisners zu sein und hat in der Tat „für alle Fälle" einen roten Bettbezug erstanden. Als Begrüßungsfahne, wenn „sie" kommen? Um Angst- und Vorsichtsmeier zu foppen? **Eins** ahnte er nicht: daß er, sein Hauptmann und die „Fahne" kaum eine Woche später als Schützer des Hindenburgzuges in das unbekannte Deutschland der Revolution hinüberrollen sollten. An diesem Spätabend, dem Vorabend des Abdankungstages, weiß er die erhitzten Gemüter zu bestimmen: Wir rufen den Hauptmann herbei und fordern Klarheit: Wie steht's um den Heimtransport? Was soll das Waffenwesen rings um Spa? Sollen wir auf Deutsche schießen — für die hohen Herren? — **Das tun wir nicht**!

Der Hauptmann, jung, urwüchsig unbekümmert allen Lagen gewachsen, **kommt**, stutzt für Minutendauer — dann weiß er, was zu tun ist. Er war einer von den wenigen, die ihre Leute und die Lage ganz begriffen. Welches Glück! Ich weiß nicht, ob ohne ihn die Versammlung der Generalität am folgenden Tage so rasch begriffen hätte, daß „Verteidigung des Hauptquartiers" Wahnwitz gewesen wäre, daß die Oberste Heeresleitung ohne Vorbehalt und ohne Zaudern an die Seite der neuen Volksregierung zu treten habe. Sein Name: Meunier.

9. November, nachmittags: Die Katastrophe Wilhelms II. Am 9. und 10.: Bei einer Formation nach der andern sind „Soldatenräte" aus geheimer Wahl das Ergebnis und das Heilmittel der Erregung. Hindenburgerlaß: Im ganzen Heere sind Soldatenräte zu bilden. Am 10. abends Beratung von Vertrauensleuten aller Formationen, Wahl eines Siebenerausschusses als leitendes, arbeitendes Haupt. In der Nacht: Es werden Richtlinien durchgesetzt, die besagen: „Jegliche Schutzmaßnahme gegen Angehörige des eigenen Landes durch Blutvergießen hat zu unterbleiben, außer in der Notwehr", und den Soldatenräten des Feldheeres in Straf- und Urlaubssachen Einfluß sichern. Kameradschaft gegen den gemeinen Mann wird dem Offizier zur Pflicht gemacht, die knechtende Grußform außer Dienst wird beseitigt, in Ernährung, Warenlieferung usw. werden alle Heeresangehörigen gleichgestellt.

Geordneten Rückmarsch sichern helfen — das war die schwere erste und zunächst einzige Aufgabe der Soldatenräte beim Feldheer. Welch wüste Bilder in

jenen ersten Tagen, tief beschämend — — Etappe! Kopf- und Ratlosigkeit bis oben hinauf; zügellos vielerorts die Truppe. Wer beim Ablauf der unerhört kurzen Zeit jenseits der Grenzen blieb, dem drohte ein neuer Winter in Kriegsgefangenschaft. Und was daheim war, wußte keiner. Unzählige Gerüchte, nichts Verläßliches! Übermenschliches an Ordnen, Schlichten, Helfen, Aufklären forderten jene Tage von Soldatenräten.

Die Oberste Heeresleitung, nur ein kleiner Rest des gewaltigen Betriebs, landete in Wilhelmshöhe, vom Soldatenrat begleitet, geschützt, beraten ... nicht überwacht. Der Gedanke trat auf, versank ...

Tagung der Soldatenräte in Ems, Rätekongreß in Berlin: Die Feldsoldatenräte sind eine politische Größe geworden. Eine Fraktion, die keine war. Im übrigen: eine Macht, die zusammengefaltet, wirkungslos blieb, als ihr die geschichtliche Stunde schlug ... Die beste Frucht, die der Revolution im Hauptquartier entkeimte, reifte nicht.

Aber das ist ein ernstes Kapitel für sich.

Erlaß des Kaisers an den Reichskanzler.

Berlin, 2. November. (Amtlich.) Der **Kaiser** hat bei dem **Inkrafttreten der Verfassungsänderungen** folgenden **Erlaß** an den **Reichskanzler** gerichtet:

Euerer großherzoglichen Hoheit lasse Ich in der Anlage den Mir zur Ausfertigung vorgelegten Gesetzentwurf zur Abänderung der Reichsverfassung und der Gesetze, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers vom 17. März 1878, zur alsbaldigen Veröffentlichung wieder zugehen. Ich habe den Wunsch, bei diesem für die weitere Geschichte des deutschen Volkes so bedeutungsvollen Schritt zum Ausdruck zu bringen, was Mich bewegt. Vorbereitet durch eine Reihe von Regierungsakten, tritt jetzt eine neue Ordnung in Kraft, welche grundlegende Rechte von der Person des Kaisers auf das Volk überträgt. Damit wird eine Periode abgeschlossen, die vor den Augen künftiger Geschlechter in Ehren bestehen wird. Trotz aller Kämpfe zwischen überkommenden Gewalten und emporstrebenden Kräften hat sie unserem Volke jene gewaltige Entwicklung ermöglicht, die sich in den wunderbaren Leistungen dieses Krieges unvergänglich offenbart. In den furchtbaren Stürmen der vier Kriegsjahre aber sind alte Formen zerbrochen, nicht um Trümmer zu hinterlassen, sondern um neuen Lebensgestaltungen Platz zu machen. Nach dem Vollbringen dieser Zeit hat das deutsche Volk den Anspruch, daß ihm kein Recht vorenthalten wird, das seine freie und glückliche Zukunft verbürgt. Dieser Überzeugung verdanken die jetzt vom Reichstag angenommenen und erweiterten Vorlagen der Verbündeten Regierungen ihre Entstehung. Ich aber trete diesen Beschlüssen der Volksvertretung mit Meinen Hohen Verbündeten bei, in dem festen Willen, was an Mir liegt, an ihrer vollen Auswirkung mitzuarbeiten, überzeugt, daß Ich damit dem Wohle des deutschen Volkes diene. Das Kaiseramt ist Dienst am Volke. Es möge die neue Ordnung alle guten Kräfte freimachen, deren unser Volk bedarf, um die schweren Prüfungen zu bestehen, die über das Reich verhängt sind, und um aus dem Dunkel der Gegenwart mit festem Schritt eine helle Zukunft zu gewinnen.

Berlin, den 2. November 1918.

gez. **Wilhelm, I. R.**

gegengez. **Max Prinz von Baden.**

Die Unruhen in Kiel und Stuttgart.

In Kiel haben am Sonntag, den 3. November, erhebliche Unruhen stattgefunden, über deren Verlauf die sozialdemokratische „Schleswig-Holsteinische Volksztg." vom Montag berichtet:

Auf dem großen Exerzierplatz sind gestern abend 3000 Personen, vorwiegend Matrosen, versammelt gewesen. Von verschiedenen Rednern wurde dazu aufgefordert, die **gefangenen Kameraden zu befreien.** Ein Arbeiterführer, der auf die heute nachmittag stattfindende Vertrauensmännerversammlung hinwies und zur Besonnenheit mahnte, wurde durch erregte Zurufe überschrien. **Matrosen drangen in die Kaserne der Waldwiese ein und ermöglichten es den dort zurückgehaltenen Matrosen, ihnen zu folgen.** Als der Zug in der Brunswiger Straße, Ecke Karlstraße, angelangt war, traf er auf eine Straßenabsperrung von etwa 48 Maaten Applikanten, die von einem Leutnant befehligt wurden. Auf das Kommando des Leutnants wurden **Salven gegen die vorrückende Menge** abgeschossen. Zuerst waren es **Platzpatronen,** das zweitemal aber wurde scharf geschossen. Hierbei gab es **8 Tote** und, wie wir hören, **29 Verwundete,** darunter Kinder und Frauen. Noch bis in die Nacht hinein standen in den Straßen von Kiel um das Gefängnis herum Abteilungen neben zusammengestellten Gewehren. — Die Zensurstelle gibt an, daß der befehlende Offizier an die Menge dreimal die Aufforderung richtete, auseinanderzugehen, und daß dann erst der Befehl zum Schießen erfolgte.

Die Unruhen sind auf das Gerücht zurückzuführen, die **Seeoffiziere** seien mit der Friedenspolitik der Regierung nicht einverstanden und beabsichtigten, ihnen zuwider zu handeln, was von amtlicher Seite auf das allerentschiedenste bestritten werden konnte.

Unter der Überschrift „Es wird Wandel geschaffen" schreibt das Kieler sozialdemokratische Parteiorgan:

Die bedauerlichen Vorgänge in Kiel haben uns veranlaßt, sofort einen Vertreter nach Berlin zu entsenden. Gen. Kürbis hat heute früh mit der Regierung verhandelt. Er trifft abends wieder in Kiel ein, und dann wird gehandelt und Wandel geschaffen werden. Gen. **Ebert** hat keinen Zweifel mehr darüber gelassen, was ja von vornherein feststand, daß **die Partei jede nutzlose Fortführung des Kampfes ablehnt.**

Womit der **Verzicht** auf **die nationale Verteidigung** nochmals dokumentiert wird.

Von den Unruhen in **Stuttgart** wurde schon Notiz genommen. Im einzelnen wird aus der württembergischen Hauptstadt berichtet:

In Stuttgart fand am Montag eine große Demonstration statt. Die Arbeiterschaft der Daimlerwerke, Untertürkheim, sowie verschiedener Fabriken in Cannstatt legte um 9 Uhr die Arbeit nieder und bewegte sich in langem Zuge unter Vorantragung von roten Fahnen dem Schlosse zu. Auf dem Schloßplatz wurde eine Versammlung abgehalten, bei der verschiedene Redner für einen sofortigen Waffenstillstand, für Abdankung des Kaisers und für die Einführung der sozialdemokratischen Regierung eintraten. Gleichzeitig wurde am Schiller-Denkmal eine Parallelversammlung abgehalten. Die Versammlung wählte **einen Arbeiter- und Soldatenrat** und zog darauf vor das Ministerium des Innern. Der Minister empfing die Abordnung, die ihm die Forderungen der Unabhängigen, wie sie durch

die Flugblätter bereits bekannt sind, vortrug. Da der Minister erklärte, nicht von sich aus die Forderungen beantworten zu können, zog die Menge wieder ab mit der Ankündigung, **sich um 3 Uhr Auskunft holen zu wollen. Um diese Zeit** erschienen wiederum große Mengen von Arbeitern, die inzwischen durch Teile der Boschschen Arbeiter verstärkt waren, vor dem Ministerium des Innern. Nach dem Empfang beim Minister berichtete ein Redner über das Ergebnis, das darin bestand, daß der Minister zugesagt habe, für die **wirtschaftlichen Forderungen** der Arbeiter einzutreten und bei der Entscheidung auch Vertreter der Arbeiterschaft heranzuziehen, wogegen er die **weitgehenden politischen Forderungen nicht erfüllen könne.** Das weitere soll, wie der Redner ankündigte, der **„Arbeiter- und Soldatenrat"** in die Wege leiten! Nachher begab sich ein Teil der Menge noch zu den Werken von Robert Bosch, wo einige Arbeitswillige mißhandelt wurden. Am alten Postplatz endete schließlich die Demonstration mit einer nochmaligen **Forderung der sozialistischen** Republik. Ernsthafte Störungen kamen nicht vor. Heute, Dienstag, wird die Arbeit wieder aufgenommen.

An das deutsche Volk.

Amtlich. Berlin, 4. November. (W. T. B.)

An das deutsche Volk.

Die Not der Zeit lastet auf der Welt und auf dem deutschen Volke. Wir müssen diese schweren Tage und ihre Folgen überwinden. Heute schon müssen wir arbeiten für die glücklicheren Zeiten, auf die das deutsche Volk ein Anrecht hat. Die neue Regierung ist am Werk, diese Arbeit zu leisten. Wichtiges ist erreicht:

Das gleiche Wahlrecht in Preußen ist gesichert.

Eine neue Regierung hat sich aus den Vertretern der Mehrheitsparteien des Reichstags gebildet.

Der Reichskanzler und seine Mitarbeiter bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages und damit des Volkes.

Grundlegende Rechte sind von der Person des Kaisers auf die Volksvertretung übertragen worden.

Kriegserklärung und Friedensschluß unterliegen der Genehmigung des Reichstags.

Die Unterstellung der Militärverwaltung unter den verantwortlichen Reichskanzler ist durchgeführt.

Eine weitgehende Amnestie wurde erlassen.

Preßfreiheit und Versammlungsrecht sind gewährleistet. Doch viel bleibt noch zu tun.

Die Umwandlung Deutschlands in einen Volksstaat, der an politischer Freiheit und sozialer Fürsorge hinter keinem Staate der Welt zurückstehen soll, wird entschlossen weitergeführt.

Die Neugestaltung kann ihre befreiende und heilende Wirkung nur ausüben, wenn sie einen Geist in den Verwaltungs- und Militärbehörden findet, der ihre Zwecke erkennt und fördert. Wir erwarten von unseren Volksgenossen, die in amtlicher Stellung dem Gemeinwesen zu dienen berufen sind, daß sie uns willige Mitarbeiter sein werden.

Wir brauchen in allen Teilen des Staates und des Reiches die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit durch das Volk selbst. Wir haben Vertrauen zu dem deutschen Volk. Es hat sich in vier furchtbaren Kriegsjahren glänzend bewährt. Es wird sich nicht von Phantasten sinnlos und nutzlos in neues Elend und Verderben hineintreiben lassen.

Selbstzucht und Ordnung tun not. Jede Disziplinlosigkeit wird den Abschluß eines baldigen Friedens auf das schwerste gefährden.

Die Regierung und mit ihr die Leitung von Heer und Flotte wollen den Frieden. Sie wollen ihn ehrlich und sie wollen ihn bald. Bis dahin müssen wir die Grenzen vor dem Einbruch des Feindes schützen. Den seit Wochen in hartem Kampf stehenden Truppen muß durch Ablösung Ruhe geschaffen werden. Nur zu diesem Zweck, aus keinem andern Grunde, sind die Einberufungen der letzten Zeit durchgeführt worden.

Den Mannschaften des Landheeres und der Flotte wie ihren Führern gebührt unser besonderer Dank; durch ihren Todesmut und ihre Manneszucht haben sie das Vaterland gerettet.

Zu den wichtigsten Aufgaben gehört der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft, damit die von der Front in die Heimat zurückkehrenden Soldaten und Matrosen in geordneten Verhältnissen die Möglichkeit vorfinden, sich ihre und ihrer Familie Existenz wieder zu sichern. Alle großen Arbeitgeberverbände haben sich bereit erklärt, ihre früheren, jetzt eingezogenen Angestellten und Arbeiter sofort wieder einzustellen. Arbeitsbeschaffung, Erwerbslosenunterstützung, Wohnungsfürsorge und andere Maßnahmen auf diesem Gebiet sind teils in Vorbereitung, teils schon ausgeführt.

Mit dem Friedensschluß wird sich bald eine Besserung der Ernährung wie aller Lebensverhältnisse einstellen.

Deutsche Männer und Frauen!

Kampf und Friede sind unsere gemeinsame Aufgabe. Staat und Reich sind unsere gemeinsame Zukunft. Euer Vertrauen, das uns unentbehrlich ist in der Stunde der Gefahr, ist in Wahrheit nichts anderes, als das Vertrauen des deutschen Volkes zu sich selbst und zu seiner Zukunft. Die gesicherte Zukunft Deutschlands ist unser Leitstern.

Berlin, den 4. November 1918.

Der Reichskanzler.
Prinz Max von Baden.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
v. Payer.

Der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums
Dr. Friedberg.

Die Staatssekretäre: Dr. Solf, Graf v. Roedern, Dr. v. Krause, Rüdlin, v. Waldow, Freiherr v. Stein, Scheidemann, Gröber, Erzberger, Haußmann, Bauer, Trimborn.

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts
Ritter v. Mann.

Der Kriegsminister
v. Scheüch.

Amerika und die Kaiserfrage.

Berliner Tageblatt veröffentlicht folgende Notiz:

Haag, 4. November.

Die „Daily News“ erfahren von ihrem Korrespondenten in Newyork folgendes: Er glaube nicht, daß das **amerikanische** Volk auch nur einen Augenblick ein **Abkommen, wie der Präsident Wilson es wünscht,** mit dem **König von Preußen oder einem anderen Hohenzollern** in Erwägung ziehen werde. Wenn man auch zu der Annahme neige, daß eine bedingungslose Übergabe stattfinden muß, sei die Weigerung des Kaisers und seines Sohnes, auf alle Ansprüche an den Thron zu verzichten, doch eine Verdoppelung der Verluste an Menschenleben.

Die neue Note Lansings.

Zustimmung zu Waffenstillstandsverhandlungen. — Annahme der Grundsätze Wilsons als Friedensbasis. — Forderung vollen Ersatzes für alle Schäden der Zivilbevölkerung zu Lande, zu Wasser und aus der Luft.

Hollandsch Nieuwsbureau meldet aus Washington: Staatssekretär Lansing hat in einer Note vom 5. November durch Vermittlung des schweizerischen Geschäftsträgers der deutschen Regierung folgende Mitteilung zukommen lassen:

„In meiner Note vom 22. Oktober habe ich Ihnen mitgeteilt, daß der Präsident seinen Notenwechsel mit der deutschen Regierung den Regierungen, die mit den Vereinigten Staaten assoziiert sind, übermittelt hat. Es wurde ihnen anheimgegeben, falls die Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und diejenigen der Vereinigten Staaten zu ersuchen, den gegen Deutschland verbündeten Regierungen die notwendigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker in vollem Maße wahrt. Der Präsident hat nun ein Memorandum erhalten, in welchem die verkündeten Regierungen zu seinem Notenwechsel Stellung nehmen und das etwa folgendermaßen lautet:

„Die verbündeten Regierungen haben sich sorgfältig mit dem Notenwechsel, der zwischen dem Präsidenten und der deutschen Regierung erfolgt ist, beschäftigt. Sie erklären nach den ihnen gewordenen Mitteilungen ihre Bereitwilligkeit, auf Grund der Bedingungen, die der Präsident in seiner Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar 1918 niedergelegt hat, und auf Grund der Prinzipien, die in seinen folgenden Botschaften zum Ausdruck kamen, mit der deutschen Regierung Frieden zu schließen. Die verbündeten Regierungen weisen darauf hin, daß Punkt 2, der sich auf die Freiheit der Meere bezieht, verschiedener Auslegungen fähig ist, wie sie die verbündeten Regierungen nicht annehmen können. Sie müssen sich daher in dieser Hinsicht jegliche Freiheit vorbehalten, wenn sie auf der Friedenskonferenz erscheinen.

Ferner hat der Präsident bei Aufzählung der Friedensbedingungen im Januar erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt und befreit, sondern auch wiederhergestellt werden sollen. Die verbündeten Regierungen

sind der Ansicht, daß es überhaupt keinem Zweifel unterliegen darf, was diese Maßnahme in sich schließt. Sie verstehen sie dahin, daß Deutschland für jeglichen Schaden, welcher der Zivilbevölkerung der verbündeten Regierungen und ihrem Besitz durch den Angriff Deutschlands zu Lande, zu Wasser und aus der Luft zugefügt worden ist, Entschädigungen leisten muß!'

Dann heißt es in der Lansingschen Note weiter:

'Ich bin vom Präsidenten beauftragt, mitzuteilen, daß er sich in Übereinstimmung mit der im letzten Paragraphen des Memorandums gelegenen Auslegung des oben angeführten Punktes befindet. Ferner habe ich vom Präsidenten den Auftrag, Sie zu bitten, der deutschen Regierung mitzuteilen, daß Marschall Foch von der Regierung der Vereinigten Staaten und von den Regierungen der verbündeten Mächte offiziell den Auftrag erhalten hat, genügend beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen und ihnen die Waffenstillstandsbedingungen mitzuteilen!'

gez. Robert Lansing."

Das Ergebnis der Versailler Verhandlungen.

Wie wir erfahren, ist eine neue Note Wilsons an die deutsche Regierung eingetroffen. Wilson erklärt sich darin bereit, im Einverständnis mit der Entente auf der Grundlage seiner 14 Punkte den Frieden zu vermitteln. Hinsichtlich einiger Punkte bestehen noch von seiten Englands Schwierigkeiten, insbesondere in der Frage der Freiheit der Meere. Wegen des Waffenstillstandes hat sich Deutschland an den General Foch zu wenden.

Abreise der deutschen Unterhändler nach der Front.

Berlin, 6. November. Die deutsche Delegation zum Abschluß des Waffenstillstands und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen ist heute nachmittag von Berlin nach dem Westen abgereist.

Die deutschen Unterhändler sind General v. **Winterfeldt**, General **v. Gündell**, Admiral **v. Meurer** und der frühere Staatssekretär des Auswärtigen **v. Hintze**.

Ein Aufruf an die Arbeiter.

Der **Vorstand der sozialdemokratischen Partei** richtet folgenden Aufruf an die Arbeiter:

„Das furchtbare Völkermorden geht zu Ende, es kann kein Gedanke daran sein, es noch weiter fortzusetzen. Der Frieden kommt. Er stellt die Arbeiterklasse vor die schwersten politischen und wirtschaftlichen Aufgaben. Politisch wird es sich darum handeln, die errungenen **demokratischen Freiheiten zu sichern** und auszubauen. Diejenigen, die durch ihre unheilvolle Politik das Unglück unseres Volkes verschuldet haben, müssen von ihren Plätzen verschwinden. Die dazu nötigen Schritte sind eingeleitet, sie sollen **vor keiner Person haltmachen, so hoch sie auch gestellt sein mag.** Wirtschaftlich handelt es sich darum, die Volksernährung sicherzustellen und den Übergang zur Friedenswirtschaft so zu vollziehen, daß **niemand verhungern** muß. Dazu ist die sorgfältigste Organisation der Arbeitsvermittlung und eine ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen notwendig. Diese Aufgaben können aber unmöglich geleistet werden, wenn alles drunter und drüber geht.

Entstehen **Unruhen**, so wird die jetzt schon unzureichende **Volksernährung ganz ins Stocken geraten**, die arbeitende Bevölkerung wird dem Hungertode ausgeliefert sein, während die Besitzenden sich immer noch zu behelfen wissen werden. Das ist auch in Rußland so gekommen, und selbst die Gewaltmethoden des Bolschewismus haben daran nichts zu ändern vermocht. Entstehen Unruhen, so werden weiter zahlreiche Betriebe schließen müssen, und es wird nicht möglich sein, das ungeheure Heer der Arbeitslosen zu ernähren. Für die heimströmenden Kameraden aus dem Felde wird keine Arbeit zu finden sein, und sie werden sich auf eigene Faust zu helfen versuchen, wie sie können. Das wird zu neuen inneren Kämpfen Anlaß geben, die weiteres unabsehbares Elend im Gefolge haben werden.

Kann und soll deswegen die Arbeiterklasse auf irgendwelche Forderungen verzichten, die sie im Interesse ihrer künftigen politischen und wirtschaftlichen Freiheit stellen muß? Wir sagen **Nein!** Lieber würde sie auch die härtesten Folgen für sich selber auf sich nehmen! Die ungeheuren Opfer, die das arbeitende Volk in diesem Kriege gebracht hat, berechtigten es zu weitgehenden Forderungen. Die Demokratie ist auf dem Marsche und nicht mehr aufzuhalten. Ihr Sieg schafft die Vorbedingungen zur **Verwirklichung des Sozialismus.** Aber dieser gewaltige Umbau der Gesellschaft kann nicht in Tagen und Wochen vollendet werden, dazu wird noch viel Kampf und Arbeit notwendig sein.

Unsere Ziele verlieren wir nicht aus dem Auge, von unseren Forderungen geben wir nichts preis! Aber die Mittel wollen wir, solange das nur irgendmöglich ist, so wählen, daß sich die Arbeiterklasse dabei nicht ins eigene Fleisch schneidet. Wir sind eine Macht, wenn wir einig sind, machen wir von dieser Macht Gebrauch! Aber hüten wir uns, leichtfertig und ohne Not ein Chaos hervorzurufen, in dem wohl auch unsere Gegner, aber auch wir aufs schwerste leiden müssen! Darum richten wir an euch den Ruf: Tretet in Massen ein in die politische Organisation der Sozialdemokratie, in die modernen, freien Gewerkschaften! In diesen Organisationen könnt ihr das vorwärtstreibende Element sein. Aber hütet euch vor Zersplitterung, vor Arbeiterbruderkrieg und vor den Ratschlägen unverantwortlicher Elemente, die euch zu unbesonnenem Losschlagen gegen euer eigenes Interesse verleiten wollen. Folgt nicht den Parolen kleiner Gruppen und unbekannter Drahtzieher. Wenn die Arbeiter dahin und dorthin laufen oder gar sich gegenseitig zerfleischen, so kann daraus kein Glück, sondern nur **namenloses Unglück entstehen.**

Es geht um euch und eure Kinder! Darum noch einmal: Wahret die Einigkeit, die Besonnenheit, die Disziplin der Organisation. Keine russischen Zustände, sondern das Ganze geschlossen vorwärts zu den Zielen der Demokratie und des Sozialismus!"

Reichstagsabgeordneter **Legien**, der Vorsitzende der Generalkommission, der den Wahlkreis **Kiel** im Reichstag vertritt, ist heute dorthin **abgefahren**; er war bisher durch dringendste Vorarbeiten für die Demobilisation in Berlin festgehalten.

Der Reichskanzler an das deutsche Volk.

Amtlich. Berlin, 6. November. (W. T. B.)

Der Reichskanzler erläßt folgenden Aufruf an das deutsche Volk:

Präsident Wilson hat heute auf die deutsche Note geantwortet und mitgeteilt, daß seine Verbündeten den 14 Punkten, in denen er seine Friedens-

bedingungen im Januar d. J. zusammengefaßt hatte, mit Ausnahme der Freiheit der Meere, zugestimmt haben, und daß die Waffenstillstandsbedingungen durch Marschall Foch mitgeteilt werden. Damit ist die Voraussetzung für Friedens- und Waffenstillstandsverhandlungen gleichzeitig geschaffen. Um dem Blutvergießen ein Ende zu machen, ist die deutsche Abordnung zum Abschluß des Waffenstillstandes und zur Aufnahme der Friedensverhandlungen heute ernannt worden und nach dem Westen abgereist.

Die Verhandlungen werden durch Unruhen und disziplinloses Verhalten in ihrem erfolgreichen Verlauf ernstlich gefährdet.

Über vier Jahre hat das deutsche Volk in Einigkeit und Ruhe die schwersten Leiden und Opfer des Krieges getragen. Wenn in der entscheidenden Stunde, in der nur unbedingte Einigkeit des ganzen deutschen Volkes große Gefahren für seine Zukunft abwenden kann, die inneren Kräfte versagen, so sind die Folgen nicht abzusehen.

Aufrechterhaltung der bisher gewahrten Ordnung in freiwilliger Manneszucht ist in dieser Entscheidungsstunde eine unerläßliche Forderung, die jede Volksregierung stellen muß.

Mag jeder Staatsbürger sich der hohen Verantwortung bewußt sein, die er in Erfüllung dieser Pflicht seinem Volke gegenüber trägt.

Der Reichskanzler
Max, Prinz von Baden.

Eine Bekanntmachung des Oberbefehlshabers in den Marken.

Berlin, 7. November.

Bekanntmachung.

In gewissen Kreisen besteht die Absicht, unter Mißachtung gesetzlicher Bestimmungen **Arbeiter- und Soldatenräte** nach russischem Muster zu bilden.

Derartige Einrichtungen stehen mit der bestehenden Staatsordnung in Widerspruch und gefährden die öffentliche Sicherheit.

Ich **verbiete** auf Gund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand jede Bildung solcher Vereinigungen und die Teilnahme daran.

Der Oberbefehlshaber in den Marken.
v. Linsingen,
Generaloberst.

Die Vorgänge in Kiel, Hamburg und Lübeck.

(Bericht. **„Berliner Tageblatt.“**)

Das Wolffsche Telegraphenbureau veröffentlicht nunmehr den folgenden offiziellen Bericht, der die letzte Phase der Vorgänge in **Kiel** betrifft:

Berlin, 6. November, abends. (W. T. B.)

Über die Lage in **Kiel** erfahren wir von zuständiger Stelle folgendes: Der **militärische Schutz der Ostsee** durch die Marine ist **lückenlos hergestellt.** Alle auslaufenden Kriegsschiffe führen die Kriegsflagge. Die Bewegung unter den **Matrosen** und Arbeitern ist **in ruhigere Bahnen** zurückgekehrt. Es erfolgt allmähliche all-

gemeine **Abgabe der Waffen.** Privathäuser und Geschäfte bleiben ebenso wie Lazarette und Krankenhäuser unbehelligt. Die **Banken** sind fast alle in Betrieb. Die Verpflegung in den Kasernen und auf den Schiffen wird in der bisher gewohnten Weise durchgeführt. Die **Lebensmittelversorgung** der Zivilbevölkerung ist noch **nicht gestört.** Die **Betriebe** sind noch im **Ausstand.** Die Bevölkerung ist ruhig.

In **Hamburg** sind die **Betriebe ausständig.** Es ist zu Disziplinlosigkeiten und **gewaltsamen Übergriffen** gekommen. Gleiches wird aus **Lübeck** gemeldet. Abgesehen von Ausschreitungen in einigen Werken ist Privateigentum nicht beschädigt oder angetastet worden. Die Bevölkerung ist nicht gefährdet.

Gestern abend hielten die **Unabhängigen Sozialdemokraten** in **Hamburg,** einem Privattelegramm zufolge, eine Versammlung im Gesellschaftshaus ab, in der Reichstagsabgeordneter **Dittmann,** stürmisch begrüßt, eine Rede über die Lage hielt. Er kam dabei auch auf die Forderung nach Abdankung des Kaisers zu sprechen, die, wie er erklärte, den Unabhängigen nicht genüge, da sie die Einführung der sozialen Republik verlangen. Eine Resolution begrüßte die Vorgänge in Kiel. Nach der Versammlung fand eine große Straßenkundgebung statt, die jedoch ohne Ausschreitungen verlief.

Der Reichstagsabgeordnete Hermann **Müller** als Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes hat sich gestern nach **Hamburg** und **Kiel** begeben. Der Reichstagsabgeordnete **Haase** von der Unabhängigen Sozialdemokratie ist ebenfalls nach **Kiel** gefahren.

Indem wir die vorstehenden offiziellen Mitteilungen veröffentlichen, möchten wir noch einmal die dringende Aufforderung aussprechen, überall die **Ruhe** und **die Ordnung** zu bewahren. In Kiel haben die Matrosen und Soldaten selber Ausschreitungen gegen **das Eigentum** und gegen das Leben der Bürger zu verhüten versucht, und sie sorgen selber für einen Ordnungsdienst. Es ist indessen klar, daß auch bei dem stärksten Willen der Führer, das Schlimmste zu vermeiden, in all solchen Fällen die Gefahr eine ungeheuere bleibt. Vor allem aber muß jeder daran denken, daß jetzt die **Waffenstillstandsverhandlungen** beginnen sollen und daß die Nachricht von Unruhen in Deutschland die unheilvollste Wirkung für den Verlauf dieser Verhandlungen haben kann. Es liegt im Interesse jedes einzelnen in Deutschland, daß sich aus diesen Besprechungen ein noch möglichst günstiges Resultat ergibt. Darum darf in der Welt heute nicht der Eindruck hervorgerufen werden, als sei Deutschland bereits völlig von Unordnung und Zerrüttung beherrscht.

Ruhe in Berlin.

Zu Kundgebungen ist es am gestrigen Tage in **Berlin nicht gekommen.** Nur im Nordosten der Stadt, in der Gegend des **Friedrichshains,** und in **Neukölln** waren kleine Gruppen Arbeitsloser zu bemerken, die die Arbeitermarseillaise sangen, die Straßenpassanten aber ungestört ließen. Am **Gewerkschaftshaus** war es vollständig ruhig. Gegen Abend, nach Schluß der Fabriken, versammelten sich am Gewerkschaftshaus und dessen Restaurant größere Mengen Arbeiter, die lebhaft über die **neue Note Wilsons** debattierten. Die Hoffnung auf baldigen Waffenstillstand war allgemein, ebenso aber auch die Abneigung, den inneren Frieden durch Demonstrationen oder Streiks irgendwie zu stören. Wie wir hören, sollen

die „Unabhängigen" für heute abend eine Reihe Versammlungen vorbereiten, in denen **Liebknecht, Hoffmann** u. a. sprechen werden.

Die Entschließung der Sozialdemokratie.

Parteiausschuß und Reichstagsfraktion.

Der **Parteiausschuß** und die **Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie** haben am gestrigen Mittwoch in mehrstündiger Beratung die Gesamtlage durchgesprochen und einmütig folgende **Resolution** beschlossen: „Fraktion und Parteileitung fordern, daß der **Waffenstillstand** ohne jede Verzögerung durchgeführt werde. Die Fraktion und der Parteiausschuß fordern weiter die **Amnestie für militärische Vergehen** und Straffreiheit der Mannschaften, die sich gegen die Disziplin vergangen haben; sie fordern unverzügliche **Demokratisierung** der Regierung sowie der **Verwaltung Preußens** und der anderen Bundesstaaten. Die Reichstagsfraktion und der Parteiausschuß beauftragen die Parteileitung, dem Reichskanzler mitzuteilen, daß die Fraktion und der Parteiausschuß den von der Parteileitung in der **Kaiserfrage** unternommenen Schritt entschieden billigen und unterstützen und eine **schnelle Regelung** dieser Frage fordern."

Eine Mahnung des bayerischen Ministeriums.

Die Vorgänge in Schwerin.

„Berliner Tageblatt" berichtet weiter:

Berlin ist auch in den heutigen Vormittagsstunden **völlig ruhig geblieben.** Auf den Plätzen und in den belebten Straßen sieht man einzelne Militärposten, feldmarschmäßig ausgerüstet, unauffällig postiert. Auch die meisten öffentlichen Gebäude sind militärisch gesichert. Hin und wieder begegnet man auch Militärpatrouillen. Ansammlungen von Menschen konnten nirgends beobachtet werden. In den Lokalen, in denen Arbeiter zu verkehren pflegen, vor den Fabriken und auf den Straßenbahnen konnte man zahlreiche Gruppen von Arbeitern beobachten, die eifrig große Provinzblätter lasen und die darin enthaltenen Berichte über die Vorgänge in Hamburg und Kiel eifrig kommentierten. Aufregung hat in Arbeiterkreisen die Besetzung mehrerer Großbetriebe (Elektrizitätswerke und anderer) durch Militär hervorgerufen. Allgemein ist die Forderung laut geworden, daß die Soldaten sofort aus den Betrieben zurückgezogen werden müßten. In einem Falle ist das heute vormittag auch bereits auf Betreiben der Gewerkschaftskommission geschehen. In Gewerkschaftskreisen ist man der Ansicht, daß die Soldaten nicht in die Betriebe gehören.

Wie wir hören, sind die für heute abend in Berlin anberaumten **fünf Versammlungen der „Unabhängigen"** mit dem Thema: **„Der Jahrestag der russischen Revolution"** polizeilich **verboten** worden.

Auf dem **Lehrter Bahnhof** fahren Züge weder ein noch aus. Das Bahnhofsgebäude ist von Posten umstellt.

Hamburg, 7. November.

Nach Hamburg sind außer den Reichstagsabgeordneten **Stolten** (Soz.) und **Blunck** (Fortschr. Volksp.) auch die Abgeordneten **Stubbe** (Soz.) und **Schumann** von der Generalkommission der Gewerkschaften abgefahren. Ihnen sollte heute früh Reichstagsabgeordneter **Dr. Quark** (Soz.) folgen, vielleicht **mittels Flug-**

zeugs, um recht rasch an Ort und Stelle zu sein. Die **Reichsbank** steht noch in regelmäßiger Verbindung mit den Reichsbankanstalten in Hamburg und Kiel.

Schwerin, 7. November.

Hier spielten sich ähnliche Vorgänge wie in Kiel, Lübeck, Hamburg, Cuxhaven und Tilsit ab. Vorläufig haben die Soldaten selbst für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit Sorge getragen.

München, 7. November.

An die Bevölkerung Bayerns erläßt der **Minister des Innern** folgenden **Aufruf**: „Die Waffenstillstandsverhandlungen sind im Gange und werden baldigst zum Abschluß kommen. Die Bevölkerung hat während der Kriegsnot Entbehrungen, Sorge und Leid starken Herzens in ruhiger Besonnenheit ertragen. Jetzt gilt es erst recht, Ruhe und Ordnung zu wahren. **Innere Unruhen anstiften, hieße den Krieg nochmals beginnen.** Die Verluste, die uns der Krieg gebracht hat, würden sinnlos durch neue vermehrt. Ernsthafte Unruhen würden namentlich für spätere Zeiten die Lebensmittelversorgung trotz aller Bemühungen zum Stocken bringen. Die Gefahr der **Hungersnot wäre unabwendbar.** Solche Unruhen sind aber nicht möglich, wenn alle — Männer und Frauen — Ruhe bewahren und in ihren Kreisen für Ruhe sorgen. Darum tue jeder seine Pflicht. Die Bevölkerung darf überzeugt sein, daß sie gegen jegliche Willkür und Gewalttätigkeit den ausreichenden Schutz finden wird, den das ganze Volk von seiner Regierung erwartet."

Leipzig, 7. November.

In Leipzig fanden gestern zwei von „bürgerlichen" Parteien einberufene große Volksversammlungen in der Alberthalle des Kristallpalastes und im Zentraltheater statt, die von mehreren tausend Personen besucht wurden. Redner waren Geheimrat Professor **Dr. Goetz** und Reichstagsabgeordneter **Junck.** Beide Redner sprachen sich unter starker Zustimmung der Versammlung gegen die letzte nationale Erhebung und gegen das Einwirken des Bolschewismus in Deutschland aus. Sie betonten, daß der Waffenstillstand von der Obersten Heeresleitung gewünscht worden sei. Junck stand für seine Person dafür ein, daß Abgesandte aus dem Hauptquartier auf Beschleunigung der neuen verhandlungsfähigen Regierung gedrängt hätten, damit man zum raschen Ende komme; das sei nicht ein Gebot der nächsten Tage, sondern der nächsten Stunden. Zur **Kaiserfrage** bemerkte Dr. Junck, daß der Augenblick nicht geeignet sei, eine unbedingte Entscheidung herbeizuführen. Das Gottesgnadentum habe der Liberalismus immer abgelehnt; hier handle es sich aber um den Reichsgedanken, und gegen den Partikularismus bilde nur die starke Persönlichkeit des Monarchen ein Gegengewicht. Die Sozialdemokraten sollten sich sagen, daß der Ausgleich der sozialen Gegensätze leichter in einer Monarchie als in einer Republik herbeizuführen sei. Sollten die Sozialdemokraten anders entscheiden, dann müsse er freilich die Bedenken in der Kaiserfrage zurückstellen. Die Kaiserfrage dürfe nicht friedengefährdend sein.

Dresden, 7. November.

Die **Menschenansammlungen** auf dem Altmarkt wiederholten sich am Mittwoch bis zum Abend. Mehrere Militär- und Zivilpersonen hielten Ansprachen an die Menge. Die Soldaten beklagten sich über angebliche Mißstände an der Front und über mangelhafte Verpflegung, erklärten aber, weiter ihre Pflicht tun zu wollen.

Wilna, 6. November. (W. T. B.)

An der Minsker Demarkationslinie wurde, wie die „Litauischen Mitteilungen“ melden, ein aus Rußland kommender Wagen mit **bolschewistischen Flugblättern** beim Versuch, heimlich über die Grenze zu kommen, gefaßt. Unter den Begleitern des Wagens befanden sich auch einige Verfasser der Flugblätter, die jetzt ihrer Bestrafung entgegensehen.

Auch heute ist es uns nicht möglich, eingehendere Darstellungen von den Vorgängen in Kiel, Hamburg, Lübeck, Wilhelmshaven usw. zu veröffentlichen, während die großen Provinzzeitungen **aller** Parteirichtungen spaltenlange Berichte darüber bringen. Diese **Methode der Zensur,** die der reichshauptstädtischen Presse einen Maulkorb vorhängt, ist einfach **unhaltbar,** und man wird vom Reichstag erwarten dürfen, daß er schleunigst diesem Zensurunfug ein Ende bereiten wird.

Ein Aufruf der Eisenbahner.

Fünf Forderungen.

Der Vorstand des Allgemeinen **Eisenbahner-Verbandes** erläßt einen **Aufruf,** der sich an die Volksregierung wendet und ausspricht, daß „neue Männer und neue Formen“ allein nicht genügten. Das neue Regierungssystem müßte sich das Vertrauen des Volkes auch durch **„Taten“** erwerben. Darauf warte das in seiner Nervenkraft aufs äußerste angespannte Volk sehnsüchtig. Das deutsche Volk, besonders die erwerbstätige Bevölkerung und die „Kameraden in Feldgrau“, fordern sofortige Lösung folgender **„Lebensfragen“:**

„1. Schwerer als je lasten auf uns drückende **Ernährungssorgen.** Jetzt endlich beseitige man sie durch restlose Beschlagnahme **aller** Nahrungsmittel und Erstickung **jeder** Schleichhandels- und Wucher**möglichkeit.** Dabei darf **niemand** geschont werden.

2. Die Lösung der **Siedlungsfrage** bedeutet die Grundlage unserer nationalen Zukunft. Sie duldet deshalb keinen Aufschub.

3. Die Gewährung politischer Rechte allein verliert ihre Wirkung auf die breiten Volksmassen, wenn sich zu ihr nicht die **Reform des sozialen Rechtes** gesellt.

4. Vorbedingung für eine gedeihlich; Auswirkung aller politischen und sozialen Reform ist die unverzügliche Inangriffnahme der längst notwendigen Schulenreform.

5. Namentlich aber sieht das deutsche Volk mit großer Sorge der Tilgung und Verzinsung unserer **Kriegslasten** entgegen. Es will darüber Gewißheit haben, daß die tragfähigen Schultern nicht geschont werden. Diese Gewißheit kann ihm allein eine großzügige **Finanzreform** verschaffen, welche unter Zugrundelegung des direkten Steuersystems die restlose Erfassung der **Kriegsgewinne,** eine angemessene **Vermögensabgabe,** die viel stärkere Erfassung des höheren Einkommens, eine ausgebaute **Erbschaftssteuer** und eine Beseitigung ungerechtfertigter Steuervorrechte einschließt.“

Der Aufruf schließt mit den Worten: „Nur die Erfüllung solcher Forderungen kann unserem Volke die **Lebensmöglichkeit** verbürgen, die durch unverantwortliche Treibereien aufs schwerste gefährdet wird. Vor letzteren warnen wir unsere Berufs- und Volksgenossen aufs eindringlichste. In der schwersten Zeit des deutschen

Volkes hängt von der treuen Pflichterfüllung der Eisenbahner viel, wenn nicht alles ab. An der Regierung ist es deshalb, sich ungesäumt zu solchem Programm zu bekennen."

Die Lage in Kiel.

Kiel, 7. November.

Dem Arbeiter- und Soldatenrat ist bekannt geworden, daß Mannschaften ohne Berechtigung Sachen requirieren. Die Bevölkerung wird deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß Quittungen nur dann Gültigkeit haben, wenn diese mit den Namen Noske und Popp und dem Namen eines der Mitglieder des Soldatenrates unterzeichnet sind.

Wie die Kieler „Volkszeitung" meldet, fand gestern im Schloßhofe eine Versammlung von Delegierten statt, die über die nächsten Aufgaben Beschlüsse faßten. Der Soldatenrat erhielt das Recht, sich durch Zuwahl weiterer Kräfte für die ihm erwachsenden Aufgaben zu vergrößern. Es wurde beschlossen, eine weitere Munitionsausgabe nicht vorzunehmen. **Die notwendigen Munitionstransporte an die Front sollen erfolgen.** Die Versammlung nahm die von der Regierung erteilte Antwort auf die Bedingungen für die Beendigung der Bewegung entgegen. Die Versammlung war sich ferner darüber einig, daß die alten Formationen bestehen bleiben müssen und der notwendige militärische Sicherheitsdienst unter der Leitung der alten Offiziere, aber unter Kontrolle von Erwählten der Soldaten erfolgen soll. Die Versammlung stellte auf Antrag und Befürwortung Noskes diesen den oben genannten Popp zur Seite. Heute vormittag um 10 Uhr fand auf dem Schloßhofe eine Versammlung der Deckoffiziere und Unteroffiziere statt, die über die Form ihrer Mitarbeit beraten haben. In den ersten Tagen der Verwirrung haben viele Offiziere und Matrosen die Stadt verlassen und auch der Polizeipräsident **v. Brüning** ist aus Kiel entflohen. Auch sonst ist der gegenwärtige Zustand von einzelnen Elementen ausgenutzt worden. So sind gestern früh die in Sicherheit befindlichen geschlechtskranken Dirnen ausgebrochen. Es ist natürlich dafür Sorge getragen, ihrer wieder habhaft zu werden.

Nach Berichten der „Kieler Zeitung" trat am Mittwoch abend eine vorübergehende Beunruhigung in der Stadt ein. Die Garnison wurde alarmiert, angeblich, weil ein Streich gegen die Herrschaft des Soldatenrates erwogen wurde. Am Tannenberg am Kanal sollten sich Offiziere mit Geschützen und Maschinengewehren versammelt haben. Einer Untersuchung hielt das Gerücht aber nicht stand. Auch heißt es, daß der kleine Kreuzer **„Dresden"** königstreu geblieben sei und schußbereit vor dem Hafen liege und daß der Landsturm im Anmarsch gegen Kiel sei. Aus den Wirtschaften, Kinos und Theatern, von denen ein Teil schließen mußte, sowie aus der Versammlung der unabhängigen Sozialdemokraten wurden die Zivilpersonen unter dem Rufe: „Gefahr im Verzuge!" herausgeholt. Scheinwerfer spielten, vereinzelt fielen Schüsse und es herrschte große Aufregung unter dem Militär, die sich aber schon nach sehr kurzer Zeit wieder legte.

Über den kleinen Kreuzer „Dresden" sind Gerüchte im Umlauf, die sich in keiner Weise bestätigen. Nachrichten über die „Dresden", ihren Kommandanten, Prinzen Adalbert von Preußen, und seine Besatzung lagen bis zum Nachmittag an maßgebender Stelle nicht vor. Bis Dienstag oder Mittwoch hat das Schiff in der Flensburger Föhrde geweilt. Entgegen anderen Anschauungen kann ge-

sagt werden, daß sich der Prinz bei seiner Mannschaft der größten Zuneigung erfreut. Die uns gestern auf Anfrage beim Marinelazarett in der Feldstraße zuteil gewordene Auskunft, daß der Kommandant des Linienschiffes „König", Kapitän zur See **Weniger,** gestorben sei, bewahrheitet sich nicht. Kapitän Weniger befindet sich glücklicherweise außer Gefahr.

Wie die „Kieler Zeitung" ferner meldet, bestehen in der Bevölkerung Befürchtungen über die Verpflegung der Marinemannschaften. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Vorräte der Schiffe und Kasernen in einigen Tagen zu Ende sein müssen und sich dann ernste Folgen einstellen würden. Die Verhältnisse liegen indessen anders. Zur Regelung der Verpflegung ist der Bezirksleiter der sozialdemokratischen Partei für Schleswig-Holstein, Heinrich **Kürbis** aus Hamburg-Altona berufen worden, der in den Soldatenrat eintreten wird. Er gab einem Vertreter der Zeitung die Erklärung ab, daß für die Verpflegung von rund 40 000 Mann gesorgt sei. Das sei eine riesige Aufgabe, die nur bei Aufrechterhaltung völliger Ordnung und Hingabe aller einzelnen Teile der Marine ohne Rücksicht auf ihren bisherigen Rang und Dienststellung gelöst werden könne. Befürchtungen seien aber überflüssig, weil das Reichsmarineamt in Berlin die Verpflegung der Truppen unter allen Umständen sicherstellt. Diese Bestimmung zeigt, daß die neuen Inhaber der Militärgewalt sofort die Fäden, die durch den Umsturz der bisherigen Ordnung zerrissen wurden, wieder angeknüpft haben.

Die **„Kieler Neuesten Nachrichten"** melden: Die **Beamten und Angestellten der „Germaniawerft"** haben heute morgen eine Sitzung abgehalten. Es wurde mitgeteilt, daß die Beamtenschaft **Sitz und Stimme im Ausschusse des Arbeiter- und Soldatenrates** erhalten solle. Was die Offiziere betrifft, so ist ihnen vom Soldatenrat die Erlaubnis erteilt, sich ungehindert in der Stadt zu bewegen. Von einer Schutzhaft ist Abstand genommen worden, doch wird den Offizieren nahegelegt, in **Zivil** auszugehen, um Herausforderungen zu vermeiden. Das Waffentragen ist ihnen streng untersagt, ebenso jede Tätigkeit gegen den Soldatenrat. Kokarden und Achselstücke zu tragen ist ihnen unbenommen. **Die Arbeit auf den Werften ruht auch noch.**

Gouvernements-Tagesbefehl.

Kiel, den 7. November.

Ich bin mit dem heutigen Tage einstimmig von den Vertrauensleuten sämtlicher der neuen Richtung angeschlossenen militärischen Formationen zum Gouverneur gewählt worden und habe die Geschäfte als solcher mit gleichem Zeitpunkt übernommen.

Mir zur Seite steht der „Oberste Soldatenrat des Befehlsbereichs der Ostseestation". Dieser setzt sich zusammen aus fünf Mitgliedern, welche aus den von den Vertrauensmännern der Truppen gewählten Obmännern hervorgegangen sind.

Ich treffe meine Anordnungen in militärischen Angelegenheiten im Einvernehmen mit diesem Obersten Soldatenrat.

1. Sicherungsdienst.

Der gesamte Sicherungsdienst im Bereich des Gouvernements wird in vollem Maße wieder aufgenommen und von den Kommandanturen weitergeführt.

Die Kommandanturen haben das Weitere zu veranlassen und einen entsprechenden Befehl umgehend auszugeben.

2. Verwaltungsangelegenheiten.

Gehaltszahlung, Löhnung und Bekleidungswirtschaft wird in der bisherigen Weise geregelt. Die Verpflegung ist eine einheitliche.

3. Dienstregelung.

Militärischer Dienst findet nicht statt mit Ausnahme des üblichen Wach-, Verwaltungs- und Sanitätsdienstes. Kameraden, die nicht oder noch nicht mit Waffen ausgebildet sind, sind nur zu solchen Arbeiten zu verwenden, die im Interesse unseres Allgemeinwohls erforderlich sind.

4. Urlaub.

Garnisonurlaub ist für alle Kameraden in weitgehendstem Maße zu erteilen und von den zuständigen Dienststellen im Einvernehmen mit den Vertrauensleuten selbständig zu regeln.

Über Heimaturlaub folgt noch besondere Anweisung.

Urlaubskarten. Bis zum Zapfenstreich sind keine Urlaubskarten erforderlich. Diese Regelung gilt für alle Kameraden.

5. Waffentragen.

Sämtlichen nicht im Sicherheitsdienst befindlichen Kameraden ist das Waffentragen verboten.

6. Vorgesetztenverhältnis.

Die Kameraden, welche Dienstgrade inne haben, sind nur im Dienst Vorgesetzte. Die Anrede in der dritten Person fällt fort.

7. Personalmeldung.

Bis zum 15. d. Mts. sind von sämtlichen Dienststellen (auch Lazaretten) a. d. D. Meldungen über Anzahl der Iststärke getrennt nach dem Bestand vom 2. und 13. November an den Soldatenrat einzureichen, damit die Zahl der fehlenden Mannschaften festgestellt werden kann. Heimatsbeurlaubte sind besonders anzuführen.

8. Ärztliches.

Eine ärztliche Untersuchung sämtlicher Kameraden ist beschleunigt durchzuführen und eine entsprechende Meldung nach Veranlassung dem Obersten Soldatenrat vorzulegen.

Kameraden! Eingedenk unserer großen Sache ist es Pflicht eines jeden von uns, mit vollster Hingabe im Interesse unseres Landes und unseres Volkes, dem wir Freiheit und Gedeihen für die Zukunft sichern wollen, mitzuwirken!

Dieser Befehl ist sofort durch die Vertrauensleute allen Kameraden bekanntzugeben.

Einverstanden. gez. Noske.
Der Oberste Soldatenrat.

Was wird der Kaiser tun?

Der „Vorwärts“ vom 31. X. zur Kaiserfrage.

Sinnlos wäre es, in Zeitungsspalten von einer Angelegenheit zu schweigen, von der Markt und Gassen voll sind. Vor ein paar Tagen war überall das Gerücht verbreitet, der Kaiser und der Kronprinz hätten auf den Thron verzichtet.

Als dieses Gerücht sich nicht bestätigte, wurde allgemein angenommen, es eile nur den Tatsachen voraus. Seitdem kann keine Redaktion, keine als irgendwie unterrichtet geltende Persönlichkeit sich mehr vor den Anfragen retten, in denen immer die Worte wiederkehren: „Schon?“ und „Wann?“

Man kann von einer stillen Bewegung reden, die durch **alle** Kreise des deutschen Volkes geht. Wer hier meint, noch mit den alten Gegensätzen Ordnung und Umsturz, Monarchie und Republik operieren zu können, urteilt falsch. Es gibt in dieser Frage im Volk kaum bedeutende Meinungsverschiedenheiten, und wenn sie vorhanden sind, so gruppieren sie sich keinesfalls nach dem Schema der verschiedenen Parteirichtungen.

Der Kaiser hat im Reich viele politische Gegner, und in den letzten Jahren ist die Gegnerschaft **von rechts** besonders stark hervorgetreten. Der Wunsch der Rechten ging, genau so wie der der sozialdemokratischen Linken, nach einer einheitlich festen Politik, nur daß man sich den Inhalt dieser Politik drüben natürlich ganz anders vorstellte als bei uns. Dort ist man der Meinung, daß der Kaiser **nicht militärisch, nicht preußisch, nicht alldeutsch** genug gewesen sei und daß er demokratischen Forderungen nicht genügend festen Widerstand geleistet hätte. Die Alldeutschen sehen sich enttäuscht, die Konservativen fühlen sich verlassen, die Stimmung ist erbittert. Um erregtem Widerspruch zu begegnen, fügen wir sofort hinzu, daß in jenen Kreisen die monarchische Gesinnung und das Treuegefühl keineswegs geschwunden sind, nur den Monarchen hätte man sich dort anders gewünscht.

Will man das bestreiten?

Mit uns Sozialdemokraten steht es ganz anders. Wir sind, wie jedermann weiß, grundsätzliche Gegner aller ererbten Vorrechte und sind seit je für ihre energische Zurückdrängung eingetreten. Leider hat man uns kein Gehör geschenkt. Man stelle sich einmal vor, die Verfassungsreformen, die jetzt eingeführt werden und die wir schon seit 30 Jahren forderten, wären schon vor 10 oder 20 Jahren zur Durchführung gelangt. Dann wären wir entweder überhaupt nicht in den Krieg geraten oder eine **Volksregierung** hätte die auswärtige Politik vor dem Kriege zu verantworten gehabt, eine **Volksregierung** wäre für die ganze Kriegspolitik und die ganze Kriegführung verantwortlich gewesen. Im Falle eines unglücklichen Ausganges hätte niemand anders angeklagt werden können als diese nach dem Willen des Volkes gebildete Regierung. Der Kaiser wäre gänzlich außerhalb der Debatte geblieben.

Wir Sozialdemokraten waren also, ohne es zu wissen und, offen gesagt, **ohne es zu wollen,** die besten Ratgeber Wilhelms II. Wieviel wäre ihm erspart geblieben, wenn man unseren Vorschlägen gefolgt wäre! Umgekehrt die Herolde der „starken Monarchie“, die Gegner eines bloßen „Schattenkaisertums“ haben ihrem König nicht geholfen, sie wurden ihm zum Unglück und Verderben.

Es ist schon ausgesprochen, daß die Sozialdemokraten dem Kaiser ihre guten Ratschläge keineswegs in der Absicht gegeben hatten, ihm zu helfen. Denn zwischen ihnen und ihm bestand **schärfste, persönlich erbitterte Gegnerschaft.** Im Gegensatz zu allen anderen Monarchen hielt es Wilhelm II. lange Jahre hindurch für seine Aufgabe, sich an die Spitze des Kampfes gegen die Sozialdemokratie zu stellen. Und da die Dinge damals so zu stehen schienen, als ob alle Macht auf der einen Seite, der des Kaisers, alle Ohnmacht aber auf der anderen, jener der Sozialdemokratie, stünde, mußte dieser Kampf äußerst erbitternd wirken. Der

Kaiser hat später seinen Fehler erkannt und ihn zu verbessern versucht. Aber es wäre unaufrichtig, zu behaupten, daß es ihm gelungen sei, die Spuren des alten Grolls aus den Arbeitermassen zu tilgen. Nur die Ironiker, die die Sache nie tragisch genommen haben, vermögen über sie hinwegzusehen. Die anderen, die sie ernst, allzu ernst genommen hatten, kommen auch heute noch nicht über sie hinweg.

Von dem Bestreben geleitet, selber ganz objektiv und leidenschaftslos zu urteilen, können wir doch auch noch eine weitere Bemerkung nicht unterdrücken. Sieht man von parteipolitischen Kämpfen ganz ab, so wird man doch finden, daß zwischen Wilhelm II. und breiten Massen des Volkes **niemals ein richtiges Verstehen** geherrscht hat. Chlodwig Hohenlohe sagte einmal, es gebe drei Menschenrassen: Schwarze, Weiße und Fürsten. In diesem Sinn erschien Wilhelm II. immer als die Ausprägung einer Besonderheit, und es blieb keine andere Wahl, man mußte ihn entweder für etwas anderes als einen gewöhnlichen Sterblichen, für unendlich mehr halten, oder man mußte bei dem Gedanken erschrecken, daß dieser Mann, den man als Menschen sah, eine solche Fülle der Gewalt in seinen Händen vereinigen durfte, und sah kommendes Unheil voraus.

Für Vernunftmonarchie war da kein Raum, nur für **Glaubens**monarchie. Wilhelm II. war selbst ein Glaubensmonarch und forderte Glauben an sich und an die Institution, die er vertrat, von seinen Untertanen. Doch ist es ihm nicht gelungen, bekehrend zu wirken, der monarchische Gedanke hat in den letzten dreißig Jahren nicht gewonnen, desto mehr gelitten, und auch ohne diesen unglücklichen Krieg stände Wilhelm II. vor einer gescheiterten Mission.

Nun dieser Krieg! Der Kaiser hat ihn nicht gewollt, er hat aber auch durchaus nicht die richtigen Mittel gefunden, ihn zu verhindern. Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers, seines persönlichen Freundes, gab seinem Verhalten eine unheilvolle Richtung. Für seine Weltanschauung mußte Fürstenmord mehr sein als gewöhnlicher Menschenmord. Wir anderen bedauern den gewaltsamen Tod eines Gekrönten genau so wie den eines armen Landbriefträgers, der auf der Straße überfallen worden ist. Aber noch nie ist aus der Ermordung eines Landbriefträgers ein Weltkrieg entstanden.

Als dann der Krieg kam, hat sich der Kaiser in dankenswerter Weise jedes Eingriffs in die militärische Leitung enthalten, leider nicht ebenso jedes Eingriffs in das Gebiet der Politik. Dabei hat sich wiederholt gezeigt, daß er in seinem Optimismus die wirkliche Sachlage verkannte und schlecht gewählte Parolen herausgab, wie z. B. die des ewigen Gegensatzes zwischen **deutscher und englischer Weltanschauung.** Man erinnert sich, daß der Kaiser der Sohn einer englischen Mutter ist (was ihn in unsern Augen nicht um Millimeterbreite herabsetzt), daß er sich vor Jahren gerühmt hat, Englands fast einziger Freund in Deutschland gewesen zu sein und seiner Großmutter im Kampfe gegen die Burenrepubliken stille Hilfe geleistet zu haben.

Ja, wir feiern ein dunkles Jubiläum. Auf den Tag genau sind es zehn Jahre her, seit der „Daily Telegraph“ sein unheilvolles Interview mit dem Kaiser veröffentlichte und der **Novembersturm** begann. Zwei Wochen wildester Erregung der Presse. Am 10. November Reichstagssitzung. **Bassermann:** „Das gesamte Ausland spricht von einer Zwiespältigkeit der deutschen Politik. Die einmütige Meinung des Inlands hallt wider in der ganzen Presse, in Tausenden von Zuschriften. Sie alle wenden sich gegen das persönliche Regiment. Die Konjunktur

für Majestätsbeleidigungen ist so günstig, daß eine Beschlagnahme ihrer aller wegen der Masse nicht möglich ist. ... So geht es nicht weiter!" **Wiemer:** „Die komplizierte Staatsmaschinerie verträgt keine ungeschickten Eingriffe. Napoleon I. hat einmal gesagt: Ich brauche mehr Kopf und weniger Zunge." (Sehr richtig! links.) **Singer:** „Wie kommen wir aus dieser Politik der Konfusion heraus? Wir geben nichts auf Worte, sondern wir wollen Taten sehen. Wir wollen gesetzliche Maßnahmen, die das deutsche Volk vor einer Wiederholung solcher Vorgänge schützen, dazu ist **eine Verfassungsänderung notwendig, die der Volksvertretung die Entscheidung über Krieg und Frieden gibt.** In letzter Linie sind es doch die **am Horizont auftauchenden Kriege,** deren Gefahr erhöht wird, wenn diese unverantwortliche Politik weitergeführt wird ... Weiter müssen wir verlangen, um den **Einfluß der Volksvertretung auf die auswärtige Politik** zu sichern, **daß der Reichstag selbst bei der Ernennung der Minister mitzuwirken berufen ist.** In England und Frankreich kennt man keine Minister, die nicht das Vertrauen des Parlaments besitzen, sie werden dort aus der Mehrheit selbst genommen. Diesen Zustand in irgendeiner Form auch in Deutschland herbeizuführen, muß die Aufgabe des Reichstags sein. ... Wenn Sie das tun, wird es an unserer Mitarbeit nicht fehlen." — **v. Heydebrand** findet den Vorredner nicht konsequent genug und meint ironisch, er hätte doch gleich die Beseitigung der Monarchie fordern sollen, sagt aber dann: „Die Erregung ist **auch in konservativen Kreisen** gewaltig ... Ich spreche es offen aus, daß es sich für uns nicht nur um die letzte Veröffentlichung handelt, sondern um eine **Summe von Sorgen, Bedenken** und **Unruhe,** die sich im Lauf der Jahre aufgespeichert hat." (Sehr wahr! rechts.)

Das war vor zehn Jahren, und auf diese Dokumente gestützt, **erheben wir Anklage.** Nicht gegen den Kaiser, der so war, wie er durch Geburt und Erziehung geworden ist, sondern **gegen das deutsche Bürgertum.** Wir hatten ihm unsere Hilfe angeboten, um Zustände zu beseitigen, deren unheilvolle Folgen der Mund unseres verstorbenen Führers prophezeite. Es hat sie abgelehnt, es geschah nichts. Und dann kam das Schicksal.

Zehn Jahre sind vergangen, schwere Wolken stehen über Schloß Bellevue, in dem ein Mensch um den Entschluß des Handelns ringt. Wir Sozialdemokraten waren jetzt vor zehn Jahren nahe daran, ohne es zu wissen und zu wollen, sogar **auch ihm** zu helfen. Man hat uns nicht verstanden, ja, wir haben selber nicht ganz verstanden, um was es ging, hätten wir sonst nicht zu **Mitteln der Verzweiflung** greifen müssen!? Nun ist's vorbei und geschehen, und nichts kann mehr das Raunen und Rauschen im Volk zum Schweigen bringen: „**Was** wird der Kaiser tun? — **Wann** wird er es tun?"

Kundgebung der Groß-Berliner Konservativen für Kaiser und Reich.

„Tägliche Rundschau" Nr. 560 teilt mit:

Im großen Sitzungssaale des Abgeordnetenhauses, der einschließlich der Tribünen voll besetzt war, fand am Donnerstag abend eine Versammlung der konservativen Bürgervereine und Ortsgruppen Groß-Berlins statt, die sich zu **einer Kundgebung gegen einen ehrlosen Frieden und für den Kaiser und das Herrscherhaus gestaltete.**

Nach einer kurzen Ansprache des Versammlungsleiters, Geheimrats Schmidt, sprach Pfarrer **Julius Werner** (früher in Frankfurt) über „Der deutsche Christ und Staatsbürger in dem geistigen Entscheidungskampfe der Gegenwart".

Er führte aus, die so katastrophal eingetretene Wandlung berühre auch die Stellung des deutschen Christen und Staatsbürgers nach der geistigen Seite hin. Daraus ergebe sich für diesen die Aufgabe, das Ethische und Geistige mit vollem Bewußtsein mit der Politik zu verknüpfen. Diese Verknüpfung sei jetzt so nötig wie das tägliche Brot. Ein Aufruf zur nationalen Verteidigung kann nur dann Erfolg haben, wenn zugleich mit dem letzten Waffengange ein ethischer und religiöser Aufschwung einsetzt.

Zweiter Redner war Reichstagsabg. **v. Graefe.**

Er erörterte die Umstände, die, namentlich in militärischer Beziehung, zu dem jähen Aufschwung geführt haben: die unerwartet große zahlenmäßige Überlegenheit der Feinde an der Westfront, die schlechte Stimmung der aus Rußland gekommenen Truppen, insbesondere der dort in Kriegsgefangenschaft gewesenen Soldaten, die vom Bolschewismus angesteckt gewesen seien. Vor allem aber habe die Heimat schmählich versagt, und hier wieder vor allem gerade die Kreise, die zu klagen und zu jammern gar keine Ursache haben. Die Urlauber, die die Luft der Pesthöhle Berlin atmeten und das Treiben gewisser Kreise in der Tauentzienstraße sahen, konnten ganz naturgemäß nicht in der gleichen guten Stimmung zur Front zurückgehen, in der sie aus dem Felde gekommen waren. Zu diesen üblen Erscheinungen bei der Truppe kam der Verrat unserer Bundesgenossen, wodurch eine erneute Bedrohung der Ostfront und eine neue Bedrohung der Südgrenze und eine Erschwerung der Ernährungsmöglichkeit sich ergibt. Und im Innern loht die häßliche Flamme des **Bolschewismus** auf und droht das ganze deutsche Volk zu vergiften, was um so gefährlicher ist, als die Regierung dieser Vergiftung nicht mit der nötigen Energie entgegentritt. In der **russischen bolschewistischen Gesandtschaft** gehen die Verschwörer ein und aus und wir dulden ruhig diese bolschewistische Propagandazentrale in der Reichshauptstadt. Das Schlimmste aber sei, daß weite Teile des deutschen Volkes sich nicht über die Bedeutung der Wilsonschen Forderungen klar sei und die großen Gefahren, die uns durch sie drohen, nicht erkennen. Schon die Forderung auf Abtretung von Elsaß-Lothringen und etwa Oberschlesien an Polen bedeute für uns den Ruin unseres Wirtschaftslebens. Wilson weiß, daß er damit unser einziges Monopol, die **Kaliindustrie, vernichtet,** unsere **Erzgewinnung zerstört** und die **Kohlenversorgung unmöglich** macht. Nur aus diesem Grunde verlangt er die Abtretung, nicht etwa aus Interesse für die Elsässer und Polen. Durch die Annahme der Wilsonschen 14 Punkte wird unser ganzes Wirtschaftsleben zur **Lohnarbeit für das uns jetzt feindliche Ausland** auf lange, lange Zeit hinaus herabgedrückt, die Zukunft des ganzen deutschen Volkes vernichtet.

Die Versammlung nahm dann eine **Entschließung** an, in der jeder Waffenstillstand und Frieden, der die Ehre des noch unbesiegten deutschen Heeres verletzt und das Deutsche Reich seinen Feinden wehrlos ausliefert, mit Entrüstung **abgelehnt** und in der **Monarchie die beste und zuverlässigste Regierungsform erblickt** wird. Die Versammelten erklären, daß sie in Treue zum Kaiser und angestammten Herrscherhaus stehen und zu jedem Opfer bereit sind, dem deutschen Volke einen ehrenvollen Frieden zu erringen.

Die Kaiserfrage.

(„Berliner Volks-Zeitung" Nr. 559.)

Was denkt die Volksregierung?

In die Zeitspanne bis zum Eintreffen der feindlichen Waffenstillstandsbedingungen, die an sich schon eine starke Belastungsprobe für unsere Nerven bildet, ist nun auch die Frage hineingeworfen worden, ob die **Abdankung des Kaisers** und der Thronfolgeverzicht des **Kronprinzen** unsere Lage erleichtern würde oder nicht. Die Zensur hat verständigerweise die Erörterung der Frage freigegeben. Es geht nicht an, daß die deutsche Presse im neuen Volksstaat bei einer Frage den Kopf in den Sand steckt, die für unsere Zukunft und Gegenwart von beträchtlicher Bedeutung ist. Wir haben schon wiederholt ausgeführt, daß der Kaiser in hohem Maße die Verkörperung der Reichsidee ist. Im Grunde ist rechtlich der deutsche Kaiser ein Präsident, gewählt von den Bundesfürsten auf Lebenszeit und mit Erbberechtigung für seine männlichen Nachkommen. Er war im Reiche nie „von Gottes Gnaden" und die echtpreußischen Männer haben daran oft genug Anstoß genommen. **Das Kaisertum ist in gewissem Sinne eine demokratische Errungenschaft,** und man darf schließlich auch nicht vergessen, daß es zusammen mit dem Reichstagswahlrechte an einem Tage geboren wurde. Nun wollen ja die Anhänger der Abdankungsidee offenbar nicht das Kaisertum abschaffen. Wir wissen nicht, ob Herr **Scheidemann** in seinem **Briefe** an den Reichskanzler (den die „Vossische Zeitung" gleich im Format einer Denkschrift gesehen) die Einführung der **Republik** vorschlägt. Wir möchten aber annehmen, daß jene Politiker, die für eine Abdankung des Kaisers sind, nur Wilhelm II. und den jetzigen Kronprinzen nicht haben wollen. Sie hoffen leichter zum Frieden zu kommen, wenn beide verzichten. Zunächst erhebt sich da die Frage: **Was berechtigt die Mitglieder** der Volksregierung, die also denken, **zu ihrer Annahme?** Hat das Volk nicht das Recht, von seiner Volksregierung zu erfahren, wie ihre Mitglieder denken und auf welche Gründe und welche Ansichten sie ihre Annahme stützen? Es geht wirklich nicht an, daß sich alle diese Dinge wie in den seligen Tagen der Geheimdiplomatie hinter verschlossenen Türen abspielen und das Volk schließlich vor eine vollendete Tatsache gestellt wird. Wenn Kaiser und Kronprinz ein Friedenshindernis sind, so soll man es sagen. Im Volke wird man dann Verständnis dafür haben, daß sie beide abtreten und ihre Tage als Privatleute beschließen. Dann muß aber Vorsorge dafür geschaffen sein, daß jeder reichbedrohende Partikularismus ausgeschaltet wird. Der Reichsgedanke muß dann durch zentralistische Maßnahmen, durch die Stärkung der Stellung des Reichstags usw. eine so tiefe Verankerung erfahren, daß alle Gefahren für den Reichsbestand ausgeschaltet sind. Erfordert der Frieden aber nicht, daß Kaiser und Kronprinz gehen, dann belaste man die gegenwärtige schwere Zeit nicht noch mit dieser Frage. In jedem Falle aber sage man offen, klar und unumwunden dem Volke, wie die Dinge liegen.

Inzwischen kann das Volk nur aus den einzelnen Organen der Mehrheit Andeutungen erfahren. Die „Germania" schrieb gestern morgen:

> „Die Frage heißt nicht, ob nicht bei uns auch ein Kaiser gehen solle wie bei anderen Völkern, sie schneidet vielmehr gebieterisch die Kardinalfrage an, ob ein solcher Wechsel nicht die **deutsche Einheit** und Einigkeit gefährdet, die uns allen das Heiligste ist und sein soll. Wir Deutsche sind ein von Hause aus stark monarchisches Volk, so daß vor wenig Monaten der **„Vorwärts"**

noch zugeben mußte, die Mehrheit sei so überwiegend für den monarchischen Gedanken, daß ihr gegenüber die grundsätzliche Anhängerschaft der Sozialdemokratie an die Republik zurücktreten müsse — eine durchaus demokratische Auffassung, die sich dem Willen der Majorität fügt. Warum sollen also wir uns in Streit und Hader um die Kaiserfrage stürzen, die selbst für das feindliche Ausland ihren Inhalt verloren hat, nun, nachdem der kaiserlichen Gewalt nichts mehr anhaftet von allem, was man als absolutistisch glaubte empfinden zu müssen! Die politische Macht des deutschen Kaisers steht heute bei uns um nichts größer da als die Macht des Königs von England gegenüber seinem Parlament, oder als die des Königs von Italien. Dasselbe Recht aber, das diese Länder auf die monarchische Staatsform haben, müssen und werden auch uns selbst unsere Feinde zugestehen; denn so verlangen es Recht und Gerechtigkeit, die Grundlagen der neuen Weltordnung."

Danach darf man annehmen, daß die Zentrumsmitglieder der Volksregierung auf dem Standpunkt stehen, daß eine Kaiserfrage für sie nicht oder nicht mehr besteht. In ihrem gestrigen Abendblatt gibt das gleiche Zentrumsblatt an der Spitze folgende englische Auslassung wieder:

„In einem bemerkenswerten Aufsatze spricht der **„Daily Chronicle"** von englischen Besorgnissen, die sich an den amerikanischen Kampf gegen das deutsche Kaisertum anknüpfen. Man fürchtet in England mit Recht, daß mit dem deutschen Kaisertum ein weiteres Stück Autorität und eines der letzten Bollwerke gegen den andrängenden europäischen kulturgefährdenden **Bolschewismus** verloren ginge. Völker leben von Ideen, und Reiche werden von Ideen zusammengehalten. Das müssen wir Deutsche uns vor Augen halten, damit wir jenseits von den Gefühlen der Zuneigung und Abneigung nicht vergessen, daß mit der Abdankung des Kaisers das Gefüge des Deutschen Reiches sich verhängnisvoll lockern und daß vor allem auch ein Damm gegen die Gefahren der Plutokratie abgetragen würde."

Die „Germania" bemerkt dazu aus eigenem: „Freilich, eins ist notwendig: **der gegenwärtige Träger der Kaiserkrone muß sich bewußt und vorbehaltlos zu der neuen inneren Staatsgestaltung Deutschlands bekennen.** Nun lassen aber Zeitungsnachrichten erkennen, daß das bereits in überzeugender, eindringlicher, feierlicher **Form geschehen** ist. Trifft das zu, so ist es ein Gebot der Staatsklugheit, mit der **Veröffentlichung der kaiserlichen Kundgebung** nicht eine Stunde zu zögern."

Es liegt also eine kaiserliche Kundgebung vor. Auch über dergleichen wichtige Dinge erfährt man nur aus gelegentlichen Andeutungen. Das ist ein unhaltbarer Zustand! Das Volk verlangt Wahrheit und Klarheit. Die Volksregierung verliert die Fühlung mit den Massen, wenn sie in ihren bisherigen Methoden fortfährt.

Die Freikonservative „Post" über den Kaiser.

Wenn man heute den Grund für das namenlose Unheil, das über Deutschland und Rußland, über die Fürsten und Monarchien hereingebrochen ist, auf die **einfachste Formel** bringen will, dann kann man sagen, er liegt darin, daß **Wilhelm II.** und **Nikolaus II.** sich nicht vertragen konnten. Die Welt hat im Hinblick auf die furchtbaren Folgen, die diese Tatsache hatte, nicht gezögert, die In-

telligenz beider Kaiser aufs grausamste anzuzweifeln. Daß dem **Zaren** kein Unrecht geschehen war, zeigten die Veröffentlichungen aus seinem Tagebuche. Jetzt teilt der Kriegsberichterstatter Dr. Georg Wegener einige **Äußerungen Kaiser Wilhelms** mit, welche sehr seltsam anmuten. Dr. Wegener erzählt, wie er am Abend des **3. November** im Kriegspressequartier an der Westfront vom Generalstab aus Spaa die Aufforderung erhielt, den Kaiser auf einer Fahrt zur Front zu begleiten. Nach dem Frühstück im Hofzug hat nun der **Kaiser** am Tage vor dem Beginn der Revolution in Kiel, also fünf Tage vor seiner Flucht nach Holland, in einer etwa dreiviertelstündigen, durch keinen dritten Teilnehmer unterbrochenen Unterredung sich in eingehender Weise über die **politischen Verhältnisse und Fragen** ausgesprochen; er sagte unter anderem:

„Die ganze Politik der letzten Wochen vor dem Kriege haben **Bethmann** und **Jagow allein** gemacht. Ich wußte überhaupt nichts mehr davon. Sie haben mich ja durchaus **wider meinen Willen nach Norwegen** geschickt. Ich wollte die Reise nicht machen, da die Gespanntheit der Lage nach der Ermordung Franz Ferdinands auf der Hand lag. Aber der Reichskanzler sagte mir: Majestät müssen die Reise antreten, um den Frieden zu bewahren; wenn Majestät hier bleiben, gibt es sicher Krieg, und die Welt wird Euer Majestät die Schuld daran zuschieben. — Nun, da bin ich denn gereist, und während der ganzen Zeit habe ich von meiner Regierung keine Nachrichten über die Vorgänge erhalten. Ich erfuhr eigentlich nur aus den norwegischen Zeitungen, was in der Welt geschah, so auch von dem Fortgang der russischen Mobilmachungsvorbereitungen. Als ich dann aber das Auslaufen der englischen **Flotte** hörte, da bin ich auf eigene Faust zurückgekehrt. Beinahe hätten sie mich abgefangen. Auf meinen Befehl sind auch noch die deutschen Schiffe, die in norwegischen Häfen lagen, zurückgekommen. Später wäre das nicht mehr möglich gewesen."

Professor Wegener erinnerte dann an die neuen Aussagen des ehemaligen russischen Kriegsministers **Suchomlinow,** die gerade damals durch die Zeitungen gingen und worin er seine bekannte Prozeßbekundung über den Befehl zur russischen Mobilmachung dahin änderte, daß der Zar in der Tat einen Befehl gegeben hatte, freilich in seiner Weise so unklar, daß die Minister die Auslegung unter eigener Verantwortung hätten vornehmen müssen. Es sei aber noch keine wirkliche, sondern nur eine Mobilmachungsbereitschaft befohlen worden. Das alles ließ der **Kaiser nicht gelten;** er blieb bei der ersten Aussage Suchomlinows, wonach der Zar auf seine, des Kaisers, Veranlassung den Mobilmachungsbefehl zurückgezogen habe; Januschkewitsch haben den Zaren aber belogen, der Befehl sei doch ausgeführt worden, und zwar in Form einer wirklichen Mobilmachung; es sei durchaus falsch, nur eine Mobilmachungsbereitschaft zu behaupten. Und diese Mobilmachung sei der letzte Grund zum Ausbruch des Krieges gewesen. Gewollt und erzwungen habe ihn die russische Kriegspartei am Hofe. Die Vorbereitungen gingen ja schon bis in das Frühjahr 1914 zurück. Schon seitdem wurden die sibirischen Regimenter etappenweise nach dem Westen gezogen. Man sprach zu ihnen selbst immer von Manövern, so kamen sie zuerst in die Gegend der Wolga, dann weiter nach Westen, zuletzt nach **Wilna.** Da erhielten sie plötzlich **scharfe Patronen,** und es wurde ihnen eröffnet, nun ginge es los. Tatsache ist ja auch, daß russische Truppen schon vor der Kriegserklärung unsere Grenzen überschritten haben.

Es scheint wirklich, daß es Deutschlands Los sein soll, den russischen Leidensweg Schritt für Schritt nachzugehen. Das Tagebuch des Zaren und die Anklagen des Kaisers stehen ziemlich auf der gleichen Stufe. „Die ganze Politik haben Bethmann und Jagow allein gemacht; ich wußte überhaupt nichts mehr davon —“ sprach das derselbe Mann, der Bismarck fortschickte, um sein eigener Kanzler sein zu können, der die Sozialdemokratie allein meistern wollte, dessen Imperatorreden die Welt gegen uns einte? „Sie haben mich ja durchaus wider meinen Willen nach Norwegen geschickt“, konnte das derselbe Herrscher sagen, der von seiner Mission die denkbar höchste Vorstellung besaß, der zwischen sich und der Mitwelt einen breiten Abstand legte, der nicht davor zurückschreckte, politische Parteien und Erwerbsstände in verächtlicher Weise zu behandeln?

Prinz Max über die Abdankung des Kaisers.

Der frühere Reichskanzler Prinz Max von Baden übergibt uns eine Darstellung der Ereignisse im Oktober und November 1918 bis zum Ausbruch der Revolution. Besonders bemerkenswert sind die Mitteilungen über seine Versuche, durch Beschleunigung des Rücktritts des Kaisers die Katastrophe zu vermeiden. Er hat dabei mit Nachdruck den Gedanken einer Nationalversammlung unter Heranziehung Deutsch-Österreichs vertreten, die über die Staatsform entscheiden sollte. Wir lassen die Erklärungen des früheren Reichskanzlers folgen:

Salem, den 30. Juli 1919.

Ich beabsichtige, demnächst eine Darstellung der entscheidenden Vorgänge aus der Zeit vom 1. Oktober bis 9. November 1918 herauszugeben. Die Schilderung der Vorgänge am 9. November, welche die „Deutsche Tageszeitung“ am 27. Juli bringt, und für die Generalfeldmarschall v. Hindenburg, Generaloberst v. Plessen, General v. Marschall, General Graf Schulenburg und Staatssekretär a. D. v. Hintze die volle Bürgschaft übernehmen, nötigt mich im voraus zu der nachstehenden Erklärung: Ich hätte gern noch einige Wochen gewartet, bis eine Reihe schwebender internationaler Fragen geklärt sind, aber meine Gegner machen mir ein längeres Schweigen unmöglich.

Zur Mission von Minister Drews im Großen Hauptquartier.

Im Anschluß an den Vortrag des Ministers Drews erhob General Groener einen Vorwurf, welchen sich die Denkschrift offenbar zu eigen machte: Die Regierung habe die Verhetzung durch die heimatlichen Blätter und durch die Propaganda der feindlichen Blätter nicht in genügendem Maße gehindert und dadurch der Armee namenlosen Schaden zugefügt.

Das ist eine schwere Anklage. Heute will ich darüber nur grundsätzlich sagen:

Um der Agitation der Unabhängigen und der feindlichen Propaganda in Deutschland das Rückgrat zu brechen, gab es seit dem Eintreffen der Wilson-Note vom 13. Oktober nur **ein** Mittel: **die Abdankung, den freiwilligen und würdigen Thronverzicht des Kaisers.** Damals stand zu erwarten, daß eine solche Opfertat entweder unsere internationale Lage verbesserte oder, was das Wahrscheinlichere war, den Präsidenten Wilson und seine Verbündeten als wortbrüchig entlarvt und damit das deutsche Volk in einem neuen Zorn gegen die Feinde geeint hätte, wenn nicht zum militärischen Standhalten, so doch zur moralischen Abwehr. Dies **dem Kaiser klarzulegen, war der Sinn der Mission Drews.**

Die große Stoßkraft hatte die feindliche Propaganda und die unabhängige Agitation in Deutschland nicht aus eigener Kraft erworben, sondern sie verdankt sie vor allem der Kriegspolitik, die während vier Jahre, insbesondere noch im Jahre 1918, verfolgt wurde.

Die Oberste Heeresleitung wurde wiederholt vor und während der großen Offensive von Gewerkschaftsführern, Parlamentariern, Gelehrten und einem der bekanntesten Großindustriellen gewarnt, wie ja auch von gewichtiger militärischer Seite erklärt worden ist, daß die psychologische Katastrophe und der Zusammenbruch der Heimat unvermeidlich eintreten würde, wenn am Ende der Campagne 1918 das Versprechen „Friede und Sieg in diesem Jahre" sich nicht erfüllen würde.

Auch das einzig wirksame **Gegenmittel** wurde immer wieder und eindringlich angeraten: Auf dem Höhepunkt unserer militärischen Kraft die öffentliche und präzise Verkündigung unserer Kriegsziele, vor allem die unzweideutige Erklärung über Belgiens Wiederherstellung, um entweder den Weg zum Frieden frei zu machen oder durch die Bloßstellung des bösen Willens der Feinde ihnen die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges vor der ganzen Welt aufzubürden und damit dem deutschen Krieg vor der ganzen Welt den Charakter eines Volkskrieges zu geben. Diese Warnungen wurden weder von der Regierung noch von der Obersten Heeresleitung beherzigt.

Daß aber die psychologische Katastrophe mit einer solch ungeheuren Wucht hereinbrach, das war nicht nötig. Daran war unser Waffenstillstandsangebot schuld, das, wie sich später herausstellte, durch die militärischen Ereignisse vom 29. September bis 3. Oktober nicht gerechtfertigt war und das sofort im Inlande und Auslande als eine militärische Bankerotterklärung wirkte.

Die Tatsache, daß die kaiserliche Regierung sich gerade an den **Präsidenten Wilson** wandte, hat im Oktober und November zu der überraschenden Umwälzung in der öffentlichen Meinung Deutschlands verholfen. Das Große Hauptquartier beschloß am 29. September, den **Hauptexponenten der angelsächsischen Welt** um die Herbeiführung eines sofortigen Waffenstillstandes zu bitten. Darin lag die größte Huldigung, die dem feindlichen Staatsmann während des ganzen Krieges zuteil geworden war, eine Huldigung, mit der verglichen Illusionen und Lobreden, die von demokratischer Seite über Wilson aufgehäuft waren, Nichtigkeiten sind.

Ohne die Waffenstillstandsbitte an Wilson hätten seine im Oktober gegen den Kaiser gerichteten Worte und gleichzeitigen Zusagen an das deutsche Volk niemals die Abdankungskrise in dieser Schärfe hervorrufen können.

Zu den Vorgängen am 9. November im Hauptquartier.

1. Die in der „Deutschen Tageszeitung" veröffentlichte Denkschrift läßt unerwähnt, daß am 9. November früh 9,15 Uhr Staatssekretär v. Hintze in der Reichskanzlei anrief und mitteilte: die **Oberste Heeresleitung** hätte sich entschlossen, sogleich S. M. zu melden, daß die bewaffneten Streitkräfte im Falle eines Bürgerkrieges nicht hinter dem Kaiser stehen würden und daß die Armee aus Ernährungsschwierigkeiten nicht imstande sein werde, einen Bürgerkrieg zu führen.

2. Die Denkschrift behauptet, daß die Frage der Abdankung während des Vortrages über die militärische Lage nicht berührt wurde. Dem widerspricht die Darstellung des Generals **Grafen Schulenburg,** welche die „Freiheit" vom 5. April veröffentlicht hat. Darin heißt es:

„Ich traf im Vorraum die Generale v. Plessen und Marschall, die mir sagten, daß der Feldmarschall und Groener jetzt zum Kaiser führen, um ihm die Notwendigkeit seiner sofortigen Abdankung klarzulegen." Ich antwortete ihnen: „Ihr seid hier wohl alle verrückt geworden. Das Heer steht zum Kaiser." Beide nahmen mich darauf mit zum Kaiser.

Graf Schulenburg gibt als Schlußwort des **Groenerschen Vortrages** folgendes wieder: „Es sei ganz ausgeschlossen, mit dem Feinde im Rücken mit dem geschlossenen Heer kehrtzumachen und es in vierwöchigem Marsch zum Bürgerkrieg nach Deutschland zu führen. Nach seiner und des Feldmarschalls Ansicht, der auch sein Abteilungschef und ebenso der Generalquartiermeister, der Generalintendant und der Chef des Eisenbahnwesens beiträte, läge die einzige Rettung des Vaterlandes in der **sofortigen Abdankung des Kaisers.**" Später habe der Feldmarschall das Wort ergriffen und erklärt, daß „alle Nachrichten, die die Oberste Heeresleitung aus der Heimat und dem Heer hätten, die Notwendigkeit der Abdankung unumgänglich nötig machen".

3. Die Denkschrift behauptet, daß die „erste Aufforderung zur Abdankung aus der Reichskanzlei erst gegen Ende des militärischen Vortrages eingetroffen sei". Diese Behauptung ist unrichtig und unbegreiflich.

Über die Versuche, welche vom 26. Oktober an unternommen wurden, um dem Kaiser die freiwillige Abdankung nahezulegen, werde ich an anderem Orte berichten. Ich erwähne hier nur die Mitteilungen, die vom 7. November ab nach Überreichung des Ultimatums der Sozialdemokraten dem Hauptquartier von mir aus zugingen.

Unmittelbar nach dem **Abschiedsgesuch,** das ich dem Kaiser auf Grund jenes Ultimatums einreichte, wurde ein **Ergänzungstelegramm** folgenden Inhalts abgesandt:

Ich erkannte in den Eingangssätzen die Gefahr an, die ein unter dem Druck der Sozialdemokratie erfolgter Thronverzicht des Kaisers und des Kronprinzen für die Dynastie und das Reich bedeuteten und die ich durch meine Schritte beim Kaiser und beim Kriegskabinett abzuwenden mich bemüht hatte. Andererseits nannte ich es eine noch größere Gefahr, eine Regierung ohne oder gegen die Sozialdemokraten zu bilden. Die könne nur eine Militärdiktatur sein und müsse unvermeidlich zum Bürgerkrieg und zur Zerstörung des deutschen Volkskörpers durch den Bolschewismus führen. Schon der Versuch, sie durchzuführen, würde scheitern, da die Truppen größtenteils zu den Aufrührern übergehen würden. Ich hielt es daher für meine Pflicht, eindringlich vor einem solchen Schritte zu warnen.

In der Nacht vom 7. zum 8. November ging noch ein **weiteres Telegramm** an den Kaiser ab:

Um die sozialdemokratische Partei regierungsfähig zu erhalten und den Übergang der Massen ins radikale Lager zu verhüten, müsse man den Unabhängigen und der Spartakusgruppe das Schlagwort entwinden, dessen Massensuggestion nach Bekanntwerden der Waffenstillstandsbedingungen an Gewalt noch wachsen würde. Ich riet aber nicht, das Ultimatum einfach anzunehmen, sondern den monarchischen Gedanken durch eine demokratischere Lösung zu retten, als die Sozialdemokraten vorsehen. Der Kaiser müsse unverzüglich den festen Willen aussprechen, abzudanken, sobald der Stand der Waffenstillstandsverhandlungen die **Ausschreibung von Neuwahlen für eine verfassunggebende Nationalversammlung** gestatte, der die endgültige Neugestaltung der Staatsform des deutschen Volkes zu-

fallen würde, **einschließlich der bisher in das Reich nicht aufgenommenen Volksteile.** Bis dahin solle der Kaiser einen Stellvertreter bestellen. Zur Empfehlung dieser Lösung machte ich geltend, der monarchische Gedanke würde bei den Neuwahlen einen Vorsprung erhalten, weil die Initiative zur Feststellung des Volkswillens von der Krone ausgehen würde. Der Kampf würde von den gesetzlosen in legale Bahnen, von der Straße in die Wahllokale abgelenkt, der ruhigen Bevölkerung die Möglichkeit der Gegenwirkung gegeben werden. Ich schloß mit dem Hinweise auf die Verschärfung der Lage im Reiche. **In München sei die Republik ausgerufen,** in Stuttgart sei die Abdankung des Königs gefordert worden.

Auch dieser Appell verlief ergebnislos. Vom 8. November datiert erhielt ich das folgende Telegramm im Auftrage des Kaisers:

„S. M. hat es völlig abgelehnt, auf die Vorschläge Seiner Großherzoglichen Hoheit in der Thronfrage einzugehen und hält es nach wie vor für seine Pflicht, auf seinem Posten zu bleiben."

Darauf führte ich am Abend ein **Telephongespräch mit dem Kaiser** herbei. Es dauerte ungefähr 20 Minuten. Ich gebe den Herren meine Aufklärungen nach Notizen, die der im Zimmer anwesende Legationsrat v. Prittwitz gemacht hat:

„Die Abdankung S. M. sei notwendig geworden, um den Bürgerkrieg in Deutschland zu vermeiden und die Mission als Friedenskaiser bis zum Schlusse zu erfüllen. Wenn jetzt durch Verzicht des Kaisers der Bürgerkrieg und Schlimmeres verhütet werde, so werde sein Name in der Geschichte gesegnet sein. Wenn er jetzt nicht erfolge, so werde im Reichstag die Forderung nach Abdankung erhoben werden und durchgehen. Die Haltung der Truppen sei nicht zuverlässig. In Köln sei die Macht in den Händen der A.- und S.-Räte. In Braunschweig wehe die rote Fahne auf dem Schloß. In München sei die Republik ausgerufen. In Schwerin tage ein A.- und S.-Rat. Das Militär habe sich nirgends bewährt.

Es beständen zwei Möglichkeiten:

Erstens Abdankung, Ernennung eines Stellvertreters und Einberufung einer Nationalversammlung.

Zweitens Abdankung, Thronverzicht des Kronprinzen und Regentschaft für seinen Enkel.

Das letztere verlange der interfraktionelle Ausschuß, das erstere erscheint mir als das Bessere und biete alle Chancen für die Monarchie. Welche Schritte auch immer geschehen, sie müßten mit der größten Beschleunigung unternommen werden. Wenn das Opfer erst erfolge, nachdem schon Blut vergossen sei, dann habe es keine heilende Wirkung mehr. Falls der Kaiser diesen Schritt tue, könne mit Hilfe der Sozialdemokratie die Situation gehalten werden. Sonst stehe Revolution und Republik bevor. Das freiwillige Opfer sei erforderlich, um den Namen des Kaisers in der Geschichte zu erhalten.

Der Kaiser war gänzlich unorientiert über die Stellung der Truppen zu seiner Person. **Er sprach von einer militärischen Expedition gegen die Heimat und ging auf meine Vorschläge nicht ein.** Hätte die Oberste Heeresleitung dem Kaiser am 8. November die Wahrheit über die Armee gesagt, die sie ihm endlich am 9. November früh mitteilte, so zweifle ich nicht daran, daß der **Kaiser am 8. abends den Thronverzicht ausgesprochen hätte.**

Erst am Abend und während der Nacht wurde die Orientierung der von dem Kaiser befohlenen Operation gegen die Heimat erkannt von **Solf** und von mir, sowie

durch Telephongespräche von Oberst **v. Haeften** mit General Groener, von Exzellenz **Wahnschaffe** mit Freiherrn v. Grünau. Meiner Erinnerung nach ist auch noch eine Auskunft eines sozialdemokratischen Führers, die um Mitternacht in der Reichskanzlei eintraf, sogleich nach Spa weitergegeben worden. Sie besagte, daß die Abdankungserklärung bis zum frühen Morgen da sein müsse, wenn man die Arbeiter in den Fabriken zurückhalten wolle.

Es ist ausgeschlossen, daß die Oberste Heeresleitung am 8. November über den zwischen Berlin und Spa in der Abdankungsfrage geführten Meinungsaustausch nicht orientiert worden ist. Sie wußte, welche entscheidende Bedeutung das militärische Gutachten für die Entschlüsse des Kaisers haben würde. Sie mußte sich sagen, daß die Ereignisse in Berlin zu schnellsten Entscheidungen drängten. Die in der „Deutschen Tageszeitung" veröffentlichte Denkschrift enthüllt, daß die Oberste Heeresleitung **bereits am 8. November** abends die Undurchführbarkeit der von dem Kaiser befohlenen Operation gegen die Heimat erkannt hatte, ja, daß sie bereits damals Beispiele unerhörter Unzuverlässigkeit von Formationen hatte, die als Kerntruppen angesehen wurden und denen die Aufgabe zugewiesen war, den Rücken des Großen Hauptquartiers gegen die Aufrührer zu decken.

Was hat die Oberste Heeresleitung veranlaßt, am 8. November zu schweigen, warum wurde nicht wenigstens noch in der Nacht vom 8. auf den 9., in der sich doch vieles machen ließ, die Aufklärung des Kaisers in Angriff genommen?

4. Die Denkschrift spricht von Widersprüchen zwischen den Auskünften der Reichskanzlei und des Gouvernements über die **militärische Lage in Berlin** am Vormittag des 9. November. Es ist **unmöglich,** daß der Ausdruck „Berlin stöße in Blut" von irgendeinem Herrn der Reichskanzlei gebraucht worden ist. Hier muß ein **telephonisches Mißverständnis** vorliegen. Wohl ist es möglich, daß die Angaben der Reichskanzlei und des Gouvernements in belanglosen Einzelheiten auseinandergingen. Worauf es ankommt ist, daß sie in der entscheidenden Tatsache übereinstimmten: Die Situation ist in Berlin mit militärischen Machtmitteln nicht zu halten. (Vgl. die Denkschrift des Generals v. Schulenburg: Gleich lief die telephonische Antwort des Gouverneurs von Berlin ein, die die Mitteilung des Reichskanzlers bestätigte, daß die Truppen übergelaufen seien und er selbst keine Truppe mehr in der Hand habe.)

5. Die Denkschrift läßt die wichtige Tatsache unerwähnt, daß auf Grund der Aufklärung über die Armee und auf Grund der Vorschläge und Nachrichten aus Berlin der Kaiser sich im Laufe des Vormittags tatsächlich zu dem Entschluß durchgerungen hatte, **abzudanken,** und zwar vorbehaltlos als Kaiser und König von Preußen.

Graf **Schulenburg** berichtet, was auch ein anderer Augenzeuge bestätigt: „Se. Majestät war durch diese Meldung aufs tiefste beeindruckt und scheinbar entschlossen, seine Person zum Opfer zu bringen, um den Bruderkrieg zu vermeiden." Das muß ungefähr um 11 Uhr gewesen sein.

Eine erneute Sinnesänderung trat ein auf Grund der Einwirkung des Generals Grafen Schulenburg, der im Gegensatz zu dem Gutachten der Obersten Heeresleitung erklärte, die Armee stehe noch hinter dem Kaiser und würde auseinanderfallen, wenn er nicht als König von Preußen und oberster Kriegsherr bliebe. (Hierbei ist zu bemerken, daß die Schulenburgsche Auffassung von der Haltung des Heeres gleich darauf von den Frontoffizieren seiner eigenen Armee widerlegt wurde.)

Der Kaiser griff den Schulenburgschen Kompromißvorschlag auf und entschloß sich nur, als Kaiser und **nicht als König von Preußen** abzudanken.

Die Denkschrift verschweigt, was ebenfalls Graf Schulenburg in seinem in der „Freiheit" veröffentlichten Bericht mitteilt, daß der Kaiser die sofortige Orientierung des Reichskanzlers über die neue Lösung für notwendig hielt, daß es aber General Graf Schulenburg gelang, den bereits in diesem Sinne an Staatssekretär v. Hintze gegebenen Befehl rückgängig zu machen und diese Benachrichtigung aufzuschieben, bis die schriftliche Formulierung vorläge und unterzeichnet sei. Er selbst eilte dann ans Telephon, erwähnte gegenüber dem erneuten Drängen der Reichskanzlei nichts von der neuen Wendung, sondern will nach seiner eigenen Aussage die Worte gebraucht haben: „Eine so wichtige Entschließung, wie die Abdankung des Kaisers könne nicht in wenigen Minuten gefaßt werden. Se. Majestät hätte seinen Entschluß gefaßt. Er würde schriftlich im Augenblick formuliert, und die Reichsregierung müsse sich gedulden, bis diese Erklärung etwa in einer halben Stunde in ihren Händen sein würde."

Die Vorgänge in Berlin.

Für die Beurteilung meiner Handlungsweise ist die Frage entscheidend, welche Kenntnis hatte die Reichskanzlei von diesen Vorgängen in Spa? Ich stelle die Reihenfolge der wichtigsten Begebenheiten in Berlin zusammen:

Um 9 Uhr 15 traf die telephonische Nachricht aus dem Hauptquartier ein: „Die Oberste Heeresleitung habe sich entschlossen, sogleich Sr. Majestät zu melden, daß die bewaffneten Streitkräfte im Falle des Bürgerkrieges nicht hinter dem Kaiser stehen würden und daß die Armee aus Ernährungsschwierigkeiten nicht imstande sein würde, einen Bürgerkrieg zu führen." Die Bemerkung Exz. Wahnschaffes, unter diesen Umständen bleibe doch nur die Abdankung, fand keinen Widerspruch.

Bald nach 10 Uhr liefen die ersten Nachrichten über versagende Truppen ein: Alexander-Regiment, Naumburger Jäger, Jüterboger Artillerie. Für die Beurteilung der Lage war das **Meutern der Naumburger Jäger von ausschlaggebender Bedeutung.** Sie waren eigens wegen der erwarteten Unruhen nach Berlin gezogen und noch am Abend vorher als zuverlässigste Truppe bezeichnet worden. Das Beispiel der Naumburger Jäger hatte eine demoralisierende Wirkung auf die ganze Garnison ausgeübt. Die Meldungen über die Entwicklung der Aufstandsbewegung wurden sofort nach dem Hauptquartier weitergegeben. Die Möglichkeit einer Gegenwirkung der besonneneren Elemente in der Sozialdemokratie verringerten sich von Minute zu Minute. Ich habe deshalb ins Hauptquartier melden lassen, es handle sich nicht um Stunden, sondern **um Minuten.** Unsere Telephonate wurden in Spa entgegengenommen durch die Herren v. Hintze, v. Grünau, Graf Schulenburg, General Groener und, wie ich glaube, auch Herrn v. Hirschfeld. In diesen Telephongesprächen, die gegen 11 Uhr stattfanden, wurden wir immer aufs neue vertröstet: Eine Entscheidung stände bevor, die Sache ginge ihren Gang. Wir sollten nur noch etwas warten u. dgl. m.

Der übereinstimmende Eindruck derselben in der Reichskanzlei war, daß die Dinge im Hauptquartier sich so entwickelten, wie sie sich nach dem Vortrag der Obersten Heeresleitung eigentlich naturnotwendig entwickeln mußten, das heißt, daß der Kaiser abdanken würde. Nach 11 Uhr lauteten die Nachrichten bestimmter. Die für mich maßgebenden Telephonmeldungen waren: Die Angelegenheit sei jetzt **sachlich entschieden,** sie seien jetzt bei der Formulierung, der Kaiser hätte sich

zur Abdankung entschlossen, wir würden in einer halben Stunde die Formulierung erhalten.

Ich halte es nach den neuen Darstellungen für sehr möglich, daß zur Zeit dieser letzten telephonischen Meldung bereits der „Rückfall" des Kaisers eingetreten war und diese Meldung mit dem oben erwähnten Telephonat des Generals Schulenburg identisch ist, das ich noch einmal hierher setzen will: „Eine so wichtige Entschließung wie die Abdankung des Kaisers könne **nicht in wenigen Minuten** gefaßt werden. Se. Majestät hätte seinen Entschluß gefaßt. Er werde im Augenblick schriftlich formuliert und die Reichsregierung müsse sich gedulden, bis die Erklärung etwa in einer halben Stunde in ihren Händen sein werde." Selbst wenn die telephonische Meldung genau diesen Wortlaut gehabt hat, den Graf Schulenburg hier angibt, so konnte die Reichsregierung sie nicht anders verstehen als dahin, daß der Kaiser den Entschluß zur vorbehaltlosen Abdankung gefaßt hatte und **nur die Form noch gesucht wurde.**

Die **Möglichkeit einer Sinnesänderung** konnte von mir nicht in Betracht gezogen werden: Waren mir doch die beiden entscheidenden Tatsachen bekannt, die als Grundlage für die Entschlüsse des Kaisers anzusehen waren: **Das Gutachten der Obersten Heeresleitung über die Haltung der Armee und die Berichte über die Machtverhältnisse in Berlin.**

Ich wiederhole: Von einer Abdankung nur als Kaiser und nicht als König von Preußen war in den Telephongesprächen vom 9. November und auch vorher mit keiner Silbe die Rede gewesen. Graf Schulenburg hatte es ja erreicht, daß der Kaiser seinen Befehl, den Kanzler sofort über die neue Wendung zu orientieren, zurückzog. Von politischer Seite aus aber konnte niemand von selbst auf diesen Kompromiß verfallen, der staatsrechtlich ebenso unmöglich wie politisch unbillig war. Die Abdankung als Kaiser und nicht als König von Preußen war unvereinbar mit der Verfassung. Vor allem aber richtete sich die ganze revolutionäre Bewegung weit mehr gegen die Person des Kaisers als gegen die Institution.

Die Zeit verrann, ohne daß die in Aussicht gestellte Formulierung eintraf. Telephonische Verbindung zu erhalten mißlang wiederholt. In der Kaiservilla war das eine Telephon abgehängt, das andere besetzt.

Die Situation in Berlin hatte sich immer weiter zugunsten der Revolutionäre entwickelt. Jeden Augenblick konnte die Absetzung des Kaisers durch die Straße proklamiert werden. Sie zu verhindern, gab es kein Machtmittel. Ihr konnte nur vorgebeugt werden dadurch, daß der **Entschluß zur Abdankung verkündet** wurde. Sollte noch der geringste Nutzeffekt zugunsten des Kaisers und seines Hauses eintreten, so mußte die Veröffentlichung sofort erfolgen, nicht der Absetzung nachgeschickt werden. Die Ankündigung der Kanzlerschaft Ebert, der Appell an das Volk, durch eine verfassunggebende Nationalversammlung seine eigene Staatsform selbst zu bestimmen, bot noch eine schwache Hoffnung, die revolutionären Energien in die legalen Bahnen des Wahlkampfes zurückzudrängen.

Ich sah mich vor die Wahl gestellt, entweder abzuwarten und nichts zu tun, oder auf eigene Verantwortung zu handeln.

Ich wußte, daß ich formell nicht berechtigt war, ohne Einverständniserklärung des Kaisers die Veröffentlichung vorzunehmen, aber ich hielt es für meine Pflicht, den Entschluß des Kaisers bekanntzugeben, solange es noch einen Sinn hatte.

Ich war mir der Schwere der Verantwortung voll bewußt, als ich dem Wolffschen Telegraphenbureau die nachstehende Erklärung zugehen ließ:

„Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Throne zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten den Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfes wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassunggebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen."

Es war der letzte verzweifelte Versuch, den Umsturz zu verhindern und der Krisis eine verfassungsmäßige Lösung zu geben.

Er scheiterte, weil er zu spät kam.

Noch am 8. November, vielleicht auch am 9. ganz früh, hätte die Abdankung des Kaisers und der Aufruf zur Nationalversammlung möglicherweise die Dynastie, zum mindesten die legale Entwicklung retten können. Die **Verantwortung** dafür, daß diese rettende Tat unterblieb, tragen in erster Linie diejenigen,

die unter Angabe militärischer Gründe den Kaiser veranlaßten, am 29. Oktober ins Hauptquartier zu reisen und ihn dadurch der politischen Aufklärung in der Abdankungsfrage entzogen;

die diese Reise hinter meinem Rücken vorbereitet und dadurch ein wirksames Veto der Reichsleitung verhinderten;

die den Kaiser bis zum 9. November in Unkenntnis über die wahre Stimmung der Truppen hielten und am 9. November sich gezwungen sahen, einzugestehen, daß die Armee nicht in der Lage war, den Kaiser zu schützen.

gez. **Prinz Max von Baden.**

Ein Junkerurteil über Wilhelm II.

In einem Flugblatt, in dem sich gesunder Menschenverstand mit veralteten Anschauungen seltsam mischt, führt Gerhard **v. Bredow,** Rittergutsbesitzer auf Bredow (Osthavelland) u. a. über Wilhelm dem Letzten folgendes aus:

An diesen **geistig unnormalen Menschen** hängte sich leider die königstreue konservative Partei und hat dadurch zum großen Teil **den Sturz der Monarchie verschuldet;** denn jetzt nach 30 Jahren Regierung eines **vom Größenwahn befallenen Menschen** konnte sie nicht mehr vom Volke erwarten, daß es in Erinnerung an die Ära Bismarck monarchisch blieb. Wäre Wilhelm II., wie es richtig war und von vielen **auf Grund von ärztlichen Gutachten** befürwortet wurde, vor Jahrzehnten **unter Kuratel gestellt,** so dächten wohl heute viele, die begeisterte Republikaner sind, nicht an die Republik ... Können die Führer der konservativen Partei, die aus Scheu vor dem Träger der Krone nicht wagten, einen **unnormalen Menschen** von der Regierung zu entfernen, sich wundern, daß einige tausend Menschen, die durch den Krieg schwer gelitten haben, sich **hinter Liebknecht** stellen, einen Menschen, der ebenso wie Wilhelm II. **in eine Anstalt** ge-

hört? Beide bestechen durch oberflächliches schnelles Auffassen, und wäre nicht der eine auf dem Throne geboren, wer weiß, ob sie nicht **Schulter an Schulter** gefochten hätten.

Wilhelm II. als Ratgeber des Zaren.

Eine Veröffentlichung der „Nordd. Allg. Ztg." hat der Welt bereits Kunde davon gegeben, daß Wilhelm II. dem Zaren Nikolaus während des russisch-japanischen Krieges wiederholt briefliche Ratschläge erteilt hat. So hat er dem Zaren im Jahre 1906 geraten, das Odium des schlechten Friedens von sich auf das Parlament abzuwälzen, indem er diesen der neugebildeten Duma zur Annahme vorlegte. Aber auch schon in früheren Stadien des Krieges hat Wilhelm II. Nikolaus seine Ratschläge erteilt, wie ein aus dem Jahre 1905 datierter, in englischer Sprache abgefaßter Brief beweist, dessen Wortlaut jetzt durch die russische Revolution bekannt wird. Der Brief ist so umfangreich (zirka 400 Zeilen), daß wir nur einige **Hauptstellen** im Wortlaut wiedergeben können und den übrigen Inhalt skizzieren müssen.

Der Brief, der die Anrede **„Liebster Niki"** führt, geht von dem Attentat auf den Großfürsten Sergius aus. Der Kaiser sagt: „Diese **Schufte von Anarchisten** haben eine **dunkle und gemeine Tat** begangen... Ich kann nicht glauben, daß **diese Teufel** aus den Reihen Deiner Untertanen hervorgegangen seien. Es sind sicher **Ausländer** aus Genf." Hieran anknüpfend, entwickelt der Kaiser dem Zaren die „europäische Meinung", die sich übereinstimmend über die Verhältnisse in Rußland gebildet habe. In das Gewand dieser „europäischen Meinung" sind dann auch die folgenden Ratschläge gekleidet, so daß dem Zaren die Meinung seines fürstlichen Beraters gleichsam als der Standpunkt der gesamten europäischen Öffentlichkeit dargelegt wird. Da heißt es u. a.:

> „Das Resumee aller dieser „on dit" (wörtlich: Man sagt — gemeint ist eben die öffentliche Meinung Europas) ist folgendes: „Das Regime Mirskys hat der Presse **allzu plötzlich** viel größere Freiheit gewährt als früher, und hat die Zügel, die Pleve so straff hielt, **allzu schnell** gelockert."

Daher sei die Ehrfurcht vor der absoluten Regierung gemindert worden, wie aus einer Reihe von Briefen an den Zaren hervorgehe, und dem Zaren wird der Rat erteilt, diese Ehrfurcht wieder herzustellen. Bei den Leuten habe sich die Überzeugung gebildet, daß sie vor das Schloß des Zaren hintreten und ihm ihre Wünsche vortragen können:

> Deshalb wird die Meinung geäußert, daß es nützlich sein würde, wenn der Zar einige von ihnen, die **ein von Truppen umgebenes Viereck** bilden würden, vor dem Schloß empfangen und ihnen vom Balkon eine Ansprache halten würde. Er müßte dabei von der **Geistlichkeit im Ornat** und mit Kreuzen und von seinem Gefolge umgeben sein und zu den Leuten **wie ein Vater** sprechen. Das müßte geschehen, **bevor die bewaffnete Gewalt zu Worte käme.** Es würde sehr möglich sein, auf diese Weise ein **Blutvergießen** zu vermeiden, oder **wenigstens seinen Umfang zu mindern.**

Der Kaiser meint, daß eine solche Rede vom Balkon bis in die entlegensten Gegenden des Reiches ertönen und „eine unzweifelhafte Niederlage der **Demagogen** und **Agitatoren**" bedeuten würde. — In folgendem setzt der Kaiser dem Zaren in der Form schonend, in der Sache sehr bestimmt auseinander, daß der

japanische Krieg **unpopulär** sei, und da die Verantwortlichkeit für die Niederlagen dem Herrscher zugeschoben werde, zu der **Unpopularität des Herrschers und seiner Dynastie** beitrage:

> In Europa sind alle gleichsam durch ein stillschweigendes Übereinkommen in dem Punkte einig, daß **der Zar persönlich für den Krieg verantwortlich** ist. Der **Anfang des Krieges**, das Unerwartete des **plötzlichen Überfalles**, die offenbar unzureichende Vorbereitung, all das ist, wie man sagt, **seine Schuld.** Man sagt, daß **Tausende von Familien**, die ihre Männer durch den Krieg verloren haben, **für das Blut dieser den Zaren verantwortlich machen** und ihre Klagen vor seinen Thron vorbringen.

Der Kaiser setzt dem Zaren auseinander, daß ein populärer Krieg für den Herrscher leicht zu ertragen sei. „Die Verantwortung für eine unpopuläre Sache ist aber ganz etwas anderes." Und dieser Krieg sei in allen Klassen Rußlands **unpopulär,** selbst bei den Offizieren, hauptsächlich wegen der Mißerfolge der russischen Waffen.

> Im Resultat dieser Überlegungen fängt das Publikum an anzudeuten, der Zar könne **selbst das Oberkommando** übernehmen und sich an die Spitze der Truppen stellen. ... Sowohl das europäische Publikum, als auch die russische Nation blickt instinktiv auf den Zaren und erwartet, daß er hervortreten und sein großes Werk hoheitsvoll vollbringen wird. Man erwartet von ihm, er möge allen zeigen, daß er, der Selbstherrscher seines Volkes, bereit ist, **dessen Sorgen und Qualen zu teilen, soweit es in seiner Macht steht.** Diese allgemeine Erwartung hat jemand sehr geschickt in folgenden Worten ausgedrückt (das Folgende im Urtext französisch): Der Zar muß eine große Tat vollbringen, um seine Macht aufs neue zu stärken und seine bedrohte Dynastie zu retten. **Er muß mit seiner Person bezahlen** (il faut qu'il paye de sa personne).

Im folgenden wird dann wieder die Idee einer feierlichen Proklamation an das Volk mit allem Pomp erörtert, die vom Moskauer Kreml aus erfolgen soll. Der Zar solle nach Moskau fahren, den Adel und die Nobilität in seinem prächtigen Palast versammeln und sich mit einer Rede an sie wenden:

> Man könnte mit einem **Tadel** für die **veröffentlichten Briefe** für die an den Zaren gerichteten Schriftstücke beginnen und sagen, das sei eine **schlechte Sitte,** die nicht wiederholt werden solle. Dann müßten die Reformen, die der Zar selbst für sein Volk nützlich findet, erklärt werden, **keinerlei Versprechungen allgemeiner gesetzgebender Versammlungen, keine Konstituante, keinerlei Nationalkonvente,** sondern einfach ein „Habeas corpus Akt" und die Erweiterung der Kompetenzen des **Staatsrats. Keinerlei Versammlungs- oder Pressefreiheit und der strengste Befehl an alle Zensoren, in Zukunft alle Anfeindungen zu vermeiden.** Dann muß der Zar seinen Untertanen seinen Willen in bezug auf die Armee kundtun, falls er es für möglich und notwendig hält, selbst am Feldzug teilzunehmen ... Nachher muß der Zar, umgeben von seiner Geistlichkeit mit Kirchenbannern, Kreuzen, Weihrauch und Heiligenbildern, auf den Balkon treten und die eben gehaltene Rede schon als Manifest an seine **treuen Untertanen** halten, **die unten im Hofe versammelt von den geschlossenen Reihen der Truppen mit aufgepflanztem Seitengewehr und blankem Säbel umgeben sein müssen ...**

Dann wird das ganze **tiefgerührte** Volk Dir **begeistert zujubeln, auf die Knie fallen** und **für Dich beten.**"

Nach den gestern gefaßten Beschlüssen des Reichstages hätte künftig für einen derartigen Brief des Kaisers der **Reichskanzler die Verantwortung** zu übernehmen.

* * *

„Neue Wiener Tageblatt" Nr. 112 veröffentlicht folgende Äußerungen Wilhelms II., welche der „Kommission zur Erhebung der Anklage gegen die am Weltkrieg Schuldigen" als Unterlage zur Anklage dienen:

Diese Äußerungen sind folgende:

1. **„Wenn ich will, rücke ich in Frankreich ein. England kann sich gegen uns erheben und Hamburg devastieren. Ich aber werde in Paris diese Angelegenheit regeln."** Geäußert zu Herrn Zorn v. Bulach, gewesener Staatssekretär für Elsaß-Lothringen im Jahre 1905.

2. **„Sie haben gesehen, meine Herren, welche Stellung wir in der Welt einnehmen. Also mit fertig gestellter Munition, mit geschärftem Säbel, mit den Augen zum Ziel rufen wir: Nieder mit den Pessimisten."** Äußerung gesprochen bei der Enthüllung des Moltkemonuments am 26. Oktober 1905.

3. **„Es können alle gegen uns kommen. Wir sind bereit."** Geäußert in Döberitz am 13. Juli 1908.

4. **„Wir müssen die Ergebnisse des Krieges kultivieren und unsere Bewaffnung fortsetzen. Ich fühle mich als Waffe Gottes, und ohne mich weiter zu kümmern, gehe ich meinen Weg."** Gesprochen in Königsberg, 25. August 1908.

5. **„Erobert Paris oder sterbet alle!"** Truppenbefehl am 30. August 1914.

6. **„Ich bin ein Instrument des Allerhöchsten! Ich bin sein Schwert und sein Gesandter auf Erden! Unheil und Tod allen, die meine Mission nicht anerkennen wollen! Vernichtung allen Feinden des Deutschen Reiches."** Manifest an die Osttruppen im September 1914.

7. **„Wenn ihr gezwungen werden solltet Polen zu räumen, schonet keine Stadt und kein Haus! Macht alles zu Asche unter euren Füßen."** Manifest an die Osttruppen im Januar 1915.

8. **„Frankreich war stets meine Sorge! Es ist dem Untergange preisgegeben!"** Äußerungen zu der Sozialistendeputation am 12. Oktober 1915.

9. **„Nach diesem Kriege werde ich keine Vorschriften seitens der Vereinigten Staaten anerkennen."** Äußerung zum amerikanischen Gesandten **Gerard** im Oktober 1916.

10. **„Die eiserne Faust Deutschlands wird Dir Deine Krone wieder aufsetzen und niemand wird imstande sein, diese Dir noch einmal wegzunehmen. Die Waffen Deutschlands und die seiner Verbündeten werden Dich rächen an denjenigen, die es gewagt haben, die Hand gegen Dich zu erheben!"** Telegramm an König Konstantin von Griechenland im Juni 1917.

11. **„Ich habe Frankreich vernichtet gesehen und habe gleich gesehen, wovon unser Vaterland verschont geblieben ist. Wer seine Seele schwach**

fühlt, soll sich diese Devastierungen ansehen. Dann wird er sich nicht mehr zu beklagen haben und mit dem Schicksal zufrieden sein!" Geäußert im Gemeinderat von Aix-la-Chapelle am 15. Mai 1918.

Die Forderungen der Mehrheitssozialisten.

Die Parteileitung der sozialdemokratischen Partei hat gestern noch einmal die Gesamtlage besprochen und ist zu folgendem Beschlusse gekommen. Es sollen die Mitglieder des Parteivorstandes Ebert und Scheidemann beauftragt werden, dem Kanzler folgendes zu erklären:

Die sozialdemokratische Partei fordert, daß

1. die Versammlungsverbote für die gestrigen Versammlungen aufgehoben werden,

2. Polizei und Militär zu äußerster Zurückhaltung angehalten werden,

3. die preußische Regierung sofort im Sinne der Reichstagsmehrheit umgestaltet wird,

4. der sozialdemokratische Einfluß in der Reichsregierung verstärkt wird,

5. die Abdankung des Kaisers und der Thronverzicht des Kronprinzen bis heute mittag bewirkt werden.

Werden diese Forderungen nicht erfüllt, so tritt die Sozialdemokratie aus der Regierung aus. Gleichzeitig ergeht eine neue Mahnung an die Arbeiter zur Besonnenheit. Weitere Nachrichten sollen bis heute nachmittag abgewartet werden.

Dieser Beschluß der Parteileitung wurde von der gestern tagenden Fraktionssitzung der Sozialdemokratie einstimmig gutgeheißen.

Die obige Erklärung der sozialdemokratischen Parteileitung wurde gestern nachmittag kurz nach 5 Uhr dem Reichskanzler Prinz Max zugestellt.

Diese Forderungen der Mehrheitssozialisten wurden im Laufe des gestrigen Abends in einem **Flugblatte** der Berliner Bevölkerung bekannt gegeben. Es wurde in dem Flugblatte zur **Besonnenheit** ermahnt. Weitere Mitteilungen würden im Laufe des Freitagnachmittags gemacht werden.

Einberufung der nach Groß-Berlin beurlaubten Offiziere.

Ein Befehl des Oberkommandos.

Amtlich. Berlin, 7. November.

Das Oberkommando erläßt folgenden Befehl:

„Sämtliche in Groß-Berlin auf Urlaub befindliche Offiziere haben sich am Freitag, den 8. November, 12 Uhr mittags — soweit möglich feldmarschmäßig ausgerüstet — auf der Kommandantur, Berlin C. 2, Schinkelplatz 6, Abteilung 5, zu melden."

Oberkommando in den Marken.

Wie die „Sozialistische Korrespondenz" zu dem Befehl erfährt, ist der gestern früh veröffentlichte Aufruf des Oberkommandierenden in den Marken, der die Bildung von Soldaten- und Arbeiterräten verbietet, ohne Wissen der Reichsregierung erfolgt. Auch das Verbot der für gestern abend einberufenen Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratie zum Gedenktag der russischen Revolu-

tion wird von der Regierung nicht gebilligt. Es waren Bestrebungen im Gange, das Verbot rückgängig zu machen.

Die Ruhe in Berlin nicht gestört.

Nach dem Bericht des **„Berliner Tageblatt"**.

Die Hamburg—Berliner Eisenbahnstrecke ist bis Hagenau-Land im Besitze der Demonstranten. Im Laufe des gestrigen Nachmittags und des Abends trafen in **Berlin** kleinere Kolonnen von Matrosen und anderen Truppen aus Hamburg ein. Sie wurden auf dem Lehrter Bahnhof von den militärischen Wachtmannschaften in Empfang genommen und in den Moabiter Kasernen eingeliefert. Die Mannschaften folgten willig, ohne Widerstand zu leisten. Als jedoch ein Trupp von 250 Mann in der Kaserne des 4. Gardefeldartillerieregiments von einem Offizier hart angefahren wurde, entfernten sich die Matrosen bis auf 70 Mann in die Stadt. Die Truppen des 4. Feldartillerieregiments, die sie aufhalten sollten, leisteten zum Teil passiven Widerstand. Die Militärverwaltung hat angeordnet, daß Rüstungswerke und Industriewerke nicht militärisch geschützt werden sollen. Die Gas- und Elektrizitätswerke der Stadt sowie die Wasserwerke sind nur mit kleineren Militärwachposten bis zu 15 Mann Stärke besetzt. Die Kasernements des Moabiter Stadtviertels wurden gestern in den späten Nachmittagsstunden militärisch gesperrt.

Die auch von uns gebrachte Nachricht, daß die angekündigten **fünf Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokraten** polizeilich **verboten** worden seien, scheint nur zum Teil bekannt geworden zu sein. Es hatten sich infolgedessen gestern gegen 1/28 Uhr in den Versammlungslokalen, Habels Brauerei in der Bergmannstraße, der Königsbank in der Großen Frankfurter Straße, in den Pharussälen in der Müllerstraße sowie in den Sälen zu Neukölln und Lichtenberg, größere Menschenmengen eingefunden. Gegen 8 Uhr abends teilten die Einberufer den Versammelten das polizeiliche Verbot mit und warnten vor Ausschreitungen und Aufzügen durch die Stadt. Die Menge **verließ hierauf überall in vollkommener Ruhe die Versammlungslokale.** Es ist, so viel wir hören, zu keinen Ausschreitungen gekommen. Die Polizei und die Garnison war übrigens gestern abend in ganz Berlin konsigniert. An den Hauptverkehrspunkten waren starke Schutzmannsposten zu Fuß und zu Pferde aufgestellt, die aber nirgends in Tätigkeit zu treten brauchten.

In der **Frankfurter Allee** fanden gestern Abend in der zehnten Abendstunde **große Ansammlungen** statt; es handelte sich offenbar um Personen, die von einem Versammlungslokal unverrichteter Sache abgezogen waren. Die Menge wurde von Schutzleuten zerstreut, ohne daß es zu Zusammenstößen kam.

In der Nacht zu heute wurde auch der gesamte **Fernsprechverkehr von Berlin nach auswärts** gesperrt.

Noch vor Schluß einer Versammlung der Zentralstelle für Völkerrecht kam es auf dem **Alexanderplatz** zu einem **Zusammenstoß zwischen Demonstranten und der Polizei.** Mehrere Hundert junge Leute hatten sich angesammelt und folgten den Weisungen der Schutzleute, auseinanderzugehen, nicht. Bald war aber ein Polizeiaufgebot von etwa 50 Mann zur Stelle. Alle waren mit Revolver und Karabiner bewaffnet. Nun wurden die Demonstranten in die Prenzlauer Straße gedrängt und von reitenden Schutzleuten auseinandergetrieben.

Berlin vom Fernverkehr fast gänzlich abgeschlossen.

Wegen der Vorgänge in **Hannover** und in den **norddeutschen Seestädten** wurde auf Verfügung der Berliner Eisenbahnbehörden der Verkehr auf allen nach Norden und Westen führenden Linien fast gänzlich eingestellt. Auf dem **Stettiner Bahnhof** verkehren nur die **Personenzüge nach Eberswalde und Neustrelitz.** In Richtung **Danzig** verkehrt nur mehr der Zug D 13. In der Richtung **Hannover und Köln ist der Verkehr gänzlich eingestellt,** nur die **Personenzüge** 202 und 204 sind aufrechterhalten. Der Verkehr in Richtung **Magdeburg ist vollständig aufgehoben.** Hingegen ist die Linie nach **Güsten** noch im Betriebe. Im Laufe des morgigen Tages ist mit **weiteren Verkehrsbeschränkungen** zu rechnen.

Die Unruhen in den norddeutschen Seestädten.

Amtlich. **Berlin,** 7. November, abends.

Von **zuständiger Stelle** wird über die **Lage in den nördlichen Provinzen** folgendes mitgeteilt:

Die Unruhen haben sich **auf einige weitere Orte ausgedehnt.** In **Bremen** wurden auf dem Marktplatz von einem Unabhängigen Sozialisten, der vor wenigen Tagen aus dem Gefängnis entlassen worden war, und von einigen Militärpersonen Reden gehalten, die zur Bildung einer sozialistischen Republik und eines **Arbeiter- und Soldatenrates** aufforderten. Der Befreiung von Militärgefangenen schloß sich die **Öffnung auch der Zivilgefängnisse** an. In den großen Werken ist alles ruhig, auf den Straßen herrscht **Ordnung,** Zwischenfälle sind bisher nicht gemeldet. Für den Abend wurde in einer Versammlung **Liebknecht** als Redner erwartet. In einer Sitzung der Bürgerschaft stand ein sozialdemokratischer Antrag auf Einführung des **gleichen** direkten **Wahlrechts** zur Erörterung. Der Senat soll sich seine Entscheidung vorbehalten haben.

Aus **Hamburg** wird gemeldet: Das Zentralbureau des Arbeiter- und Soldatenrates teilt folgendes mit: Sämtliche **Amtsgebäude** und militärischen Gebäude sind **besetzt,** die Nahrungsmittelmagazine werden bewacht. Plünderer werden mit sofortigem Erschießen bestraft. Zurzeit finden **Verhandlungen mit dem Senat** statt. Der Zugverkehr ist bis auf zwei Züge eingestellt. Post und Telegraphenamt waren bis zur Stunde nicht besetzt. Die Leitung der Bewegung erließ einen **Aufruf** an die Bevölkerung, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Nach vorliegenden Nachrichten ist dies indes nicht gelungen. Es hat **Ausschreitungen** gegeben. Kleinere Truppenkörper, die sich verteidigten, wurden durch die Massen der Aufständischen gewaltsam gezwungen, ihnen Gefolgschaft zu leisten. **An mehreren Stellen der Stadt sind Mißhandlungen und Morde vorgekommen.** Unter anderem drangen Aufständische in eine Wohnung der Lincolnstraße, aus der auf herumziehende Soldaten geschossen sein sollte, und **töteten zwei Frauen** als angeblich Schuldige, indem sie ihnen die Kehle durchschnitten. Wahrscheinlich werden alle Theater und Restaurants vom 7. November ab geschlossen. Die ganze Nacht vom 6. zum 7. November fielen in verschiedenen Gegenden der Stadt vereinzelte Schüsse. Das **„Hamburger Echo“,** das jetzt als Organ der Aufständischen unter dem Titel „Die rote Fahne“ erscheint, veröffentlicht folgende **Bekanntmachung** an die Bevölkerung Hamburgs und Altonas: Alle **Zivilpersonen** müssen

von heute 7. November ab um 6 Uhr abends von der Straße sein. **Jede Zivilperson, die sich in der Zeit von 6 Uhr abends bis 7 Uhr morgens auf der Straße aufhält, wird erschossen.**

In **Cuxhaven** ist es zu keinen ernsteren Unruhen oder Ausschreitungen gekommen.

In **Kiel** ist der Stadtkommandant, Kapitän zur See **Heine,** in der Nacht vom 5. zum 6. November von einer Patrouille, die Befehl hatte, ihn abzuführen, **erschossen** worden, da er sich angeblich diesem Befehl widersetzte. Eine einheitliche politische Tendenz, die der Bewegung zugrunde liegen würde, ist nirgends zutage getreten.

Hannover, 7. November.

In Hannover ist es ebenfalls zu **Straßendemonstrationen** gekommen, die jedoch zu ernsten Ausschreitungen nicht geführt haben. Die Bewegung ist von den Arbeitern der großen Waggonfabrik ausgegangen; die Arbeiter vieler großer Betriebe hatten sich angeschlossen. Nachdem ein **Arbeiterrat** gebildet worden war, schritt man auch zur Bildung eines **Soldatenrates.** An einzelnen Stellen der Stadt wehe die rote Fahne, es scheint jedoch nicht, daß die Aufständischen so vollständig Herren der Lage sind wie etwa in Kiel und Lübeck.

Oldenburg, 7. November.

Auf Veranlassung von Marineangehörigen aus **Wilhelmshaven und Ahlhorn** hat sich heute hier ein **Soldatenrat** gebildet. Landtagsabgeordneter **Meyer**-Wilhelmshaven forderte in der Versammlung den **Rücktritt des Kaisers und Abdankung des Großherzogs.** Im übrigen stellte sich der Soldatenrat mit seinen Forderungen auf das von den auswärtigen Soldatenräten aufgestellte Programm. Die Versammlung verlief im ganzen ruhig. Ebenso vollzog sich ein von etwa 2000 Soldaten veranstalteter Umzug durch die Straßen, der seinen Ausgang vom Schloß aus nahm. Der Großherzog hatte kurz vorher das Schloß verlassen. Die **Militärarrestanten** wurden, mit Ausnahme der Schwerverbrecher, **befreit.**

Chemnitz, 7. November.

Laut „Chemnitzer Volksstimme" ist der Chefredakteur der „Volksstimme", Reichstagsabgeordneter **Noske,** der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrats in Kiel, vom Arbeiter- und Soldatenrat zum Gouverneur von Kiel bestimmt worden.

Große Kundgebungen in München.

München, 7. November.

Heute nachmittag fand zu Füßen der Bavaria auf der weit ausgedehnten Theresienwiese eine Massendemonstration der Münchener Bevölkerung statt. Zu dieser Veranstaltung hatten sich **Sozialdemokraten** und **Unabhängige** zu einem **Aktionsprogramm vereint.** Alle Betriebe, außer denen des Verkehrs, ruhten von mittag an. Alle Geschäfte hatten geschlossen. Schon von 1 Uhr ab strömten ungeheuere Mengen Volkes hinaus auf die Wiese, die früher nur Feste und Heiterkeit gesehen und nun der Schauplatz eines ernsten Schauspiels wurde. Unabsehbar rückten die Arbeiterbataillone der verschiedenen Betriebe an. Männer wie Frauen. Um 3 Uhr war der riesige Platz **von Zehntausenden besetzt.** Ein sehr großer Teil der Münchener Bürgerschaft hatte sich mit der gesamten Arbeiterschaft gleichfalls eingefunden. Vor den Massen an dieser und jener Stelle sprachen dann die Redner der Sozialdemokraten und der Unabhängigen, Abgeordneter

Auer, Kurt **Eisner** und andere. Durch Handerheben und brausende Rufe wurde folgendes **Programm angenommen:** Sofortiger **Rücktritt des Kaisers** und **Thronverzicht des Thronfolgers.** Vereidigung des deutschen Heeres auf die Verfassung. Beseitigung aller Verfassungsbestimmungen, die der Freiheit des gesamten deutschen Volkes noch entgegenstehen und Einführung von Verfassungsbestimmungen, die den Ausbau Deutschlands zu einem demokratischen Staate gewährleisten. Ausschaltung aller reaktionären Elemente aus der politischen Verwaltung und völlige Demokratisierung der Verwaltungsorganisation. Sofortige Ergreifung aller Maßnahmen,)welche die Ordnung, Sicherheit und Ruhe bei der Heimbeförderung der Truppen verbürgen. Schaffung wirksamster Garantien für das Beschwerderecht. Umfassende soziale und Fürsorgemaßnahmen für die Notleidenden. Arbeitslosenversicherung und achtstündiger Arbeitstag. Die nationale Verteidigung wurde einstimmig abgelehnt. Diese Resolution wird sofort von der Parteileitung der bayerischen Regierung und der Reichsregierung übermittelt werden.

Unter Musik und Rufen begann der größte Teil und die geordneten Bataillone der Organisationen den **Umzug durch die Stadt.** Rote Fahnen und Plakate wurden vorangetragen. Sie enthielten beispielsweise folgende Aufschriften: „Wir wollen den Frieden", „Freiheit der Völker, wir wollen keine Sklaven", „Wir wollen Freie sein und keine Knechte". Eine Reihe von Plakaten enthielten die Aufschrift: „Nieder mit den Hohenzollern! Nieder mit der Dynastie!" Während sich der Zug der Verbände zum Stadtinnern bewegte, hielten die Mitglieder der Unabhängigen noch Ansprachen, die zu sofortiger revolutionärer Tat aufforderten. Der Demonstrationszug selber dehnte sich stundenlang hin, so groß war die Zahl der Teilnehmer. Vor dem **Residenzschloß** kam es zu erregten Ansprachen unter immer sich steigernden Rufen wie „Nieder mit dem Kaiser!" „Nieder mit dem König!" Obwohl die Münchener Garnisonsoldaten strenge Order erhalten hatten, in den Kasernen zu bleiben, schlossen sich doch Soldaten, offenbar Urlauber, den Umzügen an.

Im Anschluß an die Massendemonstration haben revolutionäre und unorganisierte Elemente die Führung an sich zu reißen unternommen. Die **Situation** ist spät abends **bedrohlich und ernst** geworden. Die Massen sind gemeinsam mit Soldaten von Kaserne zu Kaserne gezogen und haben sich **mit den Soldaten vereinigt.** Arbeiter und Soldaten sind im Maltheserbräu zusammengekommen, um über das zu beschließen, was noch diese Nacht von ihrer Seite zu geschehen habe.

* * *

Der Kaiser ist telegraphisch über die Lage, insbesondere auch über die Forderungen der Sozialdemokraten, unterrichtet worden. Eine Antwort ist bisher noch nicht eingetroffen.

* * *

Reichskanzler Prinz Max von Baden hat seinen Rücktritt angeboten.

* * *

Der **Reichskanzler** ist, entgegen anders lautenden Blättermeldungen, **nicht ins Große Hauptquartier** gefahren, sondern weilt in Berlin.

* * *

Das **Kriegskabinett** trat heute vormittag zu einer Sitzung zusammen.

***Die Stellung des Staatssekretärs Gröber ist erschüttert, weil er die Zustimmung zu dem Verbot der Versammlung am Donnerstag abend gegeben hatte.**

* Siehe Seite 92.

Initiativantrag der Mehrheitsparteien.

Das gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen in allen Bundesstaaten.

Die Mehrheitsparteien des Reichstages haben sich geeinigt, in der nächsten Reichstagssitzung folgenden Initiativantrag einzubringen:

„Die Wahlen zum Reichstag und zu den Volksvertretungen aller Bundesstaaten finden nach dem geheimen, gleichen und unmittelbaren Wahlrecht, nach den Grundsätzen der Verhältniswahl statt. Wahlberechtigt ist ohne Unterschied des Geschlechts, wer das 24. Lebensjahr vollendet hat. Die Zugehörigkeit zur Volksvertretung geht nicht dadurch verloren, daß der Abgeordnete ein Amt annimmt oder in ein anderes Amt eintritt."

Das gleiche Wahlrecht einschließlich des Frauenwahlrechts wird also auf dem Wege der Reichsgesetzgebung in allen Bundesstaaten eingeführt. Die **preußische Verfassungsreform** ist dadurch **vorläufig erledigt.** Es kann sich in Preußen nur noch um einzelne Gesetzgebungsakte handeln, welche die Einführung des Proportionalwahlrechts und die Einteilung der Wahlkreise betreffen. Diese Ausführungsbestimmungen lassen sich rasch erledigen, weil sie nicht an die Bedingungen der Verfassungsänderung geknüpft sind.

Rücktritt des preußischen Ministeriums.

Zusammensetzung des neuen Kabinetts.

Der Initiativantrag der Mehrheitsparteien hat auch das preußische Staatsministerium beschäftigt. Das Ministerium Friedberg wird zurücktreten und Friedberg mit der Neubildung des Ministeriums betraut werden. Das Ministerium wird aus je zwei Vertretern der Mehrheitsparteien bestehen. Die jetzigen Minister Spahn und Fischbeck werden auch in der neuen Regierung bleiben Die Sozialdemokratie erhält ein neugebildetes Ministerium für Wohlfahrtspflege und einen Minister ohne Portefeuille.

Staatssekretär **Bauer** plant die Einbringung eines Gesetzentwurfs, der unter **Aufhebung der Gesindeordnungen** den Landarbeitern das Koalitionsrecht gibt.

Fraktionssitzungen im Reichstage.

Im Reichstag hielten heute die Fraktionen der **Fortschrittler,** des **Zentrums** und der **Nationalliberalen** Sitzungen ab. Die Zentrumsfraktion tagte von früh 9 Uhr an. Um 11 Uhr wurden die Beratungen wegen der Zusammenkunft des **interfraktionellen Ausschusses** auf Nachmittag 3 Uhr vertagt. Das **Zentrum** stellt sich nunmehr auf den Standpunkt, daß **die Abdankung des Kaisers die einzige mögliche Erleichterung** in dieser schwierigen Situation sei.

Die **Nationalliberalen** haben sich in ihrer gestrigen Fraktionssitzung eingehend mit der Kaiserfrage beschäftigt. Einmütig vertrat man die Ansicht, daß das **Kaisertum** im Interesse der Erhaltung des Deutschen Reiches **aufrechterhalten** bleiben müsse. Dagegen sprach ein erheblicher Teil der Fraktion sich dafür aus, die **Personenfrage** von dem Prinzip zu trennen. Mit anderen Worten, es scheint, als ob die Nationalliberalen sich nicht gegen eine **Abdankung des Kaisers** wenden würden, wenn sie zur Klärung der politischen Sachlage von den anderen Mehrheitsparteien gefordert würde.

Ein Staatssekretär für Demobilmachung.

Diktatorische Vollmachten.

Gestern fand im **Reichswirtschaftsamt** eine Konferenz leitender **Unternehmer und Gewerkschaftsführer** statt. Anwesend waren unter anderen die Herren Walther Rathenau, Stinnes, Deutsch, Henrichs, Stegerwald und Legien. Es wurde beschlossen, die Demobilmachung einer besonderen **Demobilmachungsstelle** anzuvertrauen, die in enger Verbindung mit Reichswirtschaftsamt und Reichsarbeitsamt stehen und **diktatorische Vollmachten** haben soll. Sie soll einem eigenen Staatssekretär unterstellt werden, der als Leiter der Demobilmachungsstelle Vertreter des Reichskanzlers und Mitglied des Kabinetts und des preußischen Ministeriums sein soll.

Rücktritt König Ludwigs?

Im **Reichstage** wurde heute mit aller Bestimmtheit das Gerücht verbreitet, daß, nachdem in München die Republik ausgerufen sei, **König Ludwig abgedankt** habe. Wir sind im Augenblick, bei der Unterbrechung aller Fernverbindungen, nicht in der Lage, diese Mitteilung auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen.

Abdankung des Kaisers?

Heute um 2 Uhr trat die sozialdemokratische Fraktion von neuem zusammen, um zu dem Ergebnis der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses Stellung zu nehmen. Die sozialdemokratische Fraktion verharrt unweigerlich auf den von ihr gestern ausgesprochenen Forderungen. (Im Reichstag wird die Nachricht verbreitet, daß der Kaiser inzwischen abgedankt habe.)

Theodor Wolff in der Abendausgabe des „Berliner Tageblatts“:

Es ist **1 Uhr vorüber** — die Ultimatumsstunde der Sozialdemokratie — und man weiß noch nicht, ob **Wilhelm II. abgedankt** hat. Es heißt, der **Reichskanzler Prinz Max von Baden**, der nicht, wie einige Blätter behaupteten, zum Großen Hauptquartier gereist ist, **trete von seinem Posten zurück**. Vermutlich würde dann **Ebert** Reichskanzler werden, oder **Scheidemann**. Aber man darf wohl noch hoffen, daß eine vollständige Regierungskrise, die den Austritt der nichtsozialdemokratischen Staatssekretäre zur Folge haben würde, in diesem Augenblick, vor dem Abschluß des Waffenstillstandes, vermieden werden wird. Diese Hoffnung scheint auch deshalb erlaubt, weil das **Zentrum**, das bisher von Abdankung durchaus nichts wissen wollte, jetzt die Unvermeidlichkeit dieses Schrittes erkennt. Das schwer gefährdete Heil des Landes fordert gebieterisch solche Erkenntnis, und nicht minder schnelles Handeln und Einigkeit.

Es scheint — und unter den gegenwärtigen Umständen muß man es dringend hoffen —, daß die Sozialdemokratie mit ihrem Ultimatum einen Erfolg erreichen wird. Aber das Urteil über eine politische Handlung kann nicht immer vom momentanen Erfolge oder Mißerfolge abhängig sein. Wer sich weigerte, den Begeisterungsrummel vom August 1914 mitzumachen, wird sich erlauben dürfen, auch den Radikalismus von heute mit Ruhe und Nüchternheit anzusehen. Haben nicht manche, die heute am radikalsten auftreten, im August 1914 am begeistertsten geschrien?

In der Mehrheitssozialdemokratie, die jetzt einstimmig die Schuldigen sucht und beseitigt, sitzen Leute wie Herr Lensch und andere, die uns mit unsauberen Worten denunzierten, weil ihre annexionslüsterne, nationalistische Kriegsseele uns mißfiel. Wer nicht so begierig ist, seine Ideen der Tageskonjunktur anzupassen, hält in den Tagen der Kriegsmacherei wie in den Tagen radikaler Volksbewegung an seinen Grundsätzen fest.

Um zu wiederholen, was im heutigen Morgenblatt gesagt wurde: Wir sind und waren von der Notwendigkeit, daß der Kaiser abdanken müsse, überzeugt. Wir sind **nicht** überzeugt, daß der Weg, den die Sozialdemokratie gewählt hat, der richtige ist. Die allermeisten Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion und des Parteivorstandes sind Männer, deren Klugheit, Ernst und redlichen Willen niemand, den nicht Leidenschaft blendet, bestreiten kann. Sie haben ihr Ultimatum beschlossen, weil sie darin das einzige, oder doch das beste Mittel zur Eindämmung der im Lande sich ausbreitenden gefahrdrohenden Bewegung sahen. Aber sie konnten ein Ultimatum beschließen und konnten darin, statt der Abdankung des Kaisers, **die sofortige Einberufung einer konstituierenden Versammlung** fordern, der die Regelung der Kaiserfrage gleichzeitig mit der Umgestaltung der ganzen Verfassung zu übertragen sei. Unmittelbar nach der Verkündung des Waffenstillstandes konnten **an der Front wie im Lande** die Wahlen zu dieser **konstituierenden Versammlung** — zu einem Reichstag mit anderem Namen und erweiterten Aufgaben — vor sich gehen. Man muß wiederholen, daß in dieser Versammlung ganz zweifellos eine gewaltige Linksmehrheit, eine junge, frische, reformbegeisterte, aufnahmefähige Mehrheit, vorhanden sein wird. Dort können dann die Beschlüsse gefaßt werden, die über den Bau des Reiches, in all' seinen Gliederungen, entscheiden sollen. Jetzt will die Sozialdemokratie ihren Willen zum Gesetz erheben, obgleich sie über keine Mehrheit verfügt. Haben wir dazu das parlamentarische System geschaffen, in dem es nur **ein** Gesetz, das der Mehrheit, und nur **einen** Willen, den Mehrheitswillen, gibt? Wir wollen nicht einen Autokraten, aber wir wollen auch nicht hundert und vier. Und wo nicht die Mehrheit entscheidet, besteht, in wechselnden Formen, die Autokratie. Nur eine **konstituierende Versammlung** führt zugleich zu dem unabweisbar notwendigen Ziele und aus der Verwirrung hinaus. Beruft sie schleunigst ein!

Was ergibt sich, wenn der Kaiser abdankt, ohne daß eine konstituierende Versammlung den ganzen Rahmen des Reiches neu geordnet hat? Die Sozialdemokratie hat die Abdankung des Kaisers und — was eine Selbstverständlichkeit ist — den Thronverzicht des Kronprinzen gefordert, und somit würde dem zwölfjährigen Sohne des Kronprinzen die Erbschaft zugesprochen und ein **Regent** einzusetzen sein. Nach der Verfassung, die wir heute besitzen, käme die Regentschaft dem **Prinzen Eitel Friedrich** zu. Niemand wird behaupten, daß dieser Prinz sich einer hervorragenden Popularität erfreut. Man würde also auch ihn vermutlich zum Verzicht bewegen wollen. Wenn er sich sträubt, ist man, da die Verfassung nicht vorher umgestaltet wurde, abermals auf den Ultimatumsweg gedrängt. In Bayern und anderswo gärt es bekanntlich auch sehr stark. Es ist auch nicht recht klar, warum es dem König Ludwig allzugut gehen sollte, nachdem er während des Krieges es lange mit Herrn v. Tirpitz und den Annexionisten gehalten und die von der Reichstagsmajorität gewünschte Erhebung Elsaß-Lothringens zum selbständigen Bundesstaat, die damals vielleicht noch wirksam gewesen wäre, seinen dynastischen Interessen zuliebe, um Elsaß an Bayern anzugliedern, hartnäckig

verhindert hat. All diese Dinge müssen gemeinsam geregelt werden, denn sie stehen miteinander im engsten Zusammenhang. Und nur eine **konstituierende Versammlung** kann das tun.

Der Regierung hat in der Kaiserfrage und in manchen anderen Fragen die energische Entschlußkraft gefehlt. Das Kriegskabinett ist, was seine Pflicht war, vor allem bestrebt gewesen, den Frieden herbeizuführen, und es hat, durch zu viel Debatten aufgehalten, trotz allen Mahnungen zu sehr mit der Fortführung der inneren Neugestaltung gesäumt. Vor vier Wochen habe ich mir gestattet, dem **Prinzen Max von Baden** die Gründe aufzuzählen, aus denen schon damals jedem, der die Entwicklung beobachtete, die Abdankung des Kaisers zu seinem eigenen Besten und dem Besten des ganzen Landes geboten und unvermeidlich schien. Der Prinz hat zugehört, sich Einzelheiten erläutern lassen und begreiflicherweise seine Meinung nicht in deutlichen Worten geäußert, aber man ist berechtigt zu der Auffassung, daß auch er die Abdankung für notwendig hielt. Der Widerstand im Kabinett kam von den Herren Gröber und Erzberger her. So wurde der Augenblick zu eindrucksvollem Handeln verpaßt. Jetzt ist die Regierung durch die Ereignisse gedrängt. Sie hat die meisten Bedingungen der Sozialdemokratie angenommen, sie wird nun endlich das **preußische Staatsministerium**, aus dem bisher nur ein unschuldiges Steinchen herausgelöst war, neubilden lassen, Herr Dr. Friedberg bildet ein neues preußisches Kabinett. Wir wissen in diesem Augenblick nicht, ob der **Prinz Max von Baden** oder ein anderer morgen an der Spitze der Regierung stehen wird. Aber diesmal wird jede Regierung gut tun, sich **die Initiative** zu sichern und die **konstituierende Versammlung** einzuberufen, die auch allein noch **das Ventil** für die große Bewegung im Lande zu wenden vermag.

Wenn der Kaiser abdankt, wie wir hoffen und erwarten, so ist die Einberufung dieser Versammlung nötig, weil die ganze Verfassung in einheitlichem Sinne den neuen Verhältnissen angepaßt werden muß. Wenn der Kaiser auf seiner Weigerung beharren sollte, wird auch ein Ministerium **Ebert** oder **Scheidemann** den Beschluß einer **konstituierenden Versammlung** brauchen, da es kein anderes legales Mittel zur Erreichung des Zieles gibt als einen Mehrheitsbeschluß. Da das **Zentrum** jetzt auch die Abdankung zu wünschen scheint, könnte man ja sagen: Die Mehrheit sei nun auch im gegenwärtigen Reichstag vorhanden, man bedürfe der konstituierenden Versammlung nicht mehr. Aber der Reichstag ist von gestern, und die Zustimmung zu der Abdankung allein schafft die nötige Klarheit nicht. Neuschöpferisch, und ein Mittelpunkt des Volksvertrauens, wird nur eine jetzt von der Front und vom Lande gewählte **konstituierende Versammlung** sein. Darum noch einmal: Beruft ein!

Die Lage in Berlin.

Die Ruhe bisher nicht gestört.

Da der Telegraphen-, Fernsprech- und auch der Fernzugverkehr von und nach Berlin eingestellt ist, sind wir ohne direkte Nachrichten aus dem Reiche geblieben. Nach Privatmeldungen soll in **München** die Republik ausgerufen sein, und auch auf **Magdeburg, Halle** und **Zeitz** soll die bolschewistische Bewegung übergegriffen haben.

Die Haltung der Arbeiterschaft.

Bis zum heutigen Mittag ist die **Ruhe in Berlin nirgends gestört** worden. Die Arbeiter traten sämtlich zur gewohnten Zeit in den Fabriken an, verständigten jedoch die Werkführer sofort davon, daß, falls bis heute nachmittag die **Antwort des Kaisers** aus dem Großen Hauptquartier nicht eingetroffen sei, sie die **Arbeit niederlegen würden.** In den Industrievororten waren starke Patrouillen der Gendarmerie ständig auf den Straßen, doch ist es, soweit bis mittags bekannt geworden, an keiner Stelle zu Zusammenstößen gekommen. Viel Aufsehen erregten die **Züge von Matrosen** durch die Straßen der Stadt. Es waren dies diejenigen Marinemannschaften, die sich an der Bewegung in Kiel und Wilhelmshaven nicht beteiligt haben. Sie wurden zu Kompagnien formiert und trafen im Laufe des gestrigen Nachmittags, von Infanterie begleitet, in Berlin ein, um hier zu übernachten. Am heutigen Morgen wurden die Matrosen wiederum nach den Bahnhöfen geleitet, um von da aus in entferntere Provinzen überführt zu werden. Von da aus findet voraussichtlich die Entlassung der Mannschaften in ihre Heimat statt.

Die wichtigeren Punkte der Stadt, die Bahnhöfe, das Polizeipräsidium, das Schloß und die zum Schloß führenden Brücken sowie sämtliche **städtischen Amtsgebäude** sind mit **Militär besetzt,** das möglichst unauffällig in Höfen und leeren Läden untergebracht ist. Auch auf dem **Dache des Schlosses** patrouillieren **Militärposten.** Ein verstärktes Schutzmannsaufgebot, darunter Schutzleute zu Pferde, hält Patrouillengänge und verhindert unnütze Menschenansammlungen.

Die Soldaten, die die Schloßbrücken passieren wollen, werden angehalten und müssen ihre Papiere vorweisen. Auf den Bahnhöfen drängten sich heute Hunderte von Personen, die abreisen wollten, aber keine Fahrkarten erhielten und sich wieder nach Hause begeben mußten. Der gesamte **Eisenbahn-Fernverkehr ist in Berlin gesperrt.** Auf den Bahnhöfen sind Plakate angebracht, die folgenden Wortlaut haben: „Der Schnellzug- und Personenverkehr von und nach Berlin (letzterer, soweit er die Grenze des Direktionsbezirks Berlin überschreitet) ist bis auf weiteres eingestellt." Der Verkehr auf der Stadtbahn und auf den Vorortbahnen ist dagegen nicht gesperrt. Wie weiter mitgeteilt wird, ist auch der gesamte **Telegraphen- und Telephonverkehr** von Berlin **nach außerhalb** unterbrochen. Bis auf weiteres werden auch Telephonverbindungen mit Nowawes, Grünau, Oranienburg, Zehlendorf, Wannsee, Potsdam, Köpenick und Friedrichshagen nicht mehr hergestellt; nur mit Spandau kann gesprochen werden. Der **Güterverkehr,** soweit die Lebensmittel- und Kohlenzufuhr nach Berlin in Frage kam, vollzog sich ungehindert.

Von **zuständiger Seite** wird mitgeteilt:

Der **Telegraphen- und Telephonverkehr** nach und von Berlin ist seit gestern abend 10 Uhr auf Anordnung des **Oberkommandos** in den Marken **eingestellt** worden. Dem Reichspostamt ist von dieser Maßnahme des Oberkommandos Mitteilung gemacht worden. Das Reichspostamt hat daraufhin den maßgebenden Stellen mitgeteilt, daß durch diese Maßnahme der Postverkehr nach jeder Hinsicht gesperrt werde, und daß **große Verkehrsschwierigkeiten** eintreten müßten. Die Postverwaltung hat aber beschlossen, um Postsendungen zu ermöglichen, dafür Sorge zu tragen, daß, soweit Schnell- und Personenzüge nicht verkehren, **Eilgüterzüge** abgelassen werden, die die Postsendungen mitbefördern.

Die **Börse** ist auf Anordnung des Börsenvorstandes wegen des unterbrochenen Fernverkehrs vorläufig für heute und morgen **geschlossen.**

Die Versammlung der Offiziere.

Auf dem **Schinkelplatz** vor dem roten Gebäude der alten **Bauakademie,** an dessen einem Tor jetzt ein großes Schild mit den Worten Königliche Kommandantur Berlin prangt, versammelte sich heute in den Vormittagstunden eine größere Menschenmenge, um den Anmarsch der **auf 12 Uhr dorthin befohlenen beurlaubten Offiziere** von Groß-Berlin mit anzusehen. Schon lange vor der festgesetzten Stunde trafen die Offiziere von allen Seiten her vor dem Gebäude ein, die meisten hatten „übergeschnallt", einige waren feldmarschmäßig, sogar mit dem Tornister auf dem Rücken erschienen. Aus einer Droschke stiegen einige Offiziere mit vielen Gepäckstücken; sie wollten zu ihren Truppenteilen nach der Front abreisen, erhielten aber den Befehl, nach der Kommandantur zu kommen und sich dort zur Verfügung zu halten. Auch verwundete, an Stöcken gehende Offiziere sah man kommen. Je näher die zwölfte Stunde rückte, um so mehr Offiziere erschienen auf dem Schinkelplatz; von den Linden her kamen sie in Gruppen zu zweien und dreien. Die Straße zwischen dem Kommandanturgebäude Unter den Linden und der roten Bauakademie war dicht von Neugierigen besetzt. Plötzlich ging eine Bewegung durch die Menge; man hatte **Sanitätsmannschaften** und Krankenschwestern in der Kommandantur verschwinden sehen, und gerade wollte man die Frage erörtern, was das wohl heißen soll, als ein Schutzmannsaufgebot die Menge höflich, aber energisch zum Auseinandergehen aufforderte. Ungesäumt wurde dem Folge geleistet, und bald war der Schinkelplatz von Zivilpersonen gesäubert — nur Offiziere sah man noch kommen — mehrere hundert an der Zahl. Die Offiziere mußten ihre genaue Adresse sowie ihre Telephonnummer angeben und erhielten die Aufforderung, sich im Falle von Unruhen bereit zu halten.

Zu der **militärischen Besetzung von Fabriken** wird uns gemeldet, daß die in Frage stehenden Werke zurzeit noch militärisch besetzt seien, doch sei angeblich zu erwarten, daß die militärischen Mannschaften noch im Laufe des heutigen Tages zurückgezogen werden würden, um so mehr, als die Obmänner in den Fabriken erklärt hätten, daß, falls dies nicht geschehe, sie bei den Massen für nichts einstehen könnten. Man hofft in den Kreisen der Großindustriellen, daß es heute noch gelingen werde, einen **Generalstreik** auf gütlichem Wege zu **vermeiden.**

Es verlautet, daß die Arbeiter in der **Berlin-Anhaltischen Maschinenfabrik** und in der **Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft** erklärt haben, morgen in den **Streik** treten zu wollen.

Der Magistrat der Stadt Berlin teilt uns mit, daß von der **Schulbehörde** keine Anordnungen getroffen worden sind, **die Schulen** zu schließen. Es bleibt den Schulvorstehern überlassen, gegebenenfalls für die Sicherheit der Kinder zu sorgen. Wie wir hören, haben die Elisabethschule, das Wilhelmsgymnasium und das Realgymnasium in der Kochstraße den **Unterricht heute eingestellt.** Im Kolleg des Professors **Röthe** erschien heute ein Student und warf Zettel unter die Hörerschaft, in denen zur Beseitigung der gegenwärtigen Kompromißregierung und zum Anschluß an die Internationale aufgefordert wurde.

In **Spandau** herrschte heute verhältnismäßig **Ruhe.** In den Fabriken wurde bis in die ersten Nachmittagsstunden wie sonst gearbeitet. Das Aufgebot an militärischer Besatzung war nicht übermäßig groß; die Ulanenpatrouillen befleißigten sich der größten Vorsicht.

Die Vorgänge in Kiel.

Die Forderungen der Arbeiter und Soldaten.

Die „Kieler Neuesten Nachrichten" vom gestrigen Donnerstag veröffentlichen die von dem **Soldatenrat** gestellten und **vom Gouvernement angenommenen vierzehn Punkte:**

1. Freilassung sämtlicher **Inhaftierten** und politisch Gefangenen.
2. Vollständige **Rede- und Preßfreiheit.**
3. Unterlassung der **Briefzensur.**
4. Sachgemäße Behandlung der Mannschaften durch Vorgesetzte.
5. Straffreie Rückkehr sämtlicher Kameraden an Bord und in die Kasernen.
6. Die **Ausfahrt der Flotte** hat unter allen Umständen zu unterbleiben.
7. Jegliche Schutzmaßnahmen durch Blutvergießen haben zu unterbleiben.
8. Zurückziehung sämtlicher nicht zur Garnison gehörigen Truppen.
9. Alle Maßnahmen zum **Schutze des Privateigentums** werden sofort vom Soldatenrat festgesetzt.
10. Es gibt außer Dienst keine Vorgesetzten mehr.
11. Unbeschränkte **persönliche Freiheit** jedes Mannes von Beendigung des Dienstes bis zu Beginn des nächsten Dienstes.
12. **Offiziere,** die sich mit den Maßnahmen des jetzt bestehenden Soldatenrates einverstanden erklären, begrüßen wir in unserer Mitte. Alles übrige hat ohne Anspruch auf Versorgung den Dienst zu quittieren.
13. Jeder Angehörige des Soldatenrates ist von jeglichem Dienst zu befreien.
14. Sämtliche in Zukunft zu treffenden Maßnahmen sind nur mit Zustimmung des Soldatenrates zu treffen.

Diese Forderungen sind **für jede Militärperson** Befehle des Soldatenrates.

Eine am Montag vorbereitete Kundgebung des Arbeiter- und Soldatenrates verzeichnet die Tatsache, daß die politische Macht nunmehr unbestritten in die Hände der Soldaten gelangt sei. Sie mahnt zu strikter **Aufrechterhaltung der Ordnung** und gipfelt in dem Schluß, daß die Forderungen des Arbeiter- und Soldatenrates in der Besprechung mit dem Generalgouvernement im Beisein des Abgeordneten Noske und des Staatssekretärs **Haußmann** bereits **Erfolg** erzielten. Es wurde **folgendes Abkommen** erreicht: „Haußmann nimmt unsere Forderungen an und verspricht beschleunigte Durchsetzung bei der Regierung. Sofortiges Abbrechen sämtlicher gegen unsere Bewegung gerichteten militärischen Maßnahmen. Hinwirkung zum Einlaufen der Flotte. Unter Mitwirkung des Arbeiterrates werden dem Soldatenrat die Akten der noch in Haft Befindlichen vorgelegt, um über deren Freilassung, mit Ausnahme der wegen unehrenhafter Handlungen Verurteilten, zu entscheiden."

Ein am Donnerstag früh verteiltes **Flugblatt** hat folgenden Wortlaut:

Beschlüsse des Soldatenrates.

„Die Verpflegung wird in der bisherigen Weise geregelt. Es ist Sicherheit geschaffen worden, daß eine ordnungsmäßige Zahlung der **Löhnung** erfolgt. Den Anordnungen der gewählten Soldatenräte der einzelnen Formationen ist im Interesse unserer Sache Folge zu leisten. Der Arbeitsdienst in der **Gasanstalt**, dem Elektrizitätswerk, beim Einladen der Züge mit Lebensmitteln ist unbedingt weiter zu leisten, bis eine anderweitige Regelung getroffen wird. Einstimmig ist vom großen Soldatenrat beschlossen worden, daß der **militärische Sicherheitsdienst in der Ostsee** voll **aufrecht** erhalten wird. Die Ruhe und Ordnung auf den Straßen ist unbedingt zu bewahren. Jedes **zwecklose Schießen** hat zu **unterbleiben.** Der große Soldatenrat fordert, daß jedes unbefugte Waffentragen unterbleibt. Munition ist von den Delegierten zu verwahren. **Zivilisten** haben sofort alle **Waffen** bei der nächsten militärischen Dienststelle **abzugeben.** Patrouillen sollen nur auf Anordnung des Soldatenrates gehen. Alle Anordnungen des Soldatenrates haben die Unterschrift des Vorsitzenden, der Abgeordneten Noske und eines weiteren Mitgliedes des Soldatenrates zu tragen. Der Soldatenrat macht es allen Kameraden zur dringenden Pflicht, im eigensten Interesse nur solche gezeichnete Anordnungen zu befolgen, diese aber unbedingt und sofort.

Kiel, den 5. November 1918.

gez. **Artelt.** gez. **Noske.**"

Über **die augenblickliche Situation in Kiel** berichten die „Kieler Neuesten Nachrichten" das folgende:

Der **Magistrat** erließ **gemeinsam mit dem Arbeiter- und Soldatenrat** eine Veröffentlichung des Inhalts, daß der Bezug der rationierten **Lebensmittel** wie vordem nur auf Karten erfolgen könne, wer ohne Karten solche zu erlangen suche, mache sich strafbar. Die **Werften** arbeiten nicht, und durch die große Zahl der Feiernden erhält das Straßenbild eine besondere Note. Vor und in den Gebäuden, in welchen die Verwaltungsorgane des Arbeiter- und Soldatenrats tätig sind: im Gewerkschaftshause, der Maschinenbauschule und der Marinestation herrscht ein buntbewegtes Treiben. Am **Gewerkschaftshause** erfolgte gestern morgen die **Ausgabe von Munition** an die Militärpersonen, welche dem Ordnungsdienst obliegen. **Der Straßenbahnverkehr** wurde bisher noch nicht wieder aufgenommen. Auch der Personenverkehr auf dem Bahnhof ist noch gesperrt. Postzüge und Güterzüge verkehren in beschränkter Zahl. Kinos und Theater blieben vorgestern geschlossen, sollten jedoch gestern wieder ihre Pforten öffnen. Für gestern wurde die Ankunft der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten **Haase** und **Ledebour** erwartet, welche telegraphisch von Berlin hierher berufen sein sollen.

Die „Fristverlängerung" für den Kaiser.

Ein Flugblatt der sozialdemokratischen Parteileitung teilt mit:

Arbeiter, Parteigenossen!

Ein Teil der gestern von uns aufgestellten Forderungen ist von der Regierung und den Mehrheitsparteien erfüllt worden.

Das gleiche Wahlrecht für Preußen und alle Bundesstaaten auf Grundlage der Verhältniswahl soll ohne Verzug durch Reichsgesetz eingeführt werden.

Die sofortige Parlamentarisierung der preußischen Regierung ist gesichert, ebenso die Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses in der Reichsregierung.

Die Einberufungen zum Militär sind rückgängig gemacht.

Noch nicht erledigt ist die Kaiserfrage.

Unsere Forderung auf sofortigen Rücktritt des Kaisers und Verzicht des Kronprinzen wurde aufgestellt unter der Voraussetzung, daß der Waffenstillstand heute mittag abgeschlossen sein würde. Diese Voraussetzung hat sich nicht erfüllt, weil die deutsche Delegation infolge äußerer Hindernisse heute vormittag im feindlichen Hauptquartier nicht eintreffen konnte. Der Abschluß des Waffenstillstands würde aber gefährdet durch unseren Austritt aus der Regierung.

Deshalb haben Parteivorstand und Reichstagsfraktion die gestellte Frist bis zum Abschluß des Waffenstillstands verlängert, um erst das Aufhören des Blutvergießens und die Sicherung des Friedensschlusses herbeizuführen.

Sonnabend vormittag treten die Vertrauensmänner der Arbeiter erneut zusammen.

Arbeiter! Parteigenossen! Es handelt sich also nur um einen Aufschub von wenigen Stunden.

Eure Kraft und eure Entschlossenheit verträgt diesen Aufschub.

Berlin, 8. November 1918.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und die Reichstagsfraktion.

Noch keine Antwort des Kaisers.

Unter dieser Überschrift schreibt das „Berliner Tageblatt":

Bis in die späten Abendstunden war gestern bei der Regierung in Berlin eine Antwort des Kaisers nicht eingetroffen. Es zeigt sich, wie erschwerend auf alle Verhandlungen die Abwesenheit des Kaisers wirkt. Die Regierung hatte, wie wir glauben, dem Kaiser ihre Ansichten mit großer Klarheit und Bestimmtheit dargelegt. Man nimmt andauernd an, daß Wilhelm II. den **Entschluß, abzudanken,** entweder bereits gefaßt und nur noch nicht geäußert hat, oder im Laufe des heutigen Tages fassen und bekanntgeben wird. Nicht ausgeschlossen ist es, daß er den Wunsch gehabt hat, das Eintreffen der **Waffenstillstandsbedingungen** abzuwarten, und daß er seine Abdankung mit dem Hinweise auf diese Bedingungen zu begründen gedenkt. Das wäre eine durchaus verständliche Form. Irgendein sicheres Anzeichen über die Absichten des Kaisers liegt aber nicht vor. Die **Sozialdemokratie** hat die von ihr gestellte Frist bis zum **Abschluß des Waffenstillstandes,** der vermutlich **Montag** erfolgen wird, **verlängert,** weil sie angesichts der Waffenstillstandsverhandlungen den Vorwurf zu großer Überstürzung vermeiden will. Wie wir schon in fast der ganzen Abendauflage mitgeteilt haben, hat der Kaiser den **Prinzen Max von Baden** ersucht, bis auf weiteres die Geschäfte als Reichskanzler weiter zu führen. Man hofft in Regierungskreisen, daß der Prinz sein Rücktrittsgesuch **zurücknehmen** werde, wenn der Kaiser sich zur **Abdankung** entschließt. Sollte der Prinz nicht bleiben wollen, so würde das ganze Kabinett mit ihm gehen. Es würde dann, wie hier bereits gesagt wurde, die Bildung eines Kabinetts unter

dem Vorsitz des sozialdemokratischen Abgeordneten **Ebert** die wahrscheinlichste Lösung sein.

Die Aufstandsbewegung, die am Sonntag in Kiel ihren Anfang nahm, hat sich mit geradezu unglaublicher Schnelligkeit auf immer weitere Teile des Reiches ausgedehnt. Bis auf vereinzelte blutige Zwischenfälle scheint sich, bisher wenigstens, alles auffallend ruhig abgewickelt zu haben. Die in den verschiedensten Städten ins Leben getretenen Arbeiter- und Soldatenräte haben überall die Hauptverkehrsanstalten und die Ämter besetzt, und in den meisten Fällen waren die Behörden klug genug, mit den Vertretern einer neuen Staatsordnung und Gesinnung zusammenzuarbeiten, um insbesondere die Lebensmittelversorgung sicherzustellen.

Die **Ursachen** dieser großen Volksbewegung reichen natürlich weit zurück. Den eigentlichen Anlaß zu dem Ausbruch hat, wie der „Vorwärts" bereits gestern mitteilte, ein Gerücht gegeben, wonach die Flotte aus den deutschen Häfen auslaufen sollte, um einen letzten Verzweiflungskampf mit den Engländern zu bestehen, ehe der Waffenstillstand abgeschlossen werden würde. Soviel wir wissen, haben nur die sehr törichten alldeutschen Äußerungen eines Offiziers das Gerücht verursacht. Tatsache ist, daß die Matrosen sich in Kiel in geschlossenen Massen ans Land begaben, mit den Arbeitern gemeinsame Sache machten und nun einen **Arbeiter- und Soldatenrat** begründeten. Von Kiel aus haben sich dann Abordnungen von Matrosen mit raschem Entschluß zuerst in die umliegenden und dann in weiter entfernte Städte begeben, um auch hier die Herrschaft den Arbeiter- und Soldatenräten in die Hand zu spielen. Man kann nach den bisher vorliegenden Mitteilungen sagen, daß **fast ganz Nordwest- und Mitteldeutschland bereits in ihren Händen ist.** Im rheinisch-westfälischen Industrierevier scheint diese Entwicklung allerdings erst in ihren Anfängen zu stecken.

Die Arbeiter und Soldaten haben fast überall eine Reihe von **Forderungen** aufgestellt. Man kann nicht sagen, daß sie von einem radikalen bolschewistischen Geiste getragen sind. Die militärischen Wünsche überwiegen, und nirgends ist von einer Konfiskation des Eigentums oder von einem blutigen Terror die Rede. Allerdings geht man mit drakonischen Strafen gegen alle die vor, die sich nicht ohne weiteres den Anweisungen des Arbeiter- und Soldatenrates fügen, um unter allen Umständen die Ruhe und die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Diese überstürzte Entwickelung der Dinge hat die beiden feindlichen **Flügel der Sozialdemokratie** von selbst genähert, da sie beide durch den Zwang der Verhältnisse plötzlich vor politische Aufgaben gestellt wurden. In München ist diese Einigung bereits in aller Form vollzogen worden. Im Gegensatz zu Rußland, wo der Bolschewismus eine ausgesprochene Diktatur des Proletariats durchzusetzen vermochte, hat in den verschiedenen deutschen Städten die wohlorganisierte und disziplinierte Sozialdemokratie von vornherein die Bewegung in die Hand genommen und so mit dazu beigetragen, daß es bisher nirgends zu katastrophalen Ereignissen gekommen ist. Das **Kriegskabinett** hat sich bereits wiederholt mit allen diesen ungemein ernsten Vorgängen im Reiche eingehend beschäftigt und hat, um die Gemüter zu beruhigen, Parlamentarier der linken Parteien zu den Aufständigen entsandt. Es hat den Anschein, als ob man zumeist gewillt ist, den Forderungen der Arbeiter- und Soldatenräte in weitgehendem Maße entgegenzukommen, um den bevorstehenden Waffenstillstand und Frieden nicht durch einen völligen politischen Um-

sturz im Deutschen Reiche zu gefährden. **Berlin** selbst, das Zentrum aller behördlichen Organisationen der Zivil- und Militärgewalt, ist bisher von der großen Bewegung noch nicht erfaßt worden. Man hat sehr umfassende militärische Maßnahmen getroffen, um alle Möglichkeiten im ersten Keime zu ersticken. Wir hoffen, daß die Ruhe weiter aufrechterhalten bleiben wird und richten nochmals die **dringliche Mahnung** an die Bevölkerung alles, was eine Störung der Ordnung bedeuten oder herbeiführen könnte, zu vermeiden.

Besonders tiefgreifende Wirkungen haben die Vorgänge in **München** und in **Braunschweig** gehabt. Hier hat sich über Nacht ein völliger politischer Umsturz vollzogen. In Braunschweig entsandte der Arbeiter- und Soldatenrat eine Deputation zum Herzog, dem Schwiegersohn des Kaisers, und legte ihm eine Abdankungsurkunde vor. Der Herzog zögerte nicht, sie zu unterzeichnen und sie von den Ministern gegenzeichnen zu lassen. Hier hat sich also der Umsturz in beinahe klassisch staatsrechtlichen Formen abgespielt. In München ist dieser Umsturz noch rascher vor sich gegangen. In einer einzigen Nacht rissen die Arbeiter und Soldaten die ganze politische Macht an sich, erklärten Bayern zur Volksrepublik, setzten den König und die Dynastie ab und bildeten sofort eine neue Regierung, an deren Spitze Kurt Eisner trat, der einst mit fünf anderen Revisionisten aus dem Redaktionsverbande des „Vorwärts" gedrängt wurde und der während des Krieges zu den Unabhängigen übergegangen ist.

Charakteristisch für die Vorgänge in München war die Tatsache, daß große Teile der Bevölkerung, die eben noch wie die Bauernschaft ihre Treue zum Königshause in besonderen Kundgebungen versichert hatten, ohne jedes Zögern zu den Republikanern übergingen. Es darf unter diesen Umständen auch nicht überraschen, daß hier die Arbeiter und Soldaten durch Hinzuziehung der Bauern eine breite Grundlage schufen. Zu den neuen Männern, die eben noch dem alten Regime gedient hatten, gehören die bekannten Bauernführer **Dr. Heim** und **Dr. Schlittenbauer** sowie der frühere bayerische Verkehrsminister **v. Frauendorffer.** Die Bewegung, die kaum eine Woche datiert, dürfte noch keineswegs abgeschlossen sein, und man wird sich auf weitere Überraschungen gefaßt machen müssen. Bisher ist diese Revolution unblutig verlaufen. Alles wird nunmehr darauf ankommen, die rückflutenden Soldatenmassen bei der Demobilmachung möglichst schnell in geordnete Verhältnisse hineinzubringen, wenn man nicht unabsehbare Komplikationen dabei schaffen will. Vielleicht wird sich die jetzige Entwickelung, das Zusammenarbeiten von Arbeitern und Soldaten in besonderen Räten, als ersprießlich erweisen. Die militärischen Behörden an der Front werden nach Abschluß der Waffenstillstandsbedingungen jedenfalls daraus die nötigen Konsequenzen ziehen. Das notwendige Mittel zur Ordnung der ganzen weiteren Verhältnisse im Reiche und das Ventil für die bestehende Spannung würde, wie wir wiederholen wollen, die **Einberufung einer konstituierenden Versammlung** sein.

Die Lage in Berlin.

Bis in den späten Abendstunden hinein spielte sich gestern das Straßenleben in Berlin scheinbar ebenso ruhig ab wie in den letzten Tagen. Die Geschäfte hielten fast ausnahmslos ihre Läden bis zum gewohnten Schluß auf. Auffallend war nur der außerordentlich starke Verkehr in den Hauptstraßen, namentlich in der Friedrichstraße, Leipziger Straße, Unter den Linden und am Alexanderplatz, wo gegen

Abend große Menschenmengen in gespannter Erwartung sich bewegten. Die Brücken waren durch Posten besetzt.

Der **Lehrter Bahnhof** ist in weitem Umfange von Militär, darunter auch Artillerie, umstellt. Vom **Stettiner Bahnhof** wurde gestern ein Militär-Sonderzug, in dem sich auch eine Maschinengewehrabteilung befand, in der Richtung nach Swinemünde abgelassen. Die in Berlin eingetroffenen Matrosen — zumeist solche, die sich der Bewegung in den Hafenstädten nicht angeschlossen hatten — besitzen in der überwiegenden Mehrzahl Urlaubscheine, die von den Arbeiter- und Soldatenräten ihrer Standorte ausgestellt sind. Man schätzt die Zahl der hier eingetroffenen Matrosen auf etwa 2000, sie wurden zum größten Teile im Truppenlager Zossen untergebracht.

In den **Fabriken** wurde überall die gewöhnliche **Arbeitszeit eingehalten**, ein Teil der Großbanken hatte früher als sonst geschlossen.

Gegenüber von anderer Seite verbreiteten alarmierenden Gerüchten über die Gefährdung der **Lebensmittelversorgung** von Berlin, die verschiedene überängstliche Personen bereits zu Vorratsankäufen veranlaßt hatte, erklärt uns der Berliner Markthallendirektor **Spiecker**, daß für die nächsten Wochen die Lebensmittelversorgung Groß-Berlins — vorausgesetzt, daß Ruhe und Ordnung aufrechterhalten bleiben — auch bei eintretenden Transportschwierigkeiten **gesichert** sei. Die **Gemeinde Berlin** besitzt einen Vorrat von etwa 150 000 Zentnern **Weißkohl**, außerdem für etwa sechs Wochen **Dörrgemüse** und große **Mohrrübenvorräte**, ebenso sind reichlich **Kartoffeln** vorhanden. Schwierigkeiten könnten sich höchstens in der Fleischzufuhr ergeben. Jedenfalls bot die Zentralmarkthalle das gewohnte Bild.

Eine vorübergehende **Stockung** ist infolge der Störungen im Eisenbahnverkehr in der **Milchversorgung** eingetreten. Der Mindereingang an Milch betrug, wie der Berliner Magistrat mitteilt, gestern etwa 90 000 Liter. Um wenigstens die kleinsten Kinder und die Schwerkranken mit Milch zu versorgen, hat die Fettstelle Groß-Berlin für heute folgende Belieferung angeordnet: Es werden ausgegeben: auf die „A"-Karten $^1/_2$ Liter, auf die „B I"-Karten $^1/_2$ Liter, auf die „B II"-Karten $^1/_4$ Liter, auf die $^1/_2$-Liter-Krankenkarten $^1/_4$ Liter, auf die 1-Liter- und $^3/_4$-Liter-Krankenkarten sowie auf die Karten für werdende Mütter die vollen Mengen. Es fallen also aus die „C"-Karten und die auf $^1/_4$ Liter lautenden Krankenkarten. Für den Ausfall wird den Kindern im 5. und 6. Lebensjahre $^1/_2$ Pfund **Nährmittel** (Haferflocken, Grieß, Graupen) verabfolgt. Das Nähere wird alsbald bekanntgegeben.

Der **Postverkehr** hat sich, wie uns der Oberpostdirektor **Vorbeck** mitteilt, gestern genau so abgewickelt wie an anderen Tagen. Das Beamten- und Botenpersonal, das eine Zeitlang durch die Grippe stark vermindert war, ist nun vollzählig wieder im Dienste und soweit Briefe, Postanweisungen und Pakete usw. einlaufen, werden sie anstandslos, ohne Verzögerung bestellt.

Der **Fernsprechverkehr** ist gestern nachmittag wieder nach dem ganzen Reiche mit **Ausnahme von Hamburg, freigegeben** worden. Auch nach **München** werden Privattelephongespräche wieder zugelassen. Die Einstellung des **Telegrammverkehrs** wird so gehandhabt, daß es sogar den Landtagsabgeordneten unmöglich ist, durch das Bureau des Hauses Staatstelegramme an ihre Familien zu schicken.

Im **Eisenbahnverkehr** sind gestern, wie uns von der Eisenbahndirektion mitgeteilt wird, eine Anzahl D-Züge und Personenzüge wieder **eingestellt** worden,

um den Reisenden Gelegenheit zu geben, nach Hause zu kommen oder ihre Geschäfte zu erledigen. Die Züge verkehren nach allen Richtungen des Reiches, bis auf die Strecken nach Altona, Hannover und Magdeburg.

Im **Gewerkschaftshaus** und dessen Umgebung herrschte vollkommene Ruhe. Demonstrationen oder Ausstände wurden den Gewerkschaftskommissionen bisher von keiner Seite gemeldet.

Oberst **Fröhlich** vom Kommando der Berliner Schutzmannschaft teilt uns auf Anfrage mit, daß **Demonstrationen von keiner Seite** gemeldet wurden. Kleine Ansammlungen, die durch irgendwelche Zufälle veranlaßt wurden, gaben Stoff zu allerlei Gerüchten, die sich bei näherer Untersuchung als haltlos erwiesen. So telephonierte z. B. Professor **Reinhardt** vom Deutschen Theater an, ob er angesichts der Krawalle am Monbijouplatz spielen lassen dürfe. Die Nachprüfung ergab, daß ein Vater seinen Sohn, der ihn bestohlen hatte, unter Begleitung einer größeren Menschenmenge zur Polizeiwache geführt hatte. Eine andere Meldung an die Polizei berichtete, daß an der Neuen Schönhauser Straße, Ecke der Rosenthaler Straße, etwa 1000 Personen demonstrierten. Die Matrosen seien dabei, die Straßenbahnschienen aufzureißen usw. Polizeibeamte des entsprechenden Reviers fanden aber nur, daß eine Prügelei zwischen zwei Matrosen und eine Ansammlung eines Haufens Neugieriger stattgefunden hatte.

Polizeiliche Schließung des Parteibureaus der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Das **Parteibureau** der Unabhängigen Sozialdemokratie in Berlin wurde gestern nachmittag **polizeilich geschlossen** und ihr Parteisekretär **Barth verhaftet.** Auch der unabhängige Redakteur **Däumig** wurde auf der Straße verhaftet.

Berlin, 8. November. (W. T. B.)

Wie wir erfahren, hat der Oberbefehlshaber in den Marken, Generaloberst v. Linsingen, seinen Abschied eingereicht.

Die Umwälzung in Bayern und Braunschweig.

Absetzung der Dynastie in Bayern. Ausrufung der Volksrepublik.

München, 8. November.

Bayern ist in der Nacht zum Freitag durch einen Handstreich eine **soziale Republik** geworden. Diese Tatsache wurde heute nachmittag in der Sitzung des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates durch eine von ihm erwählte Volksregierung nach revolutionärem Recht vollzogen und bestätigt. Heute nachmittag wurde die Einigung mit den offiziellen Sozialisten- und Gewerkschaftsführern, also vor allem mit den hinter ihnen stehenden großen Arbeitermassen, erzielt. Für die Bauern garantiert der geschlossen zur neuen Republik übergetretene Bauernbund. Die tatsächliche Macht gehört der neuen Regierung. Die Soldaten, die anderswo, wie zum Beispiel in Rosenheim, nicht glatt mitmachten, ließen sich freiwillig entwaffnen. **Die Dynastie Wittelsbach ist abgesetzt.** Alle Ministerien, der Verkehr, alle Behörden usw. sind in den Händen des Rats. Das alte Bayern existiert nicht mehr. Im einzelnen wird das folgende berichtet:

Wir berichteten schon, daß sich einer großen Demonstration auf der Theresienwiese am Donnerstag nachmittag eine revolutionäre Bewegung in den Abendstunden angeschlossen hatte. Kurt **Eisner,** der Führer der Münchener Unabhängigen, gab die Parole aus. In wenigen Nachtstunden geschah dann alles, die Kasernen wurden von Soldaten und Arbeitern mit stürmender Hand genommen, ohne daß irgendwie von einem nennenswerten Widerstand gesprochen werden kann. Die Soldaten wurden herausgeholt. Munition und Waffen lagen bereit, wurden verteilt, und schnell hintereinander wurden von Soldatenabteilungen die wichtigsten Stellen besetzt, so der Hauptbahnhof, die Telegraphen- und Telephonzentrale, die Funkentürme, das Generalkommando und alle Ministerien. Der **Polizeipräsident unterstellte** sich mit seinen Mannschaften dem inzwischen im Maltheser-Bräu sich bildenden **Soldatenrat.** Im Parlamentsgebäude trat der Arbeiterrat unter dem Vorsitz Kurt Eisners zusammen. Die **Zeitungen** wurden **sistiert** und die „Münchener Neuesten Nachrichten" für die Proklamationen des Arbeiter- und Soldatenrats beschlagnahmt.

Am heutigen Morgen erschien in den beschlagnahmten „Münchener Neuesten Nachrichten" **die Proklamation,** aus deren Text wir folgende Sätze wiedergeben: **„Bayern ist fortan ein Freistaat.** Eine Volksregierung, die von dem Vertrauen der Massen getragen wird, soll unverzüglich eingesetzt werden. Eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle mündigen Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so schnell wie möglich einberufen werden. Bayern will Deutschland für den Völkerbund rüsten. Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt. Die jetzige Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch die Selbstregierung des Volkes die Entwicklung der Zustände ohne allzu schwere Erschütterungen zu ermöglichen, bevor die feindlichen Heere die Grenzen überfluten oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten deutschen Truppen das Chaos herbeiführen. Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wird strengste Ordnung sichern. Ausschreitungen werden rücksichtslos unterdrückt. Die Sicherheit der Personen und des Eigentums wird verbürgt. In dieser Zeit des sinnlosen wilden Mordens **verabscheuen wir alles Blutvergießen.** Jedes Menschenleben soll heilig sein. **Der Bruderkrieg der Sozialisten ist für Bayern beendet.** Auf der revolutionären Grundlage, die jetzt gegeben ist, werden die Arbeitermassen zur Einheit zurückgeführt."

Am Morgen las der Bürger Münchens die blutroten Plakate an den Anschlagsäulen, die die **Absetzung der Dynastie Wittelsbach** und die Proklamation der Republik verkündeten. Die offizielle Sozialdemokratie, die Bauernbündler und ein Teil der liberalen Fraktion schlossen sich der neuen Regierungsgewalt an. Um drei Uhr trat der provisorische Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat zu einer eigentlichen **konstituierenden Versammlung** und zur Gestaltung der neuen Regierung zusammen. Kurt **Eisner** eröffnete die Sitzung des provisorischen Parlaments der Republik Bayern. Er sagte u. a.: Über die Teilnahme und Wahl zum Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat werden erst in den nächsten Tagen nähere Bestimmungen ergehen. Niemand hätte noch in den letzten zwei Tagen geglaubt, wie man in wenigen Stunden Geschichte macht und revolutionäre Tatsachen schafft. Der Strich, der unbedingt unter die ganze Vergangenheit gemacht sei, könne nicht mehr beseitigt werden. Es sei ein Stück **Überraschungsstrategie,** mit der das alte Bayern aus den Angeln gehoben worden sei. Wenn wir gewartet hätten, bis der Wahn-

sinn der nationalen Verteidigung, worunter er nicht den Schutz der Grenzen verstehe, eingetreten wäre, wenn wir gewartet hätten, bis Kapitulation und Demobilisierung in Bayern ein ähnliches Schauspiel hervorgerufen hätten wie in Österreich, dann wären diese katastrophalen Ereignisse über eine ohnmächtige Regierung hereingebrochen. Der amerikanische Präsident habe überzeugend dargetan, daß er nicht gesonnen sei, mit dem, was man in Berlin jetzt Volksregierung heiße, einen Frieden zu schließen. Wenn aber nun in Berlin eine revolutionäre Regierung entstehe, deren treibende Kräfte in einsamer und gefährlicher Opposition die deutsche Kriegführung bekämpft hatten, so könnten wir vertrauen, daß eine solche Regierung einen besseren und anderen Eindruck erwecke und eine günstigere Stimmung bei dem Gegner erzeuge. Es falle ihm nicht ein, in unwürdiger und feiger Art um die Gunst der Gegner zu buhlen, aber die Gunst sei nun gesicherter. Bayern werde nun ein freier Staat, und eine konstituierende Nationalversammlung werde die endgültige republikanische Verfassung Bayerns festlegen. Er bitte den Rat, eine Regierung zu bestimmen und mit seinem Vertrauen zu beehren, die dem Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat verantwortlich sein werde und nur provisorisch, bis die Nationalversammlung die endgültige Regierung einsetzen werde, die Geschäfte führen solle. Sie sei nach Vorschlägen und Verhandlungen keineswegs einseitig gedacht. Der Kampf der Arbeiter gehöre für Bayern der Vergangenheit an. Zum Schluß nannte Eisner die Namen derer, die die neue Regierung bilden sollen, mit einer Ausnahme ist die alte Einteilung der Ministerien beibehalten und nur ein neues geschaffen worden: das Staatsministerium für soziale Angelegenheiten. **In dem Revolutionskabinett** übernimmt das **Präsidium** und das **Äußere** als Symbol des revolutionären Ursprungs **Kurt Eisner,** das Vizepräsidium und das Ministerium für Kultus der sozialdemokratische Abgeordnete **Hoffmann**-Kaiserslautern, ein früherer Volksschullehrer, das Ministerium für militärische Angelegenheiten (ein Kriegsminister soll nicht mehr existieren) der sozialdemokratische Abgeordnete **Roßhaupter.** Es gezieme sich, sagte Eisner, für eine demokratische Regierung, daß in der Demokratie ein Zivilist die militärischen Angelegenheiten leite. Das Innere übernimmt Eisners bisheriger schärfster Gegner bei der Wahl für den Reichstag und bei dem Kampf der offiziellen Sozialdemokratie gegen die Unabhängigen, der sozialdemokratische Abgeordnete Gerhart **Auer.**

Der frühere Verkehrsminister Heinrich **v. Frauendorffer** schließt sich der neuen Regierung an. Frauendorffer, der 1912 einer der lächerlichsten Komödien zum Opfer gefallen war, übernimmt das Ministerium des Verkehrs. Die Justiz ist dem Sozialpolitiker und Gewerkschaftsführer, Abgeordneten Johannes **Timm** übertragen worden. Die Finanzen übernimmt der Universitätsprofessor **Edgar Jaffé.** Ein einfacher Arbeiter ohne Amt und Würden, der an der Kundgebung in hervorragendem Maße beteiligt und mit Eisner seit den Dezemberunruhen 1918 im Gefängnis saß, tritt an die Spitze des neuen Ministeriums für soziale Fürsorge; es ist der frühere Maschinenmeister **Unterleitner.** Zum Polizeipräsidenten der Hauptstadt wurde ein Arbeiter und Soldat, Herr **Steiner,** gewählt. Darauf schlug der Abgeordnete und nunmehrige Minister Auer das **Präsidium des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates** vor. Erster Präsident ist der Abgeordnete Franz **Schmidt,** Erster Vizepräsident der frühere Handlungsgehilfe Fritz **Schröder,** der ebenfalls im Gefängnis saß und an der revolutionären Erhebung beteiligt ist. Den Posten des Zweiten Vizepräsidenten übernimmt der Liberale **Dr. Quidde.** Schriftführer werden die Abgeordneten **Gangdorfer, Vogel, Schlief** und **Körner.** Ab-

geordneter Schmidt erklärte die Annahme des Präsidiums. Die vorgeschlagenen Minister und das Präsidium des Rates wurden darauf einstimmig vom Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat gewählt. Der Präsident verkündete dann, daß die Proklamation der Regierung und das genaue politische und soziale Programm bekannt gegeben würde. Jeder Bauer möge seiner gewohnten Arbeit nachgehen. Stadt und Land werden einig zusammengehen. Die Umwälzung ist vollzogen. Jeder, der die Neuordnung mißbrauche, plündere oder raube, werde strengstens bestraft. Alle bisherigen Beamten bleiben in ihrer Stellung.

Darauf schlug der Abgeordnete Auer die Zentrumsmitglieder **Dr. Schlittenbauer** und **Heim** im Interesse der Volksernährung zu Mitgliedern vor. Der Abgeordnete **Gangdorfer** vom bayerischen Bauernbunde erklärte im Namen aller Fraktionsmitglieder, daß es jetzt die Hauptsache sei, daß Lebensmittel in die Städte hineinkommen, der Rat aber müsse dafür sorgen, daß keine Hindernisse auf dem Lande entstehen. Die **christlichen Gewerkschaften** erklärten im Interesse der Münchener Bevölkerung durch ein verlesenes Telegramm ihre **Mitwirkung an der Arbeit** der neuen Regierung. Die **Studenten** der Münchener Universität haben sich durch eine Abordnung gleichfalls für den Sicherheitsdienst **bereitgestellt.** Die Straßen sind ruhig, die Geschäfte sind geschlossen.

Aus den Großstädten in Bayern liegen noch keine neueren Nachrichten vor. Nur in **Nürnberg** erklärte der Oberbürgermeister in der heutigen Sitzung des Magistrats, daß sich die **Revolution auf das ganze Land ausgedehnt habe.** Er ermahnte zur Ruhe und Besonnenheit, die des Volkes würdig sei, das jetzt seine Selbstbestimmung in die Hand zu nehmen im Begriffe stehe. Der sozialdemokratische Parteivertreter **Treu** übernahm nur dann die Garantie für Ruhe und Ordnung, wenn die militärischen Machthaber sich nicht durch rohe Gewalt entgegenstellen würden. In München hat die offizielle sozialdemokratische Parteileitung einen Aufruf erlassen, in der den Arbeitern die Neuordnung mitgeteilt wird und in der sie zur Mitarbeit am Wohle des Ganzen aufgefordert werden. Vom **König** und seiner Familie heißt es, daß er sich mit seiner Familie **auf eines seiner Schlösser geflüchtet** hat.

Abdankung des Herzogs von Braunschweig.

Braunschweig, 8. November.

Nachmittags ist es in **Wolfenbüttel** zu blutigen Zusammenstößen mit dem Militär und den von Braunschweig in Automobilen herbeigeeilten aufständischen Soldaten gekommen. Dabei wurden scharfe Schüsse gewechselt. In **Braunschweig** ist es dagegen zu blutigen **Ausschreitungen bisher nirgends gekommen,** da der Soldatenrat die Ordnung aufrechterhält. Nachmittags 3½ Uhr trat der neugewählte Soldaten- und Arbeiterrat zu der ersten gemeinsamen Sitzung zusammen. Abends 7 Uhr begab sich eine Deputation des **Soldaten- und Arbeiterrates** ins herzogliche Residenzschloß und legte dort dem **Herzog Ernst August ein Schriftstück vor,** des Inhalts, daß er **für sich und seine Nachkommen auf den Thron in Braunschweig verzichte.** Der Herzog hat dieses Schriftstück nach kurzer Bedenkzeit **unterzeichnet** und außerdem durch seine Minister **gegenzeichnen** lassen. Der Herzog erhielt darauf von der Deputation die Erlaubnis, sich noch einige Tage in Braunschweig aufzuhalten. Dann will er sich auf seinem Schloß in Blankenburg zur Ruhe setzen.

Das Reichstagswahlrecht für Braunschweig.

Braunschweig, 8. November. (W. T. B.)

Die amtlichen „Braunschweigischen Anzeigen" veröffentlichen folgenden **Erlaß:** „Nachdem ich durch Fühlungnahme mit den verschiedensten Bevölkerungskreisen die Überzeugung gewonnen habe, daß auch die letzten Vorschläge zur Umgestaltung des **Landtagwahlrechts** zur Erhaltung befriedigender Zustände im Herzogtum nicht geeignet sind, habe ich mich entschlossen, der Landesversammlung die **Streichung aller Sonderwahlen** vorzuschlagen, so daß das **Reichstagswahlrecht** die ausschließliche Grundlage des geplanten Gesetzes bildet.

Braunschweig, den 8. November.

Ernst August.

v. Wolff. Boden. H. Krüger.

Die politische Neuordnung in Württemberg.

Stuttgart, 7. November.

Auch in Württemberg rüstet man zu einem Systemwechsel. An die Stelle des Ministeriums **Weizsäcker** wird ein **parlamentarisches Reformministerium** treten; als Ministerpräsident ist, wie schon gemeldet, der fortschrittliche Reichs- und Landtagsabgeordnete **Liesching** ausersehen, der zugleich das Ministerium des Auswärtigen übernehmen würde. Ein neues Ministerium, für die Übergangswirtschaft, wird voraussichtlich der bekannte Kommunalpolitiker **Dr. Lindemann**, ein Führer der württembergischen Sozialdemokratie, übernehmen. Als Justizminister wird der Zentrumsführer Abgeordneter **Dr. v. Kiene**, und als Kultusminister der nationalliberale Parteiführer **Dr. v. Hieber** genannt. Der bisherige Minister des Innern **Dr. v. Köhler**, sowie der Finanzminister **Dr. v. Pistorius** und Kriegsminister Generaloberst **v. Marchtaler**, sollen auf ihren Posten verbleiben.

Die Bildung der neuen Regierung steht nach allem, was man hört, unmittelbar bevor. Das **Gesamtministerium** hat nach einer Meldung des heutigen „Staatsanzeigers" um seine **Entlassung** nachgesucht, und wurde alsdann vom König ersucht, bis zur Neubildung des Ministeriums im Amte zu bleiben.

Nord- und Nordwestdeutschland in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte.

Berlin, 8. November. (W. T. B.)

Über die **Unruhen im Reiche** wird von **zuständiger Stelle** folgendes mitgeteilt: Die Aufstandsbewegungen haben sich **weiter ausgedehnt**. Es sind davon unter anderem in Mitleidenschaft gezogen: **Hannover, Köln, München, Braunschweig** und **Magdeburg**. Hiermit ist jedoch noch nicht gesagt, daß diese Städte ganz in der Hand der Aufständischen sind. Die Nachrichten sind naturgemäß **nicht zuverlässig** und sind **widerspruchsvoll**. In **Hannover** ist zum Beispiel ein Teil der Garnison fest in der Hand ihrer Führer und **wehrt** sich entschlossen gegen die Bewegung. Ähnliche Verhältnisse scheinen in Magdeburg, Köln und München vorzuliegen. Vom **Industriegebiet** sind die Meldungen noch nicht klar, es scheinen aber **Versuche** vorzuliegen, an einzelnen Orten Arbeiter- und Soldatenräte zu

bilden. Es zeigt sich jetzt ein gewisses **planmäßiges Vorgehen.** Überall dasselbe Bild: Aus den **Hauptzentren Kiel** und **Hamburg** sind im Laufe des gestrigen Tages immer wieder **Züge mit bewaffneten Matrosen** und Aufrührern in **das Land entsandt worden,** die versuchen, in den wichtigsten Städten sich sofort der **Verkehrszentren** zu bemächtigen und die Kommandostellen aufzuheben. Dann wird unter Heranziehung **lichtscheuer Elemente,** unter denen sich eine ganze Reihe **Fahnenflüchtiger** befindet, versucht, die Truppen zu verscheuchen, indem ihnen **vorgespiegelt** wird, daß es sich gar nicht um eine revolutionäre Bewegung handele, sondern um **militärische Reformen.** Bei manchen Truppen ist der Versuch gelungen, bei anderen hat er energischen **Widerstand** gefunden.

An zahlreichen Stellen ist bereits durch entsprechende Vorstellung von Entsandten der Regierung ein gewisses Einlenken erreicht worden. Die ganze Bewegung geht — bei aller Unklarheit in Einzelheiten — offenbar von **Rußland** aus, wobei die bisherige Berliner Vertretung der russischen **Sowjetrepublik** ja nachweislich mitgewirkt hat. Wie die russische Regierung selbst zugegeben hat, hofft sie sich dadurch zu halten, daß auch in Deutschland und demnächst in ganz **Europa** die bolschewistische Idee nochmals zum Aufflammen komme. In dem Bewußtsein, daß das deutsche Volk in seiner Masse für die bolschewistischen Ideen **nicht** zu haben ist, wird planmäßig versucht, die Unzufriedenen und nach Möglichkeit Teile der bewaffneten Macht allmählich auf die **schiefe Ebene** zu bringen, indem man sie zunächst durch noch nicht terroristische Reformvorschläge in **Widerspruch** mit ihren Pflichten und mit der bestehenden Volksregierung zu bringen versucht. Allmählich sollen die Leute dann weiter gedrängt werden bis zu dem bolschewistischen **Radikalismus,** wie dies in einzelnen Fällen bereits klar erkennbar ist. Die Verführten und Mitläufer sind nicht im mindesten bewußt, zu welchen **verhängnisvollen Folgen** eine bolschewistische Bewegung in Deutschland notgedrungen führen muß, wo die **Volksernährung** bisher nur mit einer fein gegliederten Organisation durchführbar war.

Kiel, 7. November. (W. T. B.)

Der **Arbeiter- und Soldatenrat** hat einen **Aufruf** an die Bevölkerung Schleswig-Holsteins gerichtet, in dem es heißt: Die politische Macht ist in unserer Hand. Es wird eine **provisorische Provinzialregierung** gebildet, die im Zusammenarbeiten mit den bestehenden Behörden eine **Neuordnung** aufrichtet. Unser Ziel ist die **freie soziale Volksrepublik.** Unsere Hauptaufgabe wird es zunächst sein, den Frieden zu sichern und die Schäden des Krieges zu heilen. Die über den Rahmen der Provinzialverwaltung hinausgreifenden Fragen unterliegen selbstverständlich nach wie vor der Staats- und Reichsgesetzgebung. Wir sind gewillt, mit der gesamten **Beamtenschaft,** sofern sie sich dem neuen Kurs unterstellt, in den bisherigen Formen **zusammenzuarbeiten.** Wir sind entschlossen, jeden Widerstand mit der uns zur Verfügung stehenden öffentlichen Gewalt entgegenzutreten.

Staatssekretär Konrad Haußmann teilt mit, daß die von den „Kieler Neuesten Nachrichten" gebrachte Behauptung, er habe die Forderungen der Kieler Arbeiter und Soldaten angenommen und die beschleunigte Durchsetzung bei der Regierung versprochen, unzutreffend ist.

Rostock, 8. November. (W. T. B.)

In Rostock sind **Soldatenräte** gebildet. Die Chaussee nach Warnemünde ist **besetzt.**

Bremen, 8. November.

Die Vorgänge in Hamburg und Kiel haben eine ähnliche Bewegung in Bremen und anderen Städten an der Nord- und Ostsee ausgelöst. Am 6. November hat sich in Bremen ein **Soldatenrat** konsolidiert. Sein Führer ist der Oberst und Garnisonälteste Lehmann. Am 5. November kamen kurz nach $^{1}/_{2}6$ Uhr in Bremen Marinemannschaften aus **Wilhelmshaven** an. Sie eilten in die Kaserne von Bremen und forderten die dort liegenden Truppen auf, sich ihnen anzuschließen und einen Arbeiter-Soldatenrat zu bilden. Die Garnison von Bremen wandte sich an den Stadtkommandanten Oberst Lehmann, der sich der Bildung des Soldatenrats nicht widersetzte. Alsdann zogen die Truppen durch die Stadt. Vor dem Tor der Kaserne wurde eine rote Fahne gehißt. Dem Soldatenzuge schlossen sich in der Stadt die Arbeiter an. Es wurde die Arbeitermarseillaise gesungen. Auf dem Marktplatz von Bremen hielt der Zug an, ein Teil davon zog zum Gerichtsgebäude und Untersuchungsgefängnis, um die Gefangenen zu befreien. Auf dem Marktplatz wurden mehrfach Ansprachen gehalten, und der Magistrat erteilte die Genehmigung, daß vom Altane des Rathauses gesprochen werden durfte. Es sprachen Mitglieder der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, ein Soldat und ein Matrose. Die **Bewegung** in Bremen verlief vollkommen **ruhig.** Der Straßenbahnverkehr konnte aufrecht erhalten werden. Als am Abend die Einsetzung des Soldatenrates angekündigt wurde, **läuteten die Glocken des Domes.** Auf den Straßen wurden mehrfach den Offizieren die Achselstücke abgerissen, bewaffnete Patrouillen mit Armbinden und roten Rosetten durchziehen die Stadt und sorgen für Ordnung, Post, Telegraph und Telephon sind gesperrt. Der Hauptbahnhof ist von Maschinengewehren besetzt. Die in der Umgebung von Bremen liegenden Ortschaften wurden vom Soldatenrat besetzt. Zwischen dem Garnisonältesten Obersten Lehmann und den derzeitigen Vertretern des Soldatenrats Matrosen Hubert **Pörsch,** Wehrmann Bernhard **Ecks,** Landsturmmann Julius **Reimann,** Landsturmmann **Schilling** ist folgendes **vereinbart** worden:

1. Die **militärische Gewalt** in Bremen wird zur Vermeidung von Blutvergießen von jetzt an ausgeübt von Oberst Lehmann und den vier obengenannten Mitgliedern des Soldatenrates.

2. Waffen und **Munition** werden von einer Kommission in gemeinschaftliche Verwahrung genommen. Die Kommission besteht aus dem Oberleutnant Opist und dem Matrosen Pörsch, in dessen Vertretung Wehrmann Ecks.

3. Die politischen **Militärgefangenen** werden entlassen.

4. Die **Verpflegung** unterliegt der gemeinschaftlichen Kontrolle des Garnisonältesten und des Soldatenrats. Der Soldatenrat verpflichtet sich, für Ordnung und Sicherheit zu sorgen.

6. Die Mitglieder des Soldatenrates tragen am linken Oberarm eine mit dem Stempel des Garnisonkommandos versehene weiße Binde.

7. Die **Offiziere** behalten **Degen** und Achselstücke.

8. Plünderungen werden standgerichtlich abgeurteilt.

9. Die Rondeoffiziere bleiben in Miliz.

10. Vorgesetzte im Dienst sind als solche zu beachten.

11. Den Anordnungen des Soldatenrates ist auch von den Zivilpersonen Folge zu leisten.

12. Der öffentliche Verkehr einschließlich Post und Telegraph wird aufrecht erhalten.

Die Lage in den Fabrikbetrieben und Werften in Bremen ist ruhig. Es wird überall bis 5 Uhr nachmittags gearbeitet. Lohnforderungen sind zur Zufriedenheit der Arbeiter geregelt.

Bremen, 7. November. (W. T. B.)

Die „Weserzeitung" meldet weiter aus **Wilhelmshaven** unter dem 6. November: Hier haben die Matrosen dem Kommandanten jetzt **den Gehorsam verweigert.** Aus der Oldenburger Garnison sind einige hundert Mann mit Maschinengewehren eingetroffen. Von Wilhelmshaven wurden einige tausend Matrosen mit Extrazügen nach dem Innern Deutschlands befördert. Gewalttätigkeiten sind nicht vorgekommen, aber **sämtliche Schiffe sind in der Hand der zurückgebliebenen Matrosen.** Der unmittelbare Anlaß zu den Unruhen war die Furcht der Soldaten, daß die Offiziere sie wieder auf den Schiffen **in eine Seeschlacht führen sollten.** Es ging das Gerücht, die Marine sei dem Reichskanzler nicht unterstellt. Man fürchtete, **daß das Vorhaben der Offiziere die Friedensverhandlungen stören würde.** Von den verschiedensten Seiten hört man, daß die Matrosen betont haben, wenn der Feind sich Wilhelmshaven nähern sollte, würden sie ihren Platz wieder einnehmen, um **das deutsche Gebiet bis zum äußersten zu verteidigen.**

Bremen, 7. November. (W. T. B.)

Wie die „Weserzeitung" aus **Wilhelmshaven** meldet, wurde in der Sitzung der Delegation im Rathause gestern abend ein **Ausschuß von 21 Mann,** der wiederum einen Fünferausschuß einsetzte, gebildet. Alle wichtigen Nachrichtenstellen werden von Vertrauensmännern der **Arbeiter** und **Soldaten** besetzt. Am Donnerstag vormittag fand hier eine große **Versammlung** auf dem Militärplatz statt, an der etwa 30 000 Mann teilgenommen haben dürften. In verschiedenen Reden wurde zu **Besonnenheit** gemahnt. Im Anschluß wurde eine **Entschließung** gefaßt, in der die **Abschaffung der Monarchie** gefordert wird. Die Versammlung zog dann in geordnetem Zuge durch die Stadt. Der Ausschuß legte besonderen Wert auf den Fortgang der Lebensmittelversorgung für die Militär- und Zivilverwaltung. Auf den Werften dürfte die Arbeit am **Freitag** wieder aufgenommen werden.

Oldenburg, 7. November. (W. T. B.)

Heute mittag fand hier eine große **Versammlung** statt, die von den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten geleitet wurde; sie verlief im allgemeinen **ruhig.** Es wurde ein **Soldatenrat** gebildet. Anschließend fand ein großer **Umzug** durch die Stadt statt, ohne daß Unruhen dabei vorgekommen wären, weil das Militär sich in allen Teilen **zurückhielt.**

Hannover, 7. November. (W. T. B.)

Nachdem sich heute morgen die Soldaten und Matrosen des **Bahnhofs** und der **militärischen Verwaltungsgebäude** bemächtigt hatten, herrschte tagsüber verhältnismäßig **Ruhe.** Der vorläufige **Arbeiter- und Soldatenrat** hatte nachmittags nach dem Klagesmarkt eine **Versammlung** einberufen in der die Reichstagsabgeordneten **Brey** und **Fischer** Ansprachen hielten und die Menge zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ermahnten. Es wurde beschlossen, sofort in Verhandlungen mit den Militär- und Stadtverwaltungen zu treten. Zu Zusammenstößen kam es nirgends.

Köln, 8. November. (Privat-Telegramm.)

Auch hier hat sich ein großer **Soldatenrat** gebildet. Es hat sich alles in der größten Ruhe vollzogen; keinerlei Unruhen sind vorgekommen. Die Bürger dürfen sich nur bis 9 Uhr abends auf den Straßen aufhalten.

Essen, 8. November.

Im **Ruhrrevier** ist bisher **die Ruhe nirgends gestört** worden. Die Arbeit auf den Werken ist nicht unterbrochen. Heute abend trafen in Essen Abgesandte der Marinemannschaften ein, die gestern nach Köln gekommen waren, und wollten auch hier eine große Arbeiterdemonstration veranstalten. Die Polizei wird sich passiv verhalten, und die Führer der sozialdemokratischen Bewegung erklären, daß sie sich für die Aufrechterhaltung der Ruhr und Ordnung verbürgen. Gleichfalls veranstalten in **Bochum** die Sozialdemokraten und die übrige Arbeiterschaft eine Massenkundgebung. Auch in Bochum hat die Polizei erklärt, daß sie nicht eingreifen werde. Die Veranstalter der Versammlungen erklärten, daß die Ruhe nicht gestört werden würde. Wie verlautet, soll auch hier ein **Arbeiterrat** gebildet werden.

Leipzig, 8. November.

Auch in **Leipzig** ist ein **Arbeiter- und Soldatenrat** eingesetzt worden. In der Stadt herrscht abends vollkommene Ruhe.

Dresden, 8. November.

In **Dresden** ist alles ruhig. In **Großenhain** sollen nach einer Meldung der „Dresdener Volkszeitung“ 3000 Flieger und Arbeiter der Flugzeugwerke einen **Soldatenrat** gewählt haben, der die Wünsche der Arbeiterschaft dem Kommandanten unterbreitet hat.

Frankfurt a. M., 8. November.

Hier hat sich heute aus dem zweiten Bürgermeister **Dr. Luppe** und sozialdemokratischen und fortschrittlichen Stadtverordneten ein **„Bürgerwohlfahrtsausschuß“** gebildet, der sich zum Ziele gesetzt hat, die Ordnung und öffentliche Sicherheit aufrecht zu erhalten und eine vermittelnde Tätigkeit zwischen den Instanzen der alten und der **neuen Staatsordnung** auszuführen. In einer Zusammenkunft dieses Ausschusses mit dem Polizeipräsidenten und dem stellvertretenden kommandierenden General wurden unter Hinzuziehung der Gewerkschaften folgende **Beschlüsse** gefaßt: 1. Die auf der Durchreise hier verhafteten Matrosen aus Kiel werden freigelassen. 2. Den Soldaten wird erlaubt, einen **Soldatenrat** zu wählen. 3. Die Polizei enthält sich jeden Eingriffs in politische Angelegenheiten. 4. Dem Soldaten ist der Besuch von politischen Versammlungen gestattet. 5. Morgen mittag 12 Uhr werden sämtliche Betriebe zum Besuch einer Demonstrationsversammlung stillgelegt. 6. Die Polizei- und Militärbehörden unterstehen den Anordnungen des Wohlfahrtsausschusses.

Die Militär- und Polizeibehörden haben sich mit diesen Forderungen einverstanden erklärt. Der stellvertretende kommandierende General des 18. Armeekorps, **Generalleutnant Riedel, ist zurückgetreten.** Morgen früh findet die Bildung eines **Arbeiter- und Soldatenrates** statt, der dann wahrscheinlich an die Stelle des Wohlfahrtsausschusses treten wird. Die Straßen zeigen ein belebteres Bild als sonst. Es herrscht aber völlige Ruhe.

Breslau, 8. November. (Privat.)

Zu **Breslau** herrscht **vollkommene Ruhe.** Es sind keinerlei Ausschreitungen vorgekommen. Die sozialdemokratische Partei veranstaltet am Sonntag in der Jahrhunderthalle eine **Massenkundgebung** für den Friedensschluß und den Volksstaat. Redner sind Stadtverordneter **Loebe** und Staatssekretär **Bauer,** falls er die Reise nach hier antreten kann.

Geflüchtete Kriegsschiffe in Kolberg.

Berlin, 8. November. (W. T. B.)

Über die Unruhen im Reich wird von zuständiger Stelle weiter folgendes mitgeteilt: In **Kolberg** liefen **drei kleinere Kriegsschiffe** ein, die aus Kiel geflüchtet sind. Die Besatzungen wurden in die Heimat beurlaubt und sind abgereist. In Kolberg herrscht Ruhe. Auch in **Swinemünde** ist alles ruhig. Die dortselbst liegenden Fahrzeuge sind treu, und es haben sich keine Soldatenräte gebildet. In **Lübeck** scheint der Soldatenrat noch nicht im Besitz der Gewalt zu sein. In **Braunschweig** und **Wolfenbüttel** sind die Unruhen bislang ohne Blutvergießen verlaufen, doch ist die Entwicklung noch nicht abgeschlossen. Aus **Köln** liegen Meldungen vor, daß der Arbeiter- und Soldatenrat die Kontrolle über alle Soldaten übernommen hat. Die Bahnhofskommandantur und alle militärischen Waffen sind durch den Gouverneur zurückgezogen worden, der heute mit dem Arbeiter- und Soldatenrat verhandelt. Zu Zusammenstößen ist es bisher nicht gekommen. Jedoch macht es sich für die Zivilbevölkerung äußerst unangenehm bemerkbar, daß die aus **den militärischen und Zivilstrafanstalten** befreiten Gefangenen, die dort sehr zahlreich sind, **sich raubend und plündernd auf die Konfektionsgeschäfte stürzen.** Bei den Eisenbahnbediensteten, auch in den Werkstätten ist alles ruhig. Die Bahnhöfe sind durch den Arbeiter- und Soldatenrat besetzt.

Die Abreise des Prinzen Heinrich.

Es wird erzählt, **Prinz Heinrich** sei am Dienstag in einem Automobil mit **roter Flagge** aus Kiel abgefahren. Auf dem Wege nach Gettorf sei das Auto von Matrosen angehalten worden, es sei ihm jedoch nach kurzen Auseinandersetzungen gestattet worden, **weiterzufahren.** Zwei Matrosen seien auf den Trittbrettern des Autos stehengeblieben und mitgefahren. Aus der das Auto umgebenden Volksmenge sei auf den einen der Matrosen **geschossen** worden. Der **Matrose sei ins Herz getroffen** und tot vom Auto **gefallen.** Daraufhin seien dem davonfahrenden Auto von anderen Matrosen **Gewehrsalven** nachgeschickt worden. Der **Aufenthalt** des Prinzen ist nicht bekannt. Die **Richtigkeit** der ganzen Darstellung vermögen wir **nicht zu verbürgen.**

Der Rücktritt des preußischen Ministeriums.

Das preußische Ministerium ist gestern mit Ausnahme der Staatsminister Dr. Friedberg, Fischbeck, Spahn und Scheuch zurückgetreten. Die Staatsminister Drews, Schmidt, v. Eisenhardt und Hergt haben ihre Entlassung erbeten, auch hat der Staatsminister v. Waldow erneut seine Verabschiedung nachgesucht. Das Abschiedsgesuch des Staatsministers v. Breitenbach liegt bereits seit längerer Zeit im Kabinett.

Der Handelsminister **Fischbeck** beabsichtigt, wie wir hören, den Gewerkschaftsführer Landtagsabgeordneten **Huc** und den Vorsitzenden des Generalrats der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine **Hartmann** als sozialpolitische Referenten in das Handelsministerium zu berufen.

Der Interfraktionelle Ausschuß.

Der **Interfraktionelle Ausschuß**, der bereits gestern vormittag zu einer Sitzung zusammengetreten war, hielt gestern abend nochmals eine längere Besprechung ab, an der auch einige Mitglieder des preußischen **Abgeordnetenhauses** teilnahmen. Zur Debatte standen die Ereignisse im Reich und der Initiativantrag der Mehrheitsparteien. Ein endgültiger Beschluß wurde gestern abend nicht gefaßt. In dem Antrag ist übrigens, wie wir hören, die Forderung des **Frauenwahlrechts** nicht enthalten. Gegen die Aufstellung dieser Forderung haben in erster Linie die Nationalliberalen Stellung genommen. Die Sozialdemokraten beabsichtigen aber, einen Antrag auf Einführung des Frauenwahlrechts gesondert einzubringen.

Die Vereinbarung der Mehrheitsparteien über die **demokratische Reform in den Einzelstaaten** soll noch einen **Zusatz** dahin erhalten: „Jeder Landtag muß **bis zum 31. Dezember 1919 Bestimmungen schaffen**, welche dem Artikel 20 der Reichsverfassung entsprechen."

Wie die „Mecklenburgische Zeitung" hört, hat der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete **Sivkovich** von dem Arbeiter- und Soldatenrat den Auftrag zur **Weiterführung der Verhandlungen** erhalten. Wie aus sicherer Quelle verlautet, ist in Aussicht genommen, dem Großherzog ein **vorläufiges Ministerium**, das in den nächsten Wochen ergänzt werden soll, vorzuschlagen. Es sind für dieses Ministerium in Aussicht genommen: 1. die anwesenden Reichstagsabgeordneten, 2. Vertreter der Mehrheitssozialisten aus Mecklenburg, 3. je ein Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates.

Wilhelm II.

Unter diesem Titel schreibt die **„Berliner Volkszeitung"** vom 9. November:

„Das ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen!" Es war im September 1848, als zu Sanssouci Johann Jakoby dem Könige Friedrich Wilhelm IV. diese zürnenden und mahnenden Worte zurief. Sie treffen nicht minder auf Wilhelm II. zu, dessen Lebenswerk mit dem November 1918 abgeschlossen ist und damit ein 31 jähriges Kaisertum beendet. Ob der Monarch, der sich jetzt ins Privatleben zurückzieht, an einen solchen Ausgang gedacht hat, als er am 31. Juli 1914 auf dem Balkon des Berliner Schlosses beteuerte: „Unsere Hände sind rein", und mit den Worten schloß: „Nun wollen wir kämpfen?" Die Schuldfrage des — vermutlich letzten — deutschen Kaisers am Kriege, die Mitschuld an dessen Ausbruch, an der Nichtverhütung ist Sache der Geschichte; sie wird erst entschieden werden, wenn in einer ruhigen Zeit das Aktenmaterial vorliegt. Soviel aber steht fest: Wilhelm II. hat denen, die ihn in den Krieg getrieben haben, nicht genug Widerstand geleistet. Welche Gründe ihn dabei bewogen haben, ob dynastische Momente zwecks Sicherung wankender Hausmacht, wie den greisen Franz Josef in Wien, ob übertrieben empfundene und übel gelohnte „Nibelungentreue" gegenüber dem beleidigten Bundesgenossen, ob das beleidigte und bei Wilhelm II. besonders empfindlich ausgebildete monarchische Gefühl — vermutlich von jedem etwas.

Denn das monarchische Gefühl war es, das den Enkel Wilhelms I. bis in die kleinste Fiber beherrschte. Entgegen seinem im Grunde sehr nüchtern und hausbacken denkenden Großvater bewegte er sich ausschließlich in der mittelalterlich-romantischen Gedankenwelt Friedrich Wilhelms IV. Sein stark entwickeltes religiöses Gefühl ließ ihn an das Gottesgnadentum mit besonderer Inbrunst glauben. Er hielt sich und alle Fürsten wirklich für Menschen besonderer Art; darum stand er mit jedem Potentaten auf du und du, darum glaubte er, in einem besonders intimen Verhältnis zum lieben Gott zu stehen. Aus diesem Gefühl entsprang die Auffassung der ihm gewordenen Mission, die Verkündigung: „Herrlichen Zeiten führe ich euch entgegen."

Sein Unglück war es, daß er als Mensch mit solchen Anlagen zu jung zur höchsten Macht gelangte. Noch nicht dreißigjährig, bestieg er den Thron. Sein starkes Selbstgefühl trieb ihn schnell zum Bruch mit den Mitarbeitern seines Großvaters. Nach anderthalb Jahren schon erfolgte der Bruch mit Bismarck; es war ein schwerer Fehler, nicht wegen der Ausschaltung des Bismarckschen Systems, dessen Mängel gerade von der „Volks-Zeitung" stets mit rücksichtsloser Schärfe bekämpft worden sind — ohne Rücksicht auf die ihr daraus erwachsenen Folgen. Aber es war ein verhängnisvoller Fehler weil Männer und Elemente ans Reichsruder kamen, deren Amtsführung und deren Handlungen ins Verderben steuerten, Die Saat, die seit 1888 gesät wurde, ist 1918 furchtbar aufgegangen. Wer hat denn unter Wilhelm II. die Geschicke des Reiches geleitet? Dem General v. Caprivi folgte der greise Chlodwig Hohenlohe, der sich bemühte, zu bremsen, wo es anging, ihm der geschmeidige Bülow, der alle Schwankungen mitmachte, der gewissenhafte Bethmann, der aber im Bann der „gottgewollten Abhängigkeiten" stand und den Anforderungen des 1914 entfachten Weltbrandes nicht gewachsen war, um so weniger, als er von den eroberungssüchtigen Kriegstreibern an der inneren Front mit wütendem Hasse verfolgt wurde.

Allen diesen „leitenden" — oder waren es leidende? — Staatsmännern wurde ihr Amt verbittert, einmal durch die Impulsität, die Plötzlichkeit Kaiser Wilhelms II.; was er wünschte, was ihm einfiel, mußte ausgeführt werden; man erinnere sich z. B. der Krügerdepesche, die uns den tiefen Haß Englands zuzog. Dazu kam der Einfluß der unverantwortlichen Ratgeber, der Nebenregierungen, die sein Ohr uneingeschränkt hatten, wenn sie ihm zu schmeicheln verstanden. In recht unheilvoller Weise hat ihn jahrelang der Eulenburg-Kreis, die Liebenberger Tafelrunde beherrscht; wieviel Minister wurden nicht in den märkischen Jagdgründen von Liebenberg und Hubertusstock abgesägt; oder bei einem anderen „Spezi", dem Fürsten Fürstenberg in Donaueschingen auf der Auerhahnbalz. Deutschland war ein konstitutioneller Staat nur dem Namen nach. In Wirklichkeit wurde es regiert von einer Beamtenchierarchie, die in mancher Beziehung verzweifelt dem russischen Tschin gleicht, und beherrscht von den Freunden, den Günstlingen des Kaisers.

Dazu kam seine Neigung, **Reden** zu halten, **Schlagworte** zu prägen, die viel verhießen, oft unüberlegt kränkten und beleidigten. Aber die Beleidigten durften sich nicht wehren; das verhinderte der Majestätsbeleidigungsparagraph, dessen unheilvoller Wirksamkeit sich auch noch unsere alten Leser erinnern. Jahre dauerte es, bis der Reichstag sich das Recht erkämpfte, wenigstens die Reden des Kaisers kritisieren zu dürfen, die im „Reichsanzeiger" amtlich veröffentlicht waren. Und wie viele Reden und Aussprüche Wilhelms II. haben die Kritik geradezu herausgefordert? Als er in dem jetzt sozialrepublikanischen München der Stadt ins Gol-

dene Buch schrieb: „Suprema lex regis voluntas" — des Königs Wille ist das oberste Gesetz; als er erklärte: „Die Sozialdemokratie überlassen Sie mir, mit der werde ich schon fertig werden"; als er von der „Rotte Menschen" sprach, die „nicht wert seien, Deutsche zu heißen"; als er Schwarzseher nicht dulden wollte; als er den Nörglern riet, den Staub von ihren Füßen zu schütteln; als er von der Sozialdemokratie als einer „vorübergehenden Erscheinung" sprach. Gewiß, viele derartige Reden hat er als junger Monarch im Überschäumen des Temperaments gehalten; aber er hat seine verhängnisvolle Redelust auch in reiferen Jahren nicht eingedämmt; und auch die Novembertage 1908, die der „Daily-Telegraph"-Affäre folgten, und in denen ihm Bülow notgedrungen Mäßigung aufzwang, haben nur kurze Zeit gewirkt.

Ein Monarch wie Wilhelm II. mußte bei den Expansionspolitikern von der alldeutschen Marke den stärksten Widerhall finden. Es durfte nichts auf der Erde geschehen, vor dem nicht Deutschland seine Stimme erhoben hätte. Dazu der „Platz an der Sonne" — nie wird Bülow seinem Herrn sympathischer gewesen sein, als da er dies Wort prägte —, die Landung in Agadir, um nur wieder Beispiele anzuführen. Eine solche Politik des Überalldabeiseins, des Überallmitredenwollens mußte als Bedrohung empfunden werden; die Antwort war die **Einkreisungspolitik Eduards VII.** Deutschland wurde als der Bedroher des europäischen, des Weltfriedens betrachtet, seine Gegner hatten es leicht, die Weltkoalition zusammenzuschmieden. Wir verpaßten überall den Anschluß und verärgerten die Mächte, die mit uns gehen wollten — bis 1917, als die alldeutsche Kriegspartei es verstand, den von Wilson angebotenen Verständigungsfrieden zu hintertreiben und den **uneingeschränkten U-Bootkrieg** zu eröffnen, der uns in das Verderben reißen sollte.

So sieht die Bilanz aus, mit der Wilhelm II. von der Weltbühne abtritt. Er wollte es seinen großen Ahnen gleichtun. Dem Großen Kurfürsten, dem großen König. Er hat vergessen, daß diese beiden vor allem große **Politiker** waren, und ein solcher ist er nie gewesen. Er hat zweifellos gute Absichten gehabt, wollte das beste — nach **seinen** Ansichten und Grundsätzen. Was aber bei gewöhnlichen Sterblichen genügt — der gute Wille —, wiegt bei einem Manne zu leicht, in dessen Hände das **Schicksal eines 70-Millionenvolkes** gelegt ist. Heute schwankt noch sein Charakterbild, von der Parteien Gunst und Haß verzerrt — **nicht** in der Geschichte; diese wird ihr Urteil später fällen.

Die bolschewistische Gefahr für den Frieden.

Ein Unterwerfungsfrieden als Sicherung für die Entente.

Haag, 9. November. (Privat.)

In diplomatischen Kreisen fürchtet man hier im höchsten Grade für die allgemeine **Entwickelung des Friedens** und die sich daraus ergebende Gestaltung der internationalen Lage. Zwischen den **Alliierten** und **Wilson** stehen, wie ich höre, folgende Gedankengänge zur Debatte. Wilson selbst hat in letzter Zeit immer dringender die **bolschewistische Gefahr** für sehr ernst, auch für die Entente, erklärt. Die Alliierten bringen nun mit den verschiedenartigsten Gründen auf ihn ein, um ihm zu beweisen, daß angesichts der revolutionären Entwicklung in Deutschland der **Gedanke eines Verständigungsfriedens** im Wilsonschen Sinne sich **bereits überlebt** habe. Wilson selbst hat bereits früher geäußert, daß eine zu lange Dauer

des Krieges einen vernünftigen Aufbau der Völkerbeziehungen nach Friedensschluß unmöglich machen könne. Dieser Fall, erklären die Alliierten, sei nun bereits gegeben. Sie wünschen Wilson von der Richtigkeit der egoistischen Berechnung der führenden Kaste in Paris und London zu überzeugen, daß gegenüber allen Völkerfriedensgedanken Wilsons die Anwendung der **Gefahr eines Übergreifens des Bolschewismus in die Ententeländer** die wichtigere sei. Es handle sich jetzt vor allen Dingen um die **Beruhigung und Belohnung der breiten Schichten** nach überstandenen Kriegsleiden. Sie herbeizuführen, sei nur dadurch möglich, daß man einen außerordentlich vorteilhaften, die höchste Wohlfahrt der Ententeländer sichernden Frieden herbeiführt. **Das einzig mögliche Mittel** dazu sei, daß man **Deutschland in eine frohnende tributpflichtige Stellung zu seinen siegreichen Gegnern drückt** und aus ihm eine Art europäischen Koloniallandes macht ohne eigenen Willen, ohne selbständige politische Entscheidungskraft, aber den Gegnern Deutschlands wirtschaftlich vollkommen dienstbar. Daher die unerhörte **Annahme** des eine maximale Kriegsentschädigung fordernden **fünfzehnten Punktes durch Wilson.**

Rotterdam, 9. November. (Privat.)

Der Pariser Korrespondent des „Daily Telegraph" meldet: „Ich erfahre aus zuverlässigster Quelle, daß **wichtige Ereignisse in Vorbereitung** sind, welche die **Dauer des Krieges merklich abkürzen."**

Genf, 8. November. (Privat.)

Der „Temps" bestätigt die Nachricht einer amerikanischen Zeitung, daß **Wilson** nach **Europa** kommen werde, um am **Friedenskongreß** teilzunehmen.

Eine Mahnung Clemenceaus gegen den Bolschewismus?

Paris, 8. November. (Havasmeldung.)

Ministerpräsident **Clemenceau** kam in den **Senat**, als dessen Sitzung soeben geschlossen wurde; er wurde aufs wärmste begrüßt und erwiderte mit der **dringenden Aufforderung an alle Franzosen, einig zu bleiben,** denn es sei schwerer, zum Frieden zu kommen, als den Krieg zu gewinnen. (Die wohlweislich knapp und unklar gehaltene Havasmeldung läßt ahnen, wie weit die ursprünglich von den **sozialistischen Parteien** ausgehende Gegenbewegung gegen die französischen Gewaltpolitiker anscheinend schon andere Formen angenommen hat. D. Red.)

Eine revolutionäre Kundgebung in Amsterdam.

Rotterdam, 9. November. (Privat.)

Gestern abend fand in **Amsterdam** nach einer sozialistischen Versammlung zur Gedächtnisfeier der russischen Revolution eine **Kundgebung** in den Straßen statt, die durch die **Polizei auseinandergetrieben** wurde. Einige Personen wurden dabei verwundet.

Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" berichtet drahtlos aus **Moskau**, daß es die **niederländische Regierung abgelehnt** hat, den Gesandten der **Sowjetregierung** im Haag zu empfangen. Der **niederländische Gesandte** in Petersburg ist **abberufen** worden.

Bern, 8. November. (Schweizer Depeschen-Agentur.)

Der Bundesrat kann sich heute der Erkenntnis nicht verschließen, daß die in der Schweiz unter dem Einflusse bolschewistischer Agenten planmäßig betriebene, immer weiter um sich greifende revolutionäre Propaganda, die die bolschewistische Gewalttat und den Terror verteidigt und verherrlicht, im **Einvernehmen mit der russischen Sowjetmission** in Bern betrieben wird. Der Bundesrat hat daher beschlossen, **jeden Verkehr mit der hiesigen Sowjetmission abzubrechen** und die **sofortige Ausweisung der Gesandtschaft** verfügt.

Rücktritt des Kaisers und Kronprinzen.

Einberufung einer Nationalversammlung.

Amtlich. Berlin, 9. November.

Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Throne zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch solange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfes wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassunggebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler: Max, Prinz von Baden.

Die **„Deutsche Tageszeitung"** zum Rücktritt der Hohenzollern:

Worte reichen nicht aus, der Empörung und dem Schmerze Ausdruck zu geben, die weiteste Kreise des deutschen Volkes bei dieser Trauerkunde empfinden. Eine Geschichte von mehr als 500 Jahren, das Werk, das unsere Väter mit ihrem kostbaren Blute erkämpft, das unsere Größten für eine Ewigkeit aufgerichtet haben — weggewischt durch Verrat aus den Reihen des eigenen Volkes, als sei es nie gewesen! Deutschland, das in mehr als vier Jahren mit Ehren und Siegen ohnegleichen einer wirklichen Welt in Waffen ruhmvoll widerstand, das noch bis gestern unbesiegt war, von Männern, die den deutschen Namen tragen, seinen Feinden preisgegeben, durch Felonie aus den eigenen Reihen niedergebrochen **in Schuld und Schande.**

Auch wir, die wir aus Gründen des Herzens wie des Verstandes mit allen Fasern an der deutschen Monarchie hängen, haben deshalb doch Verständnis für den parlamentarischen und den republikanischen Gedanken. Mit jenem hätten wir uns bei aller Gegnerschaft abgefunden; und daß eines Tages die Auseinandersetzung mit dem republikanischen Drange einer geschichtslosen Masse kommen mußte, ist uns seit langem nicht mehr zweifelhaft gewesen. Um die Frage, welche Regierungsform für Deutschland am heilsamsten sei, konnte man sich in ehrlichem Kampfe, mit gleichen Waffen für beide Teile, auseinandersetzen. Daß aber die Sozialdemokratie in dieser Lage des Vaterlandes, während den Monarchisten dadurch die Hände gebunden sind, **daß der Feind gegen die Tore des Reiches stürmt,**

der monarchischen Mehrheit ihren Willen aufgezwungen hat, **das richtet eine Kluft innerhalb unseres Volkes auf, über die es keine Brücken gibt und geben kann.**

Die Schuld und Schande wird aber erst dadurch vollendet, daß die Minderheit der republikanischen Erpresser mit dem Hause Hohenzollern zugleich **das Vaterland selber dem Feinde preisgibt.** Das ist eine Felonie, die tatsächlich „noch nie erhört war in der Welt Geschichten". Daß Kriegszeiten benutzt wurden, um eine Erweiterung politischer Rechte zu erringen, ist nicht selten vorgekommen, und auch dafür, daß eine Partei aus Haß gegen andere dem Feinde die Tore öffnete, kennt die Geschichte manches Beispiel in Stadt- und anderen Kleinstaaten. Daß aber ein ganzes großes Volk in einem Kriege, in dem es nicht um die Interessen einer Dynastie oder Faktion, nicht um einen Landstreifen oder eine Festung, sondern um Ehre, Dasein und Zukunft des ganzen Volkes geht, durch **Parteisucht dem Feinde ausgeliefert** wird, das ist hier und heute und im **deutschen** Volke zum erstenmal in der Weltgeschichte **geschehen!** Das ist der „deutschen" Sozialdemokratie vorbehalten geblieben. Während die Blüte unseres Volkes noch in Kämpfen von einer Größe und einem Grauen ohnegleichen stand, hat sie unsere letzte innere Kraft zerbrochen, zeigt sie dem Feinde unsere Schäden und Blößen, windet unserem Heere die Waffen aus der Hand und gibt das deutsche Volk auf Gnade und Ungnade dem Vernichtungswillen der Feinde preis. Die Sansculotten zogen unter den Klängen der Marseillaise **gegen den Landesfeind;** und die Bolschewisten Rußlands wußten, daß Rußland durch den Frieden mit Deutschland, das selbst noch im schwersten Kampfe an anderen Fronten stand, vielmehr gewinnen als verlieren mußte. Die deutschen Sozialisten wußten, daß der Friede ohnehin im Werden sei, und daß es nur noch gelte, Wochen, vielleicht nur Tage lang noch dem Feinde eine geschlossene, feste Front zu zeigen, um ihm erträglichere Bedingungen abzuringen. **In dieser Lage haben sie die weiße Fahne gehißt.**

Das ist eine Schuld, die nie vergeben werden kann und nie vergeben wird. Das ist ein Verrat, nicht etwa nur an der **Monarchie** und am **Heere,** sondern am **deutschen Volke selber,** das seine Folgen durch Jahrhunderte des Niederganges und des Elendes zu tragen haben wird.

Mag es der Sozialdemokratie noch einige Zeit gelingen, das deutsche Volk darüber zu täuschen, was es ihm kosten mußte, daß sie in den entscheidenden Tagen vor den Augen der Feinde die letzten Kräfte und Möglichkeiten deutschen Widerstandes zerbrach. Wenn dann tausend Eisenhämmer und Tausende von Webstühlen zum Stillstand verurteilt werden, wenn Millionen fleißiger, arbeitshungriger deutscher Hände für den Feind fronden, Millionen überhaupt nicht mehr lohnende Arbeit und nährendes Brot in der deutschen Heimat finden werden, dann wird — leider zu spät! — die Erkenntnis kommen, daß das, was die Sozialdemokratie in diesen Tagen verübte, gewissenlosester Verrat **am arbeitenden deutschen Volke** war. **Auf ihr Haupt kommt alle Schwere der Bedingungen, die unsere Feinde uns nunmehr aufzwingen können.**

Wir dürfen in diesen schwersten Stunden uns auch die bittere Wahrheit nicht verhehlen, daß auch die Krone selber an ihrem Grabe geschaufelt hat, als sie am 29. September die Zügel, die sie viel zu lange hatte am Boden schleifen lassen, völlig aus den Händen gab; wir haben schon neulich davon gesprochen und verzichten auf weitere rückschauende Kritik in diesem Augenblick, wo sie die letzten drei Hände Erde auf ihren eigenen Sarg warf. Ein Riesenmaß von Mitschuld aber trifft die bürgerlichen Mehrheitsparteien, die sich bis zum bitteren Ende von der

Politik der Angst vor der Sozialdemokratie beherrschen ließen und sich willenlos unter den stärkeren Willen der republikanischen Minderheit beugten. Ein Teil des **Fortschritts** hat ja von Anfang an das Verlangen der Sozialdemokratie nach Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen nicht nur mitgemacht, sondern von sich aus in schnödester Weise die gleiche Forderung betrieben. Als das sozialdemokratische Ultimatum bekannt wurde, ging der Freisinn mit fliegenden Fahnen ins republikanische Lager über. Die Haltung der **Nationalliberalen** ergibt sich daraus, daß sie in der Regierung blieben. Im **Zentrum**, dessen Mehrheit zuerst entschieden gegen die sozialdemokratischen Forderungen war, scheinen harte Kämpfe stattgefunden zu haben, in deren Verlauf der rechte Flügel bald unterlag. Jedenfalls hätten die bürgerlichen Mehrheitsparteien noch die volle Möglichkeit gehabt, der besseren Überzeugung zu folgen und mit der Autorität, die ihnen ihre zweifellose **Mehrheit** geben konnte, der Sozialdemokratie Halt zu gebieten und Staat und Volk vor dem Äußersten zu bewahren. Vor allem wird man dabei auch der Arbeit gedenken müssen, die der **Prinz-Reichskanzler** aus dem Hause Zähringen als Totengräber am Reich und an den Hohenzollern in dieser kurzen Zeitspanne geleistet hat.

Die Folgen werden nicht ausbleiben. Politische Sünden pflegen sich noch unerbittlicher zu rächen als menschliche. Die Gironde liegt in den letzten Zügen; der „Berg" naht. Ob die **Nationalversammlung**, über die wir uns im Augenblick noch nicht näher auslassen können, uns noch vor der Herrschaft der Revolution bewahren kann, ist bei der Gestaltung der Dinge in den letzten Tagen überaus zweifelhaft. Nur wenn alle ordnungsliebenden Elemente für sie mutig und geschlossen zusammengehen, kann hier **vielleicht** noch die Rettung vor dem Chaos und völligem Untergange kommen.

Der Austritt der Sozialdemokratie aus der Regierung.

Sämtliche sozialdemokratischen Mitglieder, Staatssekretäre Scheidemann und Bauer und die Unterstaatssekretäre Dr. David, Schmidt und August Müller sind heute vormittag aus der Regierung ausgetreten.

Bei den **Daimlerwerken** in Marienfelde wurde heute vormittag 9 Uhr die Arbeit in sämtlichen Betrieben niedergelegt. Kein Arbeiter hatte bis 11 Uhr das Fabrikgebäude verlassen, es wurden in den großen Arbeitshallen Versammlungen abgehalten. Auch bei **Schwartzkopff** wurde um 9 Uhr vormittags die Arbeit eingestellt. Die gesamte Arbeiterschaft verließ in Ruhe und Ordnung ihre Arbeitsstätte. Der Betrieb ruht augenblicklich völlig. Bei der A. E. G. in Hennigsdorf, in der Brunnenstraße, bei der Apparatefabrik in der Ackerstraße und in der Turbinenfabrik wird ebenfalls gestreikt. In den frühen Vormittagsstunden zogen Arbeiter mit roten Fahnen in der Brunnenstraße durch die Bureaus und versuchten auch die kaufmännischen Angestellten zur Arbeitsniederlegung zu bewegen. 7000 bis 8000 Arbeiter, die in der Fabrik der A. E. G. in der Voltastraße beschäftigt sind, legten um 9 Uhr die Arbeit nieder und formierten sich später zu einem Zuge, der nach dem Zentrum der Stadt strebte.

Bei Siemens sind um 10 Uhr die ersten Arbeitseinstellungen erfolgt. 500 Mann aus dem Blockwerk sind nach der Stadt abmarschiert.

Von sozialdemokratischer Seite werden folgende Nachrichten verbreitet, die im Augenblick nicht nachgeprüft werden können:

Die sozialdemokratische Partei hat mit den Fabrikvertrauensleuten einen engeren Ausschuß eingesetzt, der mit der Regierung über die Übernahme der Geschäfte verhandeln soll. Es gehören ihm an: **Ebert, Scheidemann, Braun, Wuschick** und **Hölder.** Mit den **Unabhängigen** war eine **Verständigung nicht möglich,** da sie keinen bestimmten Standpunkt einzunehmen vermochten. Nachdem sich Jägerbataillone schon am Morgen der Bewegung zur Verfügung gestellt hatten, sprach mittags Reichstagsabgeordneter **Wels** in der Kaserne der Gardejäger und des Alexander-Regiments. Die Regimenter beschlossen den Übergang zur Republik, und die versammelte Mannschaft stimmte in ein Hoch ein auf den freien deutschen Volksstaat.

Die Wilhelmshavener Matrosen schicken eine **Abordnung im Luftschiff** nach Berlin. Der Flugplatz Johannistal ist von den Arbeitern besetzt, damit das Luftschiff ohne Schwierigkeiten landen kann. **3000 Kieler Matrosen sind im Anmarsch.** Da die Schienen teilweise aufgerissen sind, werden sie zu Fuß erst gegen 3 Uhr in Berlin eintreffen. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter ist ihnen entgegengefahren, um sich an ihre Spitze zu stellen. Um 5 Uhr findet eine große Versammlung der Seeflieger und Matrosen bei Aschinger am Bahnhof Friedrichstraße statt. Auch in ihr wird ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter sprechen.

Aufforderung zum Generalstreik!

Soeben wird folgendes Extrablatt des „Vorwärts“ verbreitet:

Generalstreik!

Der Arbeiter- und Soldatenrat von Berlin hat den Generalstreik beschlossen. Alle Betriebe stehen still. Die notwendige Versorgung der Bevölkerung wird aufrecht erhalten.

Ein großer (??) Teil der Garnison hat sich in geschlossenen Truppenkörpern mit Maschinengewehren und Geschützen dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung gestellt.

Die Bewegung wird gemeinschaftlich geleitet von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Arbeiter, Soldaten, sorgt für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung.

Es lebe die soziale Republik.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Der Kaiser über seine Abdankung.

Der Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei für **Groß-Berlin** trat am Mittwoch abend zusammen. Den einleitenden Bericht über die politische Lage erstattete, der „Freis. Ztg.“ zufolge, Abg. Dr. Mugdan, der zur **Kaiserfrage** folgendes bemerkte: Die Fortschrittliche Volkspartei wolle in dieser Zeit nicht neue Unruhe und Verwicklung in unser Volk tragen. — Der **Kaiser selbst** hat sich, wie auf dem Umweg über Budapester Blätter bekannt wird, mit voller Entschiedenheit auf den Standpunkt gestellt, daß er gerade mit Rücksicht auf die **Erhaltung unserer inneren Ruhe und Ordnung unbedingt auf seinem Posten bleiben müsse.** Danach hat der Minister des Innern, **Dr. Drews,** dem Kaiser über die Scheidemannsche

Forderung nach Abdankung des Kaisers Bericht erstattet. Bei seiner Rückkehr aus dem Hauptquartier teilte Dr. Drews mit, daß seine Mission erfolglos geblieben sei. Scheidemann hatte das Verhalten seiner Partei damit begründet, daß, wenn Kaiser Wilhelm nicht abdanken würde, die Unabhängigen Sozialisten die Thronfrage aufwerfen und die Einführung der Republik fordern wollten. Die Regierungssozialisten würden dann gezwungen sein, Schulter an Schulter mit den Unabhängigen Sozialisten zu kämpfen. Der Kaiser erklärte, daß er mit Rücksicht auf die jetzige verworrene Lage **freiwillig unter keinen Umständen seinen Platz verlassen werde.** Er könne Deutschland im Augenblick des Friedensschlusses **unmöglich der Entente ausliefern.** Seine Abdankung würde eine **völlige Anarchie** und ein **Überhandnehmen der bolschewistischen Ideen zur Folge** haben. Für solche furchtbaren Zustände wolle er nicht die Verantwortung übernehmen und deshalb im gegenwärtigen Augenblick **nicht** abdanken.

Ist's möglich?

Hellmuth v. Gerlach schreibt in der **„Welt am Montag“**, daß der deutsche **Kaiser Wilhelm II.** am 1. August 1914, abends $9^3/_4$ Uhr, also **neun Stunden** nach seiner **eigenen Kriegserklärung** an Rußland, an „Nicki“ das folgende Telegramm geschickt hat:

> **Ich muß auf das ernsteste von Dir verlangen, daß Du unverzüglich Deinen Truppen den Befehl gibst, unter keinen Umständen auch nur die leiseste Verletzung unserer Grenzen zu begehen.**

Dritter Teil.

Der Beginn der Revolution.

Der 9. November in Berlin.

Berlin ist ruhig!

Auch am gestrigen Freitag abend ist es in Berlin **nirgends zu Ruhestörungen gekommen.** Vor vielen Fabriken im Weichbilde der Stadt und in den Vororten fanden am Feierabend Menschenansammlungen statt, die jedoch von den Arbeitern sowohl wie von den Schutzleuten und Gandarmen mühelos zerstreut wurden. Der gefürchtete Massenstreik ist am gestrigen Abend nicht zum Ausbruch gekommen. Seitens der sozialdemokratischen Parteileitung und der Gewerkschaftskommission war am gestrigen Mittag in den Fabriken noch ein Flugblatt verteilt worden, in welchem „weitere Mitteilungen“ noch im Laufe des Nachmittags versprochen wurden. Da jedoch in der interfraktionellen Sitzung, die gestern mittag stattfand, seitens der Sozialdemokratie gegen eine Fristverlängerung der Bedenkzeit des Kaisers kein Protest erhoben wurde, so konnte von einer weiteren Kundgebung der Führer an die Arbeiterschaft Abstand genommen werden. Infolgedessen haben die Obmänner und Vertrauensleute in den Fabriken **von der Ansage eines Massenstreiks zum heutigen Sonnabend morgen Abstand genommen,** und es ist auch nicht zu erwarten, daß heute mit der Arbeit aufgehört werden wird, um so mehr, als zu den meisten Fabriken am Sonnabend die Lohnauszahlung erfolgt.

Zu Ansammlungen kam es zwischen 7 und 8 Uhr namentlich im Norden der Stadt, doch waren diese ganz harmloser Natur. Es handelte sich dabei um das Erscheinen der Spätabendblätter, und um eine solche Zeitung zu erlangen, von deren Inhalt man sich wichtiges versprach, hatten sich auf den Straßen und Plätzen der Stadt viele Tausende von Menschen eingefunden. Die polizeilichen und militärischen Absperrungen waren derartige, daß das Überschreiten des Lustgartens und des Schloßplatzes ziemlich schwierig war. Die Stimmung der Bevölkerung ist durchaus ruhig. Man hegt das feste Vertrauen — und dies wird durch die Haltung der Arbeiterschaft gerechtfertigt — daß in Groß-Berlin Ausschreitungen wie in Kiel und Hamburg nicht vorkommen werden. Im übrigen haben die Behörden weitgehende **Sicherheitsmaßregeln** getroffen, die sich vor allem **gegen den Janhagel** richten. Am gestrigen Abend fuhren ganze Kolonnen von Automobilen mit Soldaten durch die Straßen, und bei Einbruch der Dunkelheit marschierten

Maschinengewehrabteilungen, die während des Tages in den nahegelegenen Vororten untergebracht waren, durch Berlin. Sehr stark besetzt und für das Privatpublikum völlig unpassierbar sind die **Kasernen**, deren Umgebung fortwährend Halbzüge Infanterie abpatrouillieren. Die Groß-Berliner Garnison war auch am gestrigen Abend ebenso wie die Schutzmannschaft **konsigniert.**

Als Kuriosum sei noch bemerkt, daß es unsere Kriegsgewinnler mit der Angst zu tun bekommen. Für Automobile wurden für eine **Fahrt nach märkischen Kleinstädten im Laufe des gestrigen Tages bis 3000 Mark geboten.**

(Amtlich.) **Berlin,** 9. November.

Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Throne zu entsagen.

Der Reichskanzler bleibt noch solange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind.

Er beabsichtigt dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfes wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassunggebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.

Der Reichskanzler Max, Prinz von Baden.

*

Berlin ist in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrates. Er hat die soziale Republik ausgerufen. Das Oberkommando und das Polizeipräsidium sind vom Arbeiter- und Soldatenrat besetzt, und über dem königlichen Schloß sowie über dem Brandenburger Tor ist die rote Flagge aufgezogen. Der größte Teil der Garnison hat sich dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung gestellt.

Der Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Abg. Ebert, ist mit der Bildung der Reichsregierung beauftragt worden.

Aufruf!

Die neue Regierung hat die Führung der Geschäfte übernommen, um das deutsche Volk vor Bürgerkrieg und Hungersnot zu bewahren und seine berechtigten Forderungen auf Selbstbestimmung durchzusetzen. Diese Aufgabe kann sie nur erfüllen, wenn alle Behörden und Beamten in Stadt und Land ihre hilfreiche Hand leisten.

Ich weiß, daß es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten unternommen haben, aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserem Volke. Ein Versagen der Organisation in dieser schweren Stunde würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichen Elend ausliefern.

Helft also mit mir dem Vaterlande durch furchtlose und unverdrossene Weiterarbeit ein jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Ablösung gekommen ist.

Berlin, den 9. November 1918.

Der Reichskanzler.
gez. Ebert.

Kanzler Ebert ans Volk.

Berlin, 9. November.

Mitbürger!

Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriff, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden und werde über das Ergebnis der Öffentlichkeit in Kürze berichten.

Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu befestigen.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle um Eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die unser harrt. Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht. Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören.

Es muß die erste Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu hindern, sondern zu fördern.

Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderungen und Raub, mit Elend für alle. Die Ärmsten würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten getroffen werden.

Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, versündigt sich aufs schwerste an der Gesamtheit.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle dringend: Verlaßt die Straßen! Sorget für Ruhe und Ordnung.

Berlin, 9. November 1918.

Der Reichskanzler: Ebert.

Sorgt für Nahrungsmittel!

Es sind gestern viele Motorwagen der Kraftfahrtruppen requiriert worden. Alle diese Wagen müssen sofort nach der Potsdamer Straße 26a zurückgebracht oder mindestens telephonisch „Nollendorf 4010“ angemeldet werden. Wenn die Lebensmittelversorgung nicht vollkommen versagen und dadurch schwerstes Unheil über die Berliner Bevölkerung gebracht werden soll, müssen alle militärischen Wagen sofort abgeliefert werden.

Der Reichskanzler: Ebert.

Bildung eines Volksausschusses für Groß-Berlin.

Der Magistrat Berlin macht folgendes bekannt: „Auf Veranlassung des Berliner Magistrats sind Vertreter der beiden sozialdemokratischen Organisationen und der Gewerkschaften aller Richtungen zu einem **Volksausschuß zum Schutze der gemeinnützigen Einrichtungen von Groß-Berlin** zusammengetreten. Der Volksausschuß wird auf Wunsch der einzelnen Gemeinden die Bewachung der Lebensmittelvorräte, der Lebensmittelkartenausgaben, der Markthallen, der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und der öffentlichen Kassen übernehmen. Die unbewaffneten Beauftragten des Volksausschusses werden durch **eine rote Armbinde** kenntlich sein. Es darf erwartet werden, daß sie bei ihrer schwierigen Tätigkeit die weitgehendste Unterstützung der Bevölkerung finden werden. Die vom Volksausschuß bewachten Anlagen werden in entsprechender Weise kennbar gemacht werden. Vorsitzender des Ausschusses ist Stadtrat Sassenbach. Das Bureau befindet sich im Berliner Rathaus, Zimmer 49e. Die in der Gründungssitzung anwesenden Vertreter der beteiligten Organisationen haben ihre Mitarbeit davon abhängig gemacht, daß die Anlagen nicht zu gleicher Zeit durch Polizei oder Militär bewacht werden. Ferner ist beschlossen worden, den Oberbürgermeister Wermuth zu bitten, bei den geeigneten Stellen auf die große Gefahr hinzuweisen, die mit der Ansammlung von Polizei und Militär auf den Straßen und Plätzen und in öffentlichen Gebäuden verbunden ist. Gewerkschafts- und Parteimitglieder, die sich dem Volksausschuß zur Verfügung stellen wollen, werden gebeten, sich in ihrem Verbandsbureau oder Parteibureau sofort zu melden."

An die landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands.

Die **„Deutsche Tageszeitung"** veröffentlicht folgenden Aufruf:

Die Ernährung des deutschen Volkes ist aufs schwerste gefährdet, wenn Unruhen auf dem Lande ausbrechen. Ihrer Aufrechterhaltung stehen schon jetzt die größten Schwierigkeiten entgegen. Sie werden bei Eintreten der Demobilmachung und bei Rückkehr der Truppen in außergewöhnlichem Maße sich noch steigern. Es ist jetzt oberste Pflicht aller Behörden wie aller Teile der Bevölkerung, unsere Ernährungswirtschaft im Interesse des Volksganzen in vollstem Umfange aufrechtzuerhalten. Jede Störung der Ordnung auf dem Lande muß mit allen Mitteln verhindert werden. Soll die Landwirtschaft lieferungsfähig bleiben, so muß die Sicherung ihrer Betriebe voll gewährleistet werden. Diese Aufgabe fällt in erster Linie den Behörden zu; sie kann aber nur erfolgreich durchgeführt werden, wenn auch die Landwirtschaft selbst durch sofortige Bildung von Orts- oder Gemeindeausschüssen für den nötigen Schutz ihrer Betriebe und der geregelten Lieferung sowie für die tatkräftige Abwehr aller eigenmächtigen Eingriffe in dieselben sorgt. Jedes Zuwarten kann verhängnisvoll werden.

Wir fordern deshalb die landwirtschaftliche Bevölkerung auf, sofort mit der Bildung solcher Orts- oder Gemeindeausschüsse vorzugehen. Diese Ausschüsse müssen gebildet werden von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Sie müssen getragen sein von dem Vertrauen aller ländlichen Kreise; sie dienen keiner Sonderorganisation und treten außer Wirk-

samkeit, sobald die derzeitige Notlage beseitigt ist. Auch die Zuziehung von Vertretern der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung ist dringend erwünscht.

Die Orts- oder Gemeindeausschüsse haben bei der ausgiebigen Erfassung der für die Gesamtheit erforderlichen Lebensmittel, wie besonders auch bei der nachdrücklichen Bekämpfung des unheilvollen Schleichhandels mitzuwirken. Sie sollen auch dafür Sorge tragen, daß die landwirtschaftlichen Betriebe, die zurzeit ohne Leiter sind, zum Zweck ordnungsgemäßer Weiterführung der Wirtschaft beraten und unterstützt werden. Sie sollen gleichzeitig eine Hilfsorganisation bilden zum Schutze der Personen und zur Sicherung des Eigentums. Sie sollen auch nach der Rückkehr der Truppen bei Lohnstreitigkeiten und bei Fragen, die das Arbeitsverhältnis betreffen, eine ausgleichende Tätigkeit entfalten.

Bei der Begründung dieser Ausschüsse wird man sich selbstverständlich, soweit die Arbeitgeber in Frage kommen, in erster Linie mit an diejenigen Männer zu halten haben, die jetzt schon in den bestehenden landwirtschaftlichen Organisationen, insbesondere in den Genossenschaften und landwirtschaftlichen Vereinen führend tätig sind. Die Heranziehung der Vertreter aus den Arbeitnehmerkreisen wird am besten diesen selbst zu überlassen sein, um auch den Anschein zu vermeiden, als ob von seiten der Arbeitgeber ein unzulässiger Einfluß hierbei ausgeübt werden könnte.

Wir richten diesen Appell an die berufenen Vertretungen der deutschen Landwirtschaft in den einzelnen Bundesstaaten und Provinzen mit der dringenden Bitte, mit Rücksicht auf den schweren Ernst der Lage mit größter Beschleunigung an die Ausführung dieser Maßnahmen heranzutreten und auf dem Lande auf solche Weise einen ausgebreiteten Wohlfahrts- und Ordnungsdienst zu organisieren. Die landwirtschaftlichen Vertretungen werden an ihre Einzelregierungen bzw. provinzlichen Verwaltungen mit dem Ersuchen heranzutreten haben, diesen aus der Mitte der Landwirtschaft freiwillig hervorgehenden Einrichtungen weitgehendste Unterstützung im Interesse der Allgemeinheit zuteil werden zu lassen.

Daß bei Bildung der Orts- bzw. Gemeindeausschüsse auf besondere lokale Verhältnisse entsprechend Rücksicht zu nehmen ist, braucht nicht besonders ausgeführt zu werden.

Es darf angenommen werden, daß das Kriegsernährungsamt die Errichtung derartiger Orts- und Gemeindeausschüsse für durchaus zweckdienlich und notwendig erachtet und daß es sich weitgehendst bei der Regelung der Ernährungswirtschaft der Mitarbeit dieser Ausschüsse bedienen wird.

Kriegsausschuß der deutschen Landwirtschaft:

Deutscher Landwirtschaftsrat. Bund der Landwirte. Vereinigung der deutschen Bauernvereine. Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft. Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften. Generalverband der deutschen Raiffeisengenossenschaften. Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte.

Die rote Fahne.

Der „Berliner Lokalanzeiger" ist heute zum ersten Male unter dem Namen **„Die rote Fahne"** erschienen. Seine Redaktion ist von Anhängern der **Spartakusgruppe** besetzt, die **links** von den Unabhängigen stehen.

Berlin, 9. November. Die **Büros der „Telegraphen-Union"** wurden heute abend von einer Abordnung des Arbeiter- und Soldatenrates **besetzt.**

Breslau, 9. November. **Rosa Luxemburg** ist am Freitag nachmittag aus dem Breslauer Gerichtsgefängnis entlassen worden.

Scheidemann proklamiert die Republik.

Von der Terrasse des Reichstags hielt **Scheidemann** folgende Ansprache:

Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt. Das Alte, Morsche ist zusammengebrochen. Der Militarismus ist erledigt. Die Hohenzollern haben abgedankt! Es lebe die deutsche Republik! Der Abgeordnete Ebert ist zum Reichskanzler ausgerufen worden. Ebert ist damit beauftragt worden, eine neue Regierung zusammenzustellen. Dieser Regierung werden alle sozialistischen Vereinigungen angehören. Jetzt besteht unsere Aufgabe darin, diesen glänzenden Sieg, diesen vollen Sieg des deutschen Volkes nicht beschmutzen zu lassen. Deshalb bitte ich Sie, sorgen Sie dafür, daß keine Störung der Sicherheit eintrete! Wir müssen stolz sein können in aller Zukunft auf diesen Tag. Nichts darf existieren, was man uns später wird vorwerfen können. Ruhe, Ordnung und Sicherheit, das ist das, was wir jetzt brauchen. Dem Oberkommandierenden in den Marken und dem Kriegsminister Schelich werden je ein sozialistischer Beauftragter beigegeben. Der Abgeordnete Genosse Göhre wird alle Verordnungen des Kriegsministers Schelich gegenzeichnen. Also es gilt von jetzt ab die Verkündungen, die unterzeichnet sind von Ebert, und die Kundmachungen, die unterzeichnet sind mit dem Namen Göhre und Scheüch, zu respektieren. Sorgen Sie dafür, daß die neue, stolze Republik, die wir errichten werden, nicht durch irgend etwas gefährdet werde. **Es lebe die deutsche Republik!**

Ferner hat der Vorstand der Sozialdemokratie Deutschlands sowie der Arbeiter- und Soldatenrat folgende Kundgebung mittels Flugblatt erlassen:

Der freie Volksstaat ist da!

Kaiser und Kronprinz haben abgedankt!

Fritz Ebert, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei, ist Reichskanzler geworden und bildet im Reiche und in Preußen eine neue Regierung aus Männern, die das Vertrauen des werktätigen Volkes in Stadt und Land, der Arbeiter und Soldaten haben. Damit ist die öffentliche Gewalt in die Hände des Volkes übergegangen. Eine verfassungsgebende Nationalversammlung tritt schnellstens zusammen.

Arbeiter, Soldaten, Bürger! Der Sieg des Volkes ist errungen, er darf nicht durch Unbesonnenheiten entehrt und gefährdet werden. Wirtschaftsleben und Verkehr müssen unbedingt aufrecht erhalten werden, damit die Volksregierung unter allen Umständen gesichert wird.

Folgt allen Weisungen der neuen Volksregierung und ihren Beauftragten. Sie handelt im engsten Einvernehmen mit den Arbeitern und Soldaten.

Hoch die deutsche Republik!

Oberkommando und Polizeipräsidium besetzt.

Der Arbeiter- und Soldatenrat meldet durch „W. T. B.": **Das Polizeipräsidium sowie das Oberkommando** sind in unserer Hand. — Die Befreiung unseres Genossen Däumig steht bevor.

Vom Norden her drang ein Zug von mehreren hundert Personen, darunter eine Abteilung Soldaten der vom Soldatenrat bereits besetzten Maikäferkaserne, gegen das Polizeipräsidium vor. Unterwegs schlossen sich neue Mengen an, so daß beim Eintreffen des Zuges der Alexanderplatz binnen weniger Minuten mit einer unübersehbaren Menge besetzt war.

Von allen Seiten wurde nun der Sturm auf das Polizeipräsidium begonnen. Vom Präsidenten war einige Zeit vorher der Befehl gegeben worden, sämtliche Türen des Gebäudes zu schließen.

Mit dem Gewehrkolben wurde an die Türen gehämmert. Nichts rührte sich. Aus der Menge fielen Rufe: „Schlagt die Fenster ein!" Im selben Augenblick flirrten die Scheiben, und eine Reihe von Schüssen wurde gegen die Fenster abgegeben. Um Blutvergießen zu vermeiden, wurden schließlich die Türen geöffnet, und eine Abordnung Bewaffneter drang in das Gebäude. Das Gefängnis wurde geöffnet und 650 Gefangene befreit.

Die **Bewaffneten nahmen den Schutzleuten das Versprechen** ab, keinen Widerstand zu leisten, und der **Polizeipräsident verließ darauf mit den höheren Beamten das Gebäude, das von dem Anführer der Aufständischen besetzt wurde.**

Gegen zwei Uhr nachmittags zog von der Straße Unter den Linden her ein starker Trupp die Wilhelm-Straße entlang, um die **öffentlichen Dienststellen zum Niederlegen ihrer Tätigkeit zu zwingen.** In die **Reichskanzlei drangen Bewaffnete,** fanden die Räume aber bereits verlassen.

Als die Truppen übergingen.

Die „Nat.-Ztg." meldet über die Vorgänge am Sonnabend mittag:

Um 10 Uhr vormittag waren die Sozialdemokraten im Reichstag zur entscheidenden Sitzung zusammengetreten. Um 11½ Uhr stürzten die Teilnehmer in großer Aufregung aus dem Saal. Es war beschlossen worden, **sofort aus der Regierung auszutreten** und sich mit den Unabhängigen Sozialisten zu verständigen, um auf weiter Basis eine aktionsfähige Regierung zu bilden. Scheidemann und Ebert begaben sich unverzüglich, von mehreren anderen Genossen begleitet, ins **Reichskanzlerpalais,** um dem Prinzen Max von Baden von den gefaßten Beschlüssen Mitteilung zu machen. Inzwischen war die amtliche Nachricht von der Abdankung des Kaisers eingetroffen. Im Fraktionszimmer der Sozialdemokraten herrscht inzwischen reges Leben. Die **Arbeitsstelle für die Arbeiter- und Soldatenräte** hat sich hier gebildet. **Deputationen aus den verschiedenen Kasernen treffen ein und melden ihren Anschluß an die Bewegung.** Jeder einzelne von ihnen wird mit **brausendem Jubel begrüßt.** Der Jubel wächst zum Sturm, als **Offiziere mit roten Binden am Arm** erscheinen. Unter den ersten von **ihnen befindet sich ein Major.** Gegen 2 Uhr kehrt **Scheidemann** vom Kanzler zurück. Auch ihn hat die Ruhe verlassen. Er sprudelt hervor: **Ebert ist zum Kanzler designiert und wird die neue Regierung bilden.** Die Verhandlungen mit den Unabhängigen sind im Gange. Ein anderer Genosse berichtet, daß Cohn, Dittmann und Vogtherr von den Unabhängigen bereits in der Reichskanzlei weilen. Die Sozialdemokratie zieht

sich zu kurzer Beratung in ihr Zimmer zurück. Die Vertrauensmänner der Soldaten, die anwesend sind, wohnen der Besprechung bei. Man erfährt bald, daß das **Jägerbataillon 4 und die Kaiser-Alexander-Gardegrenadiere übergegangen** sind. Sie sind die ersten. Nur kurze Zeit später kommt von den übrigen Formationen die gleiche Kunde.

Eine Schilderung des Arbeiter- und Soldatenrates.

Berlin, 9. November. Heute morgen um 9 Uhr traten die Arbeiter der größten industriellen Betriebe in den **Generalstreik**. In Zügen, denen rote Fahnen vorangetragen wurden und an deren Spitze bewaffnete Soldaten aller Waffengattungen schritten, eilten sie von allen Vororten dem Innern der Stadt zu. Die ersten Züge kamen von der Acker- und Brunnenstraße nach dem Innern der Stadt. Anfangs wurden die Soldaten und Offiziere aufgefordert, die Kokarden und Achselstücke zu entfernen; in weitgehendem Maße geschah es freiwillig. Eine **allgemeine Verbrüderung der Matrosen, Soldaten und Arbeiter** vollzog sich. **Man drang in die Kasernen ein** und fand auch hier begeisterte Aufnahme bei den Soldaten. Die militärischen Besatzungen der Fabriken hatten mit den Arbeitern gemeinsam die Werkstätten verlassen und handelten mit ihnen gemeinsam. Soweit bis jetzt bekannt, kam es nur bei der Besetzung der sogenannten **„Maikäferkaserne“** zu einem **Zusammenstoß** zwischen den Massen und der bewaffneten Macht.. Aber auch hier waren es nur zwei Offiziere, die schossen. **Drei Tote** und ein Verwundeter sind zu beklagen. Die Inbesitznahme der meisten öffentlichen Gebäude und Anstalten vollzog sich ohne Schwierigkeiten, nachdem klar war, daß das Militär zum Volke übergegangen war. Der Zug der streikenden Arbeiter der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie kam gegen ½2 Uhr vor dem **Reichstage** an. Eine Abteilung Jäger besetzte die Freitreppe, vor der die Menge sich sammelte. Abgeordneter Scheidemann hielt die an anderer Stelle mitgeteilte Ansprache. Von einem Lastkraftwagen sprachen der Abgeordnete Vogtherr und einige Soldaten.

Gegen 12 Uhr kam ein **Demonstrationszug** zur Maikäferkaserne, der von den Soldaten mit Jubel begrüßt wurde. Sie riefen, man solle sie herauslassen, sie seien eingesperrt und würden von der Wachmannschaft aus **Weißensee** verhindert, die Kaserne zu verlassen. Mit Hilfe der beim Zuge befindlichen bewaffneten Soldaten **erbrach man die Türen**; vor einer der letzten fielen Schüsse, die ein Offizier abgab. Genosse Erich Habersaath, ein Führer der Berliner Jugendbewegung (Metallarbeiter bei Schwartzkopff, 26 Jahre alt), ein Arbeiter der A. E. G. und ein Arbeiter von Schwartzkopff sind **tot**, ein anderer Arbeiter leicht verwundet. Habersaath wurde zu einem Arzt gebracht, der aber nur noch den Tod feststellen konnte. Ein Teil der „Maikäfer“ schloß sich den Demonstranten an, ein anderer Teil, meist verwundet, blieb in der Kaserne, während der Rest **mit gefülltem Rucksack** (!) **„auf Urlaub“** nach Hause fuhr.

Massenversammlung im Zirkus Busch.

Gestern abend fand eine Massenversammlung im Zirkus Busch statt, zu der abends durch Flugblätter, erschienen im ehemaligen „Lokal-Anzeiger“, eingeladen wurde. In der Einladung hieß es, eingeladen sei **„das revolutionäre Arbeiterproletariat in Bluse und Feldgrau.“**

Die Moabiter Gefangenen befreit.

Die Mannschaften des Alexander-Regiments haben das **Strafgefängnis in Moabit gestürmt** und die Gefangenen befreit. — Außerdem wurden **700 Militärgefangene** befreit.

Die Revolution in Potsdam.

Auch in **Potsdam** hat sich ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet. Auf den Straßen herrscht reges Leben, aber überall merkwürdige Ruhe. Die Bildung des Arbeiter- und Soldatenrates ist in der Kaserne des 1. Garde-Regiments zu Fuß erfolgt.

Die Zeit vom 10.—15. November.

Der bolschewistische Gedanke im Fortschreiten.

Die Republik in München.

Bericht der „Täglichen Rundschau".

Über die Unruhen im Lande liegen heute eine größere Anzahl **amtlicher Nachrichten** vor, von denen wir aber einleitend bemerken wollen, daß sie den vollen Ernst der Lage nicht wiedergeben. Außer den bereits gestern genannten Orten haben sich der bolschewistischen Bewegung angeschlossen: **Braunschweig**, wo, wie uns ein eigener Bericht aus Braunschweig meldet, auf dem **Schlosse** des Welfenherzogs **die rote Fahne** gehißt ist, nachdem dort am Freitag früh Marine- und Landsoldaten vom Herzog empfangen wurden. Die Bewegung kam am Freitag nachmittag in Braunschweig zum Ausbruch und dürfte heute dort fortschreiten. Nach Braunschweig hat sich auch **Blankenburg** angeschlossen sowie **Düsseldorf, Leipzig,** ferner **Magdeburg, Köln, Rostock.** (Die Chaussee nach Warnemünde ist besetzt.) Der amtlichen Darstellung zufolge ist in **Hannover** ein Teil der Garnison fest in der Hand ihrer Führer und wehrt sich gegen die Bewegung. Ähnliche Verhältnisse scheinen, so sagt die amtliche Darstellung, in **Magdeburg, Köln** und **München** vorzuliegen. Vom **Industriegebiet** sind die Meldungen noch nicht klar, es scheinen aber Versuche vorzuliegen, an einzelnen Orten Arbeiter- und Soldatenräte zu bilden.

In München ist eine Republik ausgerufen worden, ohne daß etwas über eine Abdankung des Königs verlautet wäre. Vielleicht überlegen es sich die Bayern noch einmal, ehe sie die Wittelsbacher fortsenden. **Unser Korrespondent in München** drahtet uns:

München, 3. November. **(Eigener Drahtbericht der „Täglichen Rundschau".) Von Donnerstag abend bis Freitag morgen ist das Königreich Bayern durch die Gruppe der Unabhängigen in eine Republik umgewandelt worden. Nach der**

großen Volksdemonstration auf der Oktoberwiese vollzog sich das, was psychologisch zu erwarten war: die Verwandlung einer Volksevolution in eine Volksrevolution, die aber — das muß gesagt werden — von bedauerlichen Ausschreitungen in Kasernen und Plünderung verschiedener Läden abgesehen — einen ruhigen Charakter trug. Das Militär bemächtigte sich des Bahnhofs- und des Telegraphengebäudes, der Trambahnbetrieb, der Telephon- und Telegraphenverkehr wurde eingestellt. Ferner bemächtigte man sich der „Münchner Neuesten Nachrichten“ und der „München-Augsburger Abendzeitung“. Als die Münchener Bevölkerung am Freitag erwachte, stand sie vor der vollzogenen Tatsache der Umwandlung Bayerns in eine Republik. Das militärische Quartier des Arbeiter- und Soldatenrates war im Maltheser Bräu aufgeschlagen, das politische im Landtag, der noch in der Donnerstagnacht Kurt Eisner, den früheren „Vorwärts“-Redakteur, zum Präsidenten erklärte. Die politische Umwandlung vollzog sich Freitag nachmittag im Landtag, wo der gesamte Arbeiter- und Soldatenrat versammelt war, ferner die gesamte sozialdemokratische Landtagsfraktion, die liberalen Abgeordneten Hübsch, Schmidt und Hoffl und sämtliche Bauernbündler. Kurt Eisner erklärte, daß Bayern zur Republik umgewandelt worden sei und daß eine Einigung zwischen der gesamten Arbeiterschaft, den Unabhängigen und der Sozialdemokratie herbeigeführt wurde. Er teilte die neue Regierung mit, die sich wie folgt zusammensetzt:

Präsident und Minister des Äußern: Kurt Eisner, Kultusminister und Vizepräsident: Hoffmann, militärische Angelegenheiten: Roßhaupter, Ministerium des Innern: Auer, Verkehrsministerium: v. Frauendorf, Justizministerium: Timm, Finanzministerium: Prof. Jaffé, Ministerium für soziale Angelegenheiten: Unterleitner; Polizeipräsident von München: Steiner. Ins Präsidium wurde auch der Pazifist Professor Quidde berufen.

Eine Anzahl Erlasse und Kundgebungen wurde im Laufe des Nachmittags bekanntgegeben, die vor allem zur Ruhe und Ordnung mahnen und das Versprechen enthalten, daß die Ernährung der Bevölkerung gesichert sei. Größere Ausschreitungen sind nicht vorgekommen. Kurt Eisner, der erste Präsident Bayerns, hat erklärt, daß diese Umwandlung für alle Zukunft fest gegründet sei. Naturgemäß laufen allerhand unkontrollierbare Gerüchte um, so über den Anmarsch von Truppen, über den Aufenthalt des Königs. Von den beiden Frauentürmen Münchens weht die rote Fahne.

Die Soldaten in den Kasernen regieren sich durch Soldatenräte. Offiziere, die sich nicht widersetzen, dürfen ihren Dienst weiter versehen. Die Bauern verbürgen sich für Lebensmittelversorgung. Weiter wird gemeldet, daß der Polizeipräsident im Einvernehmen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat unter gewissen Verpflichtungen seine Amtsführung weiter versieht.

In einem amtlichen Berichte heißt es ferner:

Es zeigt sich jetzt ein gewisses planmäßiges Vorgehen. Überall dasselbe Bild: Aus den Hauptzentren Kiel und Hamburg sind immer wieder Züge mit bewaffneten Matrosen und Aufrührern in das Land entsandt worden. Diese versuchen in den wichtigsten Städten sich sofort der Verkehrszentren zu bemächtigen und die Kommandostellen aufzuheben. Dann wird unter Heranziehung lichtscheuer Elemente, unter denen sich eine ganze Reihe Fahnenflüchtiger befindet, versucht, die Truppen zu verseuchen, indem ihnen vorgespiegelt wird, daß es sich gar nicht um eine revolutionäre Bewegung handele, sondern um militärische Reformen.

Bei manchen Truppen ist der Versuch gelungen, bei anderen hat er Widerstand gefunden. An zahlreichen Stellen ist bereits durch entsprechende Vorstellung von Entsandten der Regierung ein gewisses Einlenken erreicht worden. Die ganze Bewegung geht — bei aller Unklarheit in Einzelheiten — offenbar von **Rußland** aus, wobei die **bisherige Berliner Vertretung der russischen Sowjetrepublik ja nachweislich mitgewirkt hat. Wie die russische Regierung selbst zugegeben hat,** hofft sie sich dadurch zu halten, daß auch in Deutschland, und demnächst in ganz Europa, die bolschewistische Idee nochmals zum Aufflammen komme. In dem Bewußtsein, daß das deutsche Volk in seiner Masse für die bolschewistischen Ideen nicht zu haben ist, wird planmäßig versucht, die Unzufriedenen und nach Möglichkeit Teile der bewaffneten Macht allmählich auf die schiefe Ebene zu bringen, indem man sie zunächst durch noch nicht terroristische Reformvorschläge in Widerspruch mit ihren Pflichten und mit der bestehenden Volksregierung zu bringen versucht. Allmählich sollen die Leute dann **weiter gedrängt werden bis zu dem bolschewistischen Radikalismus, wie dies in einzelnen Fällen bereits klar erkennbar ist.** Die Verführten und Mitläufer sind sich nicht im mindesten bewußt, zu welchen verhängnisvollen Folgen eine bolschewistische Bewegung in Deutschland notgedrungen führen muß, wo die **Volksernährung** bisher nur mit einer fein gegliederten Organisation durchführbar war.

Über die Unruhen im Reich wird von zuständiger Stelle weiter folgendes mitgeteilt:

In **Kolberg** liefen drei kleinere Kriegsschiffe ein, die **aus Kiel geflüchtet** sind. Die Besatzungen wurden in die Heimat beurlaubt und sind **abgereist.** In Kolberg herrscht **Ruhe.** Auch in **Swinemünde** ist alles ruhig. Die dortselbst liegenden Fahrzeuge sind treu, und es haben sich **keine Soldatenräte gebildet.** In **Lübeck** scheint der Soldatenrat noch nicht im Besitz der Gewalt zu sein. In **Braunschweig** und **Wolfenbüttel** sind die Unruhen bislang **ohne Blutvergießen** verlaufen, doch ist die Entwicklung noch nicht abgeschlossen. Aus **Köln** liegen Meldungen vor, daß der Arbeiter- und Soldatenrat die Kontrolle über alle Soldaten übernommen hat. Die Bahnhofskommandantur und alle militärischen Wachen sind durch den Gouverneur zurückgezogen worden, der heute mit dem Arbeiter- und Soldatenrat verhandelte. Zu Zusammenstößen ist es bisher nicht gekommen. Jedoch macht es sich für die **Zivilbevölkerung äußerst unangenehm bemerkbar,** daß die aus den militärischen und Zivilstrafanstalten befreiten **Gefangenen,** die dort sehr zahlreich sind, sich **raubend** und **plündernd** auf die Konfektionsgeschäfte stürzen. Bei den Eisenbahnbediensteten, auch in den Werkstätten, ist alles ruhig. Die Bahnhöfe sind durch den Arbeiter- und Soldatenrat besetzt.

Aus Wilhelmshaven liegt noch eine Darstellung der Bremer „Weserzeitung" vor:

Danach wurde in der Sitzung der Delegation im Rathause ein **Ausschuß** von 21 Mann, der wiederum einen Fünferausschuß einsetzte, gebildet. **Alle wichtigen Nachrichtenstellen werden von den Vertrauensmännern der Arbeiter und Soldaten besetzt.** Am Donnerstag vormittag fand eine große Versammlung auf dem Militärplatz statt, an der etwa **30 000 Mann teilgenommen** haben dürften. In verschiedenen Reden wurde zur Besonnenheit gemahnt. Danach wurde eine Entschließung gefaßt, in der die **Abschaffung der Monarchie gefordert** wird. Die Versammlung zog dann in geordnetem Zuge durch die Stadt. Der Ausschuß legte besonderen Wert auf den Fortgang der Lebensmittelversorgung für die Militär- und die Zivilverwaltung.

Die „Weser-Zeitung" meldet weiter aus Wilhelmshaven unter dem 6. November:

Hier haben die Matrosen dem Kommandanten jetzt den Gehorsam verweigert. Aus der Oldenburger Garnison sind einige hundert Mann mit Maschinengewehren eingetroffen. Von Wilhelmshaven wurden einige tausend Matrosen mit Extrazügen nach dem Innern Deutschlands befördert. Gewalttätigkeiten sind nicht vorgekommen, **aber sämtliche Schiffe sind in der Hand der zurückgebliebenen Matrosen.** Der unmittelbare Anlaß zu den Unruhen war die Furcht der Soldaten, daß die Offiziere **sie wieder auf den Schiffen in eine Seeschlacht führen sollten.**

Arbeiter, Soldaten, Parteigenossen!

Berlin und Umgegend ist in Euren Händen! Heute, Sonntag, früh haben sämtliche Betriebe, Kasernen, Truppenformationen sowie Lazarette ihre

Delegierten zum Arbeiter- und Soldatenrat

zu wählen. Auf je 1000 Personen kommt ein Delegierter. In den Betrieben haben auch selbstverständlich die Arbeiterinnen Stimmrecht und können gewählt werden. Kleinere Betriebe unter 500 Personen wählen je einen Delegierten und diese Delegierten bestimmen dann auf je 1000 Wähler einen solchen für den Arbeiter- und Delegiertenrat. Für jedes Bataillon einen Delegierten, desgleichen für jede kleinere selbständige Formation und für jedes Lazarett je einen Delegierten. Diese gewählten Delegierten treten nachmittags 5 Uhr im Zirkus Busch als provisorische Regierung der sozialen Republik Deutschlands zusammen.

Auf, Gesinnungsfreunde, zur ersten Wahl im freien Deutschland!

Auf Gesinnungsfreunde ans Werk!

Im Auftrage: H. G. v. Beerfelde, Paul Brichmann, Adolf Hoffmann, Paul Hoffmann, Richard Herbst.

Befehl an alle Groß-Berliner Truppen.

Die gewählten Vertreter aller Groß-Berliner Truppen haben einen Aktionsausschuß gebildet. Der Aktionsausschuß ist die Spitze der ausführenden Militärgewalt, die er unabhängig von irgendwelchen Meinungsverschiedenheiten der Arbeiterräte und irgendwelchen Parteizwistigkeiten solange ausübt, bis die einzuberufende Nationalversammlung andere Bestimmung getroffen hat.

Der Aktionsausschuß hat sich der sozialistischen Regierung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung zur Verfügung gestellt; den Anordnungen desselben ist unbedingt Folge zu leisten.

Der ständige Sitz des Ausschusses ist das Kriegsministerium, Leipziger Straße.

Erste Befehlsausgabe für alle Truppen, Formationen und militärische Behörden: Montag vormittag 11 Uhr im Hofe des Kriegsministeriums.

Der Aktionsausschuß der Groß-Berliner Truppen:

Hans Coler. Aug. Dibbern. Christ. K. Finzel. Richard Hepner. Curt Jugelt. Fritz Kretschmer. Brutus Molkenbuhr. Oskar Schäfer. Erich Schulz. Friedr. Trippe. Hugo Wels. Gerh. Wilken. Hans Wolf.

Die Reichsregierung stimmt der Bildung des Aktionsausschusses der Groß-Berliner Truppen zu und fordert die Truppen auf, dessen Befehlen Folge zu leisten.

Berlin, den 10. November 1918.

Der Reichskanzler: Ebert.

Die Bildung des Soldatenrates.

Sonnabend abend um $9^1/_2$ Uhr wurde im großen Sitzungssaale des Reichstages die erste Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats eröffnet. Barth als Vorsitzender begrüßte den siegreichen Aufstand des Berliner Proletariats und huldigte dem Verhalten der Berliner Garnison, die sich auf die Seite des Volkes gestellt und den fast unblutigen Sieg der Revolution herbeigeführt hat. Die Stimmung der Versammlung ist begeistert und kampfesfreudig. Gestern wurde folgender Aufruf verbreitet:

> Der gestern zusammengetretene Soldatenrat hat die innere militärische Leitung übernommen. Seinen Befehlen ist unbedingt Folge zu leisten. Kameraden! Wir haben gemeinsam im Felde gestanden und geblutet. Gemeinsam werden wir Deutschland einer glücklichen Zukunft entgegenführen. Haltet unserem Volke und seiner Aufgabe unbedingte Treue. Wir arbeiten Hand in Hand mit den Arbeitern und seiner Regierung. Ihr erhaltet in kurzer Zeit regelmäßige Befehle.

Der Soldatenrat: J. A.: Beerfelde, Denecke, Steinicke, Gelber, Lempert, Barth, Cohen, Höche, Bäcker, Bernhagen, Strobel, Bergmann, Hans Paasche.

Kraftfahrer.

Um die Volksernährung und die Transporte von Kohlen usw. nicht in Frage zu stellen, haben sich sämtliche Kraftwagenführer von Heereskraftwagen mit den ihnen anvertrauten Personen- und Lastkraftwagen, soweit sie nicht im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrates ihrer Dienststelle fahren, sofort bei dem Arbeiter- und Soldatenrat ihrer Dienststelle zurückzumelden.

Alle Wagengestellungen erfolgen lediglich mit Genehmigung des Arbeiter- und Soldatenrates für die Organisation des gesamten Kraftfahrwesens für Deutschland, Berlin W. 35, Magdeburger Straße 25. Telephon: Lützow 7035 und 7036.

Arbeiter- und Soldatenrat für die Organisation des gesamten Kraftfahrwesens für Deutschland:

Bubenheim. Schröder. Bloch.

Wiederaufnahme der Arbeit Dienstag früh.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat beschlossen, daß die Arbeit in sämtlichen Betrieben am Dienstag früh wiederaufzunehmen ist.

Lebensmittel- und Druckereibetriebe nehmen schon heute, Montag früh die Arbeit wieder auf.

Eine Proklamation des Arbeiter- und Soldatenrats.

(W. T. B.) **Berlin,** 10. November. Heute nachmittag fand im Zirkus Busch die **erste Versammlung des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats** statt, nachdem am Vormittag die Soldaten in den Kasernen und Lazaretten und die Arbeiter in ihren Betrieben gewählt hatten. Trotzdem nur die gewählten Vertreter zugelassen waren, füllte sich der Zirkus Busch fast bis in die oberen Galerien. Genosse Barth eröffnete die Sitzung. In das Präsidium wurden die Genossen Barth als 1. Vorsitzender, Oberleutnant Walz als 2. Vorsitzender und Müller und Molkenbuhr als Schriftführer gewählt. Ebert verkündete unter stürmischem Beifall, daß der **Bruderstreit zwischen der Sozialdemokratischen Partei und den Unabhängigen begraben** worden sei. Nach weiteren Reden Haases über die Notwendigkeit der Einigung, Liebknechts, des Hauptmanns v. Beerfelde, Müllers, wurde beschlossen, in den Arbeiter- und Soldatenrat, der bis zum Zusammentritt sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands die Führung der Geschäfte übernehmen soll, folgende Vertreter der Unabhängigen Sozialisten zu wählen: Barth, Müller, Eckhardt, Wegmann, Neuendorf und Ledebour, folgende Vertreter der Sozialdemokratischen Partei: Heller, Gühlich, Rusch, Bügel, Hiob und Mainz. Als Vertreter der Soldaten wurden gewählt: Molkenbuhr, Beerfelde, Gerhardt, Hertel, Lempert, Haase, Walz, Bathusch, Bergmann, Köhler, Echtmann und Wimpel. Die Einigung der beiden Parteien war im wesentlichen auf die Räte der Soldaten zurückzuführen, die stürmisch eine Einigung der beiden Parteien verlangten. Zum Schluß der Sitzung wurde nachstehende Proklamation des Arbeiter- und Soldatenrats gutgeheißen:

An das werktätige Volk!

Das alte Deutschland ist nicht mehr. Das deutsche Volk hat erkannt, daß es jahrelang in Lug und Trug gehüllt war.

Der vielgerühmte, der ganzen Welt zur Nachahmung empfohlene Militarismus ist zusammengebrochen. Die Revolution hat von Kiel ihren Siegesmarsch angetreten und hat sich siegreich durchgesetzt.

Die Dynastien haben ihre Existenzen verwirkt. Die Träger der Krone sind ihrer Macht entkleidet.

Deutschland ist Republik geworden, eine sozialistische Republik. Sofort haben sich die Gefängnis-, Arrest- und Zuchthausmauern für die wegen politischer und militärischer Verbrechen Verurteilten und Verhafteten geöffnet. Die Träger der politischen Macht sind jetzt Arbeiter- und Soldatenräte. In allen Garnisonen, in denen keine Arbeiter- und Soldatenräte bestehen, wird sich die Bildung solcher Räte rasch vollziehen. Auf dem flachen Lande werden sich Bauernräte zu demselben Zwecke bilden.

Die Aufgabe der provisorischen Regierung, die von dem Arbeiter- und Soldatenrat Berlin bestätigt ist, wird in erster Linie sein, den Waffenstillstand abzuschließen und dem blutigen Gemetzel ein Ende zu machen.

Sofortiger Friede ist die Parole der Revolution. Wie auch der Friede aussehen wird, er ist besser als die Fortsetzung des ungeheuren Massenschlachtens.

Die rasche und konsequente Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel ist nach der sozialen Struktur Deutschlands und dem Reifegrad seiner wirtschaftlichen und politischen Organisation ohne starke Erschütterung durchführbar.

Sie ist notwendig, um aus den blutgetränkten Trümmern eine neue Wirtschaftsordnung aufzubauen, um die wirtschaftliche Versklavung der Volksmassen, den Untergang der Kultur zu verhüten.

Alle Arbeiter, Kopf- und Handarbeiter, welche von diesem Ideal erfüllt sind, welche aufrichtig für seine Verwirklichung eintreten, sind zu seiner Mitarbeit berufen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat ist von der Überzeugung durchdrungen, daß in der ganzen Welt sich eine Umwälzung in der gleichen Richtung vorbereitet. Er erwartet mit Zuversicht, daß das Proletariat der anderen Länder seine ganze Kraft einsetzen wird, um eine Vergewaltigung des deutschen Volkes bei Abschluß des Krieges zu verhindern.

Er gedenkt mit Bewunderung der russischen Arbeiter und Soldaten, die auf dem Wege der Revolution vorangeschritten sind, er ist stolz, daß die deutschen Arbeiter und Soldaten ihnen gefolgt sind, und damit den alten Ruhm, Vorkämpfer der Internationalen zu sein, wahren. Er sendet der russischen Arbeiter- und Soldatenvereinigung seine brüderlichen Grüße.

Er beschließt, daß die deutsche republikanische Regierung sofort die völkerrechtlichen Beziehungen zu der russischen Regierung aufnimmt, und erwartet die Vertretung dieser Richtung in Berlin. Durch den entsetzlichen, über vier Jahre währenden Krieg ist Deutschland auf das fürchterlichste verwüstet. Unersetzliche materielle und moralische Güter sind vernichtet. Aus diesen Verwüstungen und Zerstörungen neues Leben hervorzurufen, ist eine Riesenaufgabe.

Der Arbeiter- und Soldatenrat ist sich dessen bewußt, daß die revolutionäre Macht Verbrechen und Fehler des alten Regimes und der besitzenden Klassen nicht mit einem Schlage gutmachen, daß sie den Massen nicht sofort eine glänzende Lage verschaffen kann. Aber diese revolutionäre Macht ist die einzige, die noch retten kann, was zu retten ist. Die sozialistische Republik ist allein imstande, die Kräfte des internationalen Sozialismus zur Herbeiführung eines demokratischen Dauerfriedens auszulösen.

Es lebe die deutsche sozialistische Republik.

Auf Antrag Müller wurde die Wahl und die Bestätigung der provisorischen Regierung **anerkannt**. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie gingen die Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates auseinander.

„Rat der Volksbeauftragten."

Nach der Versammlung im Zirkus Busch tagte das politische Kabinett und konstituierte sich als Körperschaft mit gleichen Rechten, als Rat der Volksbeauftragten. Den Vorsitz führten Ebert und Haase mit gleichen Rechten. Über die Besetzung der fachmännischen Ministerien hat der Rat der Volksbeauftragten Beratungen gepflogen, die noch nicht zum Abschluß gekommen sind.

Otto Wels erster Kommandant von Berlin.

Zum ersten Kommandanten von Berlin wird der Abgeordnete Wels ernannt. Oberst Schwerk bleibt zweiter Kommandant. Das Mitglied des Soldatenrates Dr. Bresin wird der Kommandantur, der Abgeordnete Schöpflin dem Oberkommando in den Marken zugeteilt.

Kriegsminister Scheüch. Unterstaatssekretär Göhre.

Die Verpflegung der Westfrontkameraden.

Berlin, 10. November. Der Reichskanzler erläßt folgenden Aufruf:

An alle!

Die Verpflegung unserer Kameraden an der Westfront ist in größter Gefahr. Gerade im gegenwärtigen Augenblick muß sie unbedingt aufrechterhalten werden. Das sind wir unseren Kameraden schuldig.

Jede Plünderung oder Beschlagnahme ruhender oder auf dem Transport befindlicher Verpflegungs- und Futtermittel, die für das Feldheer bestimmt sind, jede Ablenkung oder Verzögerung von Transporten, jede Unterbrechung der Verladearbeiten bei den bisher mit dem Verpflegungsnachschub betrauten militärischen Stellen muß daher unter allen Umständen unterbleiben.

Setzt Euch mit aller Kraft für diese Aufgabe ein.

Der Reichskanzler.
gez. Ebert.

An die Arbeiter- und Soldatenräte.

Das Volk muß verhungern, wenn der Bahntransport gestört wird. Das geschieht aber durch jeden Eingriff unzuständiger Stellen in den Bahnbetrieb und die Bahnverwaltung.

Gestern sind an verschiedenen Orten von Arbeiter- und Soldatenräten solche Eingriffe vorgenommen worden, z. B. in den Betrieb von Rangierbahnhöfen und in die Kassenführung von Bahnstationen. Das darf nicht wieder vorkommen! Wiederholungen müssen zur Arbeitsverweigerung unserer braven Eisenbahner und zum Stillstand jedes geregelten Bahnverkehrs führen.

Berlin, den 10. November 1918.

Der Reichskanzler.

Die Umwälzung im Reiche.

Die Umwälzung ist in fast allen größeren Städten des Reiches zu nahezu derselben Zeit vor sich gegangen, nachdem sie von den Hansestädten ihren Ausgang genommen hatte. In **Kiel, Hamburg, Bremen** und den übrigen Städten an der Wasserkante ist inzwischen fast **vollständig Ruhe eingetreten,** und die neue Ordnung, der sich sowohl die zivilen als die militärischen Behörden, zumeist ohne Widerstand, unterworfen haben, beginnt sich zu befestigen. In **Hamburg** wurden gestern bereits alle Theater, Unterhaltungslokale, Kinos und Cafés wieder eröffnet und die Polizeistunde, wie früher, auf ½12 Uhr festgesetzt. In allen Städten herrschen

die Arbeiter- und Soldatenräte, die nunmehr auch die alten Gewerkschaften und Parteiorganisationen zu sich hinzuziehen beginnen. Namentlich der Lebensmittelorganisation wird volle Aufmerksamkeit zugewendet. Plünderungen und Diebstähle werden ausnahmslos mit dem Tode durch Erschießen bedroht. Es sind gestern in Hamburg fünf Soldaten, die unrechtmäßig „requiriert", erschossen worden. In den Kasernen von Hamburg haben sich die Soldaten wieder eingefunden, um ihre Verpflegung zu empfangen. Sie haben ihre Vorgesetzten, darunter auch einige Leutnants, selber gewählt. Der Dienst des Bezirkskommandos wurde vom Soldatenrat übernommen. Neue Einziehungen finden nicht mehr statt. Der stellvertretende Kommandierende General **von Falck**, der unter den Soldaten sehr unbeliebt war, hat sich geflüchtet. Auch in Altona und Wandsbek sind Lebensmittelkommissionen des Arbeiter- und Soldatenrates zusammengetreten. Von heute ab sollen alle Züge wieder verkehren, die Berliner Züge allerdings nur bis Wittenberge. Die Wiederaufnahme der Arbeiten auf allen stillgelegten Betrieben wird voraussichtlich anfangs nächster Woche erfolgen. Die Hamburger Regierung bleibt bestehen und der Sicherheitsdienst wird der Polizei wieder übertragen.

In Köln

hat ebenfalls der Arbeiter- und Soldatenrat die Macht vollkommen inne. Die Stimmung in der Stadt ist ruhig, obwohl einige Plünderungen von Geschäften vorgekommen sind. Soldaten und Zivilisten mit Ordnerarmbinden verhindern jede Verkehrsstörung und Menschenansammlung. Die Straßenbeleuchtung wurde zur Herabminderung der Unsicherheit sehr verstärkt. Ein Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrates besagt: „Der Soldatenrat ist gebildet. Wer plündert oder schießt, wird festgenommen und aufs schwerste bestraft." In der Nacht hatte der Soldatenrat durch Funkspruch alle Truppenteile von Köln, Stadt und Land, aufgefordert, je zwei Vertreter zur Sitzung des Soldatenrates zu entsenden. Um 9 Uhr trat der Rat im Rathaus zusammen.

Auch in Mannheim hat sich ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, der die Kommandantur und das Bahnhofsgebäude besetzt hat. Für Montag ist ein Generalstreik angesagt. Die Straßen sind von einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge angefüllt. Man sieht viele militärische Abordnungen mir roten Fahnen.

Auch **Aachen** ist seit Sonnabend in der Gewalt des Arbeiter- und Soldatenrates. Die Umwälzung vollzog sich ganz glatt. Gleiches wird aus verschiedenen anderen deutschen Städten wie Dessau, Bernburg u. a. gemeldet. In **Schweidnitz** wurde die Bewegung durch Waffengewalt vorläufig unterdrückt. Das ist jedoch die einzige Meldung dieser Art.

Ruhe im Industrierevier.

Im ganzen Industrierevier, von **Dortmund** bis **Duisburg**, sind die Bahnhöfe von Mitgliedern der Arbeiter- und Soldatenräte besetzt, die die Militärpersonen entwaffnen. In **Essen** hat sich neben dem Soldatenrat, auf Veranlassung der Stadtverwaltung, ein Vertrauensausschuß der Bürgerschaft gebildet. Dieser teilt mit, daß sämtliche in Essen in Haft befindliche Militärgefangenen bereits in Freiheit gesetzt wurden. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, ist Sonnabend morgen in allen Betrieben die Arbeit fortgesetzt worden. Im ganzen Industriegebiet ist es nirgends zu ernsteren Ausschreitungen oder zur Arbeitseinstellung

gekommen. Erst im Laufe des Sonnabendvormittag hat die Arbeiterschaft der Kruppschen Werke, ebenso wie die der übrigen Industriewerke und Zechen, die **Arbeit eingestellt.** Dagegen soll auf Anordnung des Arbeiter- und Soldatenrates sowie der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften am Montag früh die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen werden. Heute nachmittag fand auf dem Bismarckplatz eine Massenkundgebung statt, an der etwa 40 000 Männer und Frauen teilnahmen.

Auch in **Gelsenkirchen, Bochum** und **Krefeld** wurden Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. In Bochum entwaffneten Soldaten aus Köln die Wache auf dem Schützenfeld und öffneten die Waffenkammer des Bezirkskommandos. Dann wurden die Militärgefangenen befreit. Im übrigen wurde die Ruhe bewahrt.

Dresden.

Dresden steht seit Freitag nacht im Zeichen der Revolution. Auch hier hat sich ein Soldaten- und Arbeiterrat gebildet, der die Leitung der Garnison Dresden übernommen hat. Sämtliche Militär- und Zivilbehörden arbeiten in ihrer bisherigen Zusammensetzung **unter Aufsicht des Arbeiter- und Soldatenrates** weiter, der sich verpflichtet hat, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln Ausschreitungen und Plünderungen zu verhindern. In den Soldatenrat ist auch, im Interesse der Wiederherstellung geordneter Verhältnisse, **ein Hauptmann** des Stellvertretenden Generalkommandos eingetreten. Die Menge war stellenweise außerordentlich erregt, so daß Gewalttätigkeiten befürchtet wurden. Nachdem jedoch die Wachen der Kasernen ohne Widerstand den Demonstranten übergeben waren, trat Beruhigung ein. **Der König,** der sich im Schloß Wachwitz bei Dresden befinden soll, hat den Befehl gegeben, jedes Blutvergießen zu vermeiden. In einem Aufruf wird der Rücktritt des Königs, gleiches Wahlrecht in sämtlichen Vertretungskörpern, Abdankung der Ersten Kammer, gleiche Verpflegung für Soldaten und Offiziere und Amnestie gefordert. Unbedingte Disziplin soll die Losung sein. Sämtliche Forderungen des Arbeiter- und Soldatenrates sind vom Oberkommando angenommen worden. Heute vormittag fand eine Sitzung des Soldatenrates im Beisein des Kommandierenden Generals statt. Die Straßen sind von einer riesigen Menschenmenge erfüllt, unter der die Uniform vorherrscht. Die Soldaten tragen keine Waffen mehr und haben Kokarden und Achselstücke abgenommen. Im übrigen ist das Straßenbild ruhig.

Leipzig.

Auch in **Leipzig** sah sich, ohne daß es zu Blutvergießen kam, das Generalkommando zur Kapitulation genötigt. Während auf der Straße die **Offiziere** von militärischen Patrouillen **entwaffnet** wurden, wurde in den Kasernen ein **Soldatenrat** gewählt. Der Soldatenrat trat im Generalkommando zusammen. Man berief Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokraten zur Information nach dem Generalkommando. Inzwischen hatte sich ein **provisorischer Arbeiterrat** aus der Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokraten gebildet. In seinem Auftrage traten die Herren **Lipinski** und Reichstagsabgeordneter **Geyer** in Verbindung mit dem Soldatenrat und verhandelten gemeinsam mit Soldatenrat und den Offizieren des Generalkommandos. Sie stellten folgende Bedingungen: 1. völlige Übergabe der Kommandantur und der militärischen Gewalt an den Arbeiter- und Soldatenrat; 2. völlige Übergabe sämtlicher militärischer Depots, enthaltend Lebensmittel,

Munition und militärisches Material; 3. Unterwerfung der Offiziere unter die Befehlsgewalt des Soldatenrats. Die Offiziere der Kommandantur, die Generale v. Schweinitz und v. Kaufmann, gestanden die beiden ersten Punkte zu, den letzten Punkt wollten sie nicht bewilligen. Der Soldatenrat und die Vertreter des Arbeiterrates bestehen auf ihren Forderungen. Nach Übergabe der militärischen Gewalt durch das Generalkommando wurde die Verpflegungsfrage der Truppen geregelt. Aus dem Soldatenrat und dem Arbeiterrat wird je ein **engerer Ausschuß** gewählt, die zusammen die eigentliche Macht in Händen haben werden. Die Post ist besetzt, die Abrüstung der Polizei ist vollzogen. Arbeiter- und Soldatenrat verfügen über die tatsächliche Macht, sie verfügen über sämtliche Verbindungsmittel. Morgen treten sämtliche Betriebe außer den Betrieben der Lebensmittelversorgung und des Verkehrs in den **Generalstreik.** Eine Proklamation des Arbeiter- und Soldatenrates wird ergehen. Die Durchführung der **sozialistischen Republik** ist also in Leipzig in die Wege geleitet.

Auch aus **Weimar** und **Eisenach** liegen uns Nachrichten vor, nach denen die dort gebildeten Arbeiter- und Soldatenräte die Macht erlangt haben.

Die Umsturzbewegung in Württemberg,

besonders in **Stuttgart,** hat mit dem **vollständigen Siege der Revolutionäre** geendet. Sämtliche Kasernen wurden besetzt, die Kaiserbilder hinausgeworfen, teilweise auch die Waffen unbrauchbar gemacht. Das Generalkommando und die städtischen Behörden haben sich bereit erklärt, den Anweisungen des Arbeiter- und Soldatenrates zu folgen. Die Militärgefangenen wurden befreit. Sodann erfolgte die **Proklamierung der Republik.** Ferner proklamierte der Soldatenrat das Vereins- und Versammlungsrecht an die Soldaten, Aufhebung des Disziplinarstrafrechts der Vorgesetzten und seine Übertragung auf die Soldatendelegierten, Abschaffung der Kriegsgerichte und Entfernung des Vorgesetzten auf Mehrheitsbeschluß ihrer Untergebenen. Die sozialdemokratischen Organisationen veröffentlichen einen Aufruf, in welchem sie die Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen mitteilen, die Einführung der Republik, die schleunige Herbeiführung des Friedensschlusses, die Aufhebung aller auf dem Besitz aufgebauten politischen Vorrechte, die Neuwahlen der Volksregierung, die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur fordern. Im übrigen herrscht auch in Stuttgart Ruhe. Der König von Württemberg hat die Entlassungsgesuche der Minister genehmigt und die Neubildung der Regierung im Sinne der Mehrheitsparteien des Landtages bestätigt. Es wird abzuwarten sein, ob dieser Verfügung des Königs noch irgendeine Wirkung zukommen wird. Die Arbeiterschaft von Stuttgart streikt. In den Straßen herrscht riesige Bewegung. Große Volksmassen strömen nach dem königlichen Schloß.

Aus **Karlsruhe** liegt bisher bloß die Meldung vor, daß der Großherzog dort einen Aufruf an das Volk erlassen hat, in dem er darauf hinweist, daß Baden sich bisher der volkstümlichsten Einrichtungen erfreute und deshalb am allerwenigsten Grund zu übereilten Entschlüssen vorliege. Er ordnet gleichzeitig Verfassungsänderungen an.

Sie wollen nicht Ruhe halten!

so schreibt der **„Vorwärts“** Nr. 311 vom 11. November:

Sie wollen nicht Ruhe halten, die Bankrotteure des alten Regimes. Die musterhafte Disziplin, mit der sich die Umwälzung am roten Sonnabend vollzog, ist den „Stützen der Ordnung“ ein Dorn im Auge. Und so haben sie das feige und niederträchtige Treiben, das sie gleich nach dem Volkssiege begannen, am gestrigen Sonntag in verstärktem Maße fortgesetzt. Die **Linden,** ein Teil der **Friedrichstraße,** die Gegend am **Schloß** und am **Reichstag** waren die Schauplätze fortwährender Kämpfe.

Der Schloßplatz war abgesperrt, weil der **Marstall** von den wahnsinnigen Mordbuben, die sich in ihm verschanzt hatten, noch nicht gesäubert war. Die Umgebung mußte freigehalten werden, weil mit einem plötzlichen Wiederbeginn der Schießerei zu rechnen war. Unaufhörlich strömten an den Absperrungslinien die Menschenmassen herzu und besichtigten aus der Entfernung die Spuren des Kampfes vom Sonnabend.

Schon früh um 8 Uhr waren von der Kuppel des Aschingergebäudes am **Bahnhof Friedrichstraße** Schüsse auf das Publikum abgegeben worden. Gegen 1 Uhr mittags breitete sich diese geheimnisvolle Schießerei über den größten Teil der **Linden** und die benachbarten Teile der **Friedrichstraße** aus. Einzelne Schüsse sowie ganze Salven schlugen in die harmlose Volksmenge ein, die der schöne Novembersonntag mit seinem fast sommerlich strahlenden und wärmenden Sonnenschein nach dem Stadtinnern gelockt hatte. Unsere Truppen rückten mit Maschinengewehren und Geschützen vor die betreffenden Gebäude, konnten aber nicht viel ausrichten, da von den hinterhältigen Schützen nichts zu erspähen war.

Ähnliche Szenen spielten sich am Schloß und am Reichstagsgebäude ab. Aus dem Hause an der **Sommerstraße,** das dem Ingenieurverein gehört, fielen etwa um 1/41 Uhr mehrere Schüsse. Sie wurden nach dem **Reichstagsgebäude** abgefeuert, vor dem um diese Zeit eine Versammlung des Bundes „Neues Vaterland“ unter freiem Himmel stattfand. Die Menge geriet in ungeheure Erregung, als die neue Gewalttat bekannt wurde. Herbeigerufenes Militär versuchte in das Haus einzudringen, um sich der Täter zu bemächtigen. Mit Maschinengewehren, die auf dem Reichstagsgebäude aufgestellt waren, wurde das Haus beschossen. Schließlich gelang es, eines der Schießer habhaft zu werden und ihn unschädlich zu machen. Die übrigen konnten nicht aufgefunden werden; sie waren anscheinend über die Dächer geflüchtet. Noch lange wurde nach ihnen auf den Nachbarhäusern gesucht.

Die **„Linden“** mußten in ihrem westlichen Teil auf lange Zeit vom Verkehr freigehalten werden, weil auch hier die Häuser, aus denen geschossen worden war, gründlich abgesucht wurden. Gegen Abend gab es dann noch am **Gendarmenmarkt** und am **Werderschen Markt** Schießereien.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man in den feigen Buben, die aus sicheren Verstecken heraus auf unschuldige Spaziergänger feuern und unter der friedlichen Berliner Bevölkerung völlig sinnlose Blutbäder anzurichten sich bestreben, **alldeutsches Gesindel, Offiziere, Kadetten** und **Jugendwehr,** vermutet. (Dieses Gesindels hat sich einige Wochen später Scheidemann, Noske bedient, um rebellische Arbeiter niederzukartätschen. Der Herausgeber.)

Das **Oberkommando** erläßt folgende Bekanntmachung:

Mitbürger! Noch immer wird an einzelnen Stellen der Stadt auf Organe der gegenwärtigen Reichsleitung und Bürger in Zivil und Waffenrock geschossen. Es geht das Gerücht, daß die Schüsse von Personen ausgehen, die glauben, das alte Regiment verteidigen zu sollen. Demgegenüber wird festgestellt, daß bereits vor Tagen von allen militärischen Stellen, insbesondere auch dem Oberkommando in den Marken, befohlen ist, mit allen Mitteln die gegenwärtige Reichsleitung zu unterstützen und die Ruhe unbedingt zu wahren. Dieser Befehl wird hiermit noch nachdrücklich wiederholt. Es wird ferner das Gerücht verbreitet, daß Truppen im Anmarsch auf Berlin seien, um die alten Zustände wiederherzustellen. Demgegenüber wird festgestellt, daß an diesen Gerüchten kein wahres Wort ist.

Berlin, den 10. November 1918.

Für das Oberkommando in den Marken:
von Lettow. gez. Schöpflin, M. d. R.

Die **Fliegerabteilung Johannisthal** verbreitete gestern folgendes Extrablatt:

„Kameraden! Um **Ordnung und Sicherheit in den Straßen Berlins** wiederherzustellen und zu sichern, bedürfen wir der gesamten in Berlin befindlichen Kameraden. Alle Angehörigen des Heeres und insbesondere von der Marine werden gebeten, sich heute während des ganzen Tages an öffentlichen Plätzen und Straßen zu zeigen, um weitere Order von Marineangehörigen in Empfang zu nehmen."

Auch die ehemalige **Garde-Nachrichten-Ersatz-Abteilung Treptow** hat gestern nachmittag 2 Uhr einen Soldatenrat gebildet, der sich die Aufgabe stellt, für **Ruhe und Disziplin der Truppen** zu sorgen.

Während also die geborstenen „Stützen der Ordnung" alles daransetzen, um in diesen schweren Tagen Tumult, Verwirrung und Unheil zu stiften, sind die **Träger der neuen Regierungsgewalt** unermüdlich am Werk, der Einwohnerschaft Berlins die öffentliche Sicherheit zu erhalten.

Das Schießen in den Straßen wurde größtenteils von der Zivilbevölkerung, die mit Waffen in den Straßen ging, verursacht. Eine Veranlassung zur Beunruhigung liegt nicht vor. Es waren größtenteils nur Schüsse, die in die Luft gefeuert wurden. Bisher wurde nur eine geringe Anzahl von Unglücksfällen gemeldet.

Die Nachricht der „B. Z." über angebliche **Vorgänge im Zentralhotel** erweisen sich bei näherer Prüfung als unrichtig. Die Direktion bittet festzustellen, daß vom Zentralhotel keine Schüsse abgegeben worden sind und königstreue Offiziere dort keinerlei Versteck gesucht haben. Der Betrieb des Zentralhotels wird aufrechterhalten. Das Hotel ist mit einer Wache besetzt. Auf den **Türmen** des Hotels sind **Maschinengewehre aufgestellt.** Das letztere ist auch bei dem Continentalhotel der Fall.

Der rote Sonntag.

Straßenkämpfe in Berlin.

Die **„Tägliche Rundschau"** Nr. 577 berichtet:

Der gestrige Sonntag, der zweite Tag der Berliner Revolution, ist nicht ohne Kampf vergangen. Königstreue Offiziere haben Unter den Linden und in der

Friedrichstraße den Kampf mit dem Volke aufgenommen und es ist wieder zu mehrfachen Feuergefechten gekommen. Wir erfahren darüber:

Bereits am vorgestrigen Abend und in der Nacht zum Sonntag war auf Sicherheitsposten und Patrouillen der Roten Garde aus Häusern der Friedrichstraße, am Friedrichsbahnhof geschossen worden, so daß eine Absperrung dieses Straßenzuges stattfinden mußte. Am gestrigen Sonntag morgen, gegen 1/49 Uhr, **knatterten plötzlich wieder die Maschinengewehre,** die im Innern und auf den Dächern des Viktoriacafés und des Café Bauer aufgestellt waren. Ebenso entbrannte ein lebhafter Kampf vor dem Restaurant Aschinger und am Zentralhotel am Bahnhof Friedrichstraße. Von den Kuppeln dieser beiden Gebäude herab **tackten die Maschinengewehre** auf das zahlreiche Publikum, das in voller Panik und Schreien flüchtete. Mehrere Züge Rote Garde erwiderten das Feuer auf die Bedienung der Handgeschütze. So wogte das Feuergefecht bis 1/210 Uhr morgens, zu welcher Zeit die Soldaten wesentliche Verstärkung durch Abteilungen von Matrosen und Panzerautos erhielten. Nun wurde das Aschingergebäude gestürmt, merkwürdigerweise aber fand man keinen der Verteidiger mehr vor. Fast zu gleicher Zeit wurde wiederum von den Dächern des Viktoriacafés, der königlichen Bibliothek und des Astoriacafés Feuer gegeben, es gelang jedoch den Soldaten, in die Gebäude einzudringen und eine Anzahl junger Leute, anscheinend Offiziere und Kadetten, gefangenzunehmen. Später, gegen 1/21 Uhr mittags, entspann sich wiederum ein Feuergefecht aus dem Hause der Deutschen Ingenieure an der Ecke der Sommer- und Dorotheenstraße und den anliegenden Gebäuden. Das Maschinengewehrfeuer war so stark, daß die dort angreifenden Kompagnien Roter Garde, die gleichfalls mit Maschinengewehren arbeiteten, die Angreifer nicht zu überwältigen vermochten. Erst **als Geschütze aufgefahren wurden,** trat Ruhe ein, doch war es nicht möglich, sich der dort verschanzten Offiziere zu bemächtigen, die plötzlich verschwunden waren. Auch hier wurden eine Anzahl verwundeter Soldaten mittels Krankenautos fortgebracht. Um Mittag war es leidlich ruhig. Wilde Gerüchte waren in der Stadt verbreitet.

Auch auf dem Platz vor dem Marstall kam es heute wiederum zu einem Feuergefecht. In diesem Gebäude befinden sich noch Schützennester, die Lebensmittel und Munition durch unterirdische Gänge vom Schloß oder anderswoher erhalten. Die Verteidiger feuerten gegen 8 1/2 Uhr morgens fortwährend mit Maschinengewehren auf die Passanten, ja sie drangen sogar durch den unterirdischen Gang in das Schloß ein und besetzten einen Teil desselben, um von da aus über den Schloßplatz auf die Rote Garde zu schießen. Auch vom Zeughause und Alten Museum aus kam es wiederholt zu Gefechten. Hier gelang es aber den Feldsoldaten, einzudringen, die Verteidiger waren jedoch spurlos verschwunden. Die Umgebung dieser Kampfstellen weist eine große Anzahl von Schußstellen auf. So der Dom und das Schloß, von deren Mauern an vielen Stellen der Kalk abgefallen ist. Der Marstall ist noch weit mehr verwüstet. Sein Mauerwerk zeigt große Lücken durch Schüsse mit Maschinengewehren. Im Lustgarten stehen Geschütze mit Bedienung, die Mündung der Kanonen ist auf das Schloß gerichtet.

Ansprache unter Maschinengewehrfeuer.

Am gestrigen Sonntag mittag gegen 12 Uhr hatten sich am Bismarckdenkmal vor dem Reichstagsgebäude etwa 3000—4000 Menschen eingefunden, die durchweg

den besseren bürgerlichen Kreisen angehörten, um hier die sofortige Auflösung des Reichstages und die Wahl einer Nationalversammlung zu fordern. **Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld** hielt an die Versammelten eine Ansprache, in der er schilderte, daß Kaiser Wilhelm II. gehofft habe, an der Spitze seiner Truppen durch das Brandenburger Tor als Sieger einzuziehen. Diese Hoffnung sei aber eine trügerische gewesen. Gestern, an dem denkwürdigen 9. November, zog auch ein Sieger durch das Brandenburger Tor, **das freigewordene deutsche Volk mit der roten Fahne der Republik.** In Zukunft dürfe es nie wieder heißen: „Der Wille des Königs ist oberstes Gesetz", sondern: „Alles durch das Volk für das Volk." Neben dem demokratischen Volksstaat wollen wir die soziale Republik, d. h. Zusammengehörigkeit, Gemeinsamkeit, Wechselseitigkeit. Jeder für alle und alle für jeden. Der Redner forderte dann die Beseitigung der wirtschaftlichen und persönlichen Verkehrsbeschränkungen zwischen den Völkern, das Selbstbestimmungsrecht der Völker über ihre staatliche Zugehörigkeit und Regierungsform. In Zukunft solle es nur heißen: **„Menschen aller Länder, vereint euch."** Vertrauen wir der neuen republikanischen Regierung, helfe jeder, daß Ruhe und Ordnung gehalten bleiben. Die Rede schloß mit einem stürmisch aufgenommenen Hoch auf die freie deutsche Republik.

Bei den letzten Worten des Redners setzte ein **lebhaftes Maschinengewehrfeuer aus dem Hause der Deutschen Ingenieure** an der Ecke der Dorotheen- und Sommerstraße ein, das von der Roten Garde sofort erwidert wurde. **Kaisertreue Offiziere hatten sich dort verschanzt.** Die Versammelten stoben in wilder Panik auseinander, während mehrere Kompagnien Roter Garde gegen die Angreifer vorgingen. Eine große Anzahl Soldaten wurde durch das Maschinengewehrfeuer getroffen und durch Autos in die Lazarette gebracht. Später hielt Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld noch unter fortdauerndem Maschinengewehrfeuer auf der anderen Seite des Reichstagsgebäudes eine zweite Ansprache an mehrere Tausend Personen, die gleichfalls starken Beifall fand.

Internierung der Kriegsgefangenen.

Sämtliche **Kriegsgefangenen** einschließlich der russischen sind **sofort aufzugreifen** und dem nächsten Gewahrsam (Kaserne, Internierungslager) zuzuführen. Es wird im Interesse der öffentlichen Ordnung dringend gebeten, diese Weisung strengstens durchzuführen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat:

Der Sicherheitsausschuß.

Der Soldatenrat als militärischer Leiter.

(W. T. B.) Berlin, 10. November. Der heute zusammengetretene Soldatenrat hat die innere militärische Leitung übernommen. Seinen Befehlen ist unbedingt Folge zu leisten.

Kameraden!

Wir haben gemeinsam im Felde gestanden und geblutet. Gemeinsam werden wir Deutschland einer glücklichen Zukunft entgegenführen. Haltet

unserem Volke und seiner Aufgabe unbedingte Treue. Wir arbeiten Hand in Hand mit den Arbeitern und seiner Regierung.

Ihr erhaltet in kurzer Zeit regelmäßige Befehle.

Der Soldatenrat:

J. A.: Beerfelde, Denecke, Steinicke, Gelberg, Lempert, Barth, Cohen, Höche, Baecker, Bernhagen, Strobel, Bergmann, Hans Paasche.

Die Offiziere sollen ihren Dienst weiter versehen.

(W. T. B.) Der Kriegsminister und der Unterstaatssekretär Göhre haben folgenden Erlaß an die stellvertretenden Generalkommandos gerichtet:

Im Interesse des Allgemeinwohls muß von jedem Offizier verlangt werden, daß er auch unter den jetzigen Verhältnissen **seinen Dienst nach besten Kräften weiterversieht.** Die Sicherheit und Ordnung sowie die Volksernährung können nur gewährleistet werden, wenn alle Kräfte hierzu vereinigt werden. Allen Befehlen des stellvertretenden Generalkommandos ist auch weiterhin Folge zu leisten. Über Bildung von Soldatenräten folgt Weisung.

Die Gardeschützen auf der Fahrt nach Berlin entwaffnet.

Leipzig, 10. November. Auf der Durchfahrt nach Berlin-Lichterfelde wurde hier das **Garde-Schützenbataillon** durch den Arbeiter- und Soldatenrat angehalten. Nach anfänglicher Weigerung wurde, ohne daß es zu Zusammenstößen kam, die Entwaffnung vorgenommen.

Rat geistiger Arbeiter.

(W. T. B.) **Berlin,** 11. November. Im Anschluß an den Arbeiter- und Soldatenrat hat sich am 10. November im Reichstag ein **„Rat geistiger Arbeiter"** konstituiert. Er wirkt für die kulturpolitischen Ideale auf dem Boden **der sozialistischen Republik.** Wer mitwirken will, melde sich schriftlich: „Rat geistiger Arbeiter", Reichstag, Zimmer 15b.

Dr. Kurt Hiller, Siegfried Jacobsohn, Major Kiesel, Rudolf Leonhard, Leo Matthias, Dr. Herbert Müller, Dr. Helene Stöcker, Frank Thieß, Armin T. Wegner.

Ein roter Studentenrat.

(W. T. B.) An die Studenten der Universität Berlin.

Die Universität ist geschlossen. Die Angelegenheiten der Studierenden nimmt ein provisorisch gebildeter Studentenrat im Reichstag wahr. Studenten und Studentinnen, die im Sinn des Arbeiter- und Soldatenrates zur Ausübung organisatorischer Tätigkeit zur Arbeit in Betrieben und Verwaltungen bereit sind, melden sich sofort im Reichstagsgebäude, Erdgeschoß, Zimmer 19.

Der Studentenrat.

Das Zustandekommen der neuen Regierung.

Der „Vorwärts" verbreitete gestern in den Abendstunden folgendes **Extrablatt:**

Die Einigung zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien ist vollzogen.

Ebert — Haase — Scheidemann — Dittmann — Landsberg und Barth werden die neue Regierung bilden.

(W. T. B.) Die Verhandlungen zwischen der **sozialdemokratischen Partei** und der **Unabhängigen Sozialdemokratie** zwecks Bildung einer gemeinsamen Regierung sind soeben zum **Abschluß** gelangt.

Der Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hat an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei ein Schreiben gerichtet, das die **Bedingungen** für den Eintritt der Unabhängigen Sozialdemokratie in das Kabinett enthält.

Dies Schreiben lautet:

An den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Auf Ihr Schreiben vom 9. November 1918 erwidern wir folgendes:

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ist bereit, um die revolutionären sozialistischen Errungenschaften zu befestigen, in das Kabinett unter folgenden Bedingungen einzutreten:

Das Kabinett darf nur aus Sozialdemokraten zusammengesetzt sein, die als Volkskommissare gleichberechtigt nebeneinander stehen.

Für die Fachminister gilt diese Beschränkung nicht; sie sind nur technische Gehilfen des entscheidenden Kabinetts.

Jedem von ihnen werden zwei Mitglieder der beiden Sozialdemokratischen Parteien mit gleichen Rechten zur Seite gestellt. Aus jeder Partei eins.

Eine Fristbestimmung wird an den Eintritt der Unabhängigen Sozialdemokraten in das Kabinett, in das jede Partei drei Mitglieder entsendet, nicht geknüpft.

Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, die zu einer Vollversammlung aus dem ganzen Reiche alsbald zusammenzuberufen sind.

Die Frage der konstituierenden Versammlung wird erst bei einer Konsolidierung der durch die Revolution geschaffenen Zustände aktuell und soll deshalb späterer Erörterung vorbehalten bleiben.

Für den Fall der Annahme dieser Bedingungen, die von dem Wunsche eines geschlossenen Auftretens des Proletariats diktiert sind, haben wir unsere Mitglieder Haase, Dittmann und Barth in das Kabinett delegiert.

Der Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei.

Die Sozialdemokratische Partei hat die in diesem Schreiben vorgelegten Bedingungen angenommen, worauf die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ihre Zustimmung zum Eintritt in das Kabinett erklärte. Die Sozialdemokratische Partei hat die Abgeordneten **Ebert, Landsberg** und **Scheidemann** als Minister in Aussicht genommen. Das Kabinett wird also aus Barth, Dittmann, Ebert, Haase, Landsberg und Scheidemann bestehen.

Die Staatssekretäre bleiben vorläufig.

Berlin, 11. November.

Die **Staatssekretäre** und die **Chefs der Reichsbehörden** sind von der Reichsregierung mit der **vorläufigen Weiterführung der Geschäfte** beauftragt worden. Das Eindringen unbefugter Personen in die Geschäftsräume der Reichsbehörden und die Übernahme amtlicher Geschäfte durch solche Personen ist nicht gestattet.

Die Reichsregierung.
Ebert. Haase.

Der neue Vollzugsausschuß des A.- und S.-Rates.

Alle Behörden bleiben in Tätigkeit.

An die Einwohner und Soldaten Groß-Berlins!

Der von den Arbeiter- und Soldatenräten Groß-Berlins gewählte Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats hat seine Tätigkeit aufgenommen.

Alle kommunalen Landes-, Reichs- und Militärbehörden setzen ihre Tätigkeit fort. Alle Anordnungen dieser Behörden erfolgen im Auftrage des Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrats. Jedermann hat den Anordnungen dieser Behörden Folge zu leisten.

Alle seit Beginn der Revolution im Bereiche Groß-Berlins provisorisch gebildeten Körperschaften, auch solche, die den Namen Arbeiter- und Soldatenrat führen und bestimmte Verwaltungsmaßnahmen ausgeführt haben, treten sofort außer Kraft.

Alle weiteren Anordnungen und Verfügungen werden von den zuständigen zivilen und militärischen Stellen schnellstens erlassen werden.

Alle Bekanntmachungen und Verfügungen des Vollzugsrats werden von den beiden Vorsitzenden Richard Müller und v. Beerfelde unterzeichnet werden.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats:

Emil Barth, v. Beerfelde, Bergmann, Felix Bernhagen, Otto Braun, Franz Buchel, Cohen, Erich Däumig, Heinrich Denecke, Paul Eckert, Chr. K. Finzel, Gelberg, Gustav Gerhardt, Gierth, Gustav Heller, Ernst Jülich, Georg Ledebour, Maynitz, Brutus Molkenbuhr, Richard Müller, Paul Neuendorf, Hans Paasche, Walter Portner, Colin Roß, Oskar Rusch, Otto Strobel, Waltz, P. Wegmann.

Anordnung über den Straßenverkehr am Abend.

Mitteilung vom Arbeiter- und Soldatenrat. Das Verbot des Aufenthalts auf der Straße nach 8 Uhr abends ist **aufgehoben.** Allerdings wird erwartet, daß sich **niemand zwecklos auf der Straße zeigt**, und daß diejenigen, die ihr Beruf zwingt, zu später Nachtstunde die Straßen zu passieren, sich **unverzüglich nach Hause begeben.** Das Schießen an gewissen Stellen der Stadt, das nur durch die zwecklosen Putschversuche hervorgerufen wird, die mit der Sache an sich gar nicht in Verbindung stehen, wird schnell aufhören, da die Organisation der militärischen Polizei in den nächsten Stunden, spätestens aber bis morgen voll funktionieren wird.

Der Arbeiter- und Soldatenrat gibt ferner bekannt: Theater und Kinos spielen bis 10½ Uhr. Spaziergänge nach 8 Uhr sind **verboten.**

Von den neuen zuständigen Stellen wird darauf hingewiesen, daß ebenso wie die Betriebe der **Lebensmittelversorgung** und **Eisenbahnen** auch die **Kohlenversorgung** in keiner Weise gestört werden darf.

Achtung! Einwohner Berlins!

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates hat alle Behörden beauftragt, ihre Tätigkeit unter seiner Kontrolle weiterzuführen. Niemand hat daher das Recht, Requisitionen irgendwelcher Art vorzunehmen. Etwaigen Requisitionsversuchen ist mit aller Entschiedenheit, unter Umständen mit Zuhilfenahme des Sicherheitsdienstes, entgegenzutreten.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates:
Müller. Beerfelde.

Die neue Regierung und die Fachminister.

Amtlich. Berlin, 11. November. (W. T. B.)

Die Staatssekretäre und die Chefs der Reichsbehörden sind von der Reichsregierung mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt worden. Das Eindringen unbefugter Personen in die Geschäftsräume der Reichsbehörden und die Übernahme amtlicher Geschäfte durch solche Personen ist nicht gestattet.

Die Reichsregierung.
Ebert. Haase.

Viktor Adler †.

Der Führer der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie und jetzige Minister des Auswärtigen in der neuen Wiener Nationalregierung ist plötzlich gestorben. Er befand sich in sehr hohem Alter. Die Sozialdemokratie, und nicht bloß die in Österreich, hat mit Adler einen ihrer intelligentesten Führer verloren.

Ein Volkskommissariat für die öffentliche Sicherheit

hat mit dem heutigen Tage die Polizeigeschäfte für Groß-Berlin übernommen. In einem Aufruf werden die Arbeiter, Bürger und Soldaten dringend zur Aufrechterhaltung der Ordnung aufgefordert. **Wer beim Plündern, Rauben, Einbruch oder groben Angriffen auf die persönliche Sicherheit betroffen wird, wird sofort erschossen.**

Die **Zivilbevölkerung** wird aus Rücksichten auf die öffentliche Sicherheit aufgefordert, **von 8 Uhr abends ab die Straßen zu meiden.** Die Militärpatrouillen sind angewiesen, bei Durchführung dieser Anordnung tolerant zu verfahren, jedoch auf unbedingte Befolgung ihrer Anweisungen zu bestehen.

Alle Verordnungen des Volkskommissars für die öffentliche Sicherheit, Eichhorn, gelten auch für **die vier Präsidialbezirke der Vorortgemeinden.**

Wer nach 8 Uhr die Straßen Berlins durchaus passieren muß, muß sich mit einem **Ausweis des Arbeiter- und Soldatenrats** versehen, der im Reichstagsgebäude

ausgestellt wird. Die bisher gültigen Ausweise gelten nicht mehr. Wie verlautet, ist eine Milderung dieses Gebotes bald zu erwarten.

Die gesamte **Berliner Schutzmannschaft** hat sich dem Arbeiter- und Soldatenrat unterstellt. In einem Aufruf an den Anschlagsäulen, der neben der Unterschrift des Volkskommissars für die öffentliche Sicherheit die des Polizeiobersten Froehlich und des Verbandes der Berliner Schutzleute trägt, werden die Beamten aufgefordert, sich heute früh an ihren Dienststellen einzufinden. Wie wir erfahren, sind die Beamten sämtlich der Aufforderung gefolgt. Die Beamten tragen eine rote Armbinde, sind unbewaffnet und tun Dienst im Verein mit den Soldaten und Arbeitern. — Laut Anweisung des neuen Polizeipräsidenten werden **Waffenscheine und Ausweise** nur noch an Militärpersonen ausgegeben. **Zivilisten werden nicht mehr mit Gewehren bewaffnet!**

Aufhebung der Zensur.

Volle Vereins- und Versammlungsfreiheit.

Berlin, 11. November. (W. T. B.)

Im Einverständnis der für die Vororte gebildeten Arbeiter- und Soldatenräte habe ich die Leitung der Polizei des Landespolizeibezirks Berlin übernommen. Die Zensur und alle die Vereins- und Versammlungsfreiheit beschränkenden Vorschriften sind hiermit aufgehoben. Alle Gast- und Schankwirtschaften haben gleichmäßig um 1/212 Uhr abends zu schließen. Alle bisherigen sonstigen gesetzlichen und polizeilichen Bestimmungen bleiben bis auf weiteres in Kraft. Das unbefugte Tragen von Waffen seitens der Zivilbevölkerung ist verboten. Zuwiderhandelnde setzen sich strengster Bestrafung aus. Sämtliche Beamten der Polizei des Landespolizeibezirks Berlin und der Feuerwehren bleiben bis auf weiteres in ihren Ämtern. Ihren Anordnungen ist unbedingt Folge zu leisten. Ich bitte die Groß-Berliner Bevölkerung, im Hinblick auf das eigene Wohl und das Wohl des Ganzen diese Anordnungen gewissenhaft zu befolgen und dazu beizutragen, daß Sicherheit und Ordnung gewahrt bleiben.

Der Arbeiter- und Soldatenrat
gez. Eichhorn,
Volksbeauftragter für die öffentliche Sicherheit.

Der dritte Revolutionstag in Berlin.

Nach einem Bericht des **„Berliner Tageblatts".**

Der 8-Uhr-Schluß des Verkehrs.

Das **Polizeipräsidium** teilt uns mit, daß die **Verfügung** über die **Räumung der Straßen um 8 Uhr abends** bis auf weiteres **aufrechterhalten** wird.

Die **Große Berliner Straßenbahn** hat entsprechend dieser Verfügung abends um 9 Uhr die letzten Wagen nach den Depots einberufen. Schon kurze Zeit danach war der Verkehr ganz unterbunden. Der Verkehr wurde gestern tagsüber noch ziemlich befriedigend aufrechterhalten, doch stand die technische Leitung vor einer ungeheuer schweren Aufgabe. Die **Sperrung** einzelner **Straßenzüge** hatte eine Reihe von Unterbrechungen zur Folge, wodurch zeitweise lange Stauungen ein-

traten. Die Wagen waren in den späten Nachmittagstunden derart überfüllt, daß die Fahrgäste sogar auf den Trittbrettern standen, um überhaupt ihr Ziel zu erreichen.

Die Direktion der **Hoch- und Untergrundbahn** läßt auf Grund einer Besprechung mit einem Vertreter des Polizeipräsidenten Eichhorn von 8 Uhr abends bis zum gewohnten Schluß die Züge nur halbstündig laufen. Sie sieht sich zu dieser Maßnahme gezwungen, weil es infolge der Absperrungen dem Fahr- und Arbeitspersonal unmöglich gemacht werde, an die Arbeitsstellen zu kommen. Zahlreiche Restaurationen und Cafés hatten gestern nachmittag ihre Lokale offengehalten. Namentlich der Besuch der Weinlokale war sehr stark. Obwohl eine bestimmte Sperrstunde nicht festgelegt war, so schlossen doch, mit Rücksicht auf den Befehl, daß die Straßen um 8 Uhr abends geräumt werden sollen, fast alle Lokale schon um 8½ Uhr ihre Pforten.

Die Berliner **Theater**, Kinotheater und die Vergnügungslokale blieben gestern geschlossen.

Die städtische Verwaltung Berlins dem A.- und S.-Rat unterstellt.

Folgender Aufruf wird an die Bevölkerung Berlins verbreitet:

Bürger und Bürgerinnen Berlins!

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat mit dem heutigen Tage die Verwaltung der Stadt Berlin übernommen. Der Herr Oberbürgermeister, der Herr Bürgermeister und der Magistrat sowie der Herr Stadtverordnetenvorsteher haben erfreulicherweise ihr Weiterwirken an den bisherigen Stellen zur Verfügung gestellt. Wir Unterzeichneten erwarten mit Bestimmtheit, daß auch die übrigen Beamten und Ehrenbeamten unserer Stadt zur ungestörten Aufrechterhaltung der städtischen Wirtschaft in allen ihren Verzweigungen ihre Mitwirkung nicht versagen werden.

Mitbürger! Von dem geregelten Fortgang aller Arbeiten im größten Gemeinwesen Deutschlands hängt nicht nur das Geschick der Berliner Bevölkerung, sondern zum nicht geringen Teil auch das Wohl der Bevölkerung im Reich ab. In eure Hand ist damit die Sicherung der Errungenschaften dieser großen Zeit gelegt. Helft alle an diesem Werk mit.

Berlin, den 11. November 1918.

Volksbeauftragte für die Stadt Berlin.

Hugo Heimann. Hermann Weyl. Bernhard Bruns. Kurt Rosenfeld.

Nach dem Bericht des **„Berliner Tageblatt“** herrschte Ruhe in Berlin. Der Geschäftsverkehr wickelte sich regelrecht ab, und nur der ungewöhnlich starke Andrang in den Straßen, das Rattern der mit roten Fahnen geschmückten Automobile spiegelten äußerlich die großen Ereignisse wider, unter deren Eindruck jetzt die Reichshauptstadt steht. Nachmittags änderte sich aber das friedliche Bild. An verschiedenen Punkten der Stadt fluteten plötzlich große Menschenmengen fluchtartig durch die Straßen. Gleichzeitig vernahm man das **Knattern der Maschinengewehre** und Gewehrschüsse. Es war oft ganz unerwartet zu Feuergefechten auf Grund meist falscher Gerüchte gekommen.

Uns liegen hierüber folgende Berichte vor: **Unter den Linden** fielen am Nachmittag wieder einige Schüsse. Die Folge davon waren strenge Absperrungsmaßnahmen. Nur die Überquerung von der Wilhelm- zur Dorotheenstraße war freigegeben, aber auch hier ermahnten die Posten die Passanten, nicht lange auf dem Übergang zu verweilen. Die Schützen, die in einigen Fällen aus Dachluken auf die Straße feuerten, sind noch nicht überall ermittelt.

Zu einem harten Kampf kam es in der fünften Nachmittagsstunde an der **Friedrichsgracht.** Aus den Dachluken des Hauses, in dem sich die Räume der Firma Heimann u. Bittner befinden, fielen Schüsse. Offiziere und Kadetten sollten sich angeblich dort festgesetzt haben. Das Haus wurde gestürmt.

Auch aus dem Gelände einer **Großbank** in der Behrenstraße fielen in der sechsten Stunde einige Schüsse. Die Straße wurde von der Mauerstraße bis zur Hedwigskirche gesperrt. Vielfach führten wilde Gerüchte zu Ansammlungen. So hieß es plötzlich, daß sich in der **Reichsbank** einige hundert **Offiziere** verschanzt hätten. Eine große erregte Menge zog daraufhin nach dem Gebäude, erfuhr aber bald, daß an dem Gerücht nichts Wahres sei. Ernstere Gefahren barg das Verhalten zweier Zivilisten, die aus einem **Wohnhaus am Halleschen Tor** aus Revolvern Schüsse abgaben. Die beiden Männer konnten beim Verlassen des Hauses festgenommen werden. Von Schießereien, zufälligen und beabsichtigten, wird noch aus einigen Teilen im Stadtinnern berichtet. **Todesopfer** sind hier, soweit bisher Meldungen vorliegen, nicht zu beklagen.

Der äußere Osten und Nordosten der Stadt, die Gegend des **Friedrichshains,** blieb gestern von den Unruhen völlig verschont. Zu einem **größeren Gefecht** kam es nachmittags am **Alexanderplatz.** Kurz vor 3/4 Uhr fielen vereinzelte Schüsse, deren Ausgangspunkt anfänglich nicht festzustellen war. Der stark belebte Platz wurde **augenblicklich geräumt,** der ganze Verkehr abgeleitet, eine Maßnahme, die sich als sehr richtig erwies, denn gleich darauf schlugen neue Kugeln ein. Da entdeckte man ihren Ursprung auf **dem Georgenkirchturm.** Hier hatte sich ein **Maschinengewehrnest** festgesetzt. Sofort wurde das Feuer von der Straße aus scharf erwidert, **Kugeln** schlugen wiederholt **in den Kirchturm ein.** Erst **nach etwa 20 Minuten schwieg** der in luftiger Höhe eingerichtete Posten, wahrscheinlich infolge Munitionsmangels. In vielen umliegenden Häusern hatten die von oben her einschlagenden Geschosse Schaden angerichtet, die **Bewohner** blieben aber **unversehrt,** da die Posten Sorge trugen, daß sich niemand an den Fenstern sehen ließ. Eine Anzahl der Schützen bei den Kämpfen bestand aus Mitgliedern der Jugendwehr. Zehn von ihnen wurden verhaftet. Die jungen Leute sagten bei ihrer Vernehmung aus, daß sie die Gewehre und Karabiner, als Liebknecht diese am Revolutionsabend an das kämpfende Volk verteilen ließ, dort erhalten hätten, ebenso Munition. Die Schloßfreiheit, der Lustgarten, der Schloßplatz bis zum Marstall, der Platz vor dem Zeughause und vor der neuen Wache waren im weiteren Umkreise durch Soldatenketten abgesperrt und für Passanten unzugänglich. In der **zehnten Stunde** waren die Straßen gemäß der erlassenen Verfügungen fast **menschenleer.** Die Brennpunkte früherer Kämpfe waren von starken Posten besetzt, Maschinengewehre standen bereit und brachten den Wenigen, die noch verspätet ihren Wohnungen zustrebten, den Ernst der Stunde bei. In die unheimliche Ruhe schrillte da und dort plötzlich ein Pfiff hinein. Alarm! „Passanten in die Nebenstraßen" — so schallten laute Rufe. Im Augenblick sind auch die wenigen Nachzügler verschwunden und gleich darauf fallen irgendwo Schüsse. Maschinengewehre

erwidern — nach Minuten schon ist alles wieder still. In der Gegend der **Neuen Wache** und des **Opernhauses** knallerte es sehr oft; junge Menschen in der Uniform der Jugendkompagnien, die sich noch herumtreiben, werden kurzerhand **verhaftet** und den Wachen zugeführt. Aber im allgemeinen **herrscht Ruhe,** alle Fenster sind dunkel...

In den Vororten.

In **Charlottenburg** hat vorläufig der Magistrat noch die selbständige Verwaltung inne, doch sind die Lebensmitteldeputationen und die Sparkasse von Soldaten des A.= und S.=Rates geschützt.

In **Schöneberg** ist ein **Bürger= und Arbeiterausschuß** gebildet worden, der sich aus Vertretern der beiden bürgerlichen Parteien und der beiden sozialdemokratischen Parteien zusammensetzt. Dem Ausschuß gehören u. a. Oberbürgermeister **Dominicus** und Polizeipräsident **v. Lüdinghausen** an. Der Ausschuß steht in **enger Fühlung** mit dem **Soldatenrat,** der ihm bei der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Sicherung der Lebensmittelversorgung der Arbeiter sowie der städtischen Gebäude und Kassen unterstützt.

In **Wilmersdorf** besetzte gestern vormittag eine Abordnung des A.= und S.=Rates das Rathaus. Es hat sich auch dort ein Ausschuß gebildet, dem neben den höheren Kommunalbeamten Mitglieder des A.= und S.=Rates angehören.

In **Tempelhof** haben gestern die Bevollmächtigten der beiden sozialdemokratischen Parteien und des Soldatenrates vom 1. Garde=Trainersatzbataillon, sowie die sozialdemokratischen Gemeindevertreter und der Vorsteher, Bürgermeister Wiesener, einen gemeinsamen Aufruf an die Bevölkerung mit der Ermahnung zur Ruhe und Ordnung und Innehaltung der Vorschriften über die Sicherung der Lebensmittelversorgung erlassen.

In **Neukölln** fanden sich zu der Magistratssitzung auch Mitglieder des Arbeiter= und Soldatenrates ein, die dann mit dem Magistrat eine gemeinschaftliche Sitzung abhielten. Die Abgeordneten des Arbeiter= und Soldatenrates zeigten ein Schreiben des Neuköllner Polizeipräsidenten **Becherer** vor, in welchem dieser erklärte, daß er die Gewalt in die Hände des Arbeiter= und Soldatenrates übergeben habe. Auch der Magistrat hat sich der Kontrolle des Arbeiter= und Soldatenrates unterworfen.

Ferner hat sich der Arbeiter= und Soldatenrat **Niederbarnim** konstituiert und die **Mitverwaltung des Kreises** im Landratsamt am Friedrich=Karl=Ufer übernommen. In einer Bekanntmachung heißt es: „Wir appellieren an alle Beamten, an deren Verhältnis sich zunächst nichts ändert, wie an alle Mitbürger im Kreise, uns im Interesse der Volkssache nach Kräften zu unterstützen. Wir bedürfen der Mithilfe aller. Es gelten hinfort in Kreisangelegenheiten nur solche Anweisungen und Verordnungen, die von uns gegengezeichnet sind."

Geplante Fortführung des Opernhauses und Schauspielhauses auf genossenschaftlicher Grundlage.

Bildung eines Künstlerrats.

Im **Opernhause** sowohl wie im **Schauspielhause** fanden gestern vormittag Versammlungen des gesamten künstlerischen Personals statt, in denen nach dem Vorbild der Arbeiterräte ein **Künstlerrat** gewählt wurde, der den Auftrag bekommen hat, sich mit der neuen Regierung in Verbindung zu setzen über die Fortführung

der beiden Theater **auf genossenschaftlicher Grundlage.** Für das Opernhaus sind in diesen Rat gewählt worden: die Herren Blech, Jadlowker und Dr. Strauß, für das Schauspielhaus die Herren Dr. Bruck, Mannstädt und Patry. Der bisherige Generalintendant ist gebeten worden, zur Klärung der Übergangsverhältnisse mit dem Hausministerium Fühlung zu nehmen.

Das **bisherige Bild- und Filmamt** ist von dem **Soldatenrat übernommen** worden. Als Kommissar für die **Filmzensur, soweit eine solche noch erforderlich ist,** ist, wie vom W. T. B. gemeldet wird, vom Reichskanzler Ebert der Genosse Leopold eingesetzt worden. — Gestern fand im Filmklub eine Versammlung von Interessenten der Filmbranche statt. Grund der Einberufung war, daß beunruhigende Gerüchte umliefen, es sollten der **„Ufa"** eine Monopolstellung von der neuen Regierung eingeräumt werden. — Die Versammlung wählte provisorisch sieben Personen, die zur Wahrung der Interessen der **gesamten** Filmindustrie und deren Angestellten mit der Regierung in Verbindung zu treten hat. — Für die nächsten Tage ist eine Vollversammlung aller Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Kinobranche geplant.

Kaiserin und Prinzessinnen unter dem Schutz des A.- und S.-Rates.

Seit der Bildung des Arbeiter- und Soldatenrates in **Potsdam** ist das Neue Palais seinem Schutze unterstellt. Die **Kaiserin,** die **Kronprinzessin** und die anderen **Prinzessinnen** mit ihren Kindern befinden sich dort in voller Sicherheit. Die Kaiserin hat einem Vertreter des Soldatenrates ihren Dank für den bisherigen Schutz ausgesprochen und hat sich dem weiteren Schutz des Soldatenrates anvertraut. Die Gerüchte, wonach die Kronprinzessin von Zwillingen entbunden worden sei und die Kaiserin sich in Holland befinde, sind falsch. — Der **älteste Sohn** des Kronprinzen soll, wie uns gemeldet wird, von Fliegeroffizieren im Automobil in Sicherheit gebracht worden sein.

Die Ausweiskarten.

Die **Ausweise** des Arbeiter- und Soldatenrates **für Erwerbstätige** werden heute mittags von 12 Uhr ab, von der Zentrale für Sicherheitsdienst im Berliner Polizeipräsidium, Zimmer 153, ausgegeben. **Ärzte,** die nach der vorgeschriebenen Sperrstunde noch die Straßen aufsuchen müssen, können sich durch ihre **Legitimationskarten** ausweisen.

*

In den Nachmittagsstunden wurde folgender **Befehl** verbreitet:

„Die Truppen der Groß-Berliner Garnison haben sich **von heute abend 6 Uhr an** zur Verfügung der Verkehrsinspektion des Aktionsausschusses der gestern neu gebildeten Regierung zu halten!

Der Aktionsausschuß. Verkehrsinspektion.
Zimmermann. ggz. Behringer.

*

Amtlich wird mitgeteilt: Der Befehl eines angeblichen Arbeiter- und Soldatenrates, daß die **Offiziere** bis sechs Uhr bestimmten Anzug haben müßten, ist völlig **zu unrecht** von **unverantwortlicher Seite** gegeben.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenausschusses.
Richard Müller. v. Beerfelde.

Bekanntmachung an die Kriegsgefangenen.

Der Aktionsausschuß erläßt die folgende Bekanntmachung an die Kriegsgefangenen, Wachtmannschaften und Arbeitgeber:

1. Die Kriegsgefangenen verbleiben in ihren Arbeitsstellen.
2. Die Kriegsgefangenen erhalten vom Montag, 11. November ab die Löhnung der freien deutschen Arbeiter.
3. Sie sind wie bisher zur Arbeit verpflichtet. Wer nicht arbeitet, hat keinen Anspruch auf Verpflegung.
4. Der **Arbeitgeber** ist wie bisher verpflichtet, die geschlossenen Verträge einzuhalten.
5. Die Wachtmannschaften der Kriegsgefangenen bleiben bewaffnet und haben mit den gleichen Mitteln wie bisher die Ordnung unter den Kriegsgefangenen aufrecht zu erhalten.
6. Nach Arbeitsschluß verbleiben die Kriegsgefangenen in ihren Unterkunftsräumen.

Berlin, 11. November 1918.

Aktions-Ausschuß.
Goler, Wels, Wolf, Kretschmer.

Fälschungen von Veröffentlichungen des A.- und S.-Rates.

Berlin, 11. November. (Amtlich.)

Es sind verschiedentlich Aufrufe mit der Unterschrift des A.- und S.-Rates unberechtigterweise veröffentlicht worden. Aufrufe des A.- und S.-Rates, die nicht die Unterschriften von Beerfelde und Richard Müller tragen, sind bis auf weiteres nur noch auf dem Gebiete des Ernährungswesens gestattet.

Berlin, 11. November. (Amtlich.)

Der Befehl eines angeblichen Arbeiter- und Soldatenrates, daß die Offiziere bis 6 Uhr bestimmten Anzug haben müßten, ist **völlig zu Unrecht von unverantwortlicher Seite gegeben.**

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenausschusses.
Richard Müller. von Beerfelde.

Der A.- und S.-Rat an die Berliner Bevölkerung.

Bürger und Bürgerinnen Berlins!

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat mit dem heutigen Tage die Verwaltung der Stadt Berlin übernommen. Der Herr Oberbürgermeister, der Herr Bürgermeister und der Magistrat sowie der Herr Stadtverordnetenvorsteher haben erfreulicherweise ihr Weiterwirken an den bisherigen Stellen zur Verfügung gestellt. Wir Unterzeichneten erwarten mit Bestimmtheit, daß auch die übrigen Beamten und Ehrenbeamten unserer Stadt zur ungestörten Aufrechterhaltung der städtischen Wirtschaft in allen ihren Verzweigungen ihre Mitwirkung nicht versagen werden.

Mitbürger! Von dem geregelten Fortgang aller Arbeiten im größten Gemeinwesen Deutschlands hängt nicht nur das Geschick der Berliner Bevölkerung, sondern zum nicht geringen Teil auch das Wohl der Bevölkerung im Reiche ab.

In eure Hand ist damit die Sicherung der Errungenschaften dieser großen Zeit gelegt.

Helft alle an diesem Werk mit.

Berlin, den 11. November 1918.

Volksbeauftragte für die Stadt Berlin:

Hugo Heimann. Hermann Weyl. Bernhard Bruns. Kurt Rosenfeld.

Zur Sicherstellung der Lebensmittelversorgung.

Der Arbeiter- und Soldatenrat teilt mit:

Arbeiter! Bürger! Zur Sicherstellung der Lebensmittelversorgung ist es unbedingt erforderlich, daß rationierte Lebensmittel **nur auf Karten verabfolgt** und entnommen werden. Zuwiderhandlungen verletzen die Interessen der Allgemeinheit und gefährden den Kampf des Volkes um seine Freiheit. Sie werden daher auf das allerstrengste geahndet werden.

Berlin, den 11. November 1918.

J. A. des Arbeiter- und Soldatenrates.
Der Ernährungsausschuß.
Em. Wurm.

Der Eisenbahnverkehr und die Nahrungsmittelversorgung Berlins.

Über den Eisenbahnverkehr von Berlin am heutigen Montag wird von unterrichteter Seite folgendes berichtet:

Soweit es der Güterverkehr und die Lebensmittelzufuhr nach Berlin zuläßt, ist beabsichtigt, im Laufe des Tages wieder nach den einzelnen Richtungen von Berlin aus Züge verkehren zu lassen. Es ist beabsichtigt, **Personenzüge nach Königsberg, Posen, Breslau, Dresden, Halle, München,** Frankfurt (Main), Hannover, Hamburg, Neustrelitz und Angermünde verkehren zu lassen. Bei den augenblicklich obwaltenden Verhältnissen ist es natürlich nicht möglich, im voraus die genauen Abfahrtszeiten der Züge anzugeben. Darum wird den Reisenden empfohlen, sich die genauen Abfahrtszeiten von den in Frage kommenden Bahnhöfen angeben zu lassen. **Der Güterverkehr, insbesondere die Nahrungsmitteltransporte, werden vor allen anderen Transporten durchgeführt werden.** Es ist daher erforderlich, den Personenverkehr auf das äußerste Maß zu beschränken. Den Reisenden kann daher nicht dringend genug geraten werden, jede aufschiebbare Reise im Interesse der Lebensmittelversorgung vorläufig zu unterlassen.

„Der Tag“ vom 11. November 1918, Nr. 577 schreibt:

Der König von Sachsen hat, wie ein Privattelegramm meldet, bisher **nicht abgedankt.** Sein Bruder befindet sich noch in Dresden. Auch das Ministerium hat noch nicht abgedankt. Demgegenüber besagt eine Mitteilung des „Vorwärts“ aus Dresden: **Der sächsische König ist abgesetzt.** Der revolutionäre Arbeiter- und Soldatenrat von Groß-Dresden erläßt einen Aufruf an das Volk, in dem gesagt ist: „Der König ist seines Thrones entsetzt. Die **Dynastie Wettin** hat **aufgehört** zu existieren. Die **Erste Kammer** ist **aufgelöst.** Auch die **Zweite Kammer besteht nicht mehr.** Es werden sofort **Neuwahlen** auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für Männer und Frauen ausgeschrieben.“

In Weimar wurde Freitag nach einer Soldatenversammlung das großherzogliche Schloß umstellt. Sonnabend nachmittags stellten die Sozialdemokraten beim Ministerium den Antrag, den Großherzog unverzüglich zur Abdankung zu bewegen. Die Verhandlungen mit dem Großherzog waren **sehr dramatisch** und dauerten bis in die späten Abendstunden. Endlich erklärte Großherzog Wilhelm Ernst unter der Bedingung, daß für ihn und seine Familie die persönliche Sicherheit gewährleistet würde, auf den Thron für sich und seine Nachkommen verzichten zu wollen. Auf seinen Wunsch, im Schloß zu Weimar bis auf weiteres wohnen bleiben zu dürfen, wurde ihm unter Hinweis auf seine infolge seiner **Unpopularität gefährdete persönliche Sicherheit** empfohlen, in einer kleineren Stadt des Landes Wohnung zu nehmen. Wilhelm Ernst wird zunächst im Schloß zu Allstedt Wohnung nehmen, um später auf seine Güter Racot in Posen und Heinrichsau bei Breslau überzusiedeln

In Darmstadt wurde in einer Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats **Hessen** zur **Republik** ausgerufen und der **Großherzog** von Hessen für **abgesetzt** erklärt.

Der Großherzog von Oldenburg ist nach einer Meldung des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates abgesetzt worden und hat für sich und sein Haus verzichtet. Minister Scheer ist zum Ministerpräsidenten ernannt worden.

In Waldeck-Pyrmont sind vom Arbeiter- und Soldatenrat Verhandlungen über den Thronverzicht des Fürsten eingeleitet worden.

In Mecklenburg-Strelitz wurde der Reichstagsabgeordnete **Stubbmann (Hamburg)** mit der Kabinettsbildung betraut; er ist bereits in Strelitz eingetroffen. Auch in **Mecklenburg-Schwerin** ist eine Einigung erzielt worden. Die Kabinettsbildung steht unmittelbar bevor.

Im Westen. Der Arbeiter- und Soldatenrat in **Straßburg** hat eine Kundgebung an die **Straßburger Bürger** erlassen. Es haben sich keine Zwischenfälle ereignet. Im Gemeinderat haben die Stadtverordneten den sozialdemokratischen Abgeordneten **Peirotes** zum Bürgermeister und das liberale Gemeinderatsmitglied **Neunreiber** zum stellvertretenden Bürgermeister gewählt.

In **Mainz** hat ein Arbeiter- und Soldatenrat die Leitung der Geschäfte übernommen.

Der Presseausschuß des **Kölner** Arbeiter- und Soldatenrates teilt mit: Der Kölner Gouverneur ließ dem Arbeiter- und Soldatenrat wissen, daß sich die Lage durch den Rücktritt des Kaisers geändert habe. Der Gouverneur sei bereit, den Arbeiter- und Soldatenrat anzuerkennen und gemeinsam mit ihm zu arbeiten. Unterdessen hat auch der Kölner Polizeipräsident mit seinem Apparat seine Unterstützung zugesagt, desgleichen haben die **christlichen Gewerkschaften** Vertrauensleute als Ordner zur Verfügung gestellt. Der Oberbürgermeister teilte mit, daß **die Soldaten sehr zahlreich von der Front zurückkehren.** Die Demobilisierung scheine **in der denkbar schlimmsten Form einzutreten.** Alle Faktoren, die Arbeitgeber, die Behörden und die Arbeiterschaft müßten zusammenarbeiten, um der Gefahr Herr zu werden.

Im Osten beginnt die Bewegung gleichfalls Wurzeln zu schlagen. **Königsberg, Allenstein, Insterburg, Gumbinnen, Osterode, Lötzen, Posen** und andere Städte sind in der Hand der Arbeiter- und Soldatenräte. In Königsberg wurde beschlossen, in den nächsten Tagen eine Abordnung nach Berlin zu schicken, um namentlich bezüglich der **Ostgrenzen-Sicherungen** Befehle zu erhalten. Oberbürgermeister **Körte** ist **abgesetzt, von Batocki** hat sich zur Verfügung des **Rates** gestellt. In

Allenstein macht sich ein **Zurückfluten von Mannschaften** aus anderen Garnisonen bemerkbar. Der Arbeiter- und Soldatenrat hält es aus diesem Grunde für erforderlich, daß die Entlassungen und Beurlaubungen direkt von den Truppenteilen zu erteilen sind. In **Posen** hat der Arbeiter- und Soldatenrat **Fühlung mit den Polen** genommen. Abgesehen von kleineren Ausschreitungen werden überall Ruhe und Ordnung aufrechterhalten.

Thorn steht unter der Leitung des Arbeiter- und Soldatenrats. Die Umwälzung ist ohne Blutvergießen vor sich gegangen. Zur Unterstützung des Militärs ist gestern eine Bürgerwehr gebildet worden.

In **Bromberg, Graudenz** und **Kulmsee** wurden Arbeiter- und Soldatenräte gebildet. In **Danzig** haben sich die Führer der Arbeiterpartei in Verhandlungen mit der Militärbehörde und der Regierung verbürgt, für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Wilhelm II. in Holland.

Telegraphische Meldung.

Amsterdam, 11. November. Wie die Blätter berichten, ist der **Hofzug** mit dem **Exkaiser** um 9 Uhr 45 Min. vormittags in Maastricht angekommen. Der Bahnsteig war vollkommen abgesperrt. Vor dem Bahnhof hatte sich eine riesige Menschenmenge angesammelt. Auf dem Bahnhof befanden sich der Bürgermeister und andere amtliche Personen sowie der deutsche Konsul. Unter dem Publikum, unter dem viele Belgier waren, kam es zu feindlichen Kundgebungen. Der Exkaiser war vom General v. Falkenhayn und anderen hohen Offizieren, Gefolge und Dienerschaft begleitet. Ein zweiter Zug mit weiterem Gefolge und den Hofautomobilen folgte etwas später. Der Hofzug kam um 3 Uhr 15 Min. nachmittags in Maarn an, wo der Exkaiser von seinem Gastherrn Grafen Godard Aldenburg Bentinck erwartet wurde. Außerdem waren der Generalmajor Onen, der Kommissar der Königin in der Provinz Utrecht und andere amtliche Personen anwesend. Von Maarn setzte der Exkaiser die Fahrt nach dem Bentinckschen Schlosse „Huis te Amerongen" mit Automobilen fort. — Nach dem hiesigen Preßbureau Vas Diaz sind die Bedingungen, unter denen sich der Exkaiser in Maarn aufhalten wird, ungefähr dieselben wie für Internierte; obwohl diese Bedingungen aus Höflichkeit gegen die Person des Exkaisers nicht veröffentlicht werden, könne man tatsächlich von **seiner Internierung** in Holland sprechen.

Das neue preußische Kabinett.

Mehrheitssozialisten und Unabhängige.

Das **„Berliner Tageblatt"** Nr. 580 vom 12. November schreibt:

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats hat zu Mitgliedern des politischen Kabinetts für Preußen folgende Genossen ernannt:

Paul Hirsch und **Heinrich Stroebel** als Vorsitzende, ferner **Otto Braun, Eugen Ernst, Adolf Hoffmann.** Ein sechstes Mitglied tritt noch hinzu.

Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des bisherigen **Landwirtschaftsministeriums** sind die Genossen Otto Braun und Adolf Hofer, mit der Wahrnehmung der Geschäfte der **inneren Verwaltung** die Genossen Paul Hirsch

und Emil Eichhorn, mit der Wahrnehmung der Geschäfte der **Groß-Berliner Polizei** Genosse Eugen Ernst, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des bisherigen **Finanzministeriums** Genosse Dr. Albert Südekum, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des bisherigen **Kultusministeriums** die Genossen Adolf Hoffmann und Konrad Haenisch beauftragt.

Die Vervollständigung der Regierung erfolgt baldigst.

An die Stelle der Parlamentarisierung Preußens tritt hiernach die Entscheidung des Arbeiter- und Soldatenrats. Mit Ausnahme der Abgeordneten Paul Hoffmann, Hue und Leinert sind sämtliche Sozialdemokraten, die bisher im preußischen Abgeordnetenhause saßen, in die Regierung berufen worden. Von ihnen gehören die Abgeordneten Ströbel, Adolf Hoffmann und Adolf Hofer den Unabhängigen an, während Paul Hirsch, Otto Braun und Konrad Hänisch sich zur alten Sozialdemokratie rechneten. Zu ihnen kommen Eugen Ernst und Emil Eichhorn, die bisher kein Mandat innehatten, sowie der Reichstagsabgeordnete Albert Südekum. Die Verteilung auf die einzelnen Ressorts entspricht ungefähr dem Interessenkreise der neuen Minister. Über die beiden Ministerien des Handels und der Justiz, die bisher in den Händen der parlamentarischen Minister Fischbeck und Spahn lagen, ist noch nichts entschieden. Ebenso bleibt noch die Besetzung des Verkehrsministeriums, dessen Minister v. Breitenbach bereits demissioniert hat, offen.

Von der Berliner Presse.

Mit dem Beginn der Revolution waren vom Arbeiter- und Soldatenrat der **„Lokal-Anzeiger"** für die Liebknechtsche Spartakusgruppe, die „Nordd. Allg. Ztg." für die Haaseschen Unabhängigen, die „Berliner Allg. Ztg." und die „Berliner Volks-Ztg." ebenfalls für die Unabhängigen Sozialisten beschlagnahmt worden, indem die alte Redaktion ihres Amtes entsetzt und eine neue Redaktion, bestehend aus Sozialisten der betr. Färbung, die Leitung der betr. Zeitungen übernahm. Der „Lokal-Anzeiger" erschien Sonnabend abend und Sonntag vormittag unter dem Titel **„Die Rote Fahne"**, worin zum Bürgerkrieg aufgefordert wurde. Ebert hat darauf das Erscheinen des Blattes verhindert. Angeblich soll von heute ab der „Lokal-Anzeiger" wieder unter seinem alten Namen und unter der Leitung der ehemaligen Redaktion erscheinen, desgleichen die „Nordd. Allg. Ztg.", die am Sonntag unter dem Namen **„Die Internationale"** herausgegeben wurde. Dagegen sollen die schon ehemals demokratischen Blätter „Voss. Ztg." und „Berl. Allg. Ztg." zunächst weiter für die Richtung Haase-Ledebour tätig sein. Leiter der „Allg. Ztg." ist der unabhängig-sozialistische Reichstagsabgeordnete **Vogtherr**, Leiter der „Volkszeitung" der unabhängig-sozialistische Schriftsteller **Dr. Breitscheid.**

Die Feuergefechte in Berlin halten heftig an.

Leider hat das Schießen noch immer nicht aufgehört. Nachdem gestern vormittag fast überall Ruhe herrschte, entwickelte sich gegen 1/24 Uhr nachmittags in der **Friedrichstraße** ein **heftiges Gefecht.** Abends gegen 9 Uhr wurde wieder unter den **Linden** heftig geschossen, desgleichen am Halleschen Tor, dort sogar mit Artillerie. Es kann als sicher gelten, **daß Offiziere nicht mehr, vielleicht überhaupt nie beteiligt waren.** Es scheint sich um das Treiben ganz unverantwortlicher Ruhestörer zu handeln.

Die erste Sitzung des Soldatenrates.

Ein Kommentar der „Berliner Volkszeitung".

Wie ein Sturmwind hat die Revolution die staatsrechtlichen Grundlagen des alten Deutschen Reiches hinweggefegt. Auch über die parlamentarische Form des politischen Lebens ist die Entwicklung mit Riesenschritten hinausgegangen. Die sozialistische Republik steht vor völlig neuen Gesetzen, die mit **ihr geboren sind.** In spontaner Bewegung schuf sich der Sozialismus abseits von dem schwerfälligen Apparat der Reichstagswahlen überall sein neues Organ für die öffentliche Meinung: die **Arbeiter- und Soldatenräte.** Sie entstanden planlos, scheinbar wie zufällig, und oft zu mehreren nebeneinander. So bildete sich in Berlin fast gleichzeitig ein Soldatenrat von den Anhängern der **Sozialdemokratie** unter dem Vorsitz von Arthur Molkenbuhr und mit der Gefolgschaft fast aller größeren Berliner Truppenverbände, ein anderer Soldatenrat im Reichstag unter der Leitung der **Unabhängigen;** daneben Scharen bewaffneter Soldaten, die sich um die **Spartakusgruppe** scharten.

Erst die Sonntagsversammlung im Zirkus Busch, die Wahlen in den Fabriken und Kasernen und die gestrige Sitzung im Reichstag brachten eine Klärung der Lage und eine straffere Organisation des einheitlichen Arbeiter- und Soldatenrats. Nicht viel anders lagen die Dinge bei der **Regierung.** Auf der einen Seite stand der noch von der alten Volksregierung bestimmte Reichskanzler Ebert und die Mehrheitssozialisten. Ihnen gegenüber die Unabhängigen und Spartakusleute mit dem gleichen Anspruch auf die Macht. Ihr Verhältnis zu den allerorts sich bildenden Arbeiter- und Soldatenräten war das denkbar unklarste. Auch hier hat erst die Versammlung im Zirkus Busch Klarheit geschaffen: **Die politische Gewalt liegt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte,** die alsbald zu einer **Vollversammlung** aus dem ganzen Reiche zusammenzuberufen sind. Ihnen gegenüber spielt die Regierung lediglich die Rolle eines **Rates der Volksbeauftragten,** auf dessen Zusammensetzung der Arbeiter- und Soldatenrat bereits einen Druck ausgeübt hat.

Die so geschaffene politische Form der **sozialistischen Volksrepublik** ist etwas Neues, dem man mit den bisherigen staatsrechtlichen Begriffen nur vergleichsweise beikommen kann. So berührt sich die sozialistische Republik insofern mit dem parlamentarischen System, als die Regierung vom Volkswillen vollständig abhängig ist. Aber gleichzeitig fehlt ihr ein Organ, das als Ausdruck des wirklichen Volkswillens gelten kann. Denn die Arbeiter- und Soldatenräte stellen eben immer **nur eine Vertretung des Willens bestimmter einzelner Volkskreise** dar. Sie wollen auch nichts anderes sein. Eben weil sie die öffentliche Meinung eines **reinen Arbeiterstaates** darstellen.

Schweren Herzens haben die **Mehrheitssozialisten** in diesem Punkte nachgegeben, um den Eintritt der Unabhängigen in die Regierung zu ermöglichen. Sie willigten in eine vorläufige **Verschiebung der Wahlen zur konstituierenden Versammlung,** die vielleicht sehr lange dauern kann. Das Ideal der Mehrheitssozialisten ist der reine **Volksstaat,** zwar mit sozialistischer Wirtschaftsverfassung, aber basierend auf dem demokratischen Gedanken des allgemeinen gleichen Wahlrechts und der Mehrheit. Werden sie dauernd darauf verzichten? Es scheint, als ob die Antwort auf diese Frage wesentlich mehr als von der Haltung der Unabhängigen von der Stellungnahme des **Arbeiter- und Soldatenrats** abhängt. In dieser Hinsicht aber ist es nicht ohne Interesse, festzustellen, daß der Arbeiter- und Soldatenrat

immer deutlicher die Neigung zeigt, **von den doktrinären Streitigkeiten der sozialistischen Gruppen abzurücken.** Hatte der Arbeiter- und Soldatenrat schon bei der Einigung der sozialistischen Gruppen für die Regierungsbildung mit sanftem Druck nachgeholfen, so ist für die in ihm herrschende Stimmung der „Ruf nach Einigkeit" in der **gestrigen ersten Sitzung des Soldatenrates** im Reichstag noch bezeichnender. Was den Rednern des gestrigen Soldatenrats vorschwebte, ist der **große Gedanke der freien Volksgemeinschaft,** ohne das dieser offenbar schon deutlich die festen Züge des einen oder anderen sozialistischen Gruppenprogramms trägt. Wenn dies aber so ist — und man kann es nach dem Gesagten hoffen, — so darf man vielleicht auch die Erwartung aussprechen, daß die große Idee der **demokratischen Freiheit** in der demnächst zu erwartenden Vollversammlung den Sieg davon trägt. Das aber würde dann bedeuten, daß diese Vollversammlung selbst den Wunsch hat, sobald als möglich in eine auf allgemeinen gleichen Wahlen beruhende konstituierende Versammlung einzumünden. Dies würde den zweiten und größeren Sieg des sozialistischen Gedankens bedeuten: den Sieg über sich selbst. Die Demokratie würde dauernd abgedankt haben, wenn die Wahlen für diese konstituierende Versammlung auch nur unerheblich verzögert würden.

Der Verlauf der Sitzung.

≷ Für gestern mittag war die **erste Sitzung des Soldatenrats im Reichstag** einberufen gewesen, um die gestern im Zirkus Busch gefaßten Beschlüsse und Wahlen zu revidieren und rektifizieren, da ein großer Teil der Wahlberechtigten nicht in die Lage gekommen war, das Wahlrecht auszuüben. Ein Vertreter der „National-Zeitung", der einzige Journalist, der den Verhandlungen beizuwohnen in der Lage war, schreibt über den Verlauf der Sitzung:

„Bei Betreten der Journalistentribüne des Reichstages bot sich ein eigenartiges, in diesem Hause nie zuvor geschautes Bild. Sämtliche Sitze des Sitzungssaales waren von Soldaten besetzt, während die Tribünen vollkommen unbenutzt geblieben waren. Ich kam mir als einziger deutscher Journalist sehr verwaist auf den weiten Tribünenräumen vor. Vor dem Pult des **Präsidenten war ein rotes Tuch gespannt,** die Schriftführersitze hatten Soldaten eingenommen, die Bänke für die Bundesratsmitglieder waren selbstverständlich leer, und auch die für die Staatssekretäre reservierten Plätze waren bis auf einen unbenutzt; auf ihm saß Ledebour. Kurz vor 12 Uhr eröffnete der Abgeordnete **Cohn** die Sitzung. Als aus dem Sitzungssaale viele Rufe gegen ihn laut wurden, erklärte er, er sei als Vorsitzender nichts anderes als **Kamerad unter Kameraden** und nicht Parteimann. Mit dem zum Schriftführer gewählten Abgeordneten Molkenbuhr erklärte sich das Haus für einverstanden. Als erster Redner ergriff der Hauptmann **v. Beerfelde** das Wort, um sich dem Hause vorzustellen. Dann erklärte der Redner: In einer Stunde, in der es um das Sein des Deutschen Reiches geht, in einer Stunde, die schwerer als irgendeine andere während des ganzen Krieges ist, müssen wir Vertrauen zu den Gewählten haben. Schlagt mir den Kopf ab, wenn ich es dumm mache, aber es brennt an allen Seiten, und **wir müssen darum einig sein!** Der Arbeiter- und Soldatenrat muß **diktatorisch die Vollzugskraft in die Hand nehmen** und nur so können wir aus dem Elend, das uns bedroht, herauskommen. In sichtlich erregter Stimmung berichtete der Redner über ein von dem Grafen **Karolyi** aus Budapest eben eingetroffenes Telegramm, in dem der ungarische Ministerpräsident erklärt, mit uns durch Dick und Dünn auf das große Ziel der Völkerbefreiung gehen zu

wollen. (Bravo!) Als nach der Rede Beerfeldes der Vorsitzende um Gehör für den Abgeordneten **Ledebour** bat, erhob sich **heftiger Widerspruch** im Saale, und nur schwer gelang es dem Vorsitzenden, der immer und immer wieder die Glocke schwingen mußte, Ruhe zu verschaffen.

Ledebour bat nun, ihm, auch wenn er kein Soldat sei, das Wort zu gestatten. (Lebhafte Zwischenrufe: **„Nein."**) „Ich habe doch," so führte der Redner aus, „als Vertreter des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates" auch das Recht, hier zu sprechen. Wenn dies der Herr Vorsitzende Ihnen gesagt hätte, so hätten Sie gewiß keinen Widerspruch gegen mich erhoben. Wir müssen uns gegenseitig näherkommen. **Ich möchte dringend davor warnen, Nebenorganisationen zu gründen, das führt zur vollkommenen Desorganisation.** Es würde auch den Eindruck erwecken, als ob bezweckt wäre, die Autorität des Arbeiter- und Soldatenrats zu untergraben. Der Vollzugsrat ist gewählt. (Zwischenrufe: Von wem?) Wir werden **große und schwere Kämpfe** führen müssen zur **Aufrechterhaltung der revolutionären Errungenschaft,** und da dürfen Sie nicht mit kleinlichen Formalitäten kommen. Die gestrige Wahl im Zirkus Busch besteht zu Recht, doch muß eine Mandatsprüfungskommission alle Mandate auf die Frage hin nachprüfen, ob tatsächlich auf je tausend Arbeiter und Soldaten je ein Delegierter gewählt worden ist. (Lebhaftes Bravo!)

Der **Vorsitzende** erklärte, daß es sich bei den heutigen Besprechungen und bei dieser ersten imposanten Sitzung der Soldatenräte **keineswegs um eine Sonderorganisation handeln** könne, und deshalb mußte heute eine Sitzung ordnungsgemäß einberufen werden, um zu einem definitiv gültigen Resultat zu gelangen.

Als nächster Redner ergriff der frühere Kriegsberichterstatter **Colin-Roß** das Wort. Gegenüber der Gefahr, die uns der Abgeordnete Ledebour vor Augen geführt hat, indem er sagte, daß wir der Reaktion leicht in die Hände arbeiten können, wenn wir nicht einig bleiben, muß ich feststellen, **daß Offiziere und Mannschaften einig sind.** Wir wissen, was wir wollen. Wir waren draußen und haben geblutet und haben uns niemals zerspalten. Uns allen ist immer klar vor Augen gestanden, was wir wollen. Das wußten wir immer. **Die Gefahr in Berlin ist nicht die Reaktion, sondern der Bürgerkrieg. So weit sind wir durch die Unfähigkeit der Politiker gekommen. Sie haben das deutsche Volk in die größten Gefahren gestürzt. Wir wollen keine Parteipolitik.** (Stürmische Bravorufe.) Ihr habt die Macht, die Parteipolitik noch heute fernzuhalten. Heute noch! Es handelt sich nicht um Sozialdemokraten und Unabhängige, in denen es wieder Spaltungen gibt. **Diese Spaltungen führen uns rettungslos ins Chaos.** (Stürmische Bravorufe.) Die Gefahr, daß wir gegeneinander gehetzt werden, ist groß genug. Wir müssen denen vertrauen, die die Revolution hervorgerufen haben. Wir, die wir draußen waren, konnten es ja nicht. **Schon in der ersten Nacht war die Gefahr, daß Soldaten gegeneinander gehetzt werden.** Es darf aber nicht dazu kommen, daß man von Truppen der Sozialdemokraten, von Truppen der Unabhängigen oder von Truppen der Spartakusleute spricht. Wir haben nicht geblutet, damit uns die Politiker jetzt mißbrauchen. (Bravo!) Die Berliner Garnison muß den Soldatenrat respektieren. **Wir müssen jetzt einig sein.** Die heutige Versammlung muß den Bürgerkrieg verhindern; aber so einfach ist die Sache nicht. Die Bedingungen sind furchtbar schwer. **Kommt es nicht zur absoluten Einigkeit unter den Soldaten,** dann tritt der furchtbare Fall ein, daß die **Entente mit uns überhaupt keinen Frieden** schließt, daß sie **bei uns einmarschiert.** (Stürmischer, minutenlanger Beifall.)

Soldat **Gottstein:** Wir müssen die **Garantie** haben, daß **jeder einzelne vollständig auf dem Boden der sozialen Revolution steht.** Und keiner der Gewählten darf sich bei seiner Arbeit von persönlichen Stimmungen leiten lassen. Ich schlage deshalb vor, die gestern Gewählten en bloc wiederzuwählen.

Der **Vorsitzende** erklärt: Den Vorschlägen des Kameraden Gottstein kann ich mich anschließen. **Es muß hier jeder heraus, der nicht Soldat und Sozialist ist.**

Der Soldat **Walz** erklärte, daß heute um 3 Uhr nachmittags die sechs **neuen Minister eine Beratung im Reichskanzlerpalais** mit dem Arbeiter- und Soldatenrat haben.

Gegen ½3 Uhr wurde die Versammlung, die einen durchaus würdigen Verlauf nahm, und das Bild der Einheit und Geschlossenheit bot, beendigt.

Telegramm der Volksregierung an die Oberste Heeresleitung.

(W. T. B.) **Berlin,** 12. November. Die Volksregierung ist von dem Wunsche beseelt, daß jeder unserer Soldaten nach den unsäglichen Leiden und den unerhörten Entbehrungen in kürzester Zeit nach der Heimat zurückkehrt. Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn die **Demobilisierung** nach einem **geordneten Plane** vor sich geht. Falls einzelne Trupps willkürlich zurückfluten, so gefährden sie sich selbst, ihre Kameraden und die Heimat auf das schwerste. Ein Chaos mit Hunger und Not müßte die Folge sein.

Die Volksregierung erwartet von euch strengste Selbstzucht, um unermeßlichen Schaden zu verhüten.

Wir ersuchen die Oberste Heeresleitung, das Feldheer von vorstehender Erklärung der Volksregierung in Kenntnis zu setzen und folgendes anzuordnen:

1. Das Verhältnis zwischen Offizier und Mann hat sich auf gegenseitigem Vertrauen aufzubauen. Willige Unterordnung des Mannes unter den Offizier und kameradschaftliche Behandlung des Mannes durch den Vorgesetzten sind hierzu Vorbedingung.
2. Das Vorgesetztenverhältnis des Offiziers bleibt bestehen. **Unbedingter Gehorsam** im Dienst ist von entscheidender Bedeutung für das Gelingen der Zurückführung in die deutsche Heimat. Militärische Disziplin und Ordnung im Heere müssen deshalb unter allen Umständen aufrechterhalten werden.
3. Die Soldatenräte haben zur Aufrechterhaltung des Vertrauens zwischen Offizier und Mann beratende Stimme in Fragen der Verpflegung, des Urlaubs, der Verhängung von Disziplinarstrafen. Ihre oberste Pflicht ist es, auf die Verhinderung von Unordnung und Meuterei hinzuwirken.
4. Gleiche Ernährung für Offiziere, Beamte und Mannschaften.
5. Gleiche Zuschüsse zu den Löhnungen. Gleiche Feldzulage für Offiziere und Mannschaften.
6. Von der Waffe gegen Angehörige des eigenen Volkes ist nur in der Notwehr oder zur Verhinderung von Plünderungen Gebrauch zu machen.

Ebert, Haase, Scheidemann, Dittmann, Landsberg, Barth.

Waffen und Rangabzeichen sind beizubehalten.

Berlin, 12. November. (W. T. B.)

Die Regierung hat an den Staatssekretär des **Reichsmarineamts** folgendes Telegramm übersandt:

Wir bitten, für die gesamte Marine anzuordnen, daß die militärische **Disziplin, Ruhe** und **straffe Ordnung** in der Marine unter allen Umständen aufrechtzuerhalten sind, daß daher den Befehlen der militärischen Vorgesetzten bis zur erfolgten Entlassung **unbedingt zu gehorchen ist,** und daß eine Entlassung von Marineangehörigen aus der Marine nur auf Befehl der militärischen Vorgesetzten zu erfolgen hat. **Die Vorgesetzten haben ihre Waffen und Rangabzeichen beizubehalten.** Wo sich Soldatenräte oder Vertrauenskommissionen gebildet haben, haben sie **die Offiziere** in ihrer Tätigkeit zur Aufrechterhaltung von Zucht und Ordnung **zu unterstützen.** Alle Beschädigungen von Schiffen, militärischen Einrichtungen und Kriegsmaterial müssen unterbleiben. Alle Kräfte haben mitzuarbeiten, damit die Bedingungen des Waffenstillstandes beschleunigt und restlos **durchgeführt** werden. Die Marine möge sich bewußt sein, daß von ihrer gewissenhaften, pflichttreuen Mitwirkung bei der Ausführung des Waffenstillstandes **alles abhängt.** Wir bekommen Frieden nur, wenn wir die uns auferlegten Bedingungen des Waffenstillstandes getreulich erfüllen.

Ebert, Haase, Scheidemann, Landsberg, Dittmann, Barth.

Aufhebung des Belagerungszustandes.

Neue soziale Gesetze.

(W. T. B.) **Berlin,** 12. November. (Amtlich.) Der **Rat der Volksbeauftragten** veröffentlicht folgenden Aufruf:

An das deutsche Volk!

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft folgendes:

1. **Der Belagerungszustand wird aufgehoben.**
2. **Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.**
3. **Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.**
4. **Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.**
5. **Die Freiheit der Religionsübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.**
6. **Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen.**
7. **Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.**
8. **Die Gesindeordnungen werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter.**
9. **Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt.**

Weitere sozialpolitische Verordnungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden. Spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft treten.

Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Eine Verordnung über die Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt. Sie verteilt die Lasten auf Reich, Staat und Gemeinde.

Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird die Versicherungspflicht über die bisherige Grenze von 2500 M. ausgedehnt werden.

Die Wohnungsnot wird durch Bereitstellung von Wohnungen bekämpft werden.

Auf die Sicherung einer geregelten Volksernährung wird hingearbeitet werden.

Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen. Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.

Auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlrecht.

Berlin, den 12. November 1918.

Ebert. Haase. Scheidemann. Landsberg. Dittmann. Barth.

Die **„Tägliche Rundschau"** bemerkt dazu:

Die sozialistische, aus der Revolution hervorgegangene Diktatur macht rasche Arbeit. Sie will den sozialistischen Staat einführen, bevor noch eine gesetzgebende Versammlung, eine Vertretung des **ganzen** Volkes vorhanden ist. Der Reichstag ist in die Versenkung verschwunden und wird offenbar nicht weiter bemüht werden. Er scheint damit einverstanden zu sein, denn nirgends ist eine Regung spürbar, daß die gewählten Vertreter des deutschen Volkes ihr Recht der Beratung und Beschlußfassung neuer Gesetzentwürfe fordern. Herr Fehrenbach, der klerikal-demokratische Präsident des Reichstages, ruft die Versammlung zu keiner Sitzung; im Sitzungssaale des Reichstages tagt der Soldaten- und Arbeiterrat, in seinen Wandelhallen ist ein Feldlager der Revolutionstruppen entstanden. Über den Reichstag hinweg aber dekretiert der Rat der Volksbeauftragten Gesetze in einer Stunde, die im Reichstage ganze Tagungen erfordert hätten. Auch die Wahl einer konstituierenden Versammlung wird in Aussicht genommen und das Wahlrecht für sie vorgeschrieben; aber diese Nationalversammlung findet, wenn sie einmal zusammentritt, ein abgeschlossenes Gesetzgebungswerk, einen neuen Staat vor, so daß sie eigentlich nach dem Zwecke ihrer Einberufung fragen könnte. Ihre Stellungnahme zum achtstündigen Maximalarbeitstag ist eine ganz andere, wenn sie dessen Einführung beschließen kann oder wenn sie ihre Meinung über den bereits eingeführten Achtstundentag abgeben soll. An der Aufhebung der Gesindeordnung und der Gesetze für die Landarbeiter haben doch nicht nur die Arbeiter der Großstädte, als deren Vertreter die Beauftragten der Volksregierung in der Hauptsache sprechen, Interesse, sondern vor allem das Land und die Landwirtschaft. Ihnen wird aber das neue Gesetz einfach diktiert, wie in den Zeiten des Absolutismus, ohne daß ein Vertreter der Landwirtschaft gehört worden wäre oder mitberaten oder gar mitbeschlossen hätte. — Die Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur wird allgemein begrüßt werden, ebenso die Wiederherstellung des Vereins- und Versammlungsrechtes. Ob ihre Ausdehnung auf Beamte und Staatsarbeiter

mit der Aufrechterhaltung der Ordnung gerade in dieser Zeit vereinbar ist, wird sich zeigen. Das Einscharren der jämmerlichen Zensur, an der das alte System um so krampfhafter festhielt, je offenkundiger ihre schädlichen, vergiftenden Wirkungen zutage lagen, je mehr sie das Gegenteil ihrer Bestimmung tagtäglich zum Schaden des Volkes erreichte, wird von niemandem bedauert werden. Sie hat ihr Werk zur Beförderung des Umsturzes, zur Vorbereitung des Zusammenbruches getan und wird heute von denen verabschiedet, denen sie ein wertvoller, wenn auch stets mißachteter und bekämpfter Helfershelfer war. Wertvoller ist das erneute Versprechen der Diktatur, daß sie Freiheit und Sicherheit der Person sichern und das Eigentum gegen Eingriffe Privater schützen will. Nicht aber, wie es scheint, gegen die Eingriffe des Staates bzw. der sozialistischen Gesellschaft. Die Bereitstellung der Wohnungen kann nicht anders gemeint sein als durch Eingriffe des Staates in das Eigentumsrecht der Besitzenden. — Und nunmehr, da die Verwirklichung des sozialistischen Programms begonnen hat, da Versammlungs-, Vereins-, Presse- und Redefreiheit gewährt ist, tritt an das Bürgertum die Pflicht heran, sich zu wehren, zu den neuen Maßregeln Stellung zu nehmen und seine Interessen wahrzunehmen, wenn auch seine geordnete Vertretung, der Reichstag, mundtot gemacht ist und die Nationalversammlung noch lange auf sich warten lassen wird.

Die Angestellten und die A.- und S.-Räte.

Anweisungen für die Wahlen.

Berlin, 12. November. (W. T. B.)

Folgende **Anweisungen** für die Wahlen der **Angestelltenvertreter** zum örtlichen Arbeiter- und Soldatenrat werden von zuständiger Seite veröffentlicht:

1. Die Angestellten eines Betriebes **mit mehr als 500 Angestellten** wählen auf je 1000 Angestellte einen Delegierten in den Arbeiter- und Soldatenrat. Jedes angefangene Tausend gilt als **voll**, wenn die Zahl 500 überschritten ist.
2. Die Angestellten in Betrieben mit **weniger als 500 Angestellten** wählen auf jedes angefangene Hundert eine Vertrauensperson. Die gewählten Vertrauenspersonen verständigen sich über die Wahl von Delegierten zum Arbeiter- und Soldatenrat nach Maßgabe der unter Ziffer 1 gegebenen Bestimmungen.
3. Wählbar und **wahlberechtigt** sind alle Angestellten des Betriebes beiderlei Geschlechts.

Zur Vertretung der Interessen der Angestellten ist in allen Betrieben mit mindestens 20 Angestellten ein **Betriebsangestelltenrat** von mindestens 5 Mitgliedern zu wählen. In Betrieben mit mehr als 100 Angestellten entfällt auf 20 Angestellte 1 Vertreter und 1 Ersatzmann bis zur Höchstzahl von 15 Vertretern und 15 Ersatzleuten. Wahlberechtigt und wählbar sind alle Angestellten beiderlei Geschlechts.

Die Waffenstillstandsbedingungen.

Amtlich wird folgender Auszug aus den Waffenstillstandsbedingungen bekannt gegeben:

1. Inkrafttreten 6 Stunden nach Unterzeichnung.
2. Sofortige Räumung von Belgien, Frankreich, Elsaß-Lothringen binnen 14 Tagen. Was an Truppen nach dieser Zeit noch übrig bleibt, wird interniert oder kriegsgefangen.
3. Abzugeben: 5000 Kanonen, zunächst schwere, 30 000 Maschinengewehre, 3000 Minenwerfer, 2000 Flugzeuge.
4. Räumung des linken Rheinufers, Mainz, Koblenz, Köln besetzt vom Feind auf Radius von 30 Kilometer Tiefe.
5. Auf rechtem Rheinufer 30—40 Kilometer Tiefe neutrale Zone. Räumung in 11 Tagen.
6. Aus linkem Rheinufer nichts hinwegführen, alle Fabriken, Eisenbahnen usw. intakt belassen.
7. 5000 Lokomotiven, 150 000 Waggons, 10 000 Kraftwagen abzugeben.
8. Unterhalt der feindlichen Besatzungstruppen durch Deutschland.
9. Im Osten alle Truppen hinter Grenze vom 1. August 1914 zurückzunehmen: Termin dafür nicht angegeben.
10. Verzicht auf Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest.
11. Bedingungslose Kapitulation von Ostafrika.
12. Rückgabe des Standes der Belgischen Bank, des russischen und rumänischen Goldes.
13. Rückgabe der Kriegsgefangenen ohne Gegenseitigkeit.
14. Abgabe von 100 U-Booten, 8 leichten Kreuzern, 6 Dreadnoughts; die übrigen Schiffe desarmiert und überwacht von Alliierten in neutralen oder alliierten Häfen.
15. Die Sicherheit der freien Durchfahrt durch das Kattegat, Wegräumung der Minenfelder, Besetzung aller Forts und Batterien, von wo aus diese Durchfahrt behindert werden könnte.
16. Blockade bleibt bestehen. Deutsche Schiffe dürfen weiter gekapert werden.
17. Alle von Deutschland für Neutrale verhängten Beschränkungen der Schiffahrt werden aufgehoben.
18. Waffenstillstand dauert 30 Tage.

Hierzu wird amtlich unterm Datum des 10. November mitgeteilt:

Heute morgen fand eine Besprechung der Staatssekretäre statt. Nach Bekanntgabe der Bedingungen des Waffenstillstandes wurden die Bedingungen angenommen. Entsprechende Weisungen sind der Friedensdelegation gegeben worden.

Vorige Nacht ist folgende **Note an den Staatssekretär Lansing** nach Washington gefunkt worden:

> Herr Staatssekretär! Überzeugt von der Gemeinsamkeit der demokratischen Ziele und Ideale, hat sich die deutsche Regierung an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Bitte gewandt, den Frieden wiederherzustellen. Dieser Friede sollte den Grundsätzen entsprechen, zu denen Präsident Wilson sich stets bekannt hat. Er sollte eine gerechte Lösung aller streitigen Fragen und eine dauernde Versöhnung der Völker zum Zwecke haben. Der Präsident hat ferner erklärt, daß er nicht mit dem deutschen Volk Krieg führen und es in seiner friedlichen Entwicklung nicht behindern wolle.
>
> Die deutsche Regierung hat die Bedingungen für den Waffenstillstand erhalten.

Nach einer Blockade von 50 Monaten würden diese Bedingungen, insbesondere die Abgabe der Verkehrsmittel und die Unterhaltung der Besatzungstruppen bei gleichzeitiger Fortdauer der Blockade die Ernährungslage Deutschlands zu einer verzweifelten gestalten und den Hungertod von Millionen Männern, Frauen und Kindern bedeuten.

Wir mußten die Bedingungen annehmen.

Wir machen aber den Präsidenten Wilson feierlich und ernst darauf aufmerksam, daß die Durchführung der Bedingungen im deutschen Volke das Gegenteil der Gesinnung erzeugen muß, die eine Voraussetzung für den Neuaufbau der Völkergemeinschaft bilden und einen dauerhaften Rechtsfrieden verbürgt.

Das deutsche Volk wendet sich daher in letzter Stunde nochmals an den Präsidenten mit der Bitte, auf eine Milderung der vernichtenden Bedingungen bei den alliierten Mächten hinzuwirken.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts:
Solf.

Verwirklichung des sozialistischen Programms.

Der Vollzugsrat.

Im Herrenhause hat sich gestern der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats konstituiert. Diese Körperschaft besteht aus 28 Mitgliedern, 14 Soldaten und 14 Arbeitern. Die Mehrheitssozialisten und die unabhängigen Sozialdemokraten sind mit je 7 Mitgliedern vertreten. Trotz dieser Zahlengleichheit meint man, daß die Grundsätze und Anschauungen der sozialdemokratischen Mehrheit im Vollzugsrat überwiegen werden. Es muß im Zusammenhang damit bemerkt werden, daß die Soldaten schon bei den Wahlen am Sonntag die gemäßigte Richtung vertraten und ihr zum Siege verhalfen. Sie haben der Spartakusgruppe gegenüber erklärt, daß sie, falls keine Einigung erzielt werden könne, allein vorgehen würden. Unter diesen Umständen haben die Spartakusgruppe und ebenso die Unabhängigen zunächst darauf verzichten müssen, die Macht an sich zu reißen, wozu die Spartakusleute trotz ihrer geringen Zahl alle Vorbereitungen getroffen hatten. Die Verhältnisse liegen nun heute so, daß die Mehrheitspartei sich durchgesetzt hat und ihre Grundsätze und Ziele nun im Vollzugsrat in die Praxis umsetzen wird. Die politische Reichsleitung wird dem Vollzugsrat für ihre Regierungshandlungen verantwortlich sein. Unter anderem wird die Regierung keine Besetzung von höheren Staatsämtern vornehmen können ohne die Zustimmung des Vollzugsrates. Dieser stellt also eine Art Hauptausschuß dar, nur hat er ganz andere Machtbefugnisse als diese Körperschaft des alten Parlaments. Der Vollzugsrat wird täglich Sitzungen abhalten und es sich zur Aufgabe machen, gemeinsam mit der Regierung die brennendsten Lebensfragen zu lösen, denen Deutschland zur Zeit gegenübersteht: die Wiederherstellung der Ordnung und Schaffung eines festen, sicheren und zuverlässig arbeitenden Staatsorganismus, Lösung der Ernährungsfragen, Demobilisierung, Friedensschluß und Überleitung in die Friedenswirtschaft. Sobald diese dringenden Aufgaben, die unbedingt schnell gelöst werden müssen, in der Hauptsache erledigt sind, sollen die Wahlen zur Nationalversammlung in Angriff genommen werden.

Die Exekutive.

Für die Bearbeitung ihrer Dienstgeschäfte hat die Reichsregierung nachfolgende Geschäftsverteilung vorgesehen:

Ebert, Inneres und Militärisches.

Haase, Äußeres und Kolonien.

Scheidemann, Finanzen.

Dittmann, Demobilisierung, Verkehrswesen, Rechtspflege, Volksgesundheit.

Landsberg, Presse- und Nachrichtenwesen, Kunst und Literatur.

Barth, Sozialpolitik.

*

Der Prinzregent von Anhalt hat für den minderjährigen Herzog und die **ganze herzogliche Familie auf den Thron verzichtet** und die Regentschaft niedergelegt.

Fürst Leopold IV. zur Lippe hat dem Throne entsagt.

Württemberg. Die für gestern nachmittag anberaumte Einberufung der Zweiten Kammer ist nach einem **Drahtbericht unsers Korrespondenten** bis auf weiteres verschoben worden. Der ständische Ausschuß wird auch weiterhin fungieren. Infolge der neuerdings eingetretenen Umbildung der bisherigen rein sozialistischen Regierung durch Aufnahme von drei Vertretern bürgerlicher Parteien in die provisorische Regierung ist eine Beruhigung in den bürgerlichen Kreisen eingetreten. Von der Revolutionsregierung sind die Vertreter der Sozialdemokratie Blos, Heymann, Dr. Lindemann und Schreiner geblieben, ebenso der Vertreter der Unabhängigen Crispin, während von den bürgerlichen Parteien in die Regierung eingetreten sind die Reichstagsabgeordneten Liesching (Vp.) als Finanzminister, Kiene (Zentr.) als Justizminister und Baumann (natl.) als Ernährungsminister. Finanzminister **Dr. v. Pistorius** ist von seinem Amt zurückgetreten. Mit ihm verliert das Amt einen anerkannt sachkundigen und weitschauenden Finanztechniker und hervorragenden Kenner des württembergischen Steuerwesens.

Baden. Aus **Mannheim** wird gemeldet: Das Aktionskomitee des **Arbeiter- und Soldatenrats** hat die Ausrufung der **sozialistischen Republik in Baden** beschlossen. — Die neue badische provisorische Volksregierung hat die Einrichtung der Arbeiter- und Soldatenräte begrüßt und gutgeheißen, und die Soldatenräte haben sich als **Landesausschuß badischer Arbeiter- und Soldatenräte** konstituiert. Sie haben die militärische Gewalt in den Händen und stellen sich hinter die vorläufige Regierung.

Osten. In **Marienburg, Liegnitz** und **Graudenz** wurden **Soldatenräte** gebildet. Auch in **Frankfurt a. O.** wurde ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet. — In **Posen** ist Bürgermeister **Dr. Wilms zurückgetreten.** Die Geschäfte des Oberbürgermeisters hat vorläufig Rechtsanwalt und Stadtverordneter **von Trwenski** übernommen. — In **Glogau** hat sich, nachdem in der Nacht vorher Plünderungen durch Militär und Zivil vorgekommen waren, am Sonntag früh der Arbeiter- und Soldatenrat der Kommandantur Glogau unter Absetzung der Offiziere bemächtigt. Er stellte zur Aufrechterhaltung des Ernährungswesens und des Wirtschaftslebens die Ordnung wieder her und organisierte das Militär auf demokratischer Basis. Der Landrat ist geflohen. — Der **Breslauer** Oberbürgermeister Matting hat sein Amt niedergelegt.

*

Berlin am Abend macht jetzt einen recht stillen Eindruck. Das Bild einer mittleren Provinzstadt, so etwa kennzeichnet sich die Verkehrsbewegung des gestrigen

Dienstags. Die sanfte Einladung der Behörde, des Abends hübsch zu Hause zu bleiben, hatte gewirkt, obwohl sie nicht in die Form eines strengen Befehls gekleidet war. Es wird gut sein, sie öfter zu wiederholen, solange die Verhältnisse nicht ganz geklärt sind. Da immerhin Zwischenfälle möglich sind, bei denen der ruhige Bürger zu Schaden kommen kann, tut er am besten, abends der Straße fernzubleiben. Die Straßenbahn zeigte bereits um 8 Uhr abends eine schwache Besetzung. Die Brennpunkte des Berliner Verkehrs, wie Alexanderplatz, Lindenkreuzung, Friedrichstraße, Potsdamer Platz, hatten eine ganz erheblich niedrigere Besuchsziffer als sonst. Obgleich das klare, kalte Novemberwetter zu einem erfrischenden Abendspaziergang aufforderte, blieben die Straßen für Berliner Begriffe leer. Der Verkehr versagte nicht, ebbte aber überall zusehends ab. Die große Mehrzahl der Straßengänger waren Feldgraue, die vor 10 Uhr, dem gebotenen Zapfenstreich, verschwanden In der Friedrichstraße hatten die großen Cafés und Bierlokale schon um 8 Uhr geschlossen. Der Besuch der Cafés am Potsdamer Platz, die sonst regelmäßig überfüllt sind, war auffällig stark herabgemindert. In den Straßen schlenderten allerwegen Patrouillen, vornehmlich Matrosen, mit aufgepflanztem Seitengewehr, die sich scheinbar gar nicht um das Publikum kümmerten. Um 10½ Uhr, nach Schluß der Theater, zeigte die Verkehrswelle eine Zunahme, um 11½ Uhr schlossen bestimmungsgemäß die Gastwirtschaften. Aber schon lange vorher hatte sich das Publikum auf den Weg nach Hause begeben. Berlin, das sonst so lebenslustige, nachtschwärmerische, geht frühzeitig zu Bett.

Potsdamer Offiziere im Arbeiter- und Soldatenrat. Der Potsdamer Arbeiter- und Soldatenrat veranstaltete gestern nachmittag am Stadtschloß im Potsdamer Lustgarten eine öffentliche Versammlung. Nachdem der Vorsitzende des Arbeiterrats Wilhelm Staab über die politische Lage gesprochen, nahmen die dem Rate angehörigen Offiziere das Wort. Rittmeister von Alvensleben erklärte, daß er sich der unaufhaltsamen Bewegung angeschlossen habe, um für das Vaterland zu retten, was zu retten ist. Er fordert Vertrauen zu den Offizieren, die sich mit ihren Worten zu aufrichtiger Teilnahme an der Tätigkeit des Rates verpflichteten. Auch Rittmeister Graf von Plessen sprach im selben Sinne und fand Zustimmung. Sämtliche Redner mahnten zur Ruhe, Ordnung und Zuversicht, und vom Hauptredner wurde auch die Frage der Errichtung einer **Bürgerwehr** angeschnitten, die gemeinsam mit der Polizei für die Aufrechterhaltung der Ordnung vorgehen soll. Ein Feldwebel fordert zur Stärkung der Disziplin bei den Mannschaften und Achtung der dienstlichen Befehlshaber auf, um die erforderliche Truppenzahl zusammenzuhalten. Mit einem Hoch auf das Vaterland wurde die Versammlung, die von mehreren tausend Menschen besucht war, geschlossen. — Der Magistrat in Potsdam macht bekannt, daß die **Jugendwehr** heute **aufgelöst** wird. Die Ausrüstungen müssen bis morgen bei der Regierung in Potsdam abgegeben werden.

Wiederaufnahme der Universitätsvorlesungen. Der Rektor der Universität Berlin bittet uns um Aufnahme folgender Mitteilung. Im Einvernehmen mit der Regierung, die auch hinsichtlich der Universität den lebhaften Wunsch hegt, daß alle Arbeiten ihren geordneten Fortgang nehmen, wird bekanntgegeben, daß die Vorlesungen an der Universität am Donnerstag, 14. d. M., wieder aufgenommen werden.

Absetzung des Hamburger Senats.

Hamburg, 13. November. (W. T. B.)

Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat veröffentlicht folgende Bekanntmachung: „Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die **politische Gewalt** im Hamburger Staatsgebiet übernommen. **Senat und Bürgerschaft bestehen nicht mehr.** Das hamburgische Staatsgebiet bildet künftig einen Bestandteil der Deutschen Volksrepublik. Die Beamten bleiben auf ihren Posten. Die Gehälter werden fortgezahlt. Das **Privateigentum** wird **geschützt.** Plünderungen werden standrechtlich abgeurteilt.

Die Erklärung König Ludwigs.

München, 13. November. (W. T. B.)

Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Dem Ministerium des Volksstaates Bayern ging folgende **Erklärung** zu:

„Zeit meines Lebens habe ich mit dem Volk und für das Volk gearbeitet. Die Sorge für das Volk meines geliebten Bayerns war stets mein höchstes Streben. Nachdem ich infolge der Ereignisse der letzten Tage **nicht mehr in der Lage bin, die Regierung weiterzuführen,** stelle ich allen Beamten, Offizieren und Soldaten die Weiterarbeit unter den gegebenen Verhältnissen frei und **entbinde sie des mir geleisteten Treueides.**

Am 13. November. **Ludwig.**"

Auf diese Kundgebung wurde folgende **Antwort** erteilt:

„Der Ministerrat des Volksstaates Bayern nimmt den Thronverzicht Ludwigs III. zur Kenntnis. Es steht dem ehemaligen König und seiner Familie **nichts im Wege, sich wie jeder andere Staatsbürger frei und unangetastet in Bayern zu bewegen,** sofern er und seine Angehörigen sich verbürgen, nichts gegen den Bestand des Volksstaates Bayern zuunternehmen.

Der Ministerrat des Volksstaates:

Kurt Eisner, Auer, v. Frauendorfer, Jaffe, Roßhaupter, Timm, Unterleitner."

Wie wir zuverlässig erfahren, wird, einem Privat-Telegramm aus München zufolge, die provisorische Regierung des bayerischen Volksstaates noch vor der Wahl und Einberufung einer Nationalversammlung, also mit Hilfe des Arbeiter- und Soldatenrates, **tiefgreifende gesetzgeberische Reformen,** vor allem auf dem Gebiete des **Schul- und Erziehungswesens,** vornehmen. Dies steht in einigen Widersprüchen zu den bereits abgegebenen Erklärungen.

Die Regierung des Volksstaates **Bayern** teilt in einer Bekanntmachung mit, daß **keine Beschlagnahme von Bank- und Sparkassenguthaben** beabsichtigt sei und fügt hinzu: „Zur Beruhigung der Beteiligten wird hierdurch ferner bekannt gegeben, daß **alle Gehaltsansprüche** der in öffentlichen Diensten stehenden **Beamten** sowie die **Pensionsansprüche** der Beamten und ihrer Hinterbliebenen völlig **unberührt** bleiben."

Abdankung des Königs von Sachsen.
(Telegramme.)

Dresden, 13. November. (W. T. B.)

Dem vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat in Groß-Dresden ging soeben folgendes Schreiben zu:

Dresden, 13. November 1918.

An den Arbeiter- und Soldatenrat, Dresden, Ständehaus.

Auf die heute früh mündlich an Se. Exzellenz den Herrn Finanzminister gerichtete Anfrage teile ich mit, daß Se. Majestät der König auf den Thron verzichtet hat. Gleichzeitig hat Se. Majestät alle Offiziere, Beamte, Geistliche und Lehrer von dem ihm geleisteten Treueid entbunden und sie gebeten, im Interesse des Vaterlandes auch unter den veränderten Verhältnissen ihren Dienst weiter zu tun.

Der Minister des Innern:
Dr. Koch.

Kassel, 13. November. (W. T. B.)

Nach einem Privat-Telegramm des „Kasseler Tageblattes" aus Arolsen hat **Fürst Friedrich von Waldeck** und Pyrmont auf die Regierung **freiwillig verzichtet.**

Eine bürgerlich-sozialistische Regierung in Anhalt.

Dessau, 13. November.

Nach dem gestrigen Thronverzicht ist heute über die Bildung der neuen Regierung verhandelt worden. Die Regierungsgewalt geht auf einen **Staatsrat** über, der aus **vier Sozialdemokraten,** einem **Nationalliberalen,** einem **Freisinnigen** und einem **bürgerlichen Demokraten** besteht. Der Vorsitzende dieses Kabinetts, das den Charakter eines Liquidationsministeriums hat und den Übergang in die neue deutsche Republik herbeiführen soll, ist Abgeordneter **Wolfgang Heine,** der Vertreter des ersten anhaltischen Wahlkreises im Reichstage. Das Programm des Staatsrats lautet: Auflösung des Landtags, sofortige Ausschreibung von Wahlen für eine verfassungsgesetzgebende Versammlung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht für Männer und Frauen über zwanzig Jahre unter Anwendung des Verhältniswahlrechts.

Die mysteriöse „Fliegerdivision Bremen".

Hannover, 13. November.

Eine „Fliegende Division, Bremen" versendet folgenden Bericht:

„Bei Razziajagden, die von seiten unserer Truppe unternommen worden sind, um dem Einbrecher- und Plündderertum endlich einmal Herr zu werden, wurden in der Nacht vom 11. zum 12. November 1918 **34 Personen** von den Sicherheitspatrouillen unseres Kommandos **eingebracht.** Bei einem Kampf am Raschplatz mit dem Verbrechertum wurden unter sämtlichen Handfeuerwaffen auch Maschinengewehre eingebracht. Es konnte jedoch durch die „Fliegende Division, Bremen" die Lage schnell wieder hergestellt werden und der Anführer mit mehreren seiner Komplizen nebst zwei Automobilen festgelegt werden. Bei den stündlichen, verstärkten Patrouillengängen lohnte sich die Arbeit. Es wurden **schwere Verbrecher,** die bis an die Zähne bewaffnet waren und heftigen Widerstand entgegensetzten, von uns **entwaffnet und eingebracht.** In der Kochstraße in Linden kam es zu einer Schießerei zwischen Leuten der Bande und der Sicherheitspatrouille, wobei auch ein angeblicher Matrose verhaftet wurde. Der engere Vorstand des Kommandos Bremen beschloß einstimmig, sich fest an die Vereinbarungen zu halten, die in den

nordwestdeutschen Städten, so auch in Hannover, gegen schwere Verbrechen festgelegt worden sind. Es wurden am Dienstag morgen um 7 Uhr auf dem Waterlooplatze 1. **Iffland** aus Hannover, 2. **Artur Ellbick** aus Solingen i. Rhld., 3. Flugzeugmatrose **Christen,** Linden, Kochstraße 5, **standrechtlich erschossen.** Wir, fliegende Division, Bremen, sind und bleiben der Ansicht, daß wir unseren ehrlichen Kampf zur **Befreiung des Volkes von der Diktatur** und zur gleichzeitigen Erledigung dieser schädlichen Elemente nur durch strikte Durchführung unserer Vereinbarungen behaupten können, somit die gesamte Sicherheit des Volkes und des wirtschaftlichen Lebens uns erhalten und neu aufbauen können.

Hannover, den 12. November 1918.

Fliegende Division, Bremen."

So notwendig der Kampf gegen die Unordnung und das Verbrechen ohne Zweifel ist, muß doch angesichts dieser „standrechtlichen Erschießungen" gefragt werden, wer dieser „Fliegenden Division" das Recht zu ihrem Vorgehen gegeben hat. Der **hannoversche Arbeiter- und Soldatenrat** konnte darüber **keine Auskunft geben,** steht der ganzen Sache vielmehr völlig fern. Wie kommt also eine Truppeneinheit aus Bremen dazu, in Hannover Ordnung schaffen zu wollen?

„Ein freies Hannover".

Die **deutsch-hannoverschen Reichstagsabgeordneten** Freiherr v. Schele-Schelenburg, Ludwig Alpers, Graf v. Bernstorff-Wehningen, Colshorn, Freiherr v. Wangenheim-Wale erlassen an „alle Hannoveraner" einen **Aufruf,** in dem sie „im freien Deutschland ein freies Hannover" fordern. Unter den gleichberechtigten deutschen Bundesstaaten müsse auch Hannover-Land die ihm gebührende Stellung wieder einnehmen und Hannovers Schicksal müsse geleitet werden von einer Regierung, die sich entsprechend dem Willen des Volkes zusammensetze.

Kämpfe an der oberschlesischen Grenze.

Breslau, 13. November. (T. U.)

Im oberschlesischen Industriegebiet ist der militärische Grenzschutz verstärkt worden. In dem polnischen Grenzorte **Modrzejow** bei Myslowitz wurden am Sonntag nachmittag die dort stationierten deutschen Grenzwachen von polnischen Soldaten aufgehoben. Als einige Soldaten der deutschen Grenzwache noch Waffen mit herübernehmen wollten, versuchten die polnischen Soldaten, sie daran zu hindern. Erst als ein Maschinengewehr auf die Polen gerichtet wurde, ließen sie die deutschen Soldaten frei.

In **Sosnowice** wurden am Montag die deutschen Militär- und Zivilbehörden von den Polen aufgehoben. Die **Eisenbahnverbindung** nach Kattowitz wurde durch aufgerissene Gleise **gesperrt. Schwere Kämpfe** zwischen deutschen Soldaten und der polnischen Übermacht entwickeln sich in **Bendzin.**

Keine Beschlagnahme von Bank- und Sparkassenguthaben.

Berlin, 13. November. (W. T. B.)

Immer wieder verlautet, dem Drange des Publikums zu Abhebungen bei den Bankhäusern und Sparkassen liege zu einem großen Teil die **Befürchtung**

zugrunde, künftig das **Verfügungsrecht über die Einlagen zu verlieren.** Die Regierung legt Wert darauf, solchen gänzlich unbegründeten Mutmaßungen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. **In keiner Weise wird eine Beschlagnahme** von Bank- und Sparkassenguthaben oder sonstigen Depots irgendwelcher Art **beabsichtigt oder auch nur erwogen.**

Wir brauchen eure Hilfe!

2000 sozialistisch geschulte und politisch organisierte Genossen und Arbeiter mit militärischer Ausbildung haben **den Schutz der Revolution zu übernehmen.** Stellt euch zur Verfügung!

Ihr sollt Waffen erhalten und ständig dem Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates zur Verfügung stehen. Für eure Löhnung und Verpflegung soll gesorgt werden! Kommt, meldet euch im Laufe des kommenden Mittwochs (13. November) im Gewerkschaftshause. Nachweis der **Zugehörigkeit zu einer der beiden sozialdemokratischen Parteien** und zu einer Gewerkschaft sowie der militärischen Ausbildung ist erforderlich.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates.
Richard Müller. Molkenbuhr.

Keine besondere Rote Garde.

Ein Beschluß des Vollzugsrates.

Berlin, 13. November. (W. T. B.)

In Erwägung, daß durch die Bildung einer **besonderen Roten Garde in Zivilkleidung** außerhalb der bestehenden Truppenkörper bei den Soldaten der Berliner Garnison ein **Mißtrauen** in die revolutionäre Zuverlässigkeit der Truppen ausgedrückt sei, während andererseits die Truppen in einstimmigem Beschluß ihrer Vertreter im Arbeiter- und Soldatenrat sich bereit erklärt haben, jederzeit auf Anordnung des Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrates zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften und zur Befestigung der sozialistischen Republik Blut und Leben zu lassen, **beschloß der Vollzugsausschuß: Die Bildung einer Roten Garde ist vorläufig einzustellen.**

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates.
Richard Müller. Molkenbuhr.

Die Ressortverteilung im Rat der Volksbeauftragten.

Die Verteilung des Arbeitsgebietes im Rat der Volksbeauftragten ist vorläufig wie folgt: **Ebert,** Inneres und Militär; **Haase,** Äußeres und Kolonien; **Scheidemann,** Finanzen; **Dittmann,** Demobilisierung und öffentliche Gesundheitspflege; **Landsberg,** Presse- und Nachrichtendienst; **Barth,** Sozialpolitik.

Aufruf zur Bildung von Bürger-Ausschüssen.

Die Erfahrungen der letzten Zeit beweisen, daß das deutsche Bürgertum als solches selbst den schwersten inneren Umwälzungen tatenlos gegenübersteht.

In dieser entscheidenden Stunde fordern wir das deutsche Bürgertum auf, zur sofortigen **Bildung von Bürger-Ausschüssen** überall in Deutschland zu schreiten.

Diese Bürger-Ausschüsse haben in Fühlung mit der Reichsleitung und den bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten in erster Linie folgende Aufgabe zu lösen:

Wahrung der bürgerlichen Rechte und der vollen Gleichberechtigung des Bürgertums bei allen staatlichen Maßnahmen.

Zur Bildung eines solchen Bürger-Ausschusses für Groß-Berlin haben wir bereits die nötigen Schritte getan.

Hansa-Bund: Dr. Rießer.

Beschlagnahme des Kronfideikommißvermögens.

Berlin, 13. November. (W. T. B.)

Die preußische Regierung erläßt folgende Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme des preußischen Kronfideikommißvermögens: „Sämtliche zum preußischen Kronfideikommißvermögen gehörigen Gegenstände werden hierdurch mit Beschlag belegt. Die Verwaltung wird dem preußischen Finanzministerium übertragen. Das nicht zum Kronfideikommißvermögen gehörige, im Sondereigentum des Königs und der königlichen Familie stehende Vermögen wird hierdurch nicht berührt.

Erweiterung des Kabinetts.

Kautsky als Unterstaatssekretär.

Als sechstes Mitglied tritt in das preußische Kabinett zu den Abgeordneten Hirsch, Braun und Haenisch von der sozialdemokratischen Partei und den Abgeordneten Ströbel und Adolf Hoffmann von der unabhängigen sozialdemokratischen Partei der Berliner Rechtsanwalt Dr. Kurt **Rosenfeld** (U. Soz.).

In das **preußische Ministerium** des Innern, das von dem Sozialdemokraten Paul Hirsch geleitet wird, tritt als Unterstaatssekretär der unabhängige Sozialdemokrat Dr. Rudolf **Breitscheid.**

In das **Auswärtige Amt,** das der unabhängige Sozialdemokrat Haase leitet, und in dem der sozialdemokratische Unterstaatssekretär Dr. David arbeitet, soll als zweiter Unterstaatssekretär der bekannte Theoretiker **Karl Kautsky** eintreten. Die Ernennung wird noch einige Zeit auf sich warten lassen, da Kautsky erst in den Verband des Reiches aufgenommen werden muß, weil sein Geburtsort im tschechischen Teil Böhmens liegt.

Die Reichs-Arbeitslosenfürsorge.

Die Unterstützung der Gemeinden.

Über die näheren Bestimmungen, die das Gesetz über die Erwerbslosenfürsorge treffen wird, erfahren wir folgendes:

Zur **Unterstützung von Gemeinden** oder Gemeindeverbänden auf dem Gebiet der Erwerbslosenfürsorge werden **Reichsmittel** bereitgestellt. Die Gemeinden sind **verpflichtet, eine Fürsorge** für Erwerbslose **einzurichten.** Der Fürsorge darf nicht der Charakter der Armenpflege beigelegt werden. Den Gemeinden oder Gemeindeverbänden wird von dem Gesamtaufwand für die Erwerbslosenfürsorge vom Reich $^{6}/_{12}$ und von den zuständigen Bundesstaaten $^{6}/_{12}$ ersetzt. Nichtleistungs-

fähigen Gemeinden kann eine Erhöhung der Reichsbeihilfe bewilligt werden. Zuständig für die Gewährung der Erwerbslosenunterstützung ist die Gemeinde des Wohnorts des Arbeitslosen. Personen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit in einen anderen Ort verzogen sind, sollen möglichst nach ihrem früheren Wohnort zurückkehren und sind nach ihrer Rückkehr an den früheren Wohnort dort zu unterstützen. Die Fürsorge soll nur arbeitsfähigen und arbeitswilligen, **über 15 Jahre alten Personen** zuteil werden, die infolge von Erwerbslosigkeit als Folge des Krieges sich in bedürftiger Lage befinden. Der Begriff der Hilfsbedürftigkeit ist näher definiert. Ein kleiner Besitz von **Spargroschen** oder einer Wohnungseinrichtung darf für die Beurteilung der Bedürftigkeit nicht in Betracht gezogen werden. Die Erwerbslosenunterstützung ist **auf die Dauer von höchstens drei Monaten zu gewähren.** Art und Höhe der Unterstützung, die Feststellung einer kurzen Karenzzeit von höchstens einer Woche für die Erwerbslosen mit Ausnahme der Kriegsteilnehmer und anderer Einzelbestimmungen sind dem Ermessen der Gemeinde überlassen. Es ist jedoch für eine ausreichende Unterstützung zu sorgen, die mindestens den nach der Reichsversicherungsordnung festgesetzten und nach der Zahl der Familienmitglieder für den Ernährer als angemessen zu erachtenden Ortslöhnen entsprechen muß. An Stelle von Geldunterstützung können auch **Sachleistungen** treten. Ausschließungsgründe für den Bezug der Unterstützung und Mißbrauch der Einrichtung, Nichtbefolgung der Kontrollvorschriften usw.

Deutschösterreich und die neue Regierung.

Telegrammwechsel zwischen Haase und Bauer.

Wien, 13. November. (W. T. B.)

Die „Soziale Korrespondenz“ meldet: Der Unterstaatssekretär **Bauer** hat an den Volksbevollmächtigten **Haase** in Berlin folgendes **Telegramm** gerichtet:

Indem ich Sie zur Übernahme Ihres neuen Amtes in so geschichtlicher Stunde herzlichst beglückwünsche, teile ich Ihnen mit, daß die provisorische Nationalversammlung Deutschösterreichs einstimmig beschlossen hat, Deutschösterreich für eine **demokratische Republik** zu erklären, die ein **Bestandteil** der großen deutschen Republik ist und bleiben soll. Durch diesen Beschluß seiner provisorischen Vertretung hat Deutschösterreich seinen Willen kundgetan, sich mit den anderen deutschen Stämmen, von denen es vor 52 Jahren gewaltsam getrennt wurde, **wieder zu vereinigen.** Wir bitten Sie und die deutsche Regierung, diese Bestrebungen des deutschen Volkes in Österreich zu unterstützen und **in direkte Verhandlungen mit uns über die Vereinigung Deutschösterreichs mit der deutschen Republik** und über die Teilnahme an der Gesetzgebung und Verwaltung des Deutschen Reiches einzutreten. Wir bitten Sie, uns Gelegenheit zu geben, uns mit Ihnen über alle Fragen der **Friedensverhandlungen** ins Einvernehmen zu setzen und diese Verhandlungen in engster Freundschaft miteinander zu führen. Wir bitten Sie schließlich, auch unserer schweren augenblicklichen Not Ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Da sich die neuen slawischen nationalen Staaten, die aus dem Zusammenbruch Österreichs hervorgegangen sind, gegen uns vollständig absperren, leiden wir bittere **Not an Kohle und Lebensmitteln.** Das deutsche Volk in Österreich, und insbesondere die deutschen Arbeiterklassen sind überzeugt, daß die neue Regierung der deutschen Republik uns in diesen Stunden der Not beistehen wird.

Was wir brauchen, ist an zuständiger Stelle bekannt. Wir bitten Sie, Ihren Einfluß dafür einzusetzen, daß wir die unentbehrliche Aushilfe an Kohle und Lebensmitteln rasch und schnell bekommen. Ich hoffe, daß die alten freundschaftlichen und parteigenössischen Beziehungen, die uns verbinden, es uns erleichtern werden, die engste und dauernde Verbindung zwischen Deutschland und Deutschösterreich herzustellen.

Mit herzlichen Grüßen

Otto Bauer.

Eine Kundgebung an das preußische Volk.

„An das preußische Volk!

Preußen ist wie das Deutsche Reich und die anderen deutschen Bundesstaaten durch den Volkswillen zum freien Staat geworden.

Aufgabe der neuen preußischen Landesregierung ist, das alte, von Grund auf reaktionäre Preußen so rasch wie möglich in einen völlig demokratischen Bestandteil der einheitlichen Volksrepublik zu verwandeln.

Über die zukünftigen Staatseinrichtungen Preußens, seine Beziehungen zum Reich, zu den anderen deutschen Staaten und zum Ausland wird eine verfassunggebende Versammlung entscheiden. Ihre Wahl erfolgt auf Grundlage des gleichen Wahlrechts für alle Männer und Frauen nach dem Verhältniswahlsystem.

Bis zum Zusammentritt dieser verfassunggebenden Versammlung hat eine vorläufige Regierung, die getragen ist vom Vertrauen der Arbeiter- und Soldatenräte, die Geschäfte übernommen. Sie sieht ihre erste Aufgabe darin, im engen Zusammenhang mit der neuen Reichsleitung für die Ordnung und Sicherheit im Lande und für die Volksernährung zu sorgen. Sie ist dabei angewiesen auf das Verständnis und den guten Willen der Bevölkerung im allgemeinen und insbesondere auf die gewissenhafte Mitarbeit aller Beamten des Staates und der Selbstverwaltungskörperschaften. Alle Beamten, die sich der neuen Regierung zur Verfügung stellen, sind ausdrücklich in ihren Rechten bestätigt und auf ihre Pflichten hingewiesen worden.

Von den zahlreichen Aufgaben, vor die sich das neue, freie Preußen jetzt und in der Zukunft gestellt sieht, seien nur diese hervorgehoben:

Durchführung der uneingeschränkten Koalitionsfreiheit für alle Staatsarbeiter und Beamten. Gründliche Reform der Besoldungs- und Lohnverhältnisse der Arbeiter und Beamten einschließlich der Pensionäre und Altpensionäre, und bis zur endgültigen Regelung die Gewährung ausreichender Teuerungszulagen.

Ausbau aller Bildungsinstitute, insbesondere der Volksschule. Schaffung der Einheitsschule. Befreiung der Schule von aller kirchlichen Bevormundung. Trennung von Staat und Kirche.

Demokratisierung aller Verwaltungskörperschaften. Beseitigung der Gutsbezirke. Völlig gleiches Wahlrecht beider Geschlechter für alle Gemeindevertretungen in Stadt und Land. Entsprechende demokratische Umgestaltung der Kreis- und Provinzialverwaltungskörper.

Raschester Ausbau und Entwicklung aller Verkehrsmittel, insbesondere der Eisenbahnen und Kanäle.

Hebung und Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft. Vergesellschaftung der dazu geeigneten industriellen und landwirtschaftlichen Großbetriebe.

Umgestaltung der Rechtspflege und des Strafvollzugs im Geiste der Demokratie und des Sozialismus. Reform des gesamten Steuerwesens nach den Grundsätzen strengster sozialer Gerechtigkeit.

Es ist eine ernste und schwere Zeit, in der die neue Regierung an ihre Arbeit gehen muß. Bedrückend ist die Fülle der Aufgaben, vor die sie sich gestellt sieht. In den vier Jahren des furchtbaren Krieges haben sich die menschlichen und materiellen Kräfte des Landes erschöpft. Nur durch einmütiges Zusammenstehen des gesamten Volkes kann der Untergang abgewendet werden. Nur so können wir denen, die jetzt aus dem Felde zurückkehren sollen, zwar nicht ihre Leiden und Opfer vergelten, wohl aber die Fortsetzung dieser Leiden ersparen. Nur so können wir das Gespenst des Hungers bannen, das vornehmlich unsere Frauen, Kinder und Kranken schon jetzt auf das schwerste bedroht.

Was wir alle haben wollen: Freiheit, Frieden und Brot, kann nur gesichert werden, wenn das wirtschaftliche Leben in Stadt und Land aufrechterhalten bleibt.

Darum steht zusammen, helft mit zum Wohl des Ganzen!

Berlin, den 13. November 1918.

Die preußische Regierung.

Hirsch, Ströbel, Braun, Eugen Ernst, Haenisch, Adolf Hoffmann.

Dazu bemerkt das „B. T.“:

Bemerkenswert ist es, daß die beiden einzigen bürgerlichen Minister **Fischbeck** und **Spahn** den Aufruf nicht unterzeichnet haben.

Kein Umsturz in den Kommunalverwaltungen.

Berlin, 13. November. Die preußische Regierung (gez. Hirsch, Stroebel) hat an alle Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten folgendes Telegramm gerichtet: In einer Reihe von Stadtgemeinden ist die **Stadtverordnetenversammlung und sind die Deputationen aufgehoben** und an ihre Stelle sind für die gesamte Gemeindeverwaltung die zur Durchführung der Revolution gebildeten Organe gesetzt worden. — Ein derartiges Vorgehen widerspricht den grundlegenden Erlassen der neuen Zentralorgane in Reich und Staat; es gefährdet aufs höchste den ruhigen Fortgang der Volksernährung, der Unterstützung bedürftiger Familien, der Krankenfürsorge und aller sonstigen kommunalen Aufgaben. — Selbstverständlich können grundlegende Änderungen in der Organisation einzelner Gemeindeverwaltungen nur infolge einheitlichen gesetzgeberischen Vorgehens erfolgen. Nachdem am gestrigen Tage der Rat der Volksbeauftragten ein bestimmtes Programm für Wahlen zu öffentlichen Körperschaften vorgesehen hat, bleibt bis zu dessen Durchführung die bisherige Organisation in allen Stadtgemeinden und sonstigen Kommunalverbänden bestehen.

(W. T. B.) **Berlin**, 13. November. (Amtlich.) Aus Anlaß mehrere Einzelfälle hat die Reichsregierung entschieden, daß **Arbeiter- und Soldatenräte nicht befugt** sind, Zahlungen aus Regierungskassen und Kreiskassen anzuweisen und zu erheben, ebenso sind die Arbeiter- und Soldatenräte nicht befugt, bisherige Gebühren selbständig zu erhöhen.

Der Sitz des Vollzugsrates des A.- und S.-Rates.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates hat seinen Sitz im **Herrenhause**, Zimmer 8. Die Tagesbefehle an die Soldaten werden hinfort von einem Mitgliede des Vollzugsrates gegengezeichnet werden. Im **Reichstage** besteht hinfort **kein Soldatenrat** mehr.

Die Befugnisse der Offiziere werden schon in allernächster Zeit neu geregelt werden. In den militärischen Zentralbehörden werden, wie man annimmt, die Offiziere auch weiterhin an beratender Stelle bleiben. In den Regimentern und sonstigen Truppenverbänden denkt man jedoch daran, Soldaten, ohne Rücksicht auf ihren Grad, nur unter Berücksichtigung ihrer Tüchtigkeit und Geeignetheit, zu Kommandeuren zu machen.

Im **Abgeordnetenhaus** bestehen seit gestern Auskunftsstellen: 1. für Delegierte der Soldatenräte der Groß-Berliner Truppenteile; 2. für Angehörige Berliner Truppenteile, die nicht Delegierte von Soldatenräten sind; 3. für Angehörige von nicht Berliner Truppenteilen. Die Beratungsstellen sind im vollen Umfange geöffnet von morgens 8 bis abends 8 Uhr; nachts ist nur beschränkter Betrieb.

Bekanntmachung des Demobilmachungsamts.

Zur Überführung des deutschen Wirtschaftslebens in den Frieden ist eine oberste Reichsbehörde unter der Bezeichnung „Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilmachung" (Demobilmachungsamt) errichtet worden.

Das Demobilmachungsamt gibt folgendes bekannt:

Alle von den deutschen Kriegsministerien, stellvertretenden Generalkommandos, Gouvernements und Kommandanturen erlassenen Bekanntmachungen über die Regelung kriegswirtschaftlicher Verhältnisse (z. B. Beschlagnahmen, Höchstpreiserlasse usw.) bleiben im Interesse der wirtschaftlichen Demobilmachung zunächst in Kraft.

Ihre Abänderung und Aufhebung sowie die nötigen allgemeinen Ausnahmen werden unverzüglich von dem Demobilmachungsamt, Berlin, Verl. Hedemannstr. 10, oder in seinem Auftrag erlassen werden.

Die Kriegs-Rohstoff-Abteilung bleibt bestehen und handelt im Auftrage des Demobilmachungsamtes.

Das Reichsdemobilmachungsamt
Koeth.

Kontrolle der Verwaltungsbehörden.

Die neue preußische Regierung hat folgenden telegraphischen Erlaß an alle Ober- und Regierungspräsidenten gerichtet:

Aus den Kreisen der Verwaltungsbehörden sind Anfragen hierher ergangen, in welchen Formen sich die Zusammenarbeit mit den Arbeiter- und Soldatenräten sowie den etwa entstandenen Bauernräten am zweckmäßigsten vollziehen soll. Auf diese Anfragen ist zu erwidern, daß die **Vertreter des A.- und S.- bzw. Bauernrates als Kontrollinstanz den einzelnen Verwaltungsbehörden, insbesondere also den Oberpräsidien, Regierungen, Landratsämtern zur Seite zu treten haben** und bei allen wichtigeren Verhandlungen zuzuziehen sind. Die Form dieser Zuziehung wird sich vom Standpunkte

gegenseitiger loyaler Unterstützung im einzelnen leicht finden lassen, wenn dabei das Ziel unbedingter Fernhaltung jeder Störung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Auge behalten wird.

Preußische Regierung.
Hirsch. Ströbel.

Der Ernährungsdiktator für Groß-Berlin.

Berlin, 13. November. In allen die **Ernährung von Groß-Berlin** betreffenden Angelegenheiten gelten nur die Anordnungen, die von dem Bevollmächtigten für das Ernährungswesen, Emanuel **Wurm,** unterzeichnet sind. Sonderverordnungen irgendwelcher anderen Stellen sind ungültig.

Berlin, 13. November.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats.
Molkenbuhr. Richard Müller.

Vorstehendes veröffentliche ich mit dem Bemerken, daß hiernach die Mitteilung des Vollzugsausschusses des Soldatenrats, Magistrat und Gemeindebehörde seien verpflichtet, die **Lebensmittelkarten auf Ausweise** von den zuständigen Soldatenräten auszuhändigen, **ungültig** ist. Vielmehr gilt lediglich die von mir erlassene Vorschrift über Lebensmittelkartenausgabe für Soldaten, die an den Säulen angeschlagen ist.

Berlin, 13. November 1918.

Für den Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates.
Der Bevollmächtigte für das Ernährungswesen.
Wurm.

Berlin, 13. November. (W. T. B.)

Für das ausgeschiedene **Mitglied des Vollzugsrates** des Arbeiter- und Soldatenrates **v. Beerfelde** ist das Mitglied des ehemaligen Aktionsausschusses der Groß-Berliner Truppen, Gefreiter Friedrich **Trippe,** in den Vollzugsrat eingetreten.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates.
Molkenbuhr. Richard Müller.

Die Stellung der christlichen Gewerkschaften zur neuen Lage.

Der am 13. November zusammengetretene **Ausschuß** des Gesamtverbandes der christlich-nationalen Gewerkschaften Deutschlands erklärt u. a.:

Mit aller Entschiedenheit fordert der Ausschuß von den derzeitigen Machthabern die unverbrüchliche Hochachtung der demokratischen Grundsätze, die sie zu ihrer eigenen Legitimation anführen und zur Grundlage jeder Regierungsform gemacht wissen wollen.

Die schnelle Einberufung einer **konstituierenden deutschen Nationalversammlung** ist erstes Erfordernis. Die Vorarbeiten dafür sind unverzüglich in Angriff zu nehmen. Die Wahlen zur Nationalversammlung haben nach den Grundsätzen des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts unter Anwendung der Verhältniswahl und Sicherung voller Wahlfreiheit zu erfolgen.

Durchschlagende Maßnahmen sind zu treffen zur **Sicherung der persönlichen Freiheit** und der Ausübung der soeben verkündeten staatsbürgerlichen Freiheiten: der Verkehrs-, Preß-, Rede- und Versammlungsfreiheit sowie der religiösen und staatsbürgerlichen Überzeugung und Betätigung.

Mit der **Verkündung** der staatsbürgerlichen Freiheiten in der Reichshauptstadt ist ihre **Ausübung** weder in Berlin noch im Reiche allgemein gewährleistet.

Gewaltsame Eingriffe Privater in das Eigentum, Unterbindung und Störung von Verwaltung und Justiz, ungesetzliche Beeinträchtigung von Kirche und Schule sind strengstens hintanzuhalten . . .

Den neuen deutschen Volksstaat erwarten wir als ein wahrhaft demokratisches, echt freiheitliches, einheitliches Reich, dessen stärkste Wurzeln in der friedliebenden Gesinnung und in der geistigen und materiellen Arbeitstüchtigkeit des deutschen Volkes liegen, und in dem bei einer **weitgehend sozialisierten** Wirtschaftsordnung nicht mehr die Ware, **sondern der Mensch** im Mittelpunkte des Denkens und Geschehens steht.

Jetzt, wo das deutsche Volk infolge der politischen Umwälzung, der ungünstigen Waffenstillstandsbedingungen und des plötzlichen Zurückflutens der Millionenheere in den nächsten Wochen und Monaten vor den größten und schwierigsten Aufgaben seiner Geschichte steht, **fordern wir unsere Mitglieder und Anhänger in allen Landesteilen auf, sich allen Behörden und derzeitigen Machthabern zur Mitarbeit zur Verfügung zu stellen**, damit wir möglichst bald zu geordneten Zuständen kommen.

In allen Stadt- und Landkreisen werden **Abrüstungsausschüsse** eingesetzt werden müssen, die sich aus Behörden, den Leitern der Arbeitsnachweise und Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen zusammenzusetzen haben, um überall den heimkehrenden Kriegern Arbeits-, Verdienst- und Unterkunftsmöglichkeit zu schaffen.

Besondere Aufmerksamkeit ist dabei den **Kriegsbeschädigten** zuzuwenden.

In den **landwirtschaftlichen Gemeinden und Gemeindeverbänden** sind paritätische Ausschüsse von Landwirten und Landarbeitern zu bilden zur Erfassung aller verfügbaren Nahrungsmittelvorräte und zur Sicherung der weiteren Volksernährung.

Die leitenden Regierungsstellen werden aufgefordert, diese gewaltigen Aufgaben ohne Verzug zu organisieren.

Ohne weitgehende **Mitarbeit aller Gewerkschaften** sind diese Aufgaben nicht zu lösen. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind als Parteiorganisation nicht die geeigneten Körperschaften, die beruflichen Interessen der Arbeiter gegenüber den Unternehmern und der Regierung ausreichend wahrzunehmen. Wir werden jede Regierung bekämpfen, die die Berufsvereine der Arbeiter und Angestellten aller gewerkschaftlichen Richtungen nicht als die maßgebende Vertretung der Arbeitnehmer in sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten anerkennen oder sie gar von der Mitarbeit ausschalten will.

An unsere Mitglieder ergeht die dringende Aufforderung, unter allen Umständen den gewerkschaftlichen Organisationen die Treue zu bewahren.

Achtstunden-Arbeitszeit in den städtischen Betrieben.

Der Magistrat hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen: Die achtstündige Arbeitszeit wird in allen städtischen Betrieben und Anstalten **vom 1. Dezember**

ab eingeführt. Die einzelnen Verwaltungen werden mit der sofortigen Ausführung dieses Beschlusses beauftragt. Soweit im Interesse der Überleitung Ausnahmen geboten sind, unterliegt dies der Beschlußfassung des Magistrats. Für die Güter bleiben besondere Bestimmungen vorbehalten.

Die Spartakusgruppe als selbständige Partei.

Die Konstituierungsversammlung.

Berlin, 13. November. (W. T. B.)

Die **Spartakus-Gruppe**, die bisher der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei angehörte, **beabsichtigt**, sich in einer öffentlichen Versammlung, die am Donnerstag, 14. November, abends in den Sophiensälen in Berlin stattfindet, als **selbständige politische Partei** zu konstituieren. Vermutlich werden als Redner Karl **Liebknecht** und Rosa **Luxemburg** auftreten.

Die „Unabhängigen" an die Internationale.

Berlin, 13. November. (W. T. B.)

Die unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands erläßt folgende **Kundgebung:**

An die Internationale!

Arbeiter! Parteigenossen!

Die große, geschichtliche Tat ist vollbracht, die deutsche Revolution ist nicht mehr bloß ein Gegenstand der Sehnsucht, sie ist lebendige Wirklichkeit geworden!

In wenigen Tagen erhob sich im ganzen Reich die Arbeiterschaft in einmütigem Zusammenwirken mit Soldaten und Matrosen, fest entschlossen, koste es, was es wolle, die drückende Gewaltherrschaft abzuwerfen. In kühnem Sturmlauf, die prächtigen Mannschaften der Marine voran, bemächtigte sich das arbeitende Volk Deutschlands der Regierungsgewalt.

Sicherung des Friedens, Wiederaufrichtung der zerstörten Volkswirtschaft, Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, das sind jetzt unsere großen Aufgaben. Unser Volk blutet aus unzähligen Wunden, die die verbrecherische Politik der besitzenden Klassen und ihrer Regierungsmänner geschlagen haben. Nur durch Zusammenfassung aller Kräfte kann es gelingen, auf den Trümmern eine neue Welt, eine Welt der Freiheit und Brüderlichkeit entstehen zu lassen.

Der harte Waffenstillstandsvertrag erschwert dieses Werk ungemein. Die deutschen Politiker, die dem schmachvollen Frieden von Brest-Litowsk zustimmten, haben kein Recht, sich zu beklagen, daß die Entente sie in gleicher Weise behandelt. Wir aber haben mit der ganzen Wucht, die uns unsere internationale sozialistische Gesinnung verleiht, diesen Friedensvertrag, ebenso wie den von Bukarest, bekämpft. Blutenden Herzens empfanden wir damals, daß wir noch nicht stark genug waren, diese Gewaltakte zu verhindern. Aber das Verlangen, das Unrecht wieder gutzumachen, stärkte unsere Kraft bis zur höchsten, revolutionären Energie. Jetzt, wo die Welt vom Alpdruck des preußisch-deutschen Militarismus befreit ist, ist es an Euch, den Kampf zu führen gegen

die Gewaltpolitik in Euren Ländern, zu verhindern, unsere Revolution zu ersticken, den Keim für neue Kriege zu legen. Wir beugen uns heute der Not der Stunde, wenn wir auch die drückendsten Bedingungen, die uns auferlegt werden, annehmen.

Wir appellieren aber an Eure Klassensolidarität, an Euer Gerechtigkeitsgefühl, an Eure sozialistische Gesinnung. Und wir sind gewiß, Ihr werdet Eure Macht so stärken, daß eine Vergewaltigung von Brüdern nicht mehr stattfinden kann. Folgt Ihr uns, dann hat die Stunde des Kapitalismus in der ganzen Welt geschlagen.

Es lebe der internationale Sozialismus!
Die Solidarität aller Völker!

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Ernst Däumig. Wilhelm Dittmann. Hugo Haase. Adolf Hofer. Gustav Laukant. Georg Ledebour. Robert Wengels. Luise Zietz.

Die Stellung der Parteien.

Im Namen der konservativen Parteileitung bittet Abg. **v. Heydebrand** in der „Kreuzztg." seine Parteifreunde, „trotz der Bitterkeit und Sorge, die jetzt ihr Herz erfüllt, der furchtbaren Notlage des Vaterlandes eingedenk, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die auf Erhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit des Lebens und des Privateigentums gerichteten Bestrebungen der gegenwärtigen Regierung zu unterstützen. Insbesondere bitte ich alle Parteifreunde, daß sie in diesen schweren Tagen und Wochen, selbst mit den größten eigenen Opfern, die Ernährung des Volkes, von der jetzt alles abhängt, durch Abgabe und Bereitstellung dessen, was der einzelne nur irgend zu leisten vermag, sichern helfen."

Die „Germania" veröffentlicht Kundgebungen der **Zentrumsfraktionen** des Reichstages und des Abgeordnetenhauses, in denen es heißt:

Wir beanspruchen feierlich Achtung und Gleichberechtigung unserer Grundsätze. Wir machen Gebrauch von dem Rechte der Freiheit des Wortes und dem Versammlungsrecht. Die Zentrumspartei wird alle, die sich zu ihren Grundsätzen bekennen, im entscheidenden Augenblick an die Wahlurne rufen. Heute aber gilt es, für Ruhe, Sicherheit und Ordnung im Lande zu arbeiten, um die geregelte Führung der Staatsgeschäfte zu ermöglichen. Dabei muß jedem die Wahrung seiner politischen und religiösen Überzeugung gesichert sein. Wir bitten unsere Parteifreunde im ganzen Lande: Beratet die Lage! Bereitet die Wahlen vor! Klärt auf **und belehrt die Frauen!**

In der Kundgebung der Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses heißt es:

Die gegenwärtige Zeit verlangt, wie von jedem Staatsbürger, so auch von uns in Preußen, daß wir alles tun, um Ruhe und Ordnung im Staats- und Wirtschaftsleben aufrechtzuerhalten, damit Hungersnot und Blutvergießen ferngehalten werden.

Der Arbeiter- und Soldatenrat an die Entente.

Der **Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats** hat folgenden **Aufruf** an die **Völker Frankreichs, Italiens, Englands und Amerikas** gerichtet:

Vier Jahre lang hat der Weltkrieg die Völker in zwei feindliche Lager geschieden. Millionen von Menschenleben sind vernichtet worden, Kulturgüter ohne Zahl sind der Zerstörung anheimgefallen. In allen Völkern lebt die brennende Sehnsucht nach **Frieden.** In **Deutschland** waren es die **Militärkaste** und die **herrschenden Gewalten,** die in den Krieg hineingetrieben haben und die in unersättlicher Eroberungsgier **von Frieden nichts wissen wollten.** Mit eisernem Zwange hielt die Militärdiktatur das deutsche Volk im Innern im Bann. Unter unsäglichen Opfern und Verfolgungen hatten die zu leiden, die den Kampf für Frieden und Freiheit auf ihre Fahne geschrieben hatten.

Der Übermut und die Herrschsucht der Herrschenden drohte das deutsche Volk der vollständigen Vernichtung zu überliefern. In letzter Stunde raffte es sich auf und warf das unerträgliche Joch von sich. Die Arbeiter und Soldaten waren es, die in wenigen Tagen der **fluchbeladenen Hohenzollernherrschaft und dem ganzen dynastischen System Deutschlands** ein Ende machten. Die Arbeiter und Soldaten waren es, die die Militärdiktatur zerschmetterten und die Regierung beseitigten, die die Verantwortung für die Kriegspolitik Deutschlands trug. Arbeiter und Soldaten sind es, die die Freiheit Deutschlands erkämpft haben.

Arbeiter und Soldaten sind es, die dringend den Frieden haben wollen. Die anderen Völker haben von dem freiheitlichen Deutschland nichts mehr zu befürchten. Wie die Gewaltpolitik im Innern, so soll auch die Gewaltpolitik nach außen in Deutschland für immer dahin sein. Niemals wieder soll der deutsche Militarismus sein Haupt erheben. Ein friedliches Zusammenleben der Völker, ein allen ersprießlicher Wirtschaftsverkehr, ein auf dauerndem Frieden und wirklicher Freiheit aufgebauter **Völkerbund** ist das Ziel der deutschen Arbeiter und Soldaten.

Die Wiederherstellung des aus tausend Wunden blutenden Deutschlands, die Neuordnung seines Wirtschafts- und Staatslebens, die Erlösung des Volkes von Hunger, Entbehrungen und anderen Nöten kann aber nicht geschehen, wenn ihm von den Regierungen der Entente **unerträglich harte Waffenstillstands- und Friedensbedingungen** auferlegt werden. Wir appellieren daher an das Gerechtigkeits- und Solidaritätsgefühl der uns bisher feindlichen Völker und **reichen ihnen über die Schützengräben hinweg die Bruderhand.** Wir bitten sie, bei ihren Regierungen selbst zu wirken, daß das deutsche Volk nicht völlig zum Hungertode und politischer Ohnmacht verurteilt werde.

Wir bitten die Völker, mit ihrer ganzen Kraft dafür einzutreten, daß der Friede, der da kommt, ein Friede brüderlicher Verständigung ohne jede Eroberungen und Unterdrückungen werde, ein Friede, der jedem Volke das Recht der Selbstbestimmung und der freiheitlichen Entwicklung läßt.

Ihr Arbeiter Frankreichs, Englands, Italiens usw. habt oft versprochen, daß ein solcher Friede euer Ziel sei. Laßt jetzt euer Versprechen zur Tat werden. Tretet dafür ein, daß die Waffenstillstandsbedingungen, die Deutschland dem wirtschaftlichen Ruin und dem völligen Hungertode preisgeben, gemildert werden. Tretet dafür ein, daß ein Friede zustande kommt, der den Aufbau einer neuen glücklicheren und friedlicheren Welt ermöglicht. Ein Friede, der künftiges Völkermorden unmöglich macht.

Als Vertreter des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte erheben wir unsere Stimme und bitten euch, dafür einzutreten, daß das deutsche Volk

durch eure Regierungen **nicht zu einem Sklavendasein** verurteilt wird. Wir haben uns unsere Freiheit im Innern erkämpft und wollen in Zukunft im Rate der Völker als gleichberechtigte Mitarbeiter sitzen.

Es lebe der Friede! Es lebe die Freiheit!

Es lebe der internationale revolutionäre Sozialismus!

Berlin, den 14. November 1918.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats:
Brutus Molkenbuhr. Rich. Müller.

Die Besetzung der Reichsämter.

Berlin, 14. November. Amtlich. Nach dem Beschluß des Rates der Volksbeauftragten sind die Reichsämter wie folgt besetzt worden: Auswärtiges Amt **Dr. Solf**, Reichsschatzamt **Schiffer**, Reichswirtschaftsamt Dr. August **Müller**, Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation **Dr. Koeth**, Kriegsernährungsamt Emanuel **Wurm**, Reichsarbeitsamt **Bauer**, Kriegsministerium **Scheüch**, Reichsmarineamt **v. Mann**, Reichsjustizamt **Dr. Krause**, Reichspostamt **Rüdlin**. — Ferner gehören den Reichsämtern als **Unterstaatssekretäre** an: Auswärtiges Amt **Dr. David**, Kriegsernährungsamt Robert **Schmidt**, Reichsarbeitsamt **Giesberts**. Als Beigeordnete werden den Staatssekretären zur Seite gegeben: Auswärtiges Amt **Karl Kautsky**, Reichsschatzamt **Eduard Bernstein**, Reichswirtschaftsamt **Dr. Erdmann**-Köln, Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation **Büchner** und **Schumann**, Reichsarbeitsamt **Jaeckel**, Kriegsministerium **Göhre** und **Däumig**, Reichsmarineamt **Noske** und **Vogtherr**, Reichsjustizamt **Dr. Oskar Cohn**.

Staatssekretär **Erzberger** wird gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt die Friedensverhandlungen einleiten.

Wegen der Besetzung des Reichsamts des Innern schweben noch Verhandlungen.

Die Ressortminister erledigen ihre Aufgaben nach den allgemeinen Anweisungen der **Reichsleitung**.

Die Unabhängige sozialdemokratische Partei hat eine Anzahl für sie offen gehaltener preußischer Regierungsstellen besetzt. Als Mitglied ist in das preußische Kabinett der Berliner Rechtsanwalt **Dr. Kurt Rosenfeld** eingetreten. Unterstaatssekretär im preußischen Ministerium des Innern wird der Schriftsteller **Dr. Rudolf Breitscheid**.

Der Oberste Soldatenrat der Ostseestation gegen die Reichsregierung.

Kiel, 14. November.

Hier wird ein Flugblatt verbreitet, in dem es u. a. heißt:

„Der ‚Oberste Soldatenrat der Ostseestation‘ kann nicht verhehlen, daß der Erlaß des Reichsmarineamts, betreffend **Einsetzung der Offiziere in ihre Dienststellen** mit Befehlsgewalt, starke Beunruhigung und Erbitterung in der Marine hervorgerufen hat. Die Marinemannschaft mit ihren Vertrauensleuten und Obmännern, vertreten durch den ‚Obersten Soldatenrat der Ostseestation‘, stellen sich einmütig auf den Standpunkt, nicht nur als Beratende der die Befehlsgewalt innehabenden Offiziere wirken zu können, sondern erwarten von der Regierung, daß sie nachstehenden Antrag bald wohlwollend prüfen und antragsgemäß erledigen möge:

‚Dem Obersten Soldatenrat der Ostseestation **als Träger der Macht** werden zur sachgemäßen Durchführung der für die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen erforderlichen Maßnahmen, wie bisher mit den entsprechenden Dienststellen, **Offiziere als technische und militärische Berater** zur Seite gestellt.‘

Unter besonderer Berücksichtigung, daß gerade Kiel als Grundstein der Umwälzung mit gutem Beispiel und Einigkeit voranging und in politischer Beziehung vorbildlich und mustergültig gewesen ist, darf der ‚Oberste Soldatenrat der Ostseestation‘ sich wohl der Erwartung hingeben, daß die Regierung ihm vollständiges Vertrauen zu allen seinen Anordnungen und Machtbefugnissen geben kann, hingegen durch eine andere Stellungnahme der Regierung der Standpunkt der Marine von dieser gänzlich isoliert würde. Sofern die Regierung wider Erwarten auf vorerwähntem Standpunkt beharren sollte, kann seitens der Marine, vertreten durch den ‚Obersten Soldatenrat der Ostseestation‘, nicht mehr volle Garantie für die weitere Aufrechterhaltung vollständiger Ruhe und Ordnung übernommen werden.

‚Der Oberste Soldatenrat der Ostseestation‘.

* Der vorstehende Protest ist durch Flugblatt dem Reichskanzler zugestellt worden.

Die Neugestaltung der Berliner Polizei.

Über eine Neuordnung der Berliner Polizei wurde der Presse folgendes mitgeteilt: An die Spitze des Berliner Polizeipräsidiums ist der Abg. **Eichhorn** als Volkskommissar für öffentliche Sicherheit getreten. Von den bisherigen Beamten der Berliner Polizei haben alle ohne Ausnahme sich bereit erklärt, ihre bisherigen Funktionen weiter auszuüben. Die Aufgabe der Polizei, für die öffentliche Sicherheit zu sorgen, hat naturgemäß keine Veränderung erfahren. Jedoch haben sich im einzelnen einige Neuordnungen als erforderlich erwiesen.

Die **Dezentralisation in Bezirksämtern,** wie sie schon vor einiger Zeit geschaffen worden ist, hat sich bewährt und soll auch in Zukunft bestehen bleiben. Innerhalb der Zentralabteilung ist jedoch die **politische Abteilung sofort aufgelöst** worden. Eine politische Polizei, die die Aufgabe hatte, politisch Verdächtige zu überwachen, wird es also in Zukunft nicht mehr geben. Geblieben ist lediglich die Abteilung für Ausländerwesen, die das Paßwesen und dgl. zu verwalten hat. Sie ist der Abteilung I zugewiesen. Im übrigen bleibt die Verwaltung des Polizeipräsidiums im allgemeinen dieselbe.

Die militärischen **Dienstbezeichnungen in der Schutzmannschaft** des Landespolizeibezirks Berlin sind aufgehoben worden. Der Polizeioberst erhält die Amtsbezeichnung **Polizeidirektor,** die Polizeimajore und Polizeihauptleute **Oberkommissare,** und die Polizeileutnants die Amtsbezeichnung **Polizeikommissare.** Die Achselstücke an der Dienstbekleidung der Beamten kommen in Fortfall. Die Polizeiwachtmeister behalten ihre Bezeichnung, der Schutzmann heißt fortan **Polizeiwachmann.**

Neu geschaffen wurde ein **Fremdenamt.** Bisher übte die Aufsicht über den Fremdenverkehr die Gasthofs-polizei aus. Es wird Hand in Hand mit dem Einwohnermeldeamt arbeiten. Die Gasthöfe haben die neu angekommenen Fremden

* Siehe Seite 233.

auf Zetteln anzumelden. Diese Zettel gehen dem Fremdenamt zu, wo sie bearbeitet werden.

Ferner sind neu geschaffen: ein Sicherheitsausschuß, ein Verpflegungsausschuß für Militär, sowie ein Vertreter des Präsidenten in Angelegenheiten des Arbeiter- und Soldatenrates. Das Verhältnis zwischen **Polizeipräsidium und den Vororten** soll noch geregelt werden.

Um das Vertrauen des Publikums zur Polizei zu heben, ist ferner die Einrichtung von **Vertrauensmännern** bei den einzelnen Polizeistationen geschaffen worden. Vorläufig werden diese Vertrauensmänner vom Präsidenten ernannt, sollen aber später von der Bevölkerung gewählt werden. Ihre Aufgabe wird es sein, allen, die mit dem Polizeirevier zu tun haben, mit Rat zur Seite zu stehen, sowie bei Konflikten vermittelnd einzugreifen. Die ausübende Befugnis wird jedoch nach wie vor in den Händen des Reviervorstandes verbleiben.

Polizeipräsident Eichhorn teilte ferner mit, daß es sein Bestreben sei, **ein festes Vertrauensverhältnis** zwischen Bürgerschaft und Polizei herzustellen. Die Polizei sei nicht mehr dazu da, das Publikum zu bevormunden, sondern nur dazu, für Ordnung und Sicherheit zu sorgen. Auf diese Befugnisse werde sich die Polizei in Zukunft zu beschränken haben. Reformen würden noch angestrebt nach verschiedenen Richtungen, so besonders in der Sittenpolizei und für die Gesundheitspolizei. Die Zurückziehung der Militärpatrouillen, die heute der Polizei beigegeben seien, würde sich bald ermöglichen lassen. Dann ließe sich allerdings die heutige Waffenlosigkeit der Polizeiorgane nicht beibehalten; jedoch sei erwogen, sie mit minder gefährlichen Waffen, wie z. B. Polizeiknüppeln nach englischem Muster, auszugestalten.

An die Einwohner und Soldaten Groß-Berlins.

Sämtliche Ausweise, die von Behörden und Soldatenräten ausgestellt sind, erkläre ich auf Grund der mir vom Vollzugsausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte erteilten Vollmacht für **ungültig.** Gültigkeit haben nur noch Ausweise, die von der **Kommandantur** Berlin ausgestellt sind. Diese Ausweise müssen den **Kommandanturstempel** haben und mit meiner **Unterschrift** versehen sein.

Behörden und öffentliche Gebäude müssen ihrerseits Ausweise ausstellen, die von der Kommandantur zu stempeln sind.

Den **Plünderungen** wird mit allem Nachdruck entgegengetreten werden, und ist in jedem Falle die Kommandantur — Abt. I — von erfolgten und beabsichtigten Plünderungen zu benachrichtigen, die sofort Abhilfe schaffen wird. Stärkere Militärwachen werden baldigst in den einzelnen Stadtbezirken eingerichtet und die Wachtlokale der Bevölkerung bekanntgegeben.

Alle Soldaten der Garnison Groß-Berlin haben sich bei ihrem Ersatztruppenteil in Listen eintragen zu lassen, um den vielen Anforderungen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nachkommen zu können.

Die Einwohner Groß-Berlins bitte ich, augenblicklich gegen Plünderer gemeinsam vorzugehen und zu handeln.

Der erste Kommandant der Stadt Berlin.

Otto Wels, M. d. R.

An die Soldaten.

Der **Kommandant von Berlin,** Wels, erläßt folgende Bekanntmachung:

Soldaten, Achtung!

Eure Entlassung in die Heimat erfolgt durch die Ersatztruppenteile. Es ist unbedingt erforderlich, daß ihr euch sofort dahin begebt, um eure Entlassung zu beschleunigen. Der Standort des Ersatztruppenteils ist beim stellv. Generalkommando des Gardekorps zu erfragen.

Rückständige Gebühren und alle sonstigen Forderungen können nur beim Ersatztruppenteil erledigt werden.

Fahrscheine zum Ersatztruppenteil werden auf der Kommandantur des Bahnhofs ausgestellt, von welchem ihr abfahrt.

Die Archive auf!

Die „Deutsche Zeitung", das Organ der Alldeutschen, verlangt die Öffnung der Archive, um **die Frage der Schuld am Kriege zu klären.**

„In jedem Falle", schreibt das Blatt, „ist der Augenblick der Sache günstig. **Die gegenwärtigen Gewalthaber haben auf niemand Rücksicht zu nehmen.** So bringen wir ihnen die rücksichtslose Veröffentlichung der mit dem Ursprung des Krieges in Verbindung stehenden Aktenstücke in Vorschlag."

Eine Versammlung der Spartakus=Gruppe.

(Bericht für das „Berliner Tageblatt".)

Eine konstituierende Versammlung der Spartakus=Gruppe sollte Meldungen zufolge gestern abend in den Sophiensälen stattfinden. In Wirklichkeit schien nur die Beratung von **Richtlinien** im engeren Kreise vorgesehen gewesen zu sein. Man hatte zu diesem Zweck auch nur einen kleinen Saal gemietet. Die Ankündigung der Versammlung durch die Presse hatte jedoch bewirkt, daß große Massen herbeigeströmt waren und noch ein zweiter Saal in Anspruch genommen werden mußte. Weder Liebknecht noch Rosa Luxemburg, die als Redner genannt waren, waren erschienen. Die Redner des Abends beschränkten sich auf rein agitatorische Ausführungen, die sich namentlich gegen die „Scheidemänner" richteten.

Für eine republikanisch=demokratische Partei.

Eine Entschließung der Fortschrittler Groß=Berlins.

Der Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei, der gestern stattfand, nahm nach einem einleitenden Bericht des Abgeordneten **Fischbeck** nachfolgende **Entschließung** an:

„Der Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei für Groß=Berlin fordert die Parteigenossen auf, die Bestrebungen zur **Aufrechterhaltung eines geordneten Staats= und Wirtschaftslebens** bereitwillig zu unterstützen, zugleich mit dem Entschluß, bei der Neuordnung der politischen Verhältnisse die **volle Gleichberechtigung** aller Volksschichten tatkräftig zu wahren. Der Parteitag verlangt die schleunige Einberufung einer in freier und unbehinderter Abstimmung von Männern und Frauen zu wählenden **Nationalversammlung,** die über die Grund-

fragen der staatlichen Neuordnung zu entscheiden hat. Der Parteitag erachtet als unabweisbares Gebot der neuen Zeit die Bildung einer **großdeutschen,** auf demokratischem und republikanischem Boden stehenden **Partei,** die sich zur Aufgabe setzt, die **Reichseinheit** zu schirmen und die politischen Grundsätze und Ziele des **freiheitlichen Bürgertums** in Stadt und Land zur Geltung zu bringen. Er ersucht die Parteileitung der Fortschrittlichen Volkspartei, unverzüglich mit den in Betracht kommenden Parteiorganisationen und den auf das gleiche Ziel gerichteten Bestrebungen in Verbindung zu treten, um den **Zusammenschluß** aller freiheitlich Gesinnten zum Aufbau und Ausbau des Staatswesens in wahrhaft demokratischem Geiste herbeizuführen."

Der Parteitag wählte einen **Aktionsausschuß,** der die Bildung von **Bürgerausschüssen** in Groß-Berlin vornehmen soll.

Der Reichsausschuß der Zentrumspartei.

Vor der Einberufung.

In einer Beratung der in Berlin anwesenden Mitglieder der Zentrumsfraktionen des Reichstags und des Abgeordnetenhauses wurde beschlossen, einen **Ausschuß** zu bilden, der die Aufklärungstätigkeit im Lande in die Wege leiten soll. Der Vollzugsausschuß besteht aus den Herren **Dr. Pfeifer** für die Reichstagsfraktion, Professor **Wildermann** für die Landtagsfraktion und **Dr. Fortmann** für die Presse. Der Ausschuß hat zunächst die **Einberufung des Reichsausschusses der Zentrumspartei** angeregt. Zu den Beratungen werden auch Vertreterinnen von Frauenverbänden zugezogen werden.

Demobilmachung.

teilt mit: Die von den stellvertretenden Generalkommandos, den Festungsgouvernements und Festungskommandanten erlassenen Bekanntmachungen betreffend die **Meldepflicht der Arbeitsnachweise über Arbeitsgesuche und offene Stellen** bleiben zunächst im Interesse der wirtschaftlichen Demobilmachung **in Kraft.** Die Zentralauskunftsstellen haben ihre bisherige Tätigkeit fortzusetzen.

Auf Grund des Erlasses des Rats der Volksbeauftragten über die Errichtung des Demobilmachungsamtes vom 12. November 1918 wird verordnet:

1. Allen Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten, die innerhalb des Verwaltungsbezirks des Verbandes Groß-Berlin am 9. und 11. November 1918 die Arbeit eingestellt haben, ist der Lohn für diese Tage zu zahlen.

2. Allen Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten, die gegenwärtig in den Arbeiterräten der einzelnen Betriebe tätig sind, ist für diese Tätigkeit der bisherige Lohn weiterzuzahlen.

Berlin, den 14. November 1918.

Demobilmachungsamt. **Koeth.**

Achtstundentag und Tarifkündigung der Brauereiarbeiter.

Am Donnerstag faßte eine sehr stark besuchte Versammlung der Brauereiarbeiter nach einem Referat ihres Kollegen **Tröger** einstimmig folgenden Beschluß:

„Da durch die Beendigung des Krieges und der folgenden Demobilisierung des Heeres ein Überangebot von Arbeitskräften eintreten wird, ist eine **sofortige Herabsetzung der Arbeitszeit auf höchstens acht Stunden** unbedingt erforderlich und werden die Organisationsvertreter beauftragt, sich unverzüglich mit den Arbeitgebern in Verbindung zu setzen.

Weiter beschließen die Versammelten, die geltenden **Tarifverträge beim nächsten Ablauf zu kündigen.**"

Die Tarifkündigung begründete der Referent damit, daß während der Kriegsjahre verschiedene Änderungen im Arbeitsverhältnis eingeführt worden seien, die nur als Kriegsmaßnahmen gedacht seien und deshalb einer endgültigen Regelung durch den Tarifvertrag bedürfen. Auch der Tariflohn sei noch der Lohn der Friedenszeit, der durch Teuerungszulagen um 33 Mark erhöht sei, aber mit einer Frist von drei Monaten gekündigt werden könne. Der Tariflohn müsse also den Kosten der Lebenshaltung entsprechend ebenfalls fest geregelt werden.

Die Löhne im Friseurgewerbe

für feste Stellung, unterliegen bis auf weiteres noch der freien Vereinbarung, doch ist mit Rücksicht auf die Preiserhöhung eine entsprechende Lohnerhöhung zu fordern. Bezüglich der Aushilfelöhne beschloß der Zweigverein Berlin mit Wirkung ab 15. November folgende Sätze: Für Sonnabend und Sonntag, von Sonnabend früh 8 Uhr ab, 24 M.; von Sonnabend 2 Uhr ab 19 M.; von 5 Uhr ab 15 M.; für einen Sonnabend von 2 Uhr ab 10 M.; für einen Sonntag 9 M.; für einen Wochentag 10 M.; für einen halben Wochentag bis 2 Uhr oder von 2 Uhr ab 6 M.; für einen Abend von 5 Uhr ab 4 M.; für Feiertage wie Bußtag 8 M. Sonntags darf nicht nach 12 Uhr, Sonnabends nicht nach 9 Uhr und an Wochentagen nicht nach 8 Uhr gearbeitet werden. — Die aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Mitglieder werden ersucht, sich sofort im Bureau, Engelufer 15 III, Zimmer 59, anzumelden.

Konventionalstrafe bei Nichtwiederannahme zurückkehrender Angestellter.

Der geschäftsführende Ausschuß des Verbandes Deutscher Damen- und Mädchenmäntelfabrikanten, welcher bereits am 29. April 1918 durch Rundschreiben seinen Mitgliedern dringend empfohlen hatte, alle am 1. August 1914 bei ihnen beschäftigt gewesenen und jetzt aus dem Felde zurückkehrenden Angestellten grundsätzlich zunächst wieder anzunehmen, hat in seiner Sitzung am 13. November beschlossen, in einer sofort einzuberufenden Mitgliederversammlung die Mitglieder gegen Konventionalstrafe zu verpflichten, diesem Rundschreiben nachzukommen.

Die Speisungen in Berlin.

Nach Vereinbarung mit den **Magistraten Berlins** treten am 12. November d. J. folgende Bestimmungen in Kraft:

Die Berliner Volksspeisung soll hinfort in weiterem Umfange als bisher der Berliner Bevölkerung Dienste leisten. Neben dem **Mittagessen,** auf dessen Verbesserung ständig hingewirkt werden wird, soll auch noch eine **dicke Abendsuppe** verabfolgt werden. Die Ausgabezeiten bleiben für das Mittagessen wie bisher von $^1/_2$12 bis $^1/_2$2 Uhr, für die Abendsuppe werden sie vorläufig auf die Zeit von 6 bis

$7^1/_2$ Uhr festgesetzt. Die beiden Küchen Sellerstr. 16/31 und Markthalle Luisenufer werden wieder in Betrieb gesetzt. Die Zahl der Ausgabestellen wird im Bedarfsfalle vermehrt werden. Abendsuppe wird vorläufig in folgenden Ausgabestellen verabfolgt:

Treskowstr. 11, Greifenhagener Str. 20, Landsberger Allee 59, Memeler Str. 24/25. Höchste Str. 34/35, Ravenéstr. 12, Müllerstr. 158/159, Zentralmarkthalle Rochstr., Gartenstr. 107, Waldemarstr. 77, Reichenberger Str. 131/132, Luisenufer 15/16, Alte Jakobstr. 127, Bremer Str., Rostocker Str. 32, Tempelhofer Ufer 20, Genthiner Str. 4, Graunstr. 11, Pasteurstr. 5, Rigaer Str. 81/82, Langestr. 76, Sellerstr. 16/31, Böttgerstr. 13, Müllerstr. 48, Niederwallstr. 6/7, Naglerstr. 3, Dieffenbachstr. 151, Schmidstr. 30, Markthalle Arminiusplatz, Alt-Moabit 23, Mittenwalder Str. 34/37, Culmstr. 15.

Auch die Zahl der Ausgabestellen für Abendsuppe wird im Bedarfsfalle sogleich erhöht werden.

Die **Anmeldung** für das **Mittag**essen kann täglich während der Ausgabezeit **für den nächsten Tag erfolgen.** Sie wird **auch noch für denselben Tag** vormittags von 8 bis 10 Uhr angenommen. Soweit die Einrichtungen es ermöglichen, wird auf diese Anmeldungen ein Essen nachgeliefert, aber zu einer späteren von der Verwaltung festzusetzenden Zeit. Für das **Abend**essen wird von einer Voranmeldung abgesehen. Neben diesem neuen Verfahren ist die bisherige Art der wöchentlichen Voranmeldung mit oder ohne Vorausbezahlung des Mittagessens auch weiterhin zulässig; sonst ist das Essen täglich bei Empfang mit 50 Pf. für die Literportion Mittagessen und 40 Pf. für die Literportion Abendessen zu bezahlen. Halbe Portionen kosten die Hälfte. Das Essen, das an Ort und Stelle sogleich verzehrt werden soll, wird in Leihnäpfen (ohne Pfand) verabreicht: Löffel sind mitzubringen, können aber auch gegen Pfand geliehen werden. Bei der Anmeldung sind nach Vorschrift des Kriegsernährungsamtes für jede Literportion und für jeden Tag, gleichviel, ob Fleisch oder Kartoffeln in dem Essen enthalten sind oder nicht, je ein Abschnitt der Fleisch- und der Kartoffelkarte, für jede halbe Portion je ein halber Abschnitt der beiden Karten abzugeben. Für die Abendsuppe wird nur ein Abschnitt der Kartoffelkarte (für eine halbe Portion ein halber Abschnitt beansprucht, wenn in dem Essen Kartoffeln verabreicht werden. Ohne Abgabe von Kartenabschnitten darf Essen weder an Zivil- noch an Militärpersonen abgegeben werden.

Berlin, den 14. November 1918.

Für den Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats:
Der Bevollmächtigte für das Ernährungswesen:
gez.: **Emanuel Wurm.**

Bekanntmachung.

Berlin, 15. November.

Um umlaufenden Gerüchten entgegenzutreten, erklärt die Reichsregierung:

1. **Wir beabsichtigen nicht eine Beschlagnahme von Bank- und Sparkassenguthaben, von Vorräten an Geld- oder Banknoten oder Wertpapieren oder sonstigen offenen oder geschlossenen Depots vorzunehmen.**

2. **Wir beabsichtigen nicht, die Zeichnungen auf die 9. Kriegsanleihe oder die Kriegsanleihen überhaupt für ungültig zu erklären oder in ihrer Rechtsgültigkeit anzutasten. Die Regierung beabsichtigt jedoch die großen Vermögen und Einkommen auf das schärfste zur Deckung der Ausgaben heranzuziehen.**

3. **Die Gehalts-, Pensions- und sonstigen Rechtsansprüche der in öffentlichen Diensten stehenden Beamten und Angestellten, der Offiziere und der anderen Personen des Soldatenstandes, der Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen dieser Personen bleiben völlig unberührt und weiterhin in Kraft.**

Der Rat der Volksbeauftragten.
Ebert. Haase.

Kriegssteuersicherungsgesetz für das fünfte Kriegsgeschäftsjahr.

Eine Verordnung über Sicherung der Kriegssteuern vom 15. November 1918 besagt:

Die Reichsregierung bestimmt mit Gesetzeskraft, was folgt:

Die Vorschriften in § 2 flg. des Gesetzes über Sicherung der Kriegssteuer vom 9. April 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 351) werden auf das fünfte Kriegsjahr mit der Maßgabe ausgedehnt, daß die Gesellschaften in die Kriegssteuerrücklage 80 vom 100 des im fünften Kriegsgeschäftsjahr erzielten Mehrgewinns einzustellen haben.

Das erste Kriegsgewinnsteuer-Sicherungsgesetz bestimmte, daß 50 v. H. des Mehrgewinnes in eine zu bildende Sonderrücklage einzustellen waren, das zweite Kriegssteuer-Sicherungsgesetz sah eine Kriegssteuerrücklage von 60 v. H. des im 4. Kriegsgeschäftsjahr erzielten Mehrgewinnes vor. Das Gesetz über die Steuersicherung aus dem Ertrage des 5. Kriegsgeschäftsjahres sieht 80 v. H. als Rücklage aus dem Mehrgewinn vor, so daß also damit zu rechnen ist, daß durch das kommende Kriegssteuergesetz bis zu vier Fünftel des Mehrgewinnes als Steuer abzuführen sein werden.

Das Abgeordnetenhaus aufgelöst, das Herrenhaus beseitigt.

Berlin, 15. November. In Übereinstimmung mit einem Beschlusse des Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrats verordnen wir was folgt:

Das Haus der Abgeordneten wird hierdurch aufgelöst.

Das Herrenhaus wird beseitigt.

Berlin, den 15. November 1918.

Die preußische Regierung.

gez. Hirsch. Ströbel. Braun. E. Ernst. Ad. Hoffmann. Dr. Rosenfeld.

Dazu bemerkt der **„Vorwärts“:**

So finden endlich jene beiden Rumpelkammern das verdiente Ende: **in Schmach davongejagt!**

Umstellung der Geschichtswissenschaft.

(Amtlich.) Berlin, 15. November.

Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat folgenden Erlaß an die Provinzialschulkollegien und Regierungen gerichtet:

1. Wo bisher der Geschichtsunterricht mit anderen Lehrfächern dazu mißbraucht wurde, Volksverhetzung zu betreiben, hat solches in Zukunft unbedingt zu unterbleiben, vielmehr einer sachgemäßen kulturhistorischen Belehrung Platz zu machen. Alle tendenziösen und falschen Belehrungen über den Weltkrieg und dessen Ursachen sind zu vermeiden.

2. Aus den Schulbibliotheken sind alle Bücher zu entfernen, welche den Krieg an sich verherrlichen.

3. In keinem Unterrichtsfache sind seitens der Lehrkräfte abfällige oder entstellende Bemerkungen über die Ursachen und Folgen der Revolution sowie der gegenwärtigen Regierung zu äußern, welche geeignet sind, bei der Schuljugend das Ansehen und die Errungenschaften dieser Volksbefreiung herabzuwürdigen.

4. Es hat seitens der Schulleiter und Lehrer im Verkehr mit der Jugend alles zu unterbleiben, was geeignet ist, die Stimmung zu einer Gegenrevolution (besonders auf dem flachen Lande) zu schüren, da solches Vorgehen im jetzigen Augenblick die größte Gefahr eines Bürgerkrieges für unser Volk in sich birgt.

5. Bis zum Erlaß über Trennung von Schule und Kirche sind Kinder von Dissidenten und solchen Andersgläubigen, für die ein Religionsunterricht im jetzigen Schulplan nicht vorgesehen ist, auf Antrag der Erziehungsberechtigten ohne jeden weiteren Nachweis vom Religionsunterricht zu befreien.

Die Koalitionsfreiheit unter der neuen Regierung.

Das **„Berliner Tageblatt“** v. 15. 11.:

1. In der Theorie:

An alle Eisenbahnbeamten und -Arbeiter!

Allen Staatsbeamten und Staatsarbeitern ist das Recht unbeschränkter Koalitionsfreiheit gewährleistet. Es ist daher jeder Versuch zu unterlassen, zugunsten einzelner Verbände **gewaltsam und mit Drohungen** Propaganda zu machen.

Berlin, den 15. November 1918.

Die preußische Regierung.
Hirsch. Ströbel. Braun.
Eugen Ernst. Adolf Hoffmann. Rosenfeld.

2. In der Praxis.

Bekanntmachung.

Die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen für **alle** in den Betrieben Groß-Berlin beschäftigten Personen ist Aufgabe der **freien Gewerkschaften.** Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und der Umgegend wird ermächtigt, sämtliche erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Berlin, 15. November 1918.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates.
gez. Molkenbuhr. Richard Müller.

Kommentar überflüssig.

Neuwahl der Arbeiterräte für Groß-Berlin.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats gibt bekannt:

„Die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen für alle in den Betrieben Groß-Berlins beschäftigten Personen ist Aufgabe der freien Gewerkschaften. Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und der Umgegend wird ermächtigt, sämtliche erforderlichen Maßnahmen zu treffen."

Hierzu veröffentlicht die Gewerkschaftskommission folgende Bekanntmachung:

Die **bestehenden** Arbeiter- und Angestelltenausschüsse in den Betrieben Groß-Berlins werden hiermit **aufgelöst.** Es haben in allen Betrieben **Neuwahlen der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse** zu erfolgen, auch da, wo bisher Ausschüsse nicht bestanden haben.

Die Vorbereitung und Leitung der Wahlen erfolgt durch eine Kommission, die sofort von **Vertrauenspersonen der freien Gewerkschaften** zu bilden ist.

In Verbindung mit den Betriebsleitungen setzt die Kommission den **Tag der Wahl** fest. Die Wahl selbst erfolgt nach dem **Proportionalwahlsystem** nach den diesbezüglichen Ausführungsbestimmungen des ehemaligen Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst.

Alle für die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse maßgebenden Bestimmungen dieses Gesetzes gelten als Grundlage für die Wahlen mit folgenden Abänderungen:

Die **Frist** für die Einrichtung der Listen und das Stattfinden der Wahlen soll möglichst kurz gehalten sein. Von dem Tage der Bekanntmachung des Wahltermins an soll die Einreichung der Listen **in längstens drei Tagen** erfolgen, während die Wahl selbst ebenfalls längstens in drei Tagen nach Ablauf des Termins für die Einreichung der Listen zu erfolgen hat.

Die so gewählten Arbeiter- und Angestelltenausschüsse gelten als die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter bzw. Angestellten.

Den Ausschüssen liegt die **Regelung der gesamten Arbeitsverhältnisse der Arbeiter bzw. Angestellten** ob, insbesondere die Regelung der Arbeitszeit, der Entlohnung usw. Sie haben ihre Tätigkeit im Einvernehmen mit der Betriebsleitung durchzuführen. Den in den Betrieben tätigen Mitgliedern des Arbeiterrats kann die Aufgabe überwiesen werden, die **Wahlarbeiten** zu erledigen. Auch können die Mitglieder des Arbeiterrats in den Arbeiter- bzw. Angestelltenausschuß gewählt werden.

Betriebe mit weniger als 50 Arbeitern bzw. Angestellten können ebenfalls einen Arbeiterausschuß nach denselben Grundsätzen wählen.

Die Anzahl der Mitglieder des Arbeiterausschusses bestimmt die Kommission, die die Wahl vorzubereiten hat.

Wahlberechtigt und wählbar sind alle Beschäftigten beiderlei Geschlechts über 20 Jahre.

Sobald der Arbeiter- oder Angestelltenausschuß gewählt ist, hat er sich mit der zuständigen freien Gewerkschaft über die Regelung des künftigen Arbeitsverhältnisses im Betriebe in Verbindung zu setzen. Alle Maßnahmen, die von den Arbeiterausschüssen für notwendig erachtet werden, bedürfen der **Zustimmung der zuständigen Gewerkschaftsorganisation.**

Es ist ferner Aufgabe des Arbeiterausschusses, dafür Sorge zu tragen, daß in allen Betrieben, Betriebsabteilungen usw. **Vertrauensleute der Gewerkschaften** tätig sind.

Die Arbeiterausschußmitglieder und Vertrauensleute dürfen in ihrer Tätigkeit nicht behindert werden.

Berlin, den 15. November 1918.

Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und der Umgegend.
Im Auftrage: A. Körsten.

Entlassung aus dem Heere in die Heimat.

Es können nicht alle Soldaten des großen deutschen Heeres und der Flotte zugleich entlassen werden!

Es können auch nicht alle bis auf den letzten Mann entlassen werden!

Die Entlassung muß sich nach den Verkehrsmöglichkeiten richten, sie muß ordnungsmäßig vor sich gehen.

Darum Geduld und Ruhe bis jeder an der Reihe ist.

Im Heimatheer ist fürs erste die Entlassung der alten Jahrgänge bis 1879 einschließlich angeordnet, jüngere werden folgen. Leute in unentbehrlichen Diensten, z. B. Gefangenenbewachung, müssen warten, bis sie ersetzt sind.

Leute aus Elsaß-Lothringen, die nicht freiwillig dienen wollen, sind sofort zu entlassen.

Leute aus dem linksrheinischen Räumungsgebiet und aus den Brückenköpfen können sofort entlassen werden, wenn sie nicht den Jahresklassen 1898 und 1899 angehören.

Wer von seiner Formation aus irgendeinem Grunde abgekommen ist, sucht die nächste militärische Dienststelle auf und bittet um einen Urlaubsschein in seine Heimat oder um einen Fahrschein zu seinem Ersatztruppenteil.

Wer mit Urlaub heimfährt, sieht zu Hause nach den öffentlichen Anschlägen und Zeitungsnachrichten, aus denen er erfahren wird, wie er nachträglich zu seinen Entlassungspapieren und Marschgebührnissen kommt. Bis dahin dient ihm der Urlaubsschein als Ausweis.

Jeder Soldat erhält einen Entlassungsanzug.

Göhre. Der Kriegsminister: Scheüch.

1. Jede am 9. November 1918 und später aus dem Heeresdienst ordnungsmäßig ausscheidenden Unteroffizier und Mann soll verabfolgt werden:
   a) unentgeltlich ein Entlassungsanzug (soweit der Vorrat reicht Zivil, sonst Uniform),
   b) ein einmaliges Entlassungsgeld in Höhe von 50 Mark,
   c) als Marschgeld, soweit Marschgebührnisse zuständig sind, vom Truppenteil ein Pauschbetrag von 15 Mark.
2. Die Verabfolgung von 1b wird abhängig gemacht von einer ordnungsmäßigen Entlassung.

Dazu gehört:
a) Abgabe der noch im Besitz befindlichen Waffen und Munition,
b) Empfangnahme der Entlassungspapiere,
c) Anerkennung der Stammrolle.

Der Kriegsminister. Unterstaatssekretär.
Scheüch. Göhre.

Das Reichsmarineamt teilt mit, daß namentlichen **Reklamationen Marineangehöriger** entsprochen werden kann, soweit die noch zu leistenden militärischen

Aufgaben dies zulassen. Den Arbeitgebern wird daher empfohlen, solche Reklamationen unmittelbar an die Marineteile einzureichen. Die Verwendung von besonderen Kartenformularen, wie sie bisher in Aussicht genommen war, ist fallen gelassen. Besondere Muster sind nicht mehr vorgeschrieben.

Unterstellung der Obersten Heeresleitung unter das Kriegsministerium.

Berlin, 15. November.

Um eine einheitliche Regelung der Demobilisierung durchführen zu können, ist eine Neuordnung der Kommandoverhältnisse notwendig. Die stellvertretenden Generalkommandos, **der Generalstab** und die **Oberste Heeresleitung** werden von jetzt ab dem **Kriegsministerium unterstellt.** Dessen Weisungen haben alle militärischen Kommandobehörden Folge zu leisten. Das Kriegsministerium, sowie alle Reichsbehörden unterstehen der Kontrolle des Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrates.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates.
Molkenbuhr. **Richard Müller.**

Berlin, 15. November. (W. T. B.)

Seitens des Ministeriums des Innern erging ein **Erlaß an alle Regierungspräsidenten,** welcher lautet:

Der Erlaß vom 13. November betreffend die Weiterbetätigung aller Verwaltungsbehörden und Verwaltungsbeamten gilt auch für die Landgendarmerie. Es ist dafür zu sorgen, daß den **Gendarmeriemannschaften** die **Waffen belassen,** beziehungsweise **zurückgegeben** werden. Die Weiterbekanntgabe an die Oberwachtmeister und Gendarmen und durch die amtlichen Publikationsorgane ist zu veranlassen.

Ministerium des Innern. Breitscheid. Hirsch.

Entschließung der Fraktionen der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Die Unterzeichneten beantragen im Namen sämtlicher Fraktionen der Berliner Stadtverordnetenversammlung:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle in Erwägung, daß bei der tiefgreifenden Umwälzung, die die Vorgänge der letzten Tage in unserem Vaterlande und so auch in Berlin bewirkt haben, es im Einklang mit der von der Regierung ergangenen Aufforderung dringende Pflicht der städtischen Behörden ist, auch ihrerseits für **Aufrechterhaltung der Ordnung, für persönliche Freiheit und Sicherheit, für ausreichende Versorgung der Bevölkerung** mit den erforderlichen Lebensbedürfnissen sowie für **ungestörte Fortführung der städtischen Betriebe** einzustehen, den Magistrat ersuchen, eine Deputation bestehend aus 10 Magistratsmitgliedern und 20 Stadtverordneten einzusetzen, welche berechtigt ist, zur Erfüllung der vorerwähnten Aufgaben die geeigneten Maßnahmen zu treffen und zu diesem Zweck auch mit anderen Behörden und Organisationen in Verbindung zu treten.

Cassel. Mommsen. Heimann. Dr. Weyl. Dove. Körte. Bruns. Hintze. Liebenow. Rosenow. Ritter. Dr. Rosenfeld.

Eine Kundgebung der deutschen Gewerkschaften.

Die Vorstände der deutschen Gewerkschaften haben auf ihrer gestrigen Tagung im Berliner Gewerkschaftshaus einmütig folgende Entschließung angenommen:

„Die Konferenz der Vorstände der deutschen Gewerkschaften begrüßt im Namen von über zwei Millionen organisierter Arbeiter Deutschlands den **Sieg der politischen Freiheit.**

Aus dem freien Deutschland heraus erheben wir laut unsere Stimme gegen die **unglaublich harten und geradezu unmöglichen Waffenstillstandsbedingungen,** die von den alliierten Mächten dem deutschen Volke auferlegt worden sind.

Als eifrige und überzeugte Anhänger der internationalen Solidarität, die wir seit Jahrzehnten und auch in den Jahren des Weltkrieges vertreten haben, wollen wir selbst heute noch an dem Glauben festhalten, daß **unsere Arbeitsbrüder in Frankreich, England** und den übrigen alliierten Ländern es nicht zulassen werden, daß durch Aufrechterhaltung dieser harten Bedingungen gerade die ärmere Bevölkerung Deutschlands, nämlich die **Arbeiterschaft,** dem größten Elend und dem direkten Hungertode überliefert werden.

An der weiteren Entwicklung der innerpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands werden **die Gewerkschaften** nach Maßgabe ihrer Kräfte mitarbeiten. In der Erkenntnis, die Allgemeingut der politisch und gewerkschaftlich organisierten deutschen Arbeiterschaft war und ist, daß die politischen Freiheiten von dem Stande der wirtschaftlichen Verhältnisse abhängig sind, spricht die Konferenz aus, daß die wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiterschaft hinter den politischen Forderungen nicht zurückgestellt werden darf. Die Tätigkeit der Gewerkschaften ist also auch in dieser Zeit von allen Mitgliedern mit ganzer Kraft fortzusetzen.

Die Übereinstimmung der Auffassungen über die **wirtschaftlichen Notwendigkeiten,** die bisher zwischen den Gewerkschaften und der **sozialdemokratischen Partei Deutschlands** geherrscht hat, berechtigt die Gewerkschaften zu der Erwartung, daß die Parteiführer jetzt und in Zukunft bereit sein werden, die Kenntnisse und Erfahrungen in wirtschaftlichen Fragen der in den Gewerkschaften tätigen Personen zu benutzen. Wir rufen alle Gewerkschaftsfunktionäre auf, ihre Hilfe an allen Orten zur Verfügung zu stellen.

Unseren **Arbeitsbrüdern im Waffenrock,** denen das größte Verdienst an der glücklichen Durchführung der freiheitlichen politischen Umwälzungen gebührt, sprechen wir aufrichtigen Dank aus, zugleich auch für ihr entschlossenes Eintreten **für die Einigkeit der Arbeiterklasse. Auch die Gewerkschaften hoffen und vertrauen darauf, daß die Parteistreitigkeiten in der Arbeiterschaft begraben werden.**

In dem Beschlusse der Volksregierung, **eine Nationalversammlung** auf breiter demokratischer Grundlage einzuberufen, erblicken wir die Gewähr dafür, daß die bisherigen Errungenschaften der Revolution **dauernd gesichert** und bei Aufrechterhaltung der Einigkeit der deutschen Arbeiterschaft auch noch weiter ausgebaut und vervollkommnet werden.

Die **Demobilisierung des Heeres** und die Wiederaufrichtung des heimischen Wirtschaftslebens erfordern die Zusammenfassung aller Volkskräfte zu gemeinsamem Wirken. Auf die Mitarbeit der Mitglieder der Gewerkschaften muß hierbei in erster Linie gerechnet werden. Vor allem müssen die Gewerkschaften in

den vom Feind besetzten Landesteilen einer Flucht der Bevölkerung, die die Demobilmachung erschweren und die allgemeine Notlage bedrohlich steigern würde, nach Kräften entgegenwirken.

Die Gewerkschaften erwarten von der Volksregierung auf das dringendste, daß sie ungesäumt und fortdauernd alles Notwendige unternimmt, um die allgemeine **Volksernährung** zu sichern und dem Lebensmittelwucher energisch zu steuern.

Die deutschen Gewerkschaften erneuern ihre bereits von der früheren Reichsleitung anerkannten Forderungen auf **Übernahme gewerkschaftlicher Arbeiterschutzbestimmungen in die Friedensverträge** und auf **Zulassung von Gewerkschaftsvertretern zur bevorstehenden Friedenskonferenz.** Sie erwarten von der Volksregierung, daß sie diesen Forderungen bei den kommenden Friedensverhandlungen Geltung verschafft.

Heimatschutz für die Ostmarken.

Amtlich. **Berlin,** 15. November. (W. T. B.)

Der Schutz der östlichen Provinzen gegen die aus den Gebieten östlich der Reichsgrenze drohenden Gefahren wird **einheitlicher Leitung unterstellt.** Hierfür wird in Gemeinschaft mit dem zuständigen Arbeiter- und Soldatenrat das Armeeoberkommando „Heimatschutz Ost" gebildet.

Der Unterstaatssekretär, gez. **Gochre.**
Der Kriegsminister, gez. **Scheüch.**

Verordnung über die Post und Telegrammüberwachung im Verkehr mit dem Ausland.

§ 1. Die **Post- und Telegrammüberwachung** im Verkehr mit dem Ausland wird bis auf weiteres **aufrechterhalten,** soweit sie im **Steuerinteresse** oder aus **wirtschaftlichen Gründen** erforderlich ist. Auf militärische oder politische Angelegenheiten darf die Überwachung nicht erstreckt werden.

§ 2. Die bisherigen Überwachungs- und Prüfungsstellen bleiben zu den in § 1 Satz 1 bezeichneten Zwecken bestehen und werden dem Reichsschatzamt unterstellt.

Berlin, 15. November 1918.

Ebert. **Haase.**

* * *

Koburg will zu Bayern.

Koburg, 15. November.

Alle Abgeordneten des Landtags treten für den Anschluß des Herzogtums Koburg an die Republik Bayern ein.

Der Fürst von Rudolstadt zur Abdankung bereit.

Rudolstadt, 15. November. (W. T. B.)

In der heutigen außerordentlichen Sitzung des **Landtages** gab der Staatsminister die Erklärung ab, daß **der Fürst bereit** sei, die Regierung **niederzulegen,** sobald die notwendigen Übergangsbestimmungen erlassen sind.

Thronentsagung des Fürsten von Schaumburg-Lippe.

Bückeburg, 15. November. (W. T. B.)

Der Fürst **Adolf von Schaumburg-Lippe** hat heute für sich und sein Haus **dem Thron entsagt** und alle Beamten von dem ihm geleisteten Treueid entbunden. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Bückeburg hat die Regierung im Lande übernommen. Das Ministerium ist **zurückgetreten**, versieht aber vorläufig die Geschäfte weiter.

Abdankung des Herzogs von Altenburg.

Altenburg, 15. November.

Der **Herzog von Sachsen-Altenburg** hat die Regierung **niedergelegt**. Der Herzog hat sich nach **Hummelshain** begeben.

Der Bremer Senat aufgelöst.

Bremen, 15. November. (W. T. B.)

Der **Arbeiter- und Soldatenrat** hat gestern abend im Konventsaale der Börse einstimmig folgende **Bekanntmachung** beschlossen:

„Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Ausübung der politischen Gewalt im Bremer Staatsgebiet übernommen.

Senat und Bürgerschaft bestehen nicht mehr.

Das Bremer Staatsgebiet bildet künftig einen **Bestandteil der Deutschen Volksrepublik.** Über die weitere Gestaltung der Verhältnisse entscheidet die später zu schaffende gesetzgebende Körperschaft. Für Ruhe und Ordnung wird Gewähr geleistet. Jeder gehe seinem Berufe nach. Die Beamten bleiben auf ihren Posten; die Gehälter werden fortbezahlt. Das Privateigentum wird geschützt. Plünderer werden standrechtlich abgeurteilt."

Die politische Gruppierung in Hamburg.

Die „Unabhängigen" und die Mehrheitssozialisten.

Hamburg, 15. November. (W. T. B.)

Wie aus den Kreisen des A.- und S.-Rates gemeldet wird, gehört die Mehrheit der Mitglieder des **Arbeiterrates** der **Unabhängigen** sozialdemokratischen Partei an. Der **Soldatenrat** dagegen ist **bürgerlich-unpolitisch.** Bis jetzt treten die Anhänger der **Spartakusgruppe** nicht besonders hervor, da sie die weitere Entwickelung der Revolution abwarten wollen und bestrebt sind, durch Mitarbeit in den A.- und S.-Räten die **Entwickelung nach links** zu drängen. Als Organ der „Unabhängigen" erscheint jetzt vorläufig im Verlag des „Hamburger Echo" die **„Rote Fahne"** unter der Redaktion von Wilhelm **Ducwell** und Paul **Fröhlich.** Der bekannte unabhängige sozialistische Schriftsteller **Dr. Laufenberg** ist Vorsitzender des A.- und S.-Rates.

Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat hat eine Bekanntmachung erlassen, daß **Hamburg** als **Staat** und **Träger** von vermögensrechtlichen Pflichten und Rechten **fortbestehen** werde, bis im Reiche über die weitere Gestaltung der Verhältnisse entschieden sein wird.

Das sozialistische Ministerium in Sachsen.

Die Ämterverteilung.

Dresden, 15. November. (W. T. B.)

Die Beauftragten der Arbeiter- und Soldatenräte von **Dresden**, **Chemnitz** und **Leipzig** haben in einem Aufruf an das sächsische Volk die Ziele der Revolution dargelegt, die zu ergreifenden Maßnahmen festgestellt und eine **neue Regierung** gebildet. Die Regierung setzt sich aus folgenden Volksbeauftragten zusammen: **Lipinski**, Inneres und Äußeres; **Geyer**, Finanzen; **Fleißner**, Militärwesen, **Schwarz**, Arbeitsministerium; **Dr. Gradnauer**, Justiz; **Buck**, Kultus und Unterricht. Die Geschäfte der Ministerien sind heute vormittag von den Volksbeauftragten übernommen worden.

Eine deutsche Note an Wilson.

„Größte Eile tut not."

Berlin, 15. November. (W. T. B.)

Die **deutsche Regierung** hat eine **Note** nach Washington gesandt, in der mit Dank davon Kenntnis genommen wird, daß Präsident **Wilson** gewillt ist, die Sendung von **Lebensmitteln** nach Deutschland in günstigem Sinne zu erwägen. Es wird darauf hingewiesen, daß **größte Eile not tut** und daß die Annahme der drückenden **Waffenstillstandsbedingungen** mit ihren Folgen die Lage bei uns täglich unerträglicher mache. Die Gefahr anarchistischer Zustände könne nur bei schnellster Hilfe beseitigt werden. Die deutsche Regierung bittet deshalb, **so schnell als möglich Vertreter nach dem Haag** oder einem anderen Orte zu entsenden, um dort mit deutschen Bevollmächtigten die **Einzelheiten zu beraten.** Die Note regt an, daß die Angelegenheit vielleicht in die bewährten Hände des Herrn **Hoover** gelegt werden könnte.

Auslandsstimmen zur deutschen Umwälzung.

Haag, 15. November.

„Daily Chronicle" schreibt: Es ist nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt von höchster Wichtigkeit, daß Deutschland zu einer **ordentlichen und friedfertigen Demokratie** wird. Deutschland wird die **größte und kräftigste Nation Europas** sein, sofern sich nicht Rußland mit der Ukraine wieder zusammenschließt. Nichts kann Deutschlands Zukunft mehr gefährden, als eine längere Zeit anhaltende Unruhen im Innern des Landes. Dadurch würden sich die Aussichten für eine **Reaktion** wieder steigern, und auch die Möglichkeit der Wiederherstellung der vorher in Deutschland herrschenden Macht würde dadurch wachsen. Die bisher ungelöste **russisch-ukrainische Frage** ist sehr ernst. Die europäischen Staaten müssen mit daran arbeiten, die Ordnung herzustellen, sonst werden auch die Alliierten nicht imstande sein, in Europa eine Neuordnung zu schaffen. Wir wünschen nicht, daß die 70 Millionen Deutschen und die Österreicher diese Schwierigkeiten noch vergrößern. Es liegt kein Grund vor, daran zu zweifeln, daß dieser **schwierigste Teil des Feldzuges** für die Demokratie gewonnen werden kann, denn die **Völker Zentraleuropas** sind **keine Russen.** Sie stehen auf einem viel höheren sozialen und politischen Niveau. Die Nachrichten, die über die Umwälzung in Deutschland

in den letzten Tagen hier vorliegen, sind ungenau. Die **jetzigen Ereignisse** können wir nur als **vorübergehend** ansehen. Es ist selbstverständlich, daß sie Unregelmäßigkeiten mit sich bringen. Aber das Volk von so tief eingewurzelten **Gewohnheiten der Organisation und Disziplin** wird mit dieser Unordnung bald fertig werden. Unsere eigene Stabilität wird während der Demobilisierung in gewissem Maße bedroht. Dies wäre zu verhindern, wenn unsere Staatsmänner darauf bedacht wären, Maßnahmen zur Wiederherstellung und zum Wiederaufbau durchzuführen.

Kopenhagen, 15. November.

Die Umwälzungen in Deutschland erwecken in ganz **Skandinavien** leidenschaftliches Interesse. Die offizielle Sozialdemokratie, verbündet mit der deutschen Mehrheitsrichtung, mahnt zur Ruhe, nachdem auch **Branting** eine **versöhnliche Haltung** zum neuen Deutschland eingenommen hat. Daneben stehen die **Syndikalisten** aller drei nordischen Länder und suchen den Weg zu bolschewistischen Taten nach russischem Vorbild. Der **Generalstreik**, der gestern, gestützt auf die Forderung nach Haftentlassung dreier Syndikalistenführer für ganz **Dänemark** angesagt war, schlug **fehl**. Aber **Straßenunruhen** und Kämpfe in Kopenhagen gelangen soweit, daß einen Tag und eine halbe Nacht hindurch eine **Polizeitruppe** mit Holzknüppeln und, ein hier sonst unbekanntes Bild, mit **Säbeln** auf die zusammengeballte Menschenmenge einhauen mußte. Die politische Seite dieses Stadtereignisses liegt in seinen Beziehungen zu den Strömungen in anderen Ländern, worauf „Berlingske Tidende" heute wieder in einem beachtenswerten Artikel hinweist. Das Blatt geht davon aus, daß die **Entwickelung in Deutschland** sich auf die Dauer vom **russischen Beispiel** durchaus **entfernen** werde, eine Annahme, die von der ganzen öffentlichen Meinung hier geteilt wird. Man ist davon überzeugt, daß das deutsche Volk zu **besonnen** und friedlich ist, um dem roten Terrorismus seine Hand zu reichen. Selbst in der jetzigen schwierigen Situation, in der es ist. Außerdem drückt sich hier der Glaube aus, daß die Alliierten nur mit einem in einer durch eine **gewählte Nationalversammlung** vertretenen Deutschland werden Frieden schließen wollen.

Die **deutsche Vertretung in Christiania** wie in **Kopenhagen** erklärte, daß sie den neuen **Verhältnissen in Deutschland dienen** und in diesem Sinne ihre Tätigkeit fortsetzen wolle.

„Es lebe die deutsche Republik!"

Begeistert fielen die gesamten sozialistischen Abgeordneten der französischen Kammer in öffentlicher Kammersitzung in diesen Ruf ein. Überall in ganz Frankreich, überall da, woher wir bisher nur die wahnsinnigen Stimmen des Chauvinismus vernahmen, tönen freudige Zurufe, herzliche Glückwünsche unserer französischen Brüder zum Erfolg der deutschen Revolution. Die „Humanité" vom Dienstag verkündete in großen Lettern an der Spitze ihrer Dienstagnummer: **„Nieder die Waffen, Bürger! Es lebe die deutsche Republik!"**

Der Allgemeine Arbeitsbund in Frankreich hat folgendes Manifest erlassen: „Im Namen der organisierten französischen Arbeiterklasse begrüßt der Allgemeine Arbeitsbund die deutsche Republik. Dieses historische Ereignis muß das Ende der Gewaltherrschaft und den Beginn der Völkerversöhnung bedeuten. Die Revolution des deutschen Volkes bestimmt die Haltung der Arbeiterklassen der alliierten

Länder, die mehr als je von ihren Regierungen verlangen müssen, daß der Friede nach den Grundsätzen der Freiheit und des Selbstbestimmungsrechts der Völker hergestellt wird. Der Militarismus ist endgültig besiegt. Die Welt muß auf neuer internationaler Grundlage wieder aufgebaut werden, und der Neubau muß auf dem Fuße der Gleichheit für alle Völker erfolgen. Die Arbeiterklassen der Länder der Entente stehen vor einer großen Pflicht. Sie müssen sich jeder chauvinistischen Bewegung widersetzen und dürfen nicht gestatten, daß die militärischen Kräfte der Entente unter dem Vorwand, die Ordnung wiederherzustellen, gegen die neuen Regierungen in Rußland, Österreich-Ungarn und Deutschland vorgehen. Wir haben die Gewißheit, daß die endlich wiederhergestellte internationale Arbeitermacht das erreichen wird."

Der „Populaire" erklärt: „Die Pariser Arbeiter und das ganze sozialistische Frankreich werden sich mit ihrer ganzen Kraft gegen jede gegenrevolutionäre Bewegung wenden. Wir werden zu verhindern wissen, daß die französische Republik die Rolle eines Gendarmen des internationalen Kapitalismus übernimmt."

Ein Protest des Kieler Soldatenrates.

Kiel, 15. November. (Telunion.) Hier wird folgendes Flugblatt verbreitet:

Protest des „Obersten Soldatenrates der Ostseestation"!

Kiel, den 14. November 1918.

An die republikanische Regierung zu Händen des Reichskanzlers
Herrn **Ebert,** Berlin!

Nach uns vorliegenden Berichten geben im Berliner Soldatenrat vorwiegend **Offiziere** den Ton an. Unbekannt sind uns die Personen im Matrosenrat, der die Maßnahmen des Reichsmarineamts gutachtet. Da die von dem Reichsmarineamt gegebenen Erlasse für uns als Ostseestation bzw. deren Dienstbereich als Befehle zu betrachten und auszuführen sind, erklärt der Oberste Soldatenrat der Ostseestation, daß er sich **mit dieser Zusammensetzung des befehlsausübenden Soldatenrates Berlin im Reichsmarineamt nicht einverstanden erklären kann,** sondern sich eigene Entschließungen vorbehält, da im dortigen Soldatenrat bzw. Matrosenrat infolge Mangels an Sachkenntnis eine richtige Beurteilung der Marineverhältnisse unsererseits nicht zuerkannt werden kann. Der Oberste Soldatenrat der Ostseestation stellt sich auf den Boden der von seinen geschlossen hinter ihm stehenden Mannschaften gefaßten Beschlüsse und ihm erteilten Vollmachten und glaubt in Angelegenheiten der Marine nicht übergangen werden zu dürfen.

Er kann nicht verhehlen, daß der Erlaß des Reichsmarineamts betreffend Einsetzung der Offiziere in ihre Dienststellen mit Befehlsgewalt **starke Beunruhigung und Erbitterung in der Marine** hervorgerufen hat. Die Marinemannschaften mit ihren Vertrauensleuten und Obmännern vertreten durch den Obersten Soldatenrat der Ostseestation, stellen sich einmütig auf den Standpunkt, nicht nur als Beratende, der die Befehlsgewalt innehabenden Offiziere wirken zu können, sondern erwarten von der Regierung, daß sie nachstehenden Antrag bald wohlwollend prüfen und antragsgemäß erledigen möge: „Dem Obersten Soldatenrat der Ostseestation als **Träger der Macht** werden zur sachgemäßen Durchführung der für die Waffenstillstands- und Friedensbedingungen erforderlichen

Maßnahmen, wie bisher mit den entsprechenden Dienststellen, Offiziere **als technische** und militärische Berater zur Seite gestellt.

Unter besonderer Berücksichtigung, daß gerade Kiel als Grundstein der Umwälzung mit gutem Beispiel in Einigkeit voranging und in politischer Beziehung vorbildlich und mustergültig gewesen ist, darf der Oberste Soldatenrat der Ostseestation sich wohl der Erwartung hingeben, daß die Regierung ihm vollständiges Vertrauen in allen seinen Anordnungen und Machtbefugnissen geben kann, hingegen durch eine andere Stellungnahme der Regierung der Standpunkt der Marine von dieser gänzlich isoliert würde. Sofern die Regierung wider Erwarten auf vorerwähntem Standpunkt verharren sollte, kann seitens der Marine, vertreten durch den Obersten Soldatenrat der Ostseestation, nicht mehr volle Garantie für die weitere Aufrechterhaltung vollständiger Ruhe und Ordnung übernommen werden.

Der Oberste Soldatenrat der Ostseestation.“

Die Strömungen im Sozialismus.

Der „Vorwärts“ vom 15. November schreibt:

Bernhard Bülow, der nicht in allen Dingen ein guter Prophet war, sagte einmal, keine Regierung könne den Krieg wollen, da alle wüßten, daß letzten Endes die **Sozialdemokratie** Siegerin bleiben würde. Diese Prophezeiung war richtig, und jetzt wenden sich alle Blicke auf die siegreiche deutsche Sozialdemokratie, das ganze Volk fühlt, daß die Entwicklung innerhalb der Arbeiterbewegung für seine Zukunft von ungeheurer Bedeutung ist.

Die vor dem Krieg einige deutsche Sozialdemokratie ist durch den Krieg in drei Gruppen gespalten worden, deren stärkste unsere Partei ist, der die Partei der Unabhängigen in gemessenem Abstand folgt, während die dritte, die Spartakusgruppe, einen geringen Bruchteil der Unabhängigen darstellt.

Vor dem Krieg gab es zwei Strömungen in der Partei: die **radikale** und die **reformistische.** Die erste rechnete mit einem plötzlichen Umschwung aller Verhältnisse und sah alles, was zuvor geschah, als nur vorläufig an. Die zweite betrachtete die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische als einen langwierigen, stufenweise sich vollziehenden Entwicklungsprozeß. Infolgedessen war die zweite Richtung der Mitarbeit innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung geneigt, während die andere sie ablehnte und die Partei nur als ein Staubecken revolutionärer Energien betrachtete.

Die **Spaltung** vollzog sich aber dann unter ganz anderen Gesichtspunkten. Es ging um **Bewilligung** oder **Verweigerung der Kriegskredite,** und da zeigte sich, daß eine ganze Reihe radikaler Marxisten zu den Bewilligern einschwenkte, während zahlreiche Reformisten mit den Verweigerern gemeinsame Sache machten. Für die ersteren war jene Auffassung der marxistischen Theorie ausschlaggebend, wonach dem für den Sozialismus wertvollsten Staat auch im Kriege die Palme des Sieges gebührt, und als solchen betrachteten sie Deutschland. Die letzteren glaubten, wegen der schweren Schuld der deutschen Politik am Kriege die Kredite ablehnen zu müssen. Das Auftreten mancher Parteigenossen, deren sozialistisch-internationales Denken durch die Kriegspsychose getrübt schien, bestärkte sie in ihrer Haltung. Die Masse der Sozialdemokraten stand dagegen auf dem Standpunkt, daß auch der sozialdemokratische Volksteil in jeder Beziehung mitwirken müsse, wo es galt, die Deutschland drohende Gefahr einer Niederlage abzuwenden.

Das ist nun vorbei. Die Stellung zu den Kriegskrediten kann keine dauernde Spaltung der Sozialdemokratie bewirken, weil es nicht immer Kriegskredite zu bewilligen gibt. An Stelle dieses versunkenen Problems treten jetzt ganz andere an uns heran, und dementsprechend muß sich auch die Konstellation innerhalb des Sozialismus verändern.

Wenn es nicht schon zu einer **organisatorischen Einigung** mit den Unabhängigen gekommen ist, so liegt das daran, daß die Wunden, die ein Bruderkrieg geschlagen hat, nicht so leicht vernarben. Alte Freunde standen während des Krieges so zueinander, daß sie ihr gegenseitiges Handeln nicht mehr verstanden. Die Unabhängigen waren zugleich in der Notlage, ihre Sonderexistenz dadurch rechtfertigen zu müssen, daß sie die alte Partei als einen wahren Abgrund der Verworfenheit darstellten. Kein Wunder, daß noch immer die alten Gefühle nachgrollen, und daß manche Anhänger der Unabhängigen eine „Charakterlosigkeit" ihrer Führer darin erblicken wollen, daß sie sich in der Stunde höchster Not mit den früheren Kampfgenossen zur Rettung des deutschen Volkes zusammenfanden.

Neben diese mehr gefühlsmäßige Opposition gegen das Wiederzusammengehen tritt eine grundsätzliche. Ein kleiner Teil der Radikalen von einst hat **den Boden des sozialdemokratischen Programms** verlassen und führt einen scharfen Kampf gegen alle, die noch auf diesem Boden stehen, nämlich gegen die Sozialdemokraten und den größten Teil der Unabhängigen.

Das Programm der Sozialdemokratie fordert die Erkämpfung der **demokratischen Staatsverfassung** mit allen zweckdienlichen Mitteln. So traten vor dem Kriege nicht nur Radikale, sondern auch Reformisten dafür ein, das gleiche Wahlrecht in Preußen durch einen Generalstreik und auf der Straße, also mit revolutionären Machtmitteln, zu erkämpfen*. War aber dem Volk sein Selbstbestimmungsrecht errungen, so sollte dieses selbst durch seine Mehrheit entscheiden, wie es in wirtschaftspolitischer und sonstiger Beziehung regiert zu werden, richtiger, sich selbst zu regieren wünsche. Die Sozialisierung der Gesellschaft hat nach dieser Auffassung zur Voraussetzung, daß erstens einmal der Mehrheitswille des Volkes die Möglichkeit habe, sich durchzusetzen, und daß zweitens dieser Mehrheitswille der sozialistischen Reorganisationsarbeit eine unzerbrechliche Stütze gebe.

In schroffstem Gegensatz zu dieser sozialdemokratischen Auffassung steht die putschistische **Machttheorie** der sog. Spartakusgruppe. Diese sagt, daß in Klassenkämpfen die siegreiche Klasse zu entscheiden habe, die siegreiche Klasse sei aber das Proletariat, somit habe dieses die Alleinherrschaft zu übernehmen und könne die Gesellschaft nach ihren Wünschen gestalten. Wir haben schon in anderem Zusammenhang gesagt, daß dies nichts anderes als eine Übersetzung des Generals Hoffmann aus dem Nationalen ins Soziale ist: **„Wir sind die Sieger!"**

Der Irrtum der Spartakusleute besteht darin, daß sie gar nicht die Sieger sind und daß sie sich mit der ganzen Arbeiterklasse verwechseln. Sie glauben jetzt, die Revolution „gemacht" zu haben, obwohl man Revolutionen nach marxistischer Auffassung überhaupt nicht machen kann. Nicht ihre Stärke, sondern seine eigene im Krieg zutage getretene Schwäche hat den Niederbruch des alten Systems verursacht. Und die Arbeiterklasse steht auch nicht auf dem Boden von Spartakus,

* Anmerk. d. H. Der „Vorwärts" irrt hierin. Für die Reformisten galt immer noch das von Auer geprägte Wort: Generalstreik ist Generalunsinn.

sondern sie weiß, daß sie ihren letzten entscheidenden Sieg nicht auf der Straße, sondern nur bei den **allgemeinen Volkswahlen** erringen kann, für die es jetzt mit aller Kraft zu arbeiten gilt.

Ob wir bei diesen Wahlen mit den bisherigen Unabhängigen in einer Kampfreihe stehen werden, oder ob es nach den verschiedenen Ersatzwahlen noch einmal zu einer allgemeinen Kraftprobe zwischen den beiden Richtungen kommen wird, wissen wir nicht. Wir wünschen das erste und setzen als selbstverständlich voraus, daß sich auch im zweiten Falle eine **gemeinsame Kampffront** gegen die Gegner des Sozialismus ergeben wird. Als Sozialisten sind wir daran interessiert, daß in erster Reihe von uns selbst, in zweiter Reihe aber auch von den Unabhängigen eine möglichst große Anzahl in die konstituierende Nationalversammlung und die ihr folgenden Volksvertretungen gelangt.

Darum muß uns die unklare Haltung, die ein Teil der Unabhängigen gegenüber der Spartakusgruppe einnimmt, Sorge machen. Anhänger der Einigung nicht erst von gestern, haben wir schon wiederholt, noch vor der entscheidenden Wendung nach einer Klarstellung dieses Verhältnisses gedrängt. In einer Frage von so ungeheurer Bedeutung muß eine Partei einheitlich und fest Stellung nehmen, sonst laufen ihre Anhänger verwirrt auseinander.

Nachdem sich **sämtliche** sozialistische Regierungen, die des Reichs und aller Bundesstaaten, für die **konstituierende Nationalversammlung** und damit für die Lösung der schwebenden Probleme im Sinne des sozialdemokratischen Programms ausgesprochen haben, dürfte oder sollte jede Unklarheit auch bei den Unabhängigen verschwunden sein. Für **uns** gibt es nur einen Weg: **Durch Demokratie zum Sozialismus!**

Alexander Grübel Nchf., Verlagsbuchhandlung, Berlin C 19

Revolutionäre Streitfragen

Heft 1. Stadtler, Dr. E., Der Bolschewismus und seine Überwindung .... M 1.00
Heft 2. Schiemann, Dr. jur. P., Massenelend M 1.00
Heft 3. Stegerwald, A., Unsere Not und unsere Rettung .... M 0.70
Heft 4. Schiemann, Dr. jur. P., Die Asiatisierung Europas .... M 0.80
Heft 5. Stadtler, Dr. E., Die Ursachen der russischen März-Revolution ...... M 1.00
Heft 6. Stadtler, Dr. E., Der kommende Krieg M 0.80
Heft 7. Klibansky, J.-R., Der Kommunismus in Rußland und die Diktatur des Proletariats .... M 0.80
Heft 8. v. Schilling, Caesar, Der Imperialismus der Bolschewiki .... M 0.80
Heft 9. Stadtler, Dr. E., Ist Spartakus besiegt? .... M 0.80
Heft 10. Fenner, H., Die Despoten der Sowjetrepublik .... M 0.80
Heft 11. Fenner, H., Maxim Gorkis politische Gesinnung .... M 0.80
Heft 12. Stadtler, Dr. E., Bolschewismus und Wirtschaftsleben .... M 1.20
Heft 13. Stadtler, Dr. E., Weltkrieg, Welttragödie und Weltbolschewismus ..... M 1.00
Heft 14. Stadtler, Dr. E., Der einzige Weg zum Weltfrieden .... M 1.50

Alexander Grübel Nchf., Verlagsbuchhandlung, Berlin C 19

Revolutions-Flugschriften

Heft 1. Lessing, Dr. Walter, Der Bolschewismus in Rußland und seine Wirtschaftspolitik . . . . M 0.60



Heft 2. Antropow, Dr. phil. A., Der asiatische Bolschewismus — das Ende Deutschlands und Europas . . . . M 0.60



Heft 3. Sochaczewer, Hans, Bürgertum und Bolschewismus . . . . M 0.60



Heft 4. Böttcher, Hellmuth, Die Wahrheit über die Bolschewiki, Antwort auf Grigorowitsch . . . .



Heft 5. Doerschlag, Siegfried, Bolschewismus, Idealismus und Kultur . . . . . . M 0.60

Alexander Grübel Nchf., Verlagsbuchhandlung, Berlin C 19

Das große Zukunftsbuch!

Reicht dem Russen die Hand!

Ein Buch zum deutschen Aufbau

von

Siegfried Doerschlag

Redakteur der Deutschen Allgemeinen Zeitung

Preis 3 Mark und 10% Sortimenter-Aufschlag

Ein populäres Werk, das völlig neue Wege weist. Scharf geißelt Doerschlag die Rückstände im Parteiwesen. Scharf tadelt er den Lehrplan der höheren Schulen, kritisiert er die staatliche Unbeholfenheit im Auswandererwesen, kritisiert er die Nationalversammlung. Anlehnung an Rußland wird mit Nachdruck gefordert

Nicht Lenin, aber Rußland!

ist des Autors Ziel. Seine Ausführungen sind klar, deutlich und überzeugend. Als Kenner Rußlands zeigt er, wie Deutschland und Rußland sich gegenseitig aushelfen können aus ihrem Zusammenbruch. Rußland als Zukunftsland deutscher Auswanderer schildert Doerschlag besonders eingehend. Es ist kein Buch nur für Politiker, es ist

das Buch der Errettung des deutschen Volkes!

Es ist das Buch der Auswanderer
Es ist das Buch der Techniker
Es ist das Buch der Eltern und Lehrer
Es ist das Buch der Volkswirtschaftler

Es ist das Buch des deutschen Mannes!

Alexander Grübel Nchf., Verlagsbuchhandlung, Berlin C 19

Aus stürmischer Zeit

Ein Soldatenleben vor hundert Jahren

Nach den Tagebüchern und Aufzeichnungen des weiland kurhess. Stabskapitän im Leibdragoner-Regiment L. W. v. Conrady

von W. v. Conrady

Oberstleutn. m. d. U. d. 2. Garde-Reg. z. Fuß

2. Auflage

Vorwort von Major Joseph v. Lauff

Wie alles so kam ... Ein glücklicher Umstand gab mir dieses Buch in die Hand, und lediglich aus persönlichem Interesse heraus begann ich zu lesen, erst tastend und zögernd, dann aber nachhaltiger und in gespannter Aufmerksamkeit, um den Band schließlich leuchtenden Auges und mit klopfendem Herzen beiseite zu legen. Ich war im Bann des Gelesenen, Anregung in Hülle und Fülle! Hier sprach einer zu mir, der etwas zu sagen und zu erzählen hatte und der es verstand, längst verstummte Saiten wieder in ein harmonisches Klingen zu bringen. Kurz, ich hatte es hier mit einem vollwertigen literarischen Werke zu tun, das mit großen und ernsten Blicken in unsere bedrängten Tage hineinsah und von Menschen berichtete, die nicht weniger zu tragen hatten denn wir ... Ein schlichtes und stilles, dabei aber auch ein tapferes und ergreifendes Buch, das ich jedem Deutschen empfehlen und ans Herz legen möchte. — Seien ihm helle Sterne beschieden! — und damit glückliche Ausfahrt!

Preis elegant gebunden Mark 8.50


UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY
A 000 665 301 8